

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Statistische Mitteilungen über das Land Baden

1923

[urn:nbn:de:bsz:31-218489](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-218489)

UM

210

N.F. 12

BW

R 7

O 2 B 4 8 9, N. F. 12. 1923

ts/BW

Om 210
NF 12

BÜCHEREI
Kat. **Beteiligt**

BAD. STAATSKANZLEI
BÜCHEREI
Kat. **J. 234**

Statistische Mitteilungen

über das

Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Neue Folge Band XII.

Jahrgang 1923.

Karlsruhe i. B.

E. F. Müller, Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung.

1924.

97

1957 4 3285

II

OZB 489, N.F. 12, 1923

LS 113W



A. Inhaltsverzeichnis nach Gebieten.

I. Das Wirtschaftsleben.

	Seite
1. Die Industrie.	
Die badische Industrie im Jahr 1922	1
Die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse zu Konzernen, Trusts u. dgl. in Industrie und Handel in Baden	105
Industrielle Großbetriebe in Baden im Jahr 1922	25
Unternehmerverbände in Industrie, Handel und Verkehr Badens	134
Die Angestellten in der badischen Industrie	12
Die badische Bauindustrie im Jahr 1922	59
Elektrizitätswerke und elektrische Industrie in Baden 1922/23	81
Nähmaschinen-, Fahrrad- und Kraftwagen- (Automobil-) Industrie in Baden	109
Badische Aktiengesellschaften im Jahr 1922	3
Neugründung von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Baden 1923	139
Zweigniederlassungen außerbadischer Aktiengesellschaften in Baden	62
Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Baden 1922	11
2. Handwerk.	
Die Handwerkerinnungen in Baden auf Schluß des Jahres 1922	87
3. Landwirtschaft.	
Die Anbauflächen des Jahres 1923	73
Der badische Getreidebau 1922, I., II.	28. 36
Die badische Getreideernte 1923	88
Erntevorschätzung der Hackfrüchte Anfang Oktober 1923	114
Der badische Zuckerrübenbau 1922	29
Der badische Hanf- und Flachsbaum 1922	63
Der Tabakbau in Baden im Jahr 1922	15
Hopfenbau und Hopfenernte in Baden im Jahr 1923	148
Der badische Obstbau im Jahr 1923	142
Die Rebfläche in Baden und in Süddeutschland im Jahr 1922	13
Die badische Weinmosternte im Jahr 1922	14
Saatenstand und Feldgewächse 32. 38. 51. 64. 76. 89. 99. 114.	127
Die badischen Viehbestände am 1. Oktober 1923	124
Von der Viehzählung am 1. Dezember 1922	5
Die Viehhaltung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Baden auf Ende 1922	99
Der landwirtschaftliche Besitz und Betrieb der größeren badischen Städte	98
Vom landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Baden	34
Die genossenschaftlichen Getreidelagerhäuser Badens im Jahr 1922	122
4. Handel.	
Die Handelskammern in Baden im Jahr 1921	11
5. Verkehr.	
Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden im Jahr 1923	76
6. Arbeitsmarkt.	
Die Lage des badischen Arbeitsmarktes im Jahr 1922	2
Die Erwerbslosigkeit in Baden im Jahr 1923	129
Die Vermittlungstätigkeit der gewerbmäßigen Gesindevermieter und Stellenvermittler 1922	39
7. Geldwesen.	
Kreditbanken in Baden im Jahr 1923	97
Die badischen Sparkassen zu Anfang 1923	49
Zulassung badischer Wertpapiere zur Börse	26

z

Om 210, N.F. 12

8. Preise.

Die Teuerung in Baden	7. 21. 30. 40. 51. 66. 77. 90. 100. 115. 117. 127. 150
---------------------------------	--

9. Versicherungswesen.

Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften im Jahr 1923	32. 64. 150
Landesversicherungsanstalt Baden	51. 115. 149
Hagelschäden und Hagelversicherung im Jahr 1922	15

10. Wohnungs- und Siedlungswesen.

Zur Wohnungsnot in Baden	5
------------------------------------	---

11. Verschiedenes.

Baden als Grenzland	33
Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Offenburg	9
Der Stand der Wasserversorgung in den badischen Gemeinden 1921	16

II. Das Geistesleben.

1. Unterricht und Bildung.

Über die Volksschulen in Baden im Jahr 1922	77
Der Besuch der badischen Hochschulen im Wintersemester 1923/24	149

2. Kirche.

Austritte aus der evangelischen und katholischen Kirche und Mischehen in Baden 1922	59
Konfessionelle Ständevereinigungen in Baden	39

III. Die Bevölkerung.

1. Bewegung der Bevölkerung.

Die Bevölkerungsbewegung in Baden 1922	56
Die gewaltsamen Todesfälle in Baden im Jahr 1922	113
Beruf und Todesursache in Baden im Jahr 1922	112
Über das Heiratsalter bei einzelnen Berufen in Baden im Jahr 1922	57
Ausländer in Baden im Frühjahr 1923	74

2. Gesundheit und Wohltätigkeit.

Krieg und Geisteskrankheiten in Baden	17
Einfluß des Krieges und der Nachkriegszeit auf Gewicht und Körpergröße der Schulkinder	121
Die Kranken-, Pfandner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genesungsheime in Baden	42. 54. 68. 79. 92. 102. 107
Kleinkinderbewahranstalten, Krippen- und Kindergärten	65

3. Moral.

Beiträge zur Morastatistik 1922	58
Zunahme der gerichtlichen Verurteilungen jugendlicher Personen in Baden	149

IV. Verwaltung, Polizei und Rechtspflege.

Die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs 1922	17
Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse 1923 (I. Vierteljahr)	50
Neugründung von Bezirksverbänden in Baden in den Jahren 1913/22	65
Die Zahl der Rechtsanwälte in Baden Anfang 1923	114

B. Inhaltsverzeichnis nach der Buchstabenfolge.

	Seite		Seite
Altiengeellschaften	3. 26. 139	Kleinkinderbewahranstalten	65
Allmende	140	Konzerne	105
Altersheime	92. 102. 117	Körpergröße, der Schulkinder	121
Anbauflächen	73	Kraftfahrzeuge	76
Angestellte	12	Kraftwagenindustrie	109
Anstalten, Bohlstätigkeit	2. 54. 68. 79. 92. 102. 117	Kreditbanken	97
Arbeitslosigkeit	129	Krippen	65
Arbeitsmarkt	2	Krüppelheime	79
Ausländer	74	Landesversicherungsanstalt	51. 115
Austritte aus der Kirche	59	Milchhehen	59
Automobilindustrie	109	Moralstatistik	58
Bauindustrie	59	Mütterheime	54
Beruf (und Heiratsalter)	112	Nähmaschinenindustrie	109
Beruf (und Todesursache)	112	Notstandsarbeiten	129
Berufsgenossenschaft, landwirtschaftliche	32. 64	Offenburg	9
Besitz, landwirtschaftlicher der Städte	98	Obstbau	142
Betrieb, landwirtschaftlicher der Städte	98	Ordnungsanstalten	92. 102. 112
Blindenanstalten	79	Rebfläche	13
Bevölkerungsbewegung	56	Rechtsanwälte	114
Bezirksverbände	65	Retlungsanstalten	68
Elektrizitätswerke	81	Saatenstand	32. 38. 51. 64. 76. 89. 99. 114. 127
Elektrizitätsindustrie	81	Säuglingsheime	54
Epileptische, Anstalten für	79	Schlichtungsausschüsse	50
Erholungsheime	43	Schulkinder, Körpergröße	121
Erziehungsanstalten	68	Standesvereinigungen, konfessionelle	39
Fahrradindustrie	109	Stellenvermittler	39
Flachsban	63	Spartassen	49
Geisteskrankheiten, Kriegseinfluß auf die	17	Tabakbau	15
Geistesranke, Anstalten für	79	Taubstummenanstalten	79
Genossenschaftswesen	34	Teuerung 7. 21. 30. 40. 51. 66. 77. 90. 100. 115. 117. 127. 150	
G. m. b. H.	11	Todesfälle, gewalttame	113
Gesindevermieter	39	Todesursachen	112
Getreidebau	28. 36	Truist	105
Getreideernte	88	Tuberkulose, Anstalten für	119
Getreidelagerhäuser	122	Unternehmerverbände	134
Grenzland, Baden als	33	Verwaltungsgerichtshof	17
Großbetriebe, industrielle	25	Versorgungsheime	92. 102. 117
Großbetriebe, landwirtschaftliche	99	Viehbestände	124
Grüfrüchte, Erntevorschätzung	114	Viehhaltung der Großbetriebe	99
Hanfban	63	Viehzählung	5
Hagelschaden	15	Volkschulen	77
Hagelversicherung	15	Waisenanstalten	68
Handelskammern	11	Wasserversorgung	16
Handwerkerinnungen	87	Weinmosternte	14
Heiratsalter	57	Wertpapiere, Zulassung	26
Hochschulen, Besuch der	149	Wohnungsnot	5
Hopfenbau	148	Zweigniederlassungen, der Aktiengesellschaften	62
Hopfenernte	148	Zuckerrübenbau	29
Jugendgerichte	149		
Industrie	1		
Kindergärten	65		
Kinderheime	54		
Kinderkrankenhäuser	54		
Kirchenaustritte	59		

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 1.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das 1. Vierteljahr 130 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Die badische Industrie im Jahre 1922. 2. Die Lage des badischen Arbeitsmarktes im Jahre 1922. 3. Badische Aktiengesellschaften im Jahre 1922. 4. Von der Viehzählung am 1. Dezember 1922. 5. Zur Wohnungsnot in Baden. 6. Die Teuerung in Baden.

1. Die badische Industrie im Jahre 1922.

Zu welchem Umfange Baden heute industrialisiert ist, zeigt neuerdings wieder die Tatsache, daß nach einer Erhebung des Statistischen Landesamts vom August 1922 um diesen Zeitpunkt rund 4000 (3772) Gewerbebetriebe mit mindestens 10 oder mehr Arbeitern im Lande vorhanden waren. Nicht inbegriffen in dieser Gesamtzahl der ermittelten Betriebe sind die Heimindustrie, die Bergwerke und das Baugewerbe, das Handels- und Verkehrsgewerbe, sowie die öffentlichen Betriebe des Reiches, des Staates und der Gemeinden wie die Reichseisenbahnwerkstätten, die staatlichen Salinen u. dgl. mehr.

Ein Drittel aller Betriebe, und zwar 1213, entfallen allein auf die Metallverarbeitungsindustrie (731) und die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate (482), weiterhin über ein Viertel (1011) auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrie; in dieser sind weit über drei Viertel (846 oder 83,7 v. H.) Tabak- und Zigarrenfabriken. Von den noch verbleibenden rund 1500 (1548) Betrieben gehören über 400 (439) zur Holzindustrie, nahezu 300 (291) zur Industrie der Steine und Erden einschließlich Steinbruchindustrie, etwa 200 (213) zur Textilindustrie, je über 100 zur Papierindustrie (150), Bekleidungsindustrie (147) und zum Polygraphischen Gewerbe (130); weniger als 100 Betriebe waren vorhanden in der Lederindustrie (61 Betriebe ohne Schuhfabriken; vgl. zu dieser Bekleidungsindustrie), ferner in der Chemischen Industrie (49), im Reinigungsgewerbe (32) und in der Industrie der Lade, Firnisse, Öle, Seifen und Fette (30). Außerdem gab es noch einige (6) größere kunstgewerbliche Betriebe, die noch nicht in den vorgenannten Industriegruppen enthalten sind.

Gegenüber der vorletzten Aufnahme auf Schluß des Jahres 1920, bei der in den betreffenden Industriezweigen im ganzen 3695 Betriebe festgestellt wurden, hat sich die Zahl der Betriebe unter Berücksichtigung der Ab- und Zugänge um nahezu 80 oder 2 v. H. vermehrt. Wieviel unter den Abgängen sich endgültig aufgelöste Gewerbebetriebe befinden und unter den Zugängen tatsächliche Neugründungen sind, ist zurzeit noch Gegenstand der Untersuchung. Es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß unter den Zu- und Abgängen keineswegs nur Betriebe in Frage kommen, die eingegangen oder neuentstanden sind, sondern vielfach auch solche, die infolge der Vergrößerung oder Verringerung ihrer Arbeiterzahl neuerdings in die Erhebung mit einbezogen werden mußten, oder aus derselben ausgeschlossen sind.

Die Zunahme äußert sich hauptsächlich in der Industrie der Steine und Erden (43 Betriebe), in der Textilindustrie (26 Betriebe), Holzindustrie (21 Betriebe) und in der Maschinenindustrie (13 Betriebe) usw., während in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, sowie im Polygraphischen Gewerbe (Buch- und Steindruckerei u. dgl.) es zusammen gegen 50 Betriebe weniger geworden sind. Bei der Zunahme der Textilindustrie handelt es sich in der Hauptsache um kleinere Strickereien und Stickerien, Sackfabriken, Hadernfortieranstalten u. dgl. In der Metallverarbeitungsindustrie zeigt sich fast keine Veränderung (1920: 727 Betriebe; 1922: 731 Betriebe), desgleichen insbesondere in der Tabak- und Zigarrenindustrie, bei welcher es 1922 allerdings einige Betriebe (12) weniger waren wie im Jahre 1920 (858 Betriebe).

Verhältnismäßig viel stärker als die Zunahme der Betriebe ist die Zunahme in der Zahl der Arbeiter, welche um die fragliche Zeit in den der Erhebung unterliegenden Gewerbebetrieben beschäftigt waren. Fast in allen Industriegruppen, namentlich auch in denjenigen, deren Betriebe

das Rückgrat unserer Fabrikindustrie bilden, zeigen die Arbeiterzahlen seit der vorletzten Aufnahme eine Erhöhung. Die Gesamtarbeiterzahl ist von 250 572 auf 295 949, d. h. also um nahezu 45 400 oder 18,1 v. H. gestiegen. Diese Zunahme entspricht dem hohen Beschäftigungsgrad, welcher im allgemeinen unsere Industrie bis vor kurzem auszeichnete. In einzelnen Industriegruppen wie in der Lederindustrie und in der Industrie der Steine und Erden macht die Vermehrung nahezu bis zu 50 (47,6 bzw. 46,2) v. H. an dem auf Schluß des Jahres 1920 ermittelten Arbeiterstande aus. Auch in der Maschinen- und in der Chemischen Industrie, in der Industrie der Lade, Öle, Firnisse, Seifen und Fette, in der Papier- und in der Holzindustrie war der allgemeine Beschäftigungsgrad — gemessen an der Arbeiterzahl — in der Erhebungszeit um ein Viertel bis ein Fünftel des früheren Standes gestiegen, in der Textilindustrie sogar um ein Drittel (33,6 v. H.). Beispielsweise waren in der Maschinenindustrie Mitte August 1922 nahezu 11 700, in der Textilindustrie 9900, in der Industrie der Steine und Erden 5500 und auch in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, sowie in der Holzindustrie je über 4000 Arbeiter mehr beschäftigt als zu Ende des Jahres 1920. Bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie kommt über die Hälfte der Mehrbeschäftigten auf die Tabak- und Zigarrenindustrie (1920: 45 460 Arbeiter; 1922: 48 037 Arbeiter), welche schon 1920 sehr gut beschäftigt war; ein wenn auch geringfügiger Rückgang in der Zahl der Betriebe konnte, wie schon erwähnt, bereits im Sommer 1922 in dieser Industrie festgestellt werden. Wenn die Arbeiterzahl in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie im Vergleich zu anderen wichtigen Industriegruppen verhältnismäßig nur schwach (8,3 v. H.) zugenommen hat, so dürfte dies hauptsächlich auch mit auf die schwierige Lage zurückzuführen sein, in welcher sich zurzeit das Bierbrauerei- und das Mälzereigewerbe befinden. Besonders gering ist die Zunahme in der Metallindustrie, für die nur ein Mehr von 1715 Arbeitern in die Erscheinung tritt, was bei der großen Zahl der Arbeiter in dieser umfangreichen Industrie (1920: 42 249 Arbeiter; 1922: 43 964 Arbeiter) nur etwas über 4 v. H. ausmacht; der Beschäftigungsgrad in der Metallindustrie muß somit schon 1920 nahezu seinen Höhepunkt erreicht gehabt haben. Im Reinigungsgewerbe waren im Sommer 1922 etwa 300 und im Polygraphischen Gewerbe an 400 Arbeiter weniger beschäftigt als 1 1/2 Jahre zuvor; es sind dies diejenigen Gewerbegruppen, in deren Arbeitsbereich sich die im Zusammenhang mit der herrschenden Teuerung von den Verbrauchern beobachteten Sparmaßregeln und die Zurückhaltung mit Aufträgen und Bestellungen erfahrungsgemäß mit in erster Linie auswirken, wobei allerdings in Betracht gezogen werden muß, daß gerade im Reinigungsgewerbe (Dampfwaschanstalten, Färbereien und Chemische Waschanstalten) die Beschäftigung während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine außerordentlich hohe war und ein Rückgang nach den gegebenen Verhältnissen zu erwarten stand. In der Bekleidungsindustrie (einschließlich Schuhfabriken) hält sich die Zunahme der Arbeiterzahl (1920: 5519 Arbeiter; 1922: 6314 Arbeiter) mit 14,9 v. H. in vergleichsweise mäßigen Grenzen. Der hohe Bedarf in den Erzeugnissen dieser Industrie wird durch weitgehende Einschränkungen von seiten der Verbraucher infolge der hohen Gestehungs- und Anschaffungskosten zum Teil wieder ausgeglichen.

2. Die Lage des badischen Arbeitsmarktes im Jahre 1922.

Die ungünstige Gestaltung der deutschen Währung hatte in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 erheblichen Eingang an Auslandsaufträgen und damit lebhaften Geschäftsgang bewirkt. Im allgemeinen hielt auch der günstige Beschäftigungsgrad, von vorübergehenden, in der Hauptsache in schlechter Witterung begründeten geringeren Schwankungen abgesehen, nicht bloß an, sondern zeigte das Bild ständiger, dem Sinken des Marktwertes folgender Aufwärtsentwicklung.

Eine wesentliche Änderung tritt, nachdem sich die ersten Anzeichen einer entgegengesetzten Entwicklung bereits im Juli in unerheblicher Verminderung der Vermittlungsziffern bemerkbar gemacht hatten, im August ein: Folgen des Marksturzes, der Kapital- wie Rohstoffbeschaffung der Erzeuger und den Verbrauch erheblich beeinträchtigt. Damit war die Zurückhaltung in der Neueinstellung von Kräften notwendig gegeben. Diese machte sich denn auch in den folgenden Monaten mit steigender Kapitalnot immer stärker fühlbar. Die Verschlechterung kommt auch in der Erwerbslosenstatistik zum Ausdruck: sank die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 1638 zu Beginn des Jahres auf 147 Ende des Monats Juli, so wuchs sie von da ab, von einer vorübergehenden Besserung im September abgesehen, auf 865 Ende Dezember an. Hierbei muß allerdings der Einfluß der Witterung, insbesondere auf die baugewerblichen Berufe, als einer periodisch wiederkehrenden Ursache berücksichtigt werden.

Vergleicht man das Gesamtergebnis der beiden Jahre 1921 und 1922, so läßt sich für das Jahr 1922 ein Rückgang der Zahl der Stellenjuchenden bei gleichzeitiger Zunahme des Stellenangebots feststellen. Hatten sich im Jahre 1921 bei 27 zur Teilnahme an der an das Reich zu erstattenden monatlichen Arbeitsnachweisstatistik verpflichteten öffentlichen Arbeitsnachweifen 405 446 Arbeitsjuchende gemeldet, so sank diese Zahl, obwohl sich in der Zwischenzeit noch zwei weitere Anstalten an der Statistik beteiligten, infolge durchschnittlich günstigerer Beschäftigungsmöglichkeit im Jahre 1922 auf 387 196. Umgekehrt ist die Zahl der zur Meldung gelangten offenen Stellen von 295 762 im Jahre 1921 auf 324 488 im Jahre 1922 gestiegen. Es kamen demnach im Jahre 1921 auf 100 offene Stellen rund 137,1 Arbeitsjuchende, während das entsprechende Zahlenverhältnis im Jahre 1922 100:119,2 betrug. Untersucht man den Anteil des männlichen und weiblichen Arbeitsmarkts getrennt voneinander, so ergibt sich beim männlichen Arbeitsmarkt insofern eine Besserung des Jahresdurchschnitts, als bei ihm auf 100 gemeldete offene Stellen im Jahre 1922 nur 128 Arbeitsjuchende kamen, während sich die entsprechende Zahl des Vorjahres auf 163,3 belief. Umgekehrt liegen die Verhältnisse auf dem weiblichen Arbeitsmarkt. Hier ist eine kleine Verschlechterung wahrzunehmen, die in einer nicht bloß absoluten, sondern auch relativen Zunahme der Zahl der Arbeitsjuchenden zum Ausdruck kommt: im Jahre 1921 entfielen auf 100 offene Stellen 103,5, im Jahre 1922 106,6 weibliche Arbeitskräfte. Die Verschlechterung des weiblichen Arbeitsmarkts hat auch das Gesamtvermittlungsergebnis im engeren und eigentlichen Sinn, d. i. die Zahl der erzielten Vermittlungen, insofern ungünstig beeinflusst, als das Jahr 1922 mit 205 775 gegenüber 207 028 Vermittlungen im Vorjahre sogar noch etwas zurückbleibt, obwohl der männliche Arbeitsmarkt mit 138 906 Vermittlungen im Jahre 1922 gegenüber 133 273 vom Vorjahre eine Besserung zeigt. An der Verschlechterung des weiblichen Arbeitsmarkts sind insbesondere Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (Tabakindustrie), Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe und Handel beteiligt, während umgekehrt für den männlichen Arbeitsmarkt, wenn man die Jahresergebnisse als solche miteinander vergleicht, Holz- und Schnitzstoffgewerbe und insbesondere Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1922 eine Besserung des Kräfteverhältnisses von Angebot und Nachfrage aufweisen. Das Überangebot von Stellen im Baugewerbe war im Jahre 1922 noch etwas größer als im Jahre 1921, und zwar sowohl absolut als auch relativ, d. h. im Verhältnis zur Nachfrage, während die Vermittlungsergebnisse beider Jahre in dieser Berufsgruppe mit 8573 vermittelten Stellen im Jahre 1922 gegenüber 8588 vom Jahre 1921 sich fast die Wage halten. Ganz wesentlich hat sich der Arbeitsmarkt des Diversifizierungsgewerbes verschlechtert.

3. Badische Aktiengesellschaften im Jahr 1922.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Geldentwertung und der zunehmende Geldbedarf von Industrie und Handel, kommt in der Statistik der badischen Aktiengesellschaften im Jahr 1922 deutlich zum Ausdruck.

Von den 245 Aktiengesellschaften, die am 1. Januar 1922 in Baden ihren Sitz hatten und reinen Erwerbscharakter tragen, haben im letzten Geschäftsjahr nicht weniger als 30, d. i. rund 12% aller Aktiengesellschaften, von einer Gewinnausschüttung abgesehen; 44 Aktiengesellschaften mußten sich mit einer Dividende von weniger als 10% begnügen. Über 20% Dividende konnten insgesamt nur 38 Gesellschaften zur Verteilung bringen. Der Höchstbetrag von 45% Jahresgewinn entfällt auf eine der ältesten Fabriken des badischen Schwarzwaldes, deren Aktienkapital allerdings nur 400 000 M beträgt; eine Pforzheimer Bijouteriefabrik (mit einem Aktienkapital von 3,4 Millionen Mark) hat im letzten Geschäftsjahr 40% drei andere Firmen (eine Maschinenfabrik in Durlach, sowie zwei Versicherungsgesellschaften) haben zwischen 30 und 36% bezahlt. Bei 124 Gesellschaften, d. i. rund 50% aller am 1. Januar 1922 vorhandenen Gesellschaften, bewegt sich der Gewinnanteil zwischen 10 und 30%, was in jetziger Zeit der Geldentwertung wenig bedeutet; bei 68 Gesellschaften bleibt die ausgeschüttete Dividende unter 20%. Gegenüber dem Vorjahr konnten insgesamt 77 Gesellschaften ihre Dividende erhöhen; bei den meisten Firmen war aber diese Erhöhung unbedeutend; nur 35 Gesellschaften waren imstande, gegenüber dem Vorjahr ihre Dividende um mehr als 5 zu erhöhen. Eine Verdoppelung der Dividende gegenüber dem Vorjahr konnten 16 Firmen, eine Verdreifachung zwei Firmen (ein kleines Elektrizitätswerk und eine Baumwollspinnerei), eine Vervielfachung zwei Firmen (eine Metallfabrik und eine Hotel-A.-G.), eine Sechsfachung eine mit schweizerischem Kapital arbeitende Textilfirma vornehmen.

Wie stark das Bedürfnis nach Inanspruchnahme von Kredit war, zeigt die Statistik der Kapitalerhöhungen, wie sie im Zentralhandelsregister des Badischen Staatsanzeigers in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 zur Veröffentlichung gelangt sind. Von den oben erwähnten (245) badischen Aktiengesellschaften haben im Jahr 1922 insgesamt 91, d. s. rund 38 % aller Gesellschaften, ihr Kapital erhöht; der Gesamtbetrag des erhöhten Aktienkapitals beträgt 1332 Millionen Mark, mit andern Worten: das gesamte Aktienkapital der badischen Aktiengesellschaften (nach dem Stand vom 1. Januar 1922) mußte im Lauf des Jahres 1922 um rund 80 % erhöht werden. 18 Firmen haben im Berichtsjahr zweimal, zwei Firmen (eine Tabakfabrik sowie eine Elektrizitätsgesellschaft) dreimal und eine Firma (eine Grundstückserversorgungsgesellschaft mit Beteiligung des Auslandes) viermal ihr Kapital erhöht. Aus der Statistik geht deutlich hervor, daß der Bedarf nach Kapitalerhöhung bei den kleinen Fabriken nur unbedeutend ist, aber mit der Größe des Aktienkapitals zunimmt. Von den 11 Aktiengesellschaften, deren Aktienkapital 40 Millionen Mark und mehr beträgt, haben im Jahr 1922 sämtliche ihr Aktienkapital erhöht, von den Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 10—20 Millionen Mark dagegen die Hälfte (48 %), von den 60 Aktiengesellschaften mit unter 1 Million Mark Kapital um 16 %.

Der zunehmende Kapitalbedarf von Industrie und Handel war wohl auch die Hauptursache dafür, daß im Jahr 1922 eine große Zahl badischer Firmen, die bisher die Rechtsform einer Einzelfirma, einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung getragen hatten, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden ist. Während im Durchschnitt der Jahre 1919/21 erst 15 solcher Umwandlungen in Aktiengesellschaften im Jahr vorgenommen werden mußten, ist diese Zahl im Jahr 1922 auf 90 mit einem Gesamtkapital von 586 Millionen Mark gestiegen. Von diesen 90 neuerrichteten Aktiengesellschaften entfallen 76 auf Fabrikations- und Bauunternehmungen (mit einem Gesamtkapital von 495 Millionen Mark) und 14 auf Handelsunternehmungen (mit einem Gesamtkapital von 90,8 Millionen Mark). Durchschnittlich entfällt somit auf eine Umwandlung einer Fabrikations- und Bauunternehmung ein Aktienkapital von 6,5, auf die Umwandlung einer Handelsunternehmung ebenfalls ein solches von 6,5 Millionen Mark. Besonders stark (26) ist die Zahl der Umwandlungen innerhalb der Maschinen- und Metallindustrie einschließlich der Bijouterieindustrie, auf die ein Gesamtkapital von 148,6 Millionen Mark entfällt. In der Industrie der Steine und Erden sind 11 Unternehmungen mit einem Aktienkapital von 38 Millionen Mark, in der Lebensmittelbranche 7 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mark, in der Holzindustrie 6 Unternehmungen mit einem Aktienkapital von 28,5 Millionen Mark umgewandelt worden. Bei den Fabrikations- und Bauunternehmungen entfällt das kleinste Aktienkapital mit 300 000 M auf eine Federstahlfabrik, das höchste Aktienkapital mit 40 Millionen Mark auf eine Holzstoff- und Papierfabrik sowie auf eine Motorenfabrik. Bei den Handelsunternehmungen entfällt das kleinste Aktienkapital (300 000 M) auf ein Innenausstattungsgeschäft, das höchste (20 Millionen Mark) auf eine Branntweimbrennerei im Bezirk Kehl.

Neu entstanden sind im Jahr 1922 ausweislich der Einträge im Zentralhandelsregister des Badischen Staatsanzeigers, die durch zahlreiche Rückfragen ergänzt worden sind, 13 Fabrikations- und 14 Handelsunternehmungen.

Unter den 13 Fabrikationsunternehmungen befinden sich 3 Textilbetriebe, 3 Holzbearbeitungsfabriken, 1 Schloßfabrik, 1 Bijouteriefabrik, 1 Tabakfabrik, 1 Branntweimbrennerei und Likörfabrik, 1 kleines Kraftwerk sowie 2 Bauunternehmungen. Läßt man die 3 Zweigniederlassungen, die im Jahr 1922 von außerbadischen Aktiengesellschaften (mit einem Gesamtkapital von 37 Millionen Mark) errichtet worden sind, außer Betracht, so läßt sich feststellen, daß das Aktienkapital der neugegründeten Fabrikations- und Bauunternehmungen insgesamt 52,4 Millionen Mark beträgt; am niedersten ist das Aktienkapital bei der neugegründeten Bauunternehmung (200 000 M), am höchsten bei der Branntwein- und Likörfabrik (26 Millionen Mark); bei den übrigen Gesellschaften bewegt sich das Aktienkapital zwischen 1 und 8 Millionen Mark.

Unter den 14 neugegründeten Handelsunternehmungen befinden sich 4 Kreditbanken; 2 hiervon sind neugegründete Zweigstellen einer Mannheimer Großbank, deren Aktienkapital 150 Millionen Mark beträgt; die 2 andern sind von außerbadischen Großbanken (Aktienkapital 600 bzw. 170 Millionen Mark) ins Leben gerufen worden. Auch 2 Großhandelsgesellschaften in Essen (2 Millionen Mark) bzw. Stuttgart (3 Millionen Mark) haben im Jahr 1922 in Baden Zweigstellen errichtet. Bei den verbleibenden (8) Neugründungen von Handelsunternehmungen, die in Baden ihren Hauptsitz haben, beträgt das Aktienkapital insgesamt rund 70 Millionen Mark; es entfallen also durchschnittlich 10 Millionen Mark Aktienkapital auf eine Neugründung. Der

kleinste Betrag (25 000 *M* Aktienkapital) entfällt auf die Zweigniederlassung einer im Vorjahre in einer Landgemeinde mit 1500 Einwohnern gegründeten Import- und Exportgesellschaft, das größte Aktienkapital (25 Millionen Mark) hat eine im Bezirk Kehl errichtete Tabakbau- und Wertungsgesellschaft beansprucht. Bemerkenswert ist noch, daß sich unter den Neugründungen eine Grundstückserwerbsgesellschaft und eine Aktiengesellschaft für Versicherungsvermittlung mit einem Aktienkapital von 3 bezw. 5 Millionen Mark befinden.

In welchem zunehmendem Umfang sich das Ausland für Industrie und Handel in Baden interessiert, zeigt die Tatsache, daß es sich in den 3 Jahren 1919/21 insgesamt an 15 Gründungen badischer Aktiengesellschaften, im Jahr 1922 dagegen, also in einem einzigen Jahr, an 16 Gründungen, die ein Gesamtkapital von rund 121 Millionen Mark darstellen, beteiligt hat. In 25 Fällen hatten die Ausländer ihren Wohnsitz in der Schweiz, in 8 Fällen in Elsaß-Lothringen, in 3 Fällen in Holland, in je 2 Fällen in Italien und Tschechoslowakei, in je einem Fall in Frankreich und Amerika.

An 21 Gründungen von Aktiengesellschaften im Jahr 1922 waren, soweit festgestellt werden konnte, Konzerne und Trusts beteiligt.

4. Von der Viehzählung am 1. Dezember 1922.

Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1922 wurden in unserm Land insgesamt 63 230 Pferde, 606 419 Stück Rindvieh, 65 790 Schafe, 426 217 Schweine, 181 202 Ziegen, 2 421 335 Stück Federvieh (darunter 2 180 600 Hühner), 128 999 zahme Kaninchen (Stallhasen), 116 419 Bienenstöcke und endlich 146 149 Hunde ermittelt.

Gegenüber der vorjährigen Zählung (am 1. Dezember 1921) ist bei sämtlichen Tiergattungen mit Ausnahme der Bienenvölker und der Hunde ein Rückgang zu beobachten, der offenbar auf den Ausfall der 1922er Ernte und auf die zunehmende Teuerung der ausländischen Futtermittel zurückzuführen ist. Die Abnahme beträgt bei den Pferden 1333 (2,1 %), beim Rindvieh 10 573 (1,7 %), bei den Schafen 7024 (9,6 %), bei den Schweinen 41 647 (8,9 %), bei den Ziegen 3707 (2,0 %), beim Federvieh 33 755 (1,4 %). Am größten ist der Rückgang bei den Kaninchen, wo er 57 880, d. i. 31,0 %, beträgt. Die Zahl der Hunde hat sich seit dem Vorkriegsjahr 1913 nahezu verdoppelt; gegenüber dem Jahr 1921 beträgt die Zunahme 15 590 (11,9 %). Die Bienenvölker haben sich um 7297 (d. i. 6,7 %) vermehrt.

Soweit von andern Ländern Mitteilungen über das Ergebnis der 1922er Viehzählung vorliegen, zeigt sich überall das gleiche Bild: eine Abnahme des Viehbestandes. In Württemberg hat die Zahl der Pferde eine Abnahme um 0,6 %, der Schafe um 2,9 %, der Schweine um 6,2 %, der Ziegen um 1,3 %, der Kaninchen um 34,5 % zu verzeichnen. Eine Zunahme ist lediglich, wie in Baden, bei den Bienenvölkern zu beobachten, bei denen eine Vermehrung um rund 11 % zu beobachten ist. Beim Rindviehbestand liegt eine kleine Zunahme von 0,06 % vor.

In Preußen beziffert sich der Rückgang beim Rindviehbestand auf 343 000 (d. i. 3,7 %), bei den Schweinen auf 860 000 (8,2 %), bei den Schafen auf rund 200 000 (5,2 %). Auch die Zahl der Pferde (0,8 %), der Ziegen (3,9 %) sowie des Federviehs (4,9 %) ist zurückgegangen.

Wie das Preussische Statistische Landesamt anlässlich der Veröffentlichung dieser Zahlen ausführt, zeigt sich immer deutlicher, daß ohne den Zufluß ausländischer Futtermittel, der im verflossenen Jahre unter der Wirkung der Reparationsleistungen und der damit zusammenhängenden Verschlechterung unserer Valuta eingestellt werden mußte, der Viehbestand nicht auf der Höhe gehalten werden kann, die zur Ernährung der Bevölkerung selbst bei wesentlicher Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs nötig ist.

5. Zur Wohnungsnot in Baden.

Für das Kalenderjahr 1922 haben die Baukontrolleure anlässlich der Rohbaurevisionen 7695 neuentstandene Wohnungen gemeldet, zu welchem Zwecke 3602 Neubauten erstellt und 994 Umbauten vorgenommen wurden. Diesen Wohnungsherstellungen steht ein Wohnungsabgang durch Brand, Abbruch usw. auf den gleichen Baugrundstücken von 437 gegenüber, so daß auf den Zeitpunkt der zweiten Baubefichtigungen ein reiner Zugang von 7258 Wohnungen festzustellen ist.

Hat auch der Wohnungsmarkt durch diese neugeschaffenen Wohnungen nicht die erwünschte Entlastung erfahren, so bedeutet doch die Zahl von 7695 neugeschaffenen Wohnungen eine sehr

beachtenswerte Leistung, wenn man ihr die Neubautätigkeit in den Nachkriegsjahren und selbst diejenige im Jahr 1914 gegenüberstellt. Nach den vorliegenden statistischen Aufzeichnungen beziffert sich der Zugang an neuen Wohnungen im Jahr 1914 auf 5114, während in den Jahren 1919: 1712, 1920: 4636 und 1921: 5351 Wohnungen neu entstanden sind. Daß die erwünschte Entlastung des Wohnungsmarktes nicht erzielt werden konnte, ist neben dem Umstand, daß in den Kriegsjahren so gut wie überhaupt nicht gebaut wurde, darauf zurückzuführen, daß sich der Wohnungsbedarf infolge der Zunahme an Eheschließungen — am 1. Juli 1914 betrug die Zahl der Haushaltungen mit eigener Wohnung 469 391, am 1. Juli 1920: 498 422 mit eigener und 14 639 ohne Wohnung — gewaltig gesteigert hatte und daß nicht zuletzt durch den Zustrom von Auslandsdeutschen und Angehörigen der Abtretungsgebiete (Elsas-Lothringer) Baden als Grenzland ganz erheblich belastet wurde.

Unter den 7695 gemeldeten neuen Wohnungen befinden sich 181 (2,4 v. H.) Einzimmer-, 1518 (19,7 v. H.) Zweizimmer-, 3519 (45,7 v. H.) Dreizimmer-, 2089 (27,2 v. H.) Vier- und Fünzimmer-, sowie 388 (5,0 v. H.) Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern. Der Bedarf und die Möglichkeit der Neuherstellung von Wohnungen mittlerer Größe, hauptsächlich von Dreizimmerwohnungen, sind also am vorherrschendsten. So erwünscht es an sich auch wäre, diese Prozentzahlen in Zukunft beizubehalten, so verlangen doch die außerordentlich gestiegenen Baukosten gebieterisch, die Hundertsätze zugunsten der Ein- und Zweizimmerwohnungen zu verschieben.

Nach Gemeindegroßenklassen gruppiert, kamen von den im Kalenderjahr 1922 neu-entstandenen Wohnungen auf die Gemeinden unter 2000 Einwohner 2259 (29,4 v. H.), von 2000 bis unter 5000 Einwohner 1894 (24,6 v. H.), von 5000 bis unter 10 000 Einwohner 402 (5,2 v. H.), von 10 000 bis unter 20 000 Einwohner 743 (9,6 v. H.), von 20 000 bis unter 100 000 Einwohner 1206 (15,7 v. H.) und auf die beiden Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohner 1191 (15,5 v. H.), auf alle Gemeinden unter 10 000 Einwohner sonach 4555 (59,2 v. H.), auf die 16 Gemeinwesen mit höherer Einwohnerzahl allein 3140 (40,8 v. H.). Auch in den Gemeinden der kleinsten Größenklasse entfaltet sich eine immer lebhaftere Wohnungsbautätigkeit, deren Hundertanteil von 29,4 denjenigen des Jahres 1921 mit 24,7 wesentlich überragt, ein Erfolg, der hauptsächlich der Tätigkeit der Bezirkswohnungsverbände zu danken ist.

Unter den großen Städten steht die Wohnungsbautätigkeit der beiden Großstädte Karlsruhe mit 606 und Mannheim mit 585 neuen Wohnungen an erster Stelle; es folgen nach der Größe der Wohnungszahlen geordnet die Städte Heidelberg mit 394, Pforzheim mit 378, Freiburg mit 311, Lörrach mit 155, Offenburg mit 117. In den übrigen 9 Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern hat die Neubautätigkeit die Zahl von 100 Wohnungen nicht erreicht.

Die größere Zahl der im Jahr 1922 neugeschaffenen Wohnungen konnte nur mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse erstellt werden. Für 4358 oder 56,6 v. H. dieser Wohnungen waren zurzeit der Kohnbaurevisionen Baukostenbeihilfen bereits bewilligt, für weitere 274 Wohnungen (3,6 v. H.) sind im Zeitpunkt der Berichterstattung Beihilfeanträge noch in der Schwebe oder wenigstens beabsichtigt gewesen. Die Zahl der ohne Beihilfen entstandenen Wohnungen würde sich demzufolge auf 3063 oder 39,8 v. H. beschränkt haben, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß infolge der stark angestiegenen Baukosten nachträglich noch weitere Gesuche um Bewilligung von Baudarlehen vorgelegt worden sind, denen auch zum größten Teil stattgegeben wurde, so daß sich der Hundertsatz der ohne Beihilfen erstellten Wohnungen noch weiter ermäßigt. Die Hundertsätze von $(56,6 + 3,6) = 60,2$ und 39,8 für mit und ohne Baudarlehen erstellte Wohnungen gestatten einen genauen Vergleich insofern überhaupt nicht, als sich unter den ohne Beihilfen errichteten Wohnungen eine Anzahl von Umbauten befindet, durch die Wohnungen mit nur geringem Kostenaufwand geschaffen wurden.

Die Steigerung der Wohnungsbautätigkeit gegenüber dem Vorjahr beläuft sich auf $(7695 - 5351) = 2344$ Wohnungen. Die Zahl der im Jahr 1922 entstandenen Wohnungen ist somit um fast zwei Fünftel (43,8 v. H.) größer als diejenige des Jahres 1921.

Von dem durch die Wohnungserhebung auf 1. Januar 1922 für das ganze Land festgestellten dringendsten Bedarf an rund 26 500 Wohnungen konnte durch die Bautätigkeit im Jahr 1922 nahezu ein Drittel — 29,0 v. H. — gedeckt werden.

An wohnungsuchenden Haushaltungen überhaupt wurden bei genannter Landeserhebung auf 1. Januar 1922 für die 16 badischen Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern allein 33 369 festgestellt, während die Vierteljahreserhebungen bei den Wohnungsämtern dieser Städte auf 1. Januar 1923 30 666 solcher Haushaltungen ergaben. Ein Vergleich dieser beiden Zahlen ist jedoch nicht möglich, weil in der Aufnahme auf 1. Januar 1922

die Tauschgesuche mitenthalten sind, während dies bei der Aufnahme auf 1. Januar 1923 nicht der Fall ist.

Das Wohnungsamt Mannheim verzeichnet auf 1. Januar 1923 an wohnungsuchenden Haushaltungen ohne Tauschobjekt allein 12 621 (gegen 10 528 am 1. April 1922), die Wohnungsämter Karlsruhe 2658 (2185), Freiburg 2770 (3062), Heidelberg 2528 (2104), Pforzheim 1774 (1492), Konstanz 1753 (1406), Baden 1380 (1242), Offenburg 1260 (1355) usw.

Am dringlich anerkannten Wohnungsge suchen (ohne Tauschgesuche) waren von den Wohnungsämtern der 16 Städte am 1. April 1922 im gesamten rund 11 000, auf 1. Januar 1923 aber rund 14 000 oder annähernd ein Viertel (23,9 v. H.) mehr vorgemerkt. Diese dringlichen Vormerkmale auf 1. Januar 1923 verteilen sich auf die Wohnungsämter wie folgt: Mannheim 7812 (gegen 6319 auf 1. April 1922), Freiburg 1231 (1059), Heidelberg 812 (560), Pforzheim 727 (520), Konstanz 562 (518), Offenburg 540 (520), Karlsruhe 516 (333), Bruchsal 427 (350), Billingen 325 (310), Weinheim 228 (125) usw.

Im Kalenderjahr 1922 konnten von den 16 berichtenden Wohnungsämtern insgesamt 10 675 Wohnungen zugewiesen werden. Die Zuweisungen betrafen 1216 (11,4 v. H.) Einzimmer-, 3765 (35,3 v. H.) Zweizimmer-, 3420 (32,0 v. H.) Dreizimmer- und 2274 (21,3 v. H.) Wohnungen mit vier und mehr Zimmern.

6. Die Teuerung in Baden.

In Fortsetzung der allmonatlichen Darstellungen über die Teuerung in Baden im Jahre 1922 soll auch im laufenden Jahre an dieser Stelle über den Stand der Teuerung in unserm Land berichtet werden.

Die Erhebungen über die Teuerung haben seit Beginn des Jahres insofern eine Erweiterung erfahren, daß an Stelle der bisher üblichen einmaligen Erhebung der Gebrauchs- und Verbrauchsartikeln, mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab eine zweimalige Erhebung erfolgt. Durch diese Maßnahme wird es ermöglicht, monatlich zwei Indexziffern zu berechnen und damit einen brauchbaren Wertmesser über die zunehmende Teuerung in kurzen Zwischenräumen zu erhalten.

Um diese Mehrarbeit, die durch eine zweimalige Erhebung und Berechnung der Lebenshaltungskosten bedingt wird, in kürzester Frist bewältigen zu können, mußte eine Herabsetzung der Zahl der Erhebungsgemeinden (25 statt bisher 51) vorgenommen werden. Bei der Auswahl dieser Gemeinden ging man von dem Gedanken aus, sämtliche Landesteile, größere, mittlere und kleinere Gemeinden heranzuziehen, um die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Gestaltung des Landes in weitestem Umfang zu berücksichtigen. Dabei wird bemerkt, daß durch die Kürzung der Zahl der Erhebungsgemeinden weder eine Beeinträchtigung der Zuverlässigkeit der Indexziffer noch eine Herabminderung der allgemeinen Höhe gegenüber dem früheren Verfahren stattfindet.

Die bisher bei den monatlichen Darstellungen geübte Gepflogenheit, sowohl die Kleinhandelspreise als auch die Teuerungszahlen der einzelnen Erhebungsgemeinden zu veröffentlichen, muß mit Rücksicht auf die Kosten der Drucklegung wie auch aus räumlichen Gründen unterbleiben.

Die Berechnung der Indexziffer erfolgt auf Grund der für die 25 Gemeinden errechneten Teuerungszahlen. Über deren Berechnung hat das Statistische Reichsamt folgendes bestimmt:

Zugrundegelegt wird eine fünfköpfige Familie — 2 Erwachsene und 3 Kinder im Alter von 12 Jahren, 7 und 1½ Jahren —. Bezüglich dieser Familie ist eine Normalration — für 4 Wochen — festgelegt, die sich wie folgt zusammensetzt: Roggenbrot 47 000 g, Mehl 4000 g, Nährmittel 11 000 g, Kartoffeln 70 000 g, Gemüse 30 000 g, Fleisch 3000 g, Schellfisch 1500 g, Speck 1500 g, Fett 4500 g, Salzheringe 1000 g, Dörrobst 3000 g, Zucker 3500 g, Eier 10 Stück, Vollmilch 28 Liter, Brennstoffe (Steinkohlen 3 Ztr., oder Braunkohlen 5 Ztr., oder Braunkohlen-Briketts 4 Ztr., oder Torf 6 Ztr., oder Brennholz 5 Ztr., oder Kochgas 40 cbm), Leuchtstoffe (Leuchtgas 15 cbm, oder Elektrizität 5 kwst), und schließlich ist noch der monatliche Mietpreis für eine Wohnung von 2 Zimmern und Küche einbezogen. Die Geldsumme, die zur Bestreitung der aufgeführten Lebensbedürfnisse mit den angegebenen Mengen (Wertigkeitssummen) aufzuwenden ist, wird nun als Teuerungszahl bezeichnet.

Auf das von Monat zu Monat beobachtete Steigen der Teuerungszahlen im Jahr 1922 wurde wiederholt im Jahrgang 1922 der „Statistischen Mitteilungen“ hingewiesen; eine weitere Erhöhung ist im Januar 1923 eingetreten, die durch den Einfall der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet verschärft wurde.

Auch im Januar sind die Kleinverkaufspreise der wichtigsten Lebensmittel erheblich gestiegen. So ist z. B. der Preis für das Pfund Roggenbrot in Mannheim und Karlsruhe seit der Stichtagserhebung am 20. Dezember von 73,33 *M* auf 150 *M* gestiegen, mithin eine Zunahme der Teuerung von 104,6%. In Konstanz ist die Steigerung noch auffälliger. Während im Dezember das Pfund Roggenbrot noch 72 *M* kostete, sind am 24. Januar für die gleiche Menge 160 *M* zu zahlen; die Steigerung beträgt 122,2%.

Unter den größeren Städten steht Heidelberg mit dem Preis für 1 Pfund Rindfleisch mit 1940 *M* an erster Stelle; die Preiserhöhung gegenüber dem Vormonat beträgt 252,7%.

Die Preise für Kartoffeln sind im allgemeinen als einheitlich zu bezeichnen; die Zunahme der Verteuerung hielt sich in angemessenen Grenzen.

Die Preise für Eier sind erheblich gestiegen; die Steigerung beträgt zum Teil 100 und mehr Prozent. In Karlsruhe ist der Preis für 1 Ei von 80 *M* auf 170 *M*, in Heidelberg von 80 *M* auf 160 *M* gestiegen.

Größere Preisunterschiede sind bei der Butter zu verzeichnen. In Mannheim war das Pfund Tafelbutter im Vormonat noch zu 1800 *M* erhältlich; bei der letzten Stichtagserhebung mußten 3600 *M* bezahlt werden. In Pforzheim und Baden beträgt der Preis für das Pfund 2600 *M*. In Karlsruhe und Freiburg sind 3000 *M* zu zahlen, während in Heidelberg der Preis auf 3720 *M* gestiegen ist.

Wenn auch der Preis für 1 Liter Vollmilch in den einzelnen Städten Unterschiede aufweist, so sind die Schwankungen doch nicht so groß wie bei der Butter. Das Liter Vollmilch kostet in Mannheim 230 *M*, in Karlsruhe 242,86 *M*, in Freiburg 220 *M*, in Pforzheim 200 *M*, in Heidelberg 232 *M*, in Konstanz 180 und in Baden 200 *M*. Die Steigerung schwankt in diesen Städten zwischen 22,3 und 83,3%.

Die Gesamtkosten der Lebenshaltung sind im Monat Januar gegenüber den Friedensausgaben z. B. in Mannheim um das 1350fache, in Karlsruhe um das 1343fache, in Freiburg um das 1092fache, in Pforzheim um das 1134fache, in Heidelberg um das 1291½fache, in Konstanz um das 1117fache und in Baden um das 1094fache gestiegen.

Die Teuerungszahlen betragen für Mannheim 131 258 *M*, Karlsruhe 124 880 *M*, Freiburg 111 607 *M*, Pforzheim 111 067 *M*, Heidelberg 118 646 *M*, Konstanz 114 982 *M* und Baden 112 909 *M*.

Die an Hand der Teuerungszahlen (ohne Bekleidung) der 71 deutschen sog. Eildienstgemeinden vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindexziffer betrug im Januar 103 400, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Gegenstände, welche die Gruppen Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung umfassen, kosten im Januar zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamts 1366 mal soviel wie vor dem Kriege. Dies bedeutet gegenüber dem Monat Dezember eine Zunahme der Steigerung um 69,1%.

Die badische Landesindexziffer, die vom Statistischen Landesamt aus den Teuerungszahlen (gleichfalls ohne Bekleidung) von 25 badischen Gemeinden berechnet wurde, stieg im Januar und zwar nach dem Ergebnis der Stichtagserhebung vom 10. Januar gegenüber dem Monat Dezember bei Zugrundelegung von ebenfalls 25 Gemeinden auf 76 571. Die Zunahme beträgt somit 22,5%. Nach der Berechnung der Stichtagserhebung vom 24. Januar ist die Landesindexziffer gegenüber dem Monat Dezember auf 125 311 gestiegen; die Steigerung gegenüber dem Monat Dezember beträgt somit 93,7%.

Ausdrücklich ist darauf hingewiesen, daß die Teuerungszahlen sowie Indexziffern nicht als genauer Maßstab der Teuerungsverhältnisse angesehen werden können; sie stellen auch nicht das Existenzminimum dar. Einmal enthalten sie nur einen Teil des Aufwandes für Nahrung, Heizung und Beleuchtung und Wohnung. Zum andern fehlen wichtige Ausgabegruppen vollständig. Hiernach ist ein einwandfreier Vergleich der Teuerungszahlen weder zeitlich noch örtlich angängig.

Trotz dieser unvermeidlichen Anzulänglichkeiten geben diese Teuerungszahlen aber doch einen brauchbaren Anhalt bezüglich der Preisbewegung, und ein ungefähres Bild hinsichtlich des Teuerungsgrades, und deshalb kann diese Teuerungstatistik der Wissenschaft und der Verwaltung gute Dienste leisten.

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 2.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das 1. Vierteljahr 130 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Offenburg. 2. Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Baden im Jahr 1922. 3. Die Handelskammern im Jahr 1921. 4. Die Angestellten in der badischen Industrie. 5. Die Nebflähe in Baden und in Süddeutschland im Jahr 1922. 6. Die badische Weinmost-ernte im Jahr 1922. 7. Der Tabakbau in Baden im Erntejahr 1922. 8. Hagelschäden und Hagelversicherung in Baden im Jahr 1922. 9. Der Stand der Wasserversorgung der badischen Gemeinden im Jahr 1921. 10. Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs im Jahr 1922. 11. Krieg und Geisteskrankheit in Baden. 12. Die Teuerung in Baden im Monat Februar.

1. Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Offenburg.

Der jedem Gesetz und Recht Hohn sprechende Einbruch der Franzosen in friedliches badisches Land lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Stadt Offenburg, die manchem bisher nur dem Namen nach bekannt gewesen sein mag. In den nachstehenden Zeilen soll nun eine Skizze des wirtschaftlichen Lebens dieser badischen Stadt gezeichnet werden.

Aus einem bescheidenen Landstädtchen, das im Jahr 1818 noch nicht 3000 Einwohner zählte, hat sich im Verlaufe eines Jahrhunderts eine Stadt entwickelt, die bei der Volkszählung am 8. Oktober 1919 eine Wohnbevölkerung von 16 200 erreicht hatte. Heute dürfte auch diese Zahl wesentlich überschritten sein; namentlich hat ein starker Strom elsässischer Flüchtlinge, die jetzt erneut französische Willkür ertragen müssen, zur Vergrößerung der Stadt in jüngster Zeit beigetragen. Neue umfangreiche Siedlungen erstehen vor den Toren der Stadt.

Offenburg ist Kreisstadt und der Sitz zahlreicher staatlicher Behörden und anderer Verwaltungen, es ist eine Stadt, die mit Schulen gut ausgestattet ist, die eigentliche Bedeutung Offenburgs liegt aber auf einem andern Gebiet.

dessen Talausgänge beleben den Weinhandel Offenburgs. Bekannt, auch über die Grenzen der engeren badischen Heimat hinaus, sind die Weine der Ortenau und die Namen der Reborte Durbach,



Seit Jahrhunderten ist die alte Reichsstadt Offenburg, am Schnittpunkt wichtiger Straßen gelegen, der wirtschaftliche Mittelpunkt der durch Fruchtbarkeit des Bodens, ein mildes Klima und landschaftliche Schönheit ausgezeichneten Ortenau. Aus der Rheinebene fließen der Stadt Getreide

und Handelsgewächse, insbesondere Tabak, weiterhin Gemüse zu, — bekannt ist das Meerrettichdorf Urloffen in der nächsten Nachbarschaft der Stadt. Bedeutend sind Viehzucht und Viehhaltung im benachbarten Gebirge und der Ebene. Der Hügelraum des Schwarzwaldes und

Zell-Weierbach und Ortenberg. Das wertvolle Erträgnis der Neben des St. Andreas-Spitalsfonds von Offenburg lockt alljährlich einheimische und fremde Kaufliebhaber in ansehnlicher Zahl zu den Weinverfeinerungen.

In der städtischen Bevölkerung aber tritt die landwirtschaftliche Berufstätigkeit vollständig in den Hintergrund. Aus einer Handwerkerstadt hat sich Offenburg in wenigen Jahrzehnten zu einem wichtigen Industriepfahle entwickelt. Neben einer großen Zahl mittlerer und kleinerer Betriebe, die den verschiedensten Gewerbebezügen angehören, bestimmen heute vor allem Textilindustrie, Glasindustrie und Tabakindustrie den Charakter seiner Industrie.

Die Textilindustrie ist durch 2 Betriebe vertreten. Eine A.-G. der Baumwollspinnerei und -Weberei beschäftigte im Jahre 1922 insgesamt 760 Arbeiter und Angestellte. Eine G. m. b. H., die sich mit Leinweberei und -Bleicherei befaßte, hatte 136 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. In diesem Zusammenhang mag auch eine Kofshaarspinnerei mittlerer Größe Erwähnung finden.

Zu einer Spezialindustrie Offenburgs hat sich die Glasindustrie entwickelt, die größtenteils kunstgewerblichen Charakter trägt. Offenburgs Glasindustrie liefert Glasplakate, Glasbuchstaben und Mußelglas; die Fabrikation erstreckt sich auf das Schleifen, Biegen, Ätzen und Belegen von Glas, auf Glasmalerei und Messingverglasung. Im Jahr 1922 bestanden 11 Betriebe dieses Gewerbebezuges mit über 500 Arbeitern. An dieser Stelle mag ein Industriezweig erwähnt werden, der als eine Hilfsindustrie der Uhrenindustrie anzusehen ist, ein Emailier- und Agwerk, das 110 Angestellte und Arbeiter beschäftigte.

Zigarrenfabriken gab es im Jahr 1922 in Offenburg 6, und hinzu kommt eine Zigarrenfortiererei und -verpackerei. In diesen Betrieben der Tabakindustrie waren nahezu 400 Angestellte und Arbeiter beschäftigt.

Die Industrie der Maschinen und Apparate ist durch 4 Betriebe vertreten, deren größter eine landwirtschaftliche Maschinenfabrik mit 10 Angestellten und 99 Arbeitern darstellt. Andere Betriebe dieser Industrie stellen Herde, Kassenschränke, Eischränke, Zentralheizungen und Bierauschautanlagen u. a. her. Eine Karosseriefabrik befaßt sich mit der Herstellung der Holz- und Metallkarosserie für Personen- und Lastkraftwagen. Eine Möbelfabrik baut auch Altäre und betreibt die Bildhauerei in Holz und Stein. Erwähnt mögen werden eine Pianofabrik und 2 Bürstenfabriken. Die Lederindustrie ist durch 2 Betriebe vertreten. Eine Pfefferminzfabrik beschäftigte 80 Arbeiter.

Alteingesessen ist das Druck- und Verlagsgewerbe. Die Kartonnagenindustrie wies 2 Betriebe auf.

Mit dem Aufblühen der Stadt hängt die große Zahl von Baugeschäften zusammen. In Offenburg werden Zementwaren und Kunststeine verschiedener Art hergestellt, die Marmorindustrie ist dort vertreten; ein Gipsergeschäft beschäftigte 1922 42 Arbeiter.

Das Brauereigewerbe hat wie überall auch in Offenburg einen Rückgang zu verzeichnen; eine A.-G. beschäftigte aber im Jahr 1922 noch 9 Angestellte und 31 Arbeiter. In diesem Zusammenhang mag auch noch eine Kunstmühle (G. m. b. H.) Erwähnung finden.

Es ist ein Bild regen wirtschaftlichen Lebens, das in dieser Zusammenstellung zum Ausdruck kommt. Waren doch bereits bei der Berufszählung des Jahres 1907 43% der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt! Eine Sondererhebung des Statistischen Landesamts im Sommer 1922 hatte 250 Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern, in denen insgesamt nahezu 3000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren, ergeben.

Und doch erschöpft sich die wirtschaftliche Bedeutung Offenburgs nicht in diesen Zahlen. Nahezu ein Drittel der Bevölkerung war im Jahr 1907 im Handel und Verkehr tätig. Für die günstige Handels- und Verkehrsfrage der Stadt sprechen 5 Bankgeschäfte, zahlreiche Großhandelsfirmen und die große Zahl gastlicher Wirtshäuser. Vor allem geben aber die zahlreichen Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn der Bevölkerung Offenburgs ihr besonderes soziales Gepräge. Erheblich war stets der Warenumschlag in Offenburg: 144757 t waren im Jahr 1913 in Offenburg zum Versand und Empfang gekommen. Aber wie wenig besagt dies gegenüber dem gewaltigen Durchgangsverkehr. Ungefähr 130 Züge liefen in jenem Jahr werktätlich durch den Offenburger Bahnhof, und zwar 75 Züge auf der Linie Frankfurt-Basel und 55 Züge der Schwarzwaldbahn.

Der Einbruch des Feindes hat nicht nur das Wirtschaftsleben der aufblühenden Stadt schwer erschüttert, sondern auch die gesamte badische Wirtschaft und den internationalen Verkehr vernichtend

getroffen. Die Franzosen sind es gewesen, die im Jahre 1689, als keine Bestimmungen eines Pariser Diktats „verlezt“ worden waren, die Stadt dem Erdboden gleichgemacht haben. Damals hatten Reich und Volk weder die Kraft noch den Willen, den bedrängten Oberrheinländern beizustehen. Heute steht das ganze Deutsche Reich und Volk hinter der Stadt und ihrer bedrängten Bevölkerung.

2. Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Baden im Jahr 1922.

Während in den letzten Jahren vor dem Krieg in unserm Land durchschnittlich 100 Gesellschaften mit beschränkter Haftung neu gegründet worden sind, beträgt die Zahl der im Jahr 1922 im Zentralhandelsregister des Badischen Staatsanzeigers veröffentlichten Einträge von Gesellschaften m. b. H. 450. In nahezu der Hälfte (204) dieser Neugründungen handelt es sich um Umwandlungen bereits bestandener Firmen, die bisher als Einzelfirma oder als offene Handelsgesellschaft bestanden hatten, aber im Jahr 1922 die Rechtsform einer G. m. b. H. angenommen haben. Nicht inbegriffen in diesen Zahlen sind 13 Neugründungen, die gemeinnützigen Charakter tragen.

Von den im Jahr 1922 neugegründeten Gesellschaften entfallen 54 % auf die Industrie, 40 % auf den Handel, der Rest verteilt sich auf landwirtschaftliche Unternehmungen usw. Ähnlich wie bei den Aktiengesellschaften ist die Neugründung von G. m. b. H. besonders stark in der Maschinen- und Metallindustrie (74 Neuzugänge, darunter 12 für elektrische Industrie).

Entsprechend der starken Geldentwertung des letzten Jahres nimmt die Höhe des Stammkapitals bei den neugegründeten Unternehmungen fast von Monat zu Monat zu. Während im Jahr 1921 erst 5 neugegründete Gesellschaften ein Stammkapital von über 1 Million aufweisen, beträgt im Berichtsjahr das Stammkapital in 35 Fällen bereits über 1 Million Mark; die Zahl der Neugründungen mit einem Stammkapital von $\frac{1}{2}$ —1 Million Mark ist von 12 (im Jahr 1921) auf 21 (im Jahr 1922) gestiegen. Bei einer Gesellschaft beträgt das Stammkapital 30 Millionen Mark, bei einer andern 70 000 französische Franken.

An der Gründung von 19 G. m. b. H. ist das Ausland mit insgesamt $43\frac{1}{2}$ Millionen Stammkapital beteiligt. In 15 Fällen haben die Gründer ihren Wohnsitz in der Schweiz, in 5 Fällen in Elsaß-Lothringen.

Eine Erhöhung ihres Stammkapitals haben im Lauf des Berichtsjahres 135 Firmen (gegenüber 100 im Vorjahr) vorgenommen; der Gesamtbetrag der Erhöhungen beläuft sich auf rund 272 Millionen (gegenüber 88 Millionen im Vorjahr).

3. Die Handelskammern im Jahr 1921.

In Baden bestehen 9 Handelskammern, welche die Gesamtinteressen von Handel und Industrie wahrzunehmen und zu vertreten haben. Infolge der ungleichen örtlichen Verbreitung von Handel und Industrie in den einzelnen Gegenden des Landes wurden Handelskammern nur dort errichtet, wo jene Interessentkreise ihrer Zahl und Bedeutung nach hervortraten. Demnach verteilen sich die Handelskammern auf die Kreise Konstanz (Sitz Konstanz), Willingen und den Amtsbezirk Neustadt (Willingen), Freiburg (Freiburg), Lörrach und Waldshut (Schopfheim), Offenburg und den Amtsbezirk Ettenheim (Lahr), Karlsruhe und Baden (Karlsruhe), Mannheim (Mannheim), Heidelberg und Mosbach (Heidelberg) sowie auf den Amtsbezirk Pforzheim (Sitz Pforzheim).

Die Gesamtzahl der wahlberechtigten und beitragspflichtigen Firmen der 9 Handelskammerbezirke belief sich nach den Angaben der einzelnen Kammern im Berichtsjahr auf 14 103, ihre zu den Kosten der Kammern umlagepflichtigen Steuerkapitalien betragen rund 6445 Millionen Mark. Von den umlagepflichtigen Gesamtsteuerkapitalien kommen 4324 Millionen oder nahezu drei Viertel allein auf die 4 Handelskammerbezirke Schopfheim (505), Karlsruhe (1269), Pforzheim (445) und Mannheim (2605). Das durchschnittlich auf je eine veranlagte Firma entfallende umlagepflichtige Steuerkapital, das im Landesdurchschnitt 456 906 M. ausmacht, ist am höchsten in den Kammerbezirken Schopfheim mit 665 717 M. und Mannheim mit 618 522 M., am niedersten in den Bezirken Konstanz mit 262 926 M. und Heidelberg mit 275 150 M. — Der Umlagefuß schwankt zwischen 7,5 % (Willingen) auf je 100 M. umlagepflichtiges Steuerkapital und 4 % (Pforzheim) und beträgt in den Bezirken der Handelskammern Karlsruhe und Heidelberg je 7 %, Konstanz 6,5 %, Pforzheim und Lahr je 5 %, Freiburg und Mannheim je 4,5 %. — Von den stimmberechtigten Handeltreibenden und Industriellen wurden insgesamt 247 ehrenamtliche Mitglieder

gewählt; hiervon entfielen auf die Handelskammer Mannheim 39, desgl. Karlsruhe 35, Freiburg 30, Schopfheim 27, Lahr 26, Pforzheim 24, auf die Schwarzwälder Handelskammer in Billingen und die Handelskammer Heidelberg je 23, sowie auf die Handelskammer Konstanz 20 Mitglieder. Die Zahl der im Berichtsjahr abgehaltenen Plenarsitzungen schwankt bei den einzelnen Handelskammern zwischen 3 (Schopfheim) und 16 (Pforzheim); die meisten Kommissionsitzungen (24) hat die Handelskammer Mannheim abgehalten, es folgen dann die Kammern Karlsruhe mit 19 und Lahr mit 18; die übrigen Kammern hielten jeweils weniger als 10 Sitzungen ab. Zuletzt wären noch die Interessentenversammlungen zu erwähnen, die sich in den 9 Handelskammerbezirken auf insgesamt 515 belaufen.

4. Die Angestellten in der badischen Industrie.

Nach einer Sondererhebung des Statistischen Landesamts im August 1922 beträgt die Zahl der Angestellten (d. h. des Büro-, kaufmännischen und technischen Betriebspersonals) in der badischen Industrie rund 36 000 (genau 36 350). Nicht eingerechnet in diese Zahlen sind die Angestellten in den gewerblichen Betrieben des Staates und der Gemeinden sowie die Angestellten im Bau-, Handels- und Verkehrsgewerbe.

Es liegt auf der Hand, daß die größte Zahl von Angestellten auf die Städte mit Industriebevölkerung entfällt. So beträgt z. B. in der Stadt Mannheim die Zahl der Angestellten rund 12 200, d. i. ein Drittel der Angestellten des ganzen Landes. An zweiter Stelle steht Pforzheim mit 3800 und Karlsruhe mit 3600 Angestellten. Auf die Städte Freiburg und Heidelberg entfallen 1650 und rund 900 Angestellte. Geringer ist die Zahl der Angestellten in den Industriestädten Durlach (627), Lahr (527), Konstanz (456), Bruchsal (441), Weinheim (402) und Lörrach (328).

Die Höchstzahl von Angestellten in einem Betrieb, die anlässlich der Erhebung im Sommer 1922 ermittelt worden ist, beträgt 1909; sie findet sich in einem industriellen Großbetrieb, der elektrische Maschinen und Anlagen herstellt. An zweiter Stelle steht eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen mit 1077 und eine Automobilfabrik mit 1075 Angestellten. In großem Abstand folgt eine andere Maschinenbauanstalt mit 420 sowie eine Automobilfirma mit rund 400 Angestellten. Zahlreicher sind die Firmen, die zwischen 300 und 400 Angestellte beschäftigen.

Entsprechend dem Größenverhältnis der einzelnen Industriezweige in unserm Land — nach der Zahl der in dem betreffenden Industriezweig beschäftigten Arbeiter — entfallen rund 13 000 Angestellte, d. i. über ein Drittel der ermittelten Gesamtzahl von Angestellten unseres Landes, auf die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate. An zweiter Stelle steht mit 5100 Angestellten die Metallindustrie, dann folgt mit 4600 Angestellten die Nahrungs- und Genussmittelindustrie einschließlich der Tabak- und Zigarrenindustrie. Auf die Textilindustrie entfallen 3200, auf die Holzindustrie 2100, auf die Papierindustrie 1500 Angestellte. Verhältnismäßig klein ist die Zahl der Angestellten (900) in der Industrie der Öle, Fette, Seifen usw., sowie in der Lederindustrie (600).

Anders wird das Bild, wenn man das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern innerhalb der einzelnen Industriezweige ins Auge faßt. Die größte Zahl von Angestellten im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter entfällt nicht auf die Maschinenindustrie, sondern auf die Industrie der Fette, Öle, Seifen usw., in der auf 100 beschäftigte Arbeiter 28 Angestellte entfallen. Beispielsweise sei erwähnt, daß in einer großen Parfümerie- und Seifenfabrik mit rund 1600 Arbeitern 330, in einer anderen Seifenfabrik mit 368 Arbeitern 130 Angestellte beschäftigt werden. Ähnlich ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern im Buch- und Steindruckgewerbe (25,2 Angestellte) sowie in der Bekleidungsindustrie (20,8 Angestellte). Den verhältnismäßig kleinsten Bedarf an Angestellten weist die Tabakindustrie auf, in der auf 100 Arbeiter nur 4,8 Angestellte entfallen; in der Lederindustrie stellt sich das Verhältnis auf 7,0, in der Industrie der Steine und Erden auf 7,3, in der Textilindustrie auf 8,1, in der Papierindustrie auf 9,4; der Landesdurchschnitt beträgt 12,3. Zu erwähnen ist noch, daß 14 Fabriken, die je 101 und mehr Arbeiter beschäftigen, überhaupt keine kaufmännischen und technischen Angestellte beschäftigen; darunter befinden sich 13 Zigarrenfabriken und eine Lederfabrik. Diese auffallende Erscheinung klärt sich dadurch auf, daß es sich bei diesen 14 Betrieben um Zweigniederlassungen handelt, bei denen die Verwaltung am Sitz des Stammhauses geführt wird. Das Gegenstück hierzu bietet eine der chemischen Großindustrie angehörende Konzernfirma am Bodensee, in deren 13 außerbadischen Zweigniederlassungen insgesamt 1600 Arbeiter und 360 Angestellte beschäftigt werden. Auf den Sitz der Zentrale entfallen 140 Angestellte und 42 Arbeiter.

5. Die Rebfläche in Baden und in Süddeutschland im Jahre 1922.

Seit Jahrzehnten beobachten wir in Baden eine stetige Verringerung der Rebfläche. Der Krieg mit seinem Mangel an Arbeitskräften und dem verringerten Konsum hat diese Entwicklung weiter gefördert. Von 1892 ab bleibt die Gesamtrebfläche Badens mit kleinen Schwankungen unter 20000 ha. In den Jahren 1906/13 sank der Anbau von 19151 ha auf 14969 ha. Im Jahr 1919 waren nur noch 11302 ha mit Reben angebaut. In den wenigen Jahren nach dem Kriege wird aber rasch der Rückgang ins Gegenteil verkehrt und das Jahr 1922 übertrifft mit 15117 ha Gesamtfläche um 1024 ha die Anbaufläche des Jahres 1914 mit 14093 ha. Wie aus der nachfolgenden Zahlenübersicht hervorgeht, gibt es drei badische Weinbaugebiete, die gegenüber dem Jahre 1914 eine Vermehrung zu verzeichnen haben. Es ist das die Ortenau und Bühler Gegend, der Gebirgsrand östlich Karlsruhe und Rastatt mit dem Murgtal, herkömmlich in der Statistik als „Untere Rheingegend“ bezeichnet, und der Kraichgau mit dem Neckartal. Im Markgräflerland, im Kaiserstuhl und am See aber sind die Verluste noch nicht eingeholt worden und es scheint, daß die Vermehrung in den erstgenannten Gebieten nicht dem Qualitätsweinbau zugute gekommen ist.

Eine Übersicht der badischen Weinbaugebiete zeigt für das Jahr 1922 im Verhältnis zu 1914 folgende Verschiebungen:

Weinbaugebiete	1914 Rebfläche im ha	1921 Ertrag ha	1922 Ertrag ha	mehr (+) weniger (-) ha
Seegegend	850	667	653	- 197
Oberes Rheintal	280	201	201	- 79
Markgräflergegend	2825	2700	2695	- 130
Kaiserstuhl	2570	2523	2530	- 40
Breisgau	1692	1609	1545	- 147
Ortenau und Bühler Gegend	2716	2839	2842	+ 126
Untere Rheingegend	886	992	937	+ 51
Kraichgau und Neckargegend	752	796	932	+ 180
Bergstraße	338	360	337	- 1
Main- und Taubergegend	669	556	361	- 308

Die größten in Ertrag stehenden Weinbergsglächen finden sich in den Bezirken Breisach (1654 ha), Emmendingen (1513 ha), Müllheim (1063 ha), Offenburg (996 ha) und Bühl (735 ha). In 14 Amtsbezirken gibt es vorwiegend aus klimatischen Gründen keine Weinberge und in 5 wurden weniger als 10 ha Rebfläche festgestellt. Den größten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche nimmt der Rebbau ein im Kaiserstuhl in den Bezirken Breisach (14,5%) und Emmendingen (6,1%), im Markgräflerland und Breisgau in den Bezirken Müllheim (8,8%), Lörrach (4,7%), Staufen (4,4%) und Ettenheim (4,2%), in der Ortenau und Bühler Gegend in den Bezirken Oberkirch (5,6%) und Bühl (6,1%) und im Bruchrain im Bezirk Wiesloch (5,4%).

Die Entwicklung des badischen Rebbaues findet in den Weinbaugebieten der Nachbarländer ihr Gegenstück. Unter den süddeutschen Weinbauländern steht Baden an dritter Stelle. Im Jahre 1922 wies Bayern mit seinen rheinpfälzischen und fränkischen Rebgebieten eine im Ertrag stehende und nicht ertragende Fläche von zusammen 20632 ha, Hessen eine solche von 15756 ha, Baden 15117 ha und Württemberg 10889 ha auf.

Sowohl die bayerische wie die württembergische Rebfläche hat im Kriege eine starke Verminderung erlitten. Von 18432 ha Reben im Jahr 1912 waren 1916 in Bayern nur noch 13802 ha vorhanden. Württemberg erlebte in der Zeit von 1886—1921 einen Rückgang um 7755 ha = 41,7%.

In der Nachkriegszeit verläuft allerdings die Entwicklung in den beiden Ländern etwas verschieden. Der württembergische Weinbau weist 1922 mit 10889 ha 74 ha mehr als im Jahr 1921 auf, der bayerische Weinbau dagegen hat mit 20632 ha den Stand des Jahres 1912 sogar um 2200 ha überholt. Der Grund für diese bedeutende und rasche Zunahme der Weinbergsgläche dürfte hier vor allem in der feindlichen Besetzung der Pfalz und deren wirtschaftlichen Folgen zu suchen sein.

Dieser Grund wäre wohl auch für die Ausdehnung des hessischen Weinbaus mit anzuführen. In Hessen ist allerdings die Entwicklung seit längerem schon eine aufsteigende gewesen und die Kriegsjahre brachten nur einen geringfügigen Rückschlag. Von 10983 ha im Jahre 1878 nimmt der Anbau bis zum Kriege stetig zu; 1912 waren 13030 ha erntefähiges Rebland festgestellt worden.

Bereits 1919 aber war diese Zahl mit 13298 ha um 268 ha größer als die des Jahres 1912 und im Jahre 1922 erreichte Hessen den Höchststand mit 15756 ha.

Es wäre interessant festzustellen, wie sich der elsässische Rebbaun, der unter ähnlichen natürlichen Voraussetzungen steht wie der badische und pfälzische und mit diesem stets im Konkurrenzstand, sich unter der Einwirkung des Krieges und in der Nachkriegszeit entwickelt hat. Mangels vergleichbaren Materials können aber hier sichere Angaben nicht gemacht und Schlüsse nicht gezogen werden.

6. Die badische Weinmosternte im Jahr 1922.

Das Herbstsertragnis des Jahres 1922 mit 800 000 (genau: 806 600) Hektoliter Most übertraf alle Weinmosternten der letzten 20 Jahre. Am nächsten kommt ihm nach das Jahr 1905 mit einem Ertrag von 787 300 Hektoliter; in den Jahren 1911 und 1921 wurde mit 365 000 und 290 000 Hektoliter noch nicht einmal die Hälfte des Herbstes 1922 erreicht. Wenn man allerdings den Wert dieser beiden Ernten mit dem des verflossenen Jahres vergleicht, schneiden die ersteren doch besser ab. Ein so vorzüglicher Tropfen wie im heißen, regenarmen Sommer und Herbst der Jahre 1911 und 1921 konnte bei der nassen, kühlen Witterung des Jahres 1922 nicht wachsen. Immerhin mag der badische Rebbauner sich damit trösten, daß es reichlich Weinmost gegeben hat.

An dem reichen Herbst waren die wichtigsten Weinbaugenden des Landes in gleicher Weise beteiligt. An der Spitze steht das Markgräflerland mit $\frac{1}{4}$ Million Hektoliter, in der Ortenau und Bühlergegend wurden 160 871, am Kaiserstuhl 150 043 und im Breisgau 154 583 Hektoliter geerntet. In den übrigen Weinbaugebieten sind die Erträge erheblich geringer. Sie schwanken zwischen 9000 und 51 500 Hektoliter; am niedrigsten war der Ertrag in der Main- und Taubergegend (1750 hl).

Von der Gesamternte waren nahezu 700 000 (genau: 698 656) Hektoliter Weißwein, 57 444 Hektoliter Rotwein und 50 496 Hektoliter Schiller. Der Hauptanteil des im Jahr 1922 gewonnenen Weißweins entfällt auf das Markgräflerland (247 345 hl); Rotwein wurden am Kaiserstuhl 15 249, in der Ortenau 15 431, in der unteren Rheingegend 10 231 Hektoliter gewonnen.

Im Durchschnitt des Landes wurden im Jahr 1922 auf den Hektar Weinberg 62 Hektoliter geerntet; dies ist auch der Durchschnittsertrag des Kaiserstuhls (62,5 hl). Etwas größer ist der Ertrag im Breisgau (67,7 hl); am höchsten war er im Markgräflerland (92,5 hl); die übrigen Rebgebiete bleiben unter 50 Hektoliter; am Main und an der Tauber konnte nur das geringe Ergebnis von 4,9 Hektoliter auf den Hektar erzielt werden.

Trotz der geringen Mostgewichte — Angaben über 70° gehören zu den Seltenheiten, die Regel bilden vielmehr solche bis zu 50° herunter — wurden recht hohe Preise für den 1922er Most erzielt. Der zunehmende Weinverbrauch, die gesunkene Kaufkraft der Mark, sowie die Nähe des valutastarken Auslandes erklären das zur Genüge. Auf Grund des gemeldeten Durchschnittspreises von 6100 M für das Hektoliter neuen Wein, läßt sich ein Gesamtwert der badischen Weinmosternte im Jahr 1922 auf rund 5 Milliarden Papiermark schätzen. Aber auch dieser Preis ist heute längst überholt und hat nur als erste Preisangabe gleich nach der Kellerung Geltung.

Wie aus den Mitteilungen des Württembergischen Statistischen Landesamtes Heft 2 hervorgeht, war das Ergebnis des Weinherbstes in unserem Nachbarlande dasselbe wie in Baden. Mit einem Ertrag von rund 400 000 Hektoliter (400 678) im Jahre 1922 wurde das Ertragnis des Jahres 1921 um mehr als das Doppelte überschritten. Sinegen bleiben die Hektarerträge in Württemberg hinter den badischen Durchschnittserträgen erheblich zurück; während in Baden 62 Hektoliter auf den Hektar geherbstet werden konnten, betrug die entsprechende Menge in Württemberg nur 36,8 Hektoliter. Dieser Unterschied erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß die württembergischen Weinbergslagen mit denen des badischen Oberlandes sich nicht vergleichen lassen. Vergleichbar sind nur die Weinbaubezirke des badischen und württembergischen Unterlandes und dort beobachten wir in der Tat eine große Übereinstimmung in den Erträgen. An der württembergischen Tauber wird sogar durchschnittlich dreimal soviel Wein geerntet wie im badischen Taubergrund. Im württembergischen Taubergrund hat sich der Rebbaun stärker gehalten, beide Gebiete leiden aber unter ungünstigen Bodenverhältnissen.

Leider steht auch in Württemberg dem Massenertragnis die geringere Güte des Gewächses gegenüber. Die Mostgewichte betragen wie in Baden zwischen 60 und 70° Ochsle.

Für den Hektoliter Most wurden unter der Kelter durchschnittlich 5220 *M* bezahlt. Die verkaufte Menge betrug 283 126 Hektoliter. Der Geldwert des gesamten Weinherbstes wird auf 2,2 Milliarden Papiermark veranschlagt. Es scheint dies auf den ersten Augenblick eine gewaltige Summe, bedeutet aber umgerechnet in den Vorkriegswert nach dem Maßstab der Reichsindexziffer für die Lebenshaltung eine wesentlich geringere Einnahme der Rebbesitzer gegenüber den Friedenseinnahmen.

7. Der Tabakbau in Baden im Erntejahr 1922.

Der Anbau von Tabak weist in unserm Lande, wie der Handelsgewächsbau überhaupt, von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen auf. Nach vorläufigen Angaben des Landesfinanzamts beträgt die Gesamtfläche der mit Tabak beplanten Grundstücke im Berichtsjahr rund 5017 ha gegen 4017 ha im Erntejahr 1921; trotzdem eine Zunahme von 1000 ha, d. s. 25 $\frac{1}{10}$, zu verzeichnen ist, wird damit, wie aus der Nr. 5 der „Statistischen Mitteilungen“ Jahrgang 1922 Seite 66 ersichtlich ist, der Stand vom Jahre 1913 nicht erreicht. Die verhältnismäßig große Zunahme im Anbau dieser Pflanze ist wohl darin zu suchen, daß die Preise für Tabak von Monat zu Monat in die Höhe gingen und einen lohnenden Gewinn erbrachten, der hauptsächlich zur Aufrechterhaltung eines heute so notwendigen intensiven landwirtschaftlichen Betriebes dienen soll. Auch die Zahl der Tabakpflanzler ist naturgemäß erheblich gestiegen, und zwar von 28 262 im vorigen Jahre auf 33 886 im Jahre 1922, mithin um 5624 Pflanzler oder 20 $\frac{1}{10}$.

Den mittel- und kleinbäuerlichen Verhältnissen und der starken Parzellierung unseres Landes entsprechend wurden fast durchweg kleine Flächen bebaut; daher ist die Zahl der mit Tabak bebauten Grundstücke im Verhältnis zur Anzahl der Pflanzler eine beträchtliche. Während im Jahr 1921 insgesamt 39 578 Grundstücke bebaut wurden, beläuft sich die Zahl im Berichtsjahr auf 50 382, sie hat also um 10 804 zugenommen. 45 734 Grundstücke hatten einen Flächeninhalt von 4 a und mehr, die restlichen 4648 maßen dagegen weniger als 4 a.

Die größten Tabakflächen entfallen auf die Finanzamtsbezirke Mannheim (rund 1247 ha), Karlsruhe (1184 ha), Lahr (1153 ha), Heidelberg (955 ha) und Baden (309 ha); in den übrigen Bezirken waren unter 100 ha angepflanzt, und zwar Freiburg (86 ha), Lauda (48 ha), Pforzheim (31 ha), Singen (0,32 ha), Konstanz (0,07 ha), Lörrach und Waldshut (je 0,04 ha).

8. Hagelschäden und Hagelversicherungen in Baden im Jahr 1922.

Im Verlaufe des Frühling und des Sommers 1922 sind in Baden an 32 Tagen Hagelwetter mit mehr oder weniger beträchtlichem Schaden niedergegangen, von welchen im ganzen 308 Gemeinden betroffen worden sind, darunter einige Gemeinden zwei- und dreimal. Im Jahrzehnt 1913/22 wird diese Zahl der geschädigten Gemeinden nur vom Jahr 1914 übertroffen, wo sie sich auf 326 belief. Der Gesamtschaden, der durch diese, zum Teil sehr schweren Wetter ange richtet wurde, beziffert sich nach den Schätzungsergebnissen, die allerdings nicht überprüft sind und wohl nicht überall vollständig zutreffend sind, auf rund 364 Millionen Mark. An dieser Summe sind sämtliche Amtsbezirke mit Ausnahme von Säckingen, Erlenheim, Schönau und Oberkirch beteiligt. Den höchste Schadensbetrag verzeichnet der Amtsbezirk Bruchsal mit 69,2 Millionen, es folgen die Amtsbezirke Wertheim mit 56,8 Millionen, Karlsruhe mit 29,7 Millionen, Breisach mit 25,6 Millionen, Buchen mit 23 Millionen, Bühl mit 16,2 Millionen, Boppart mit 12,9 Millionen, Kehl mit 11,4 Millionen, Mosbach mit 10,6 Millionen, Neustadt mit 10,3 Millionen Mark. In den übrigen Amtsbezirken bleibt der jeweilige Gesamtschaden unter 10 Millionen Mark.

Die schwersten Hagelwetter brachte der Monat August mit 11 Hageltagen und insgesamt 261 Millionen Mark Schaden. Davon entfallen auf den 22. August 82,3 Millionen, auf den 15. August 75,8 Millionen, auf den 8. August 40,6 Millionen, auf den 14. August 39,6 Millionen Mark, der Rest auf die übrigen 7 Hageltage. Im Juni richteten Hagelwetter an 9 Tagen für rund 54 Millionen Mark Schaden an, im Juli an 5 Tagen für 37,5 Millionen, im September an 5 Tagen für 10,9 Millionen Mark. Im Mai gingen an 2 Tagen Hagelwetter mit geringem Schaden nieder.

Vom Gesamtschaden (364 Millionen Mark) entfallen 160 Millionen auf Getreide und Hülsenfrüchte, 75,6 Millionen auf Tabak, 65,2 Millionen auf Trauben, 20,2 Millionen auf Hackfrüchte (Kartoffeln, Rüben usw.), 17,2 Millionen auf Obst. Der Rest verteilt sich auf Futterpflanzen und Wiesengras, Hopfen, Hanf und Flachs, Ölfrüchte usw.

Die geschädigte Fläche umfaßte 32 877 ha und übertrifft weitaus die einzelnen Jahre von 1913/22. Die nächst höhere Schadensfläche weist das Jahr 1914 mit 25 883 ha auf. Auf die

einzelnen Monate verteilt sich die geschädigte Fläche des Jahres 1922 wie folgt: Mai 211 ha, Juni 5833 ha, Juli 5062 ha, August 21246 ha, September 525 ha.

Die Gesamtsumme der von den Hagelversicherungsgesellschaften im Jahre 1922 abgeschlossenen Versicherungen beträgt 1348,4 Millionen Mark, ein Betrag, der nur einen kleinen Teil der versicherungsfähigen Summe darstellt. Die von den Hagelversicherungsgesellschaften im abgelaufenen Jahr bezahlten Bruttoschadensbeträge belaufen sich auf 20,3 Millionen Mark.

9. Der Stand der Wasserversorgung der badischen Gemeinden im Jahr 1921.

Eine Umfrage des Statistischen Landesamtes im Jahr 1921 hat ergeben, daß nahezu zwei Drittel aller badischen Gemeinden, nämlich 1015 von 1585 politischen Gemeinden, eine Wasserleitung aufwiesen. Von den Städten sind es nur vier kleine historische Städte, die keine Wasserleitung besitzen: Burckheim, Lichtenau, Neufreistett und Unteröwisheim. Das Bestehen einer Wasserleitung erscheint heute den meisten in der Stadt, aber auch auf dem Lande als etwas Selbstverständliches, und man kann sich das tägliche Leben ohne diese Einrichtung kaum mehr vorstellen. Und doch sind es erst wenige Jahrzehnte, seitdem durch die Tätigkeit der Kulturbauämter das Land mit einem Netz von Wasserleitungen überzogen wurde. In den Jahren 1878/1912 wurden 1547 Wasserversorgungsanlagen geschaffen; davon entfielen auf die Zeitspanne 1905/1912 allein 518 Anlagen. Früher ging in trockenen Jahren in den an sich wasserarmen Teilen des Landes das Wasserfaß unaufhörlich von Berg zu Tal, manche Ortschaft ist in vergangenen Jahrhunderten dem Wassermangel erlegen, manche in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung schwer gehemmt worden. Ein unendlicher Aufwand an Kraft und Zeit geht heute noch auf das Wasserholen für den Haushalt und insbesondere für das Tränken der Tiere, wo Wasserleitungen noch nicht bestehen.

Nicht alle Teile des Landes sind in gleicher Weise mit Wasserleitungen bedacht. Es bestehen noch große Lücken, namentlich in der Mitte und im Norden des Landes. Am besten versorgt ist der Bezirk Mannheim, wo keine Gemeinde ohne Wasserleitung ist. In den Amtsbezirken Pfullendorf, Pforzheim und Eberbach sind nur je eine Gemeinde, in Konstanz nur 4 Gemeinden nicht versorgt. In den nachstehend verzeichneten Bezirken weisen $\frac{4}{5}$ der Gemeinden eine Wasserleitung auf:

Donauessingen, Engen, Meßkirch, Stodach, Überlingen, Willingen, Öbrach, Müllheim, Neustadt, Durlach, Ettlingen, Heidelberg und Weinheim.

Auf der andern Seite steht der Amtsbezirk Kehl, wo nur die Amtsstadt selber eine Wasserleitung besitzt, und der Bezirk Karlsruhe, wo außer der Hauptstadt nur eine Landgemeinde eine Wasserleitung aufweist. Noch nicht $\frac{1}{2}$ der Gemeinden ist versorgt in den Bezirken Oberkirch, Bühl und Bruchsal, noch nicht die Hälfte der Gemeinden in den Bezirken Säckingen, Waldshut, Lahr, Offenburg, Waldkirch, Wolfach, Achern und Eppingen.

Von den natürlichen Gebieten des Landes erscheinen am besten gestellt die Seegegend, das Marktgräserland, der westliche und nördliche Rand des Schwarzwaldes und der Odenwald. Starke Lücken weisen Kraichgau und Bauland auf, gering ist die Zahl der Wasserleitungen im nördlichen und mittleren Schwarzwald, aber auch im Hauenstein. In der Rheinebene kennt nur die Gegend zwischen Heidelberg und Mannheim Wasserleitungen, das Stück der Rheinebene vom Kaiserstuhl bis hinunter nach Rastatt weist nur eine Wasserversorgung auf, die der Stadt Kehl. Die Ursachen dieser ungleichen Verteilung liegen zum Teil klar zu Tage. In der Ebene läßt sich das Grundwasser, das überall reichlich zur Verfügung steht, leicht durch Pumpbrunnen erschließen. Umgekehrt liefern die zahlreichen Quellen im Schwarzwald genügend und gutes Wasser. Beinahe jedes Gehöft hat seinen laufenden Brunnen; eine zentrale Wasserversorgung würde auch bei der zerstreuten Siedlung außerordentliche Kosten verursachen.

Die staatliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wasserversorgung hat sich so in erster Linie den wasserarmen Gegenden zugewandt, zu denen vor allem die Kalt- und Sandsteinhochflächen gehören. In jenen Gegenden sind oftmals eine Mehrzahl von Gemeinden zu gemeinsamer Wasserversorgung zusammengeschlossen worden. Vermittels Pumpwerken wird das Wasser aus dem Tal auf die Höhe gehoben. Am bekanntesten dürften wohl die Gruppenwasserversorgungen auf dem Heuberg und dem Dinkelberg sein. Im Norden des Landes sind zu erwähnen die Versorgung der Hochfläche zwischen Pfalz und Alb, der Hochflächen bei Pforzheim und der nördlich Eberbach. Auch der Waldbürner Odenwald hat neuerdings eine solche Wasserversorgung erhalten.

In der badischen Pfalz haben sich die Gemeinden Friedrichsfeld, Edingen und Wieblingen, letzteres jetzt nach Heidelberg eingemeindet, zu einer gemeinsamen Wasserversorgung zusammengeschlossen. In jener Gegend gehört der Wasserturm zum Bild der Landschaft. Die Wöhl-

gruppe im Breisgau, die 7 Gemeinden umfaßt, konnte ohne künstliche Hebung des Wassers auskommen. Erwähnt mag noch werden, daß in der Gegend von Pfullendorf Windmotoren mit Erfolg für die Zwecke der Wasserversorgung verwandt werden. Wenig bekannt dürfte weiterhin sein, daß auch das Wasser des Bodensees zur Trinkwasserversorgung einzelner Gemeinden Verwendung findet.

10. Die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs im Jahr 1922.

Im Jahr 1922 sind dem Verwaltungsgerichtshof 235 Streitfälle (im Vorjahr 401) zur Erledigung vorgelegen; davon sind 145 Fälle im Laufe des Jahres neu anhängig geworden, die restlichen 90 sind aus dem Jahr 1921 übergegangen. Tatsächlich erledigt wurden 136 Fälle, und zwar durch Entscheidung 60, durch Vergleich, Verzicht und Beruhenlassen 76. Von diesen 136 Fällen wurden 121 in erster und letzter Instanz, 15 in zweiter Instanz erledigt. In den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern gehörten 78 von den erledigten Fällen, 38 in den des Arbeitsministeriums, die restlichen 20 in den des Finanzministeriums.

Der Verwaltungsgerichtshof war hierbei angerufen worden in 70 Fällen auf Grund des § 4 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (polizeiliche Verfügungen) in 18 Fällen nach § 3 Ziffer 1 dieses Gesetzes (Staatsabgaben), in 7 Fällen nach § 2 Ziffer 10 (Armenpflege) und nach § 2 Ziffer 2 und 3 dieses Gesetzes in je 4 Fällen (Bürgerrechte, Gemeindeabgaben). Ferner stützte sich die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes auf § 74 der Gemeindeordnung (Entlassung aus dem Gemeindeamt) achtmal und auf § 17 (Verlust des Gemeindeamts infolge Ausscheidens aus der Partei) zweimal. Die sonstigen Zuständigkeitsbestimmungen sind nur je ein- oder zweimal, vereinzelt auch drei- oder viermal für die gerichtliche Tätigkeit maßgebend gewesen.

Das dem Verwaltungsgerichtshof angegliederte Landesschiedsgericht zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbefolgung wurde in 5 Fällen angerufen, in einem Falle wurde die Berufung wieder zurückgenommen.

Erwähnt sei noch, daß 70 Fälle (51 %) in der öffentlichen Sitzung durch Rechtsanwälte vertreten wurden.

11. Krieg und Geisteskrankheit in Baden.

In der Oktobernummer des Jahrgangs 1913 der „Statistischen Mitteilungen“ (Seite 149) wurde über die in den Jahren 1904—1910 erstmals in die psychiatrischen Kliniken Heidelberg und Freiburg sowie die Heil- und Pflegeanstalten Illenau, Pforzheim, Emmendingen und Wiesloch untergebrachten Geisteskranken berichtet. Die Auszählung wurde damals auf die erstmals in diese öffentlichen Irrenanstalten Aufgenommenen beschränkt, um durch Ausschaltung der von einem in das andere Fachkrankenhaus Überführten sowie der infolge von Rückfällen Wiederaufgenommenen Doppeltzählungen zu vermeiden und so einen genaueren Einblick in den Gang der Anstaltsbedürftigkeit und damit der Erkrankungsverhältnisse der verschiedenen Schichten der Landesbevölkerung zu gewinnen. In folgendem wird diese Auszählung der Erstaufnahmen für die Jahre 1911—1921 fortgesetzt, wobei zu den genannten Krankenanstalten die 1913 eröffnete Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz hinzutritt, während die 1921 geschlossene Anstalt in Pforzheim ausscheidet. Der Beobachtungszeitraum umfaßt auch die Kriegszeit, die in verwaltungstechnischer wie ärztlicher Hinsicht einiges Beachtenswertes ergibt; andererseits behindert das Fehlen von Volks- und Berufszählungen in mancher Beziehung die Auswertung, wie sie bei der früheren Bearbeitung möglich war.

In die psychiatrischen Kliniken und Anstalten Badens wurden in den 11 Jahren 1911—1921 erstmals aufgenommen insgesamt 18 010 über 16 Jahre alte Personen, und zwar 10 733 Männer und 7277 Frauen, die sich auf die einzelnen Jahre wie folgt verteilen:

im Jahre	Es gingen zu:			im Jahre	Es gingen zu:		
	Kranke überhaupt	davon männlich	weiblich		Kranke überhaupt	davon männlich	weiblich
1911	1307	707	600	1917	1659	1011	648
1912	1370	716	654	1918	1697	1062	635
1913	1436	803	633	1919	1428	754	674
1914	1697	1056	641	1920	1558	807	751
1915	2287	1640	647	1921	1583	843	740
1916	1988	1334	654				

Die Zahl sämtlicher Erstaufnahmen wächst von 1911—1913 allmählich an, schnellst 1914 und namentlich 1915 jäh in die Höhe und fällt, abgesehen von einem geringen Rückschlag 1918, bis zum Jahre 1919 steil ab, um 1920 und 1921 erneut anzusteigen.

Wie die Trennung nach dem Geschlecht erkennen läßt, rührt diese vorübergehende hochgradige Zunahme während der Kriegsjahre ausschließlich von den Männerzugängen her. Die Frauenaufnahmen halten sich von 1912—1919 ungefähr in ein und derselben Höhe, um die Zunahme des Jahres 1912 in den Jahren 1919 und 1920 wieder aufzunehmen. In ausgesprochenem Gegensatz hierzu erhebt sich über dem allmählich ansteigendem Verlauf der Männeraufnahmen, wie er in den Jahren 1911—1913 sowie 1919—1921 zu erkennen ist, ein 1915 rasch erreichter hoher Gipfel, von dem ein steiler Abfall, mit einer geringfügigen Unterbrechung 1918, zum Jahre 1919 herunterführt, in dem der Stand von 1913 annähernd wieder erreicht wird.

Diese auffallende Erscheinung im Verlauf der männlichen Aufnahmen während der Kriegsjahre wird bei der Aussonderung der Heeresangehörigen verständlich.

Unter den 10 733 erstmals aufgenommenen Männern befanden sich nicht weniger als 3733 Soldaten, die sich nach den Eintrittsjahren folgendermaßen gliedern:

Es wurden aufgenommen:

im Jahre	Soldaten	im Jahre	Soldaten
1911	9	1917	594
1912	7	1918	596
1913	13	1919	169
1914	298	1920	32
1915	1142	1921	1
1916	872		

Das starke Anschwellen der Männerzugänge in den Jahren 1915—1918 ist also im wesentlichen durch den gewaltigen Zustrom von Heeresangehörigen verursacht und stellt somit eine Kriegsfolge dar.

Man könnte nun vermuten, es müsse von diesen hohen Werten für die Soldatenzugänge der Kliniken und Heilanstalten auf einen entsprechend hohen Grad seelisch-nervöser Anfälligkeit der badischen Heeresangehörigen gegenüber den Kriegseinflüssen geschlossen werden. Ein derartiger Rückschluß wäre jedoch — glücklicherweise — nicht zutreffend und aus mehrfachen Gründen nicht zulässig.

Betrachtet man nämlich nach Ausscheidung der Heeresangehörigen zunächst die Zivilkranken, so ergibt sich ein überraschendes Bild:

Es wurden untergebracht:

im Jahre	männliche Zivilkranke	im Jahre	männliche Zivilkranke
1911	698	1917	417
1912	709	1918	466
1913	790	1919	585
1914	758	1920	775
1915	498	1921	842
1916	462		

Demnach kamen in den Jahren 1911—1914 2955
1915—1918 1843
1919—1921 2202 Zivilkranke männlichen Geschlechts in die geschlossenen Anstalten.

Dieser außerordentlich starke Rückgang, der sich bei der Abtrennung der Soldatenzugänge für die männliche Zivilbevölkerung während der Kriegsjahre rechnerisch ergibt, läßt zusammengekommen mit den durchweg gleichbleibenden, eher ansteigenden Werten für die Männerzugänge der Jahre 1904/10 sowie der Vor- und Nachkriegszeit nur die eine Folgerung zu, daß sich die Anstaltsbedürftigkeit der männlichen Zivilbevölkerung während der Kriegsjahre nicht etwa, wie es den Anschein haben könnte, im Rahmen obiger Zahlen verringert hat, daß vielmehr die männlichen Kranken, die auch bei Fortdauer des Friedenszustandes erkrankt und in Anstaltspflege gelangt wären, zu einem erheblichen Teil nunmehr im Kleide des Soldaten den Irrenanstalten zugeführt worden sind; für diesen statistisch naturgemäß nicht zu erfassenden Anteil könnte also die Zugehörigkeit zum Heere als wesentliche Krankheitsursache nicht angesehen werden. Bei einer solchen Sachlage dürfen die Werte für die Militärzugänge allein ohne Berücksichtigung des Ganges der männlichen Zivilaufnahmen als Maßstab für die krankmachende Wirkung des Heeresdienstes keinesfalls benutzt werden.

Noch bedeutsamer in dieser Richtung ist die Feststellung, daß die Soldatenzugänge zu einem erheblichen, ja überwiegenden Teile gar nicht auf die Landesbevölkerung zu beziehen sind. Dies geht aus folgenden Tatsachen klar hervor:

Bei der Entzifferung des Wohnsitzes zeigt sich, daß von den 3733 aufgenommenen Soldaten 2133 = 57,1 v. H. nicht in Baden wohnhaft sind, und nach der Ermittlung der Staatsangehörigkeit gehören 2257 = 60,5 v. H. außerbadischen Staaten an. Beide Unterscheidungen stimmen auch nach dem zeitlichen Verlauf in der zu erwartenden Annäherung miteinander überein.

Von Soldaten wurden eingeliefert:

im Jahre	ohne badischen Wohnsitz	ohne badische Staatsangehörigkeit	im Jahre	ohne badischen Wohnsitz	ohne badische Staatsangehörigkeit
1911	1	6	1917	351	347
1912	2	3	1918	313	344
1913	4	5	1919	35	43
1914	180	191	1920	8	15
1915	740	774	1921	—	—
1916	498	529			

Die Verteilung der nach Wohnsitz und Staatsangehörigkeit nichtbadischen Soldaten auf die Zugangsjahre entspricht also weitgehend dem oben gekennzeichneten Verlauf der gesamten Soldatenaufnahmen mit dem steilen Anstieg zum Gipfel 1915 und dem etwas weniger steilen Abstieg bis 1919.

Im einzelnen entfallen von den 2257 Soldaten nichtbadischer Staatsangehörigkeit auf Preußen 1128, Bayern 320, Württemberg 206, Hessen 87, Elsaß-Lothringen 228, sonstige Bundesstaaten 191; dazu kommen 97 Reichsausländer: abgesehen von 4 Österreichern sind dies durchweg Kriegsgefangene, und zwar 47 Russen, 41 Franzosen, 2 Italiener und je ein Amerikaner, Indier und Pole.

Der außerordentlich lebhaft militärische Zustrom von 1914—1918 besteht somit mehr als zur Hälfte aus Soldaten ohne badischen Wohnsitz und ohne badische Staatsangehörigkeit, die im wesentlichen von der Etappe der Südwestfront rückwärts geschoben und zur ersten Versorgung den geschlossenen Kliniken und Anstalten Badens zugeleitet worden sind; im Laufe der Zeit wurden die Reichsinsländer ihren Heimatstaaten, die Reichsausländer ihren Heimatstaaten zugeführt. Bekanntlich wurden von 1915 an für geistesranke Heeresangehörige offene Fachlazarette in Anlehnung an die Kliniken in Heidelberg und Freiburg sowie die Anstalten Allenau und bei Konstanz eingerichtet, die verwaltungstechnisch von diesen Krankenanstalten getrennt blieben, nicht selten aber schwerer Erkrankte in deren geschlossene Pflege übergeben mußten. Die vorliegenden Zahlen enthalten dementsprechend nicht die Zugänge dieser offenen Lazarette, sie bringen jedoch zur Anschauung, was von den psychiatrischen Kliniken und Heilanstalten Badens für die Versorgung geisteskranker Heeresangehöriger im Rahmen der Organisation des Militärsanitätswesens geleistet worden ist.

An dieser Stelle ist die Verteilung der 3733 aufgenommenen Soldaten auf die Krankheitsformen kurz zu erwähnen, da sie für die Frage der Wirkung der Kriegseinflüsse von Belang ist. Zum Vergleich sind die entsprechenden Verhältniszahlen für die 4466 erstmals aufgenommenen Männer der Jahre 1904/10 beigefügt. Von 100 Soldaten kamen auf einfache Seelenstörung 53,3 (50,7), Paralyse 4,7 (9,9), Imbezillität 5,3 (5,5), Epilepsie 6,4 (7,4), Hysterie 18,4 (3,6), Neurasthenie 6,5 (5,6), Alkoholismus 4,2 (13,2), Restgruppe 1,2 (4,1). Die stärkere Beteiligung der Soldaten an der einfachen Seelenstörung sowie die schwächere an der Paralyse und zum Teil auch am Alkoholismus mag durch die Altersauslese bedingt sein. Als durchaus bezeichnend ist das außerordentlich starke Hervortreten der Hysterie zu erwähnen. Wir haben hier den zahlenmäßigen Ausdruck einer allgemeinen fachärztlichen Erfahrung vor uns, nach der die Beeinträchtigung der seelischen Gesundheit durch den Krieg in erster Linie nicht zu den schweren, unheilbaren Geisteskrankheiten, sondern zu den ihrer Natur nach vorübergehenden sogenannten hysterischen Reaktionen geführt hat, mit denen von Haus aus nervenschwache oder in den Nerven geschwächte Menschen die Kriegseinflüsse beantworteten.

Gibt nun unsere Untersuchung greifbare Anhaltspunkte für das Vorliegen und gegebenenfalls das Maß einer Schädigung der seelischen Volksgesundheit durch die Kriegsverhältnisse? Bei der Erörterung dieser Frage hinsichtlich der Männer ist nach den erwähnten Befunden die Zahl der nach Wohnort und Staatsangehörigkeit nichtbadischen Soldaten auszuscheiden; andererseits

darf die Summe der Zivilkranken nicht unberücksichtigt bleiben. Wir haben deshalb die in Baden wohnhaften Aufgenommenen ohne Unterschied, ob sie Heeresangehörige waren oder nicht, ins Auge zu fassen.

In Anstaltspflege gelangten:

Kranke mit Wohnsitz in Baden			Kranke mit Wohnsitz in Baden		
im Jahre	männl. Geschlechts	weibl. Geschlechts	im Jahre	männl. Geschlechts	weibl. Geschlechts
1911	611	566	1917	622	611
1912	605	507	1918	700	593
1913	680	582	1919	655	634
1914	778	610	1920	702	715
1915	833	615	1921	700	694
1916	790	623			

Auf 1000 Einwohner der fortgeschriebenen Bevölkerung entfallen Aufgenommene:

Auf 1000 Einwohner der fortgeschriebenen Bevölkerung entfallen Aufgenommene:			Auf 1000 Einwohner der fortgeschriebenen Bevölkerung entfallen Aufgenommene:		
im Jahre	männl. Geschlechts	weibl. Geschlechts	im Jahre	männl. Geschlechts	weibl. Geschlechts
1911	0,57	0,52	1917	0,58	0,54
1912	0,56	0,46	1918	0,66	0,53
1913	0,62	0,52	1919	0,62	0,56
1914	0,70	0,54	1920	0,66	0,61
1915	0,76	0,54	1921	0,65	0,59
1916	0,73	0,55			

Um die weiblichen Zugänge mit badischem Wohnsitz vorwegzunehmen, so verändern sich die absoluten Zahlen während der Kriegsjahre nur um geringfügige Beträge und setzen sie von 1919 an die 1912 beobachtete Aufwärtsbewegung fort. Sie folgen, abgesehen vom Jahr 1912, in durchaus regelmäßigem und dem Ausmaße nach von der früheren Untersuchung her bekanntem Abstand den Werten für die gesamten weiblichen Krankenzugänge. Der Gang der Verhältniszahlen weist von 1914 bis 1918 nur allgeringste, praktisch nicht ins Gewicht fallende Schwankungen auf; erst von 1919 ab folgt eine deutliche Steigerung. Von einer Vermehrung der wegen Seelenstörung erstmals in die Irrenanstalten verbrachten weiblichen Kranken während der Kriegsjahre kann die Rede nicht sein.

Anderseits die männlichen Kranken. Infolge des Wegfalles der zahlreichen nichtbadischen Soldaten, die den starken Zufluß während der Kriegszeit bedingt hatten, nähert sich zwar der Verlauf der in Baden wohnhaften Zugänge ganz erheblich dem Gange der Frauenaufnahmen. Er bildet aber in der Spanne von 1913 bis 1917 noch immer eine deutliche Erhebung, an deren Ende sich von 1918 ab eine, 1919 nur kurz unterbrochene neue Steigung anschließt. Auch diese Zunahme der männlichen Aufnahmen hat ihren wenn auch viel stumpferen Gipfel im Jahre 1915.

Werfen wir nun einen Blick auf die Zugangsverhältnisse der im Lande wohnhaften Soldaten, so sehen wir folgendes:

Es wurden eingewiesen:

im Jahre	Soldaten mit Wohnsitz in Baden	im Jahre	Soldaten mit Wohnsitz in Baden
1911	8	1917	243
1912	5	1918	283
1913	9	1919	133
1914	118	1920	24
1915	402	1921	1
1916	374		

Diese Verteilung der Aufnahmen der Soldaten mit badischem Wohnsitz spiegelt in abgeschwächter Form das Bild der gesamten Militärzugänge wider. Auch diesmal ist der Höhepunkt nach raschem Anstieg im Jahre 1915 erreicht, und es folgt ein gedehnter, 1918 leicht unterbrochener Abstieg bis zum Jahr 1920.

Wie oben dargelegt, wäre es nicht gerechtfertigt, einfach in der Zahl der aufgenommenen badischen Soldaten das Maß für die Schädigung durch die Kriegsverhältnisse zu erblicken. Trotzdem wird uns die Verteilung der Militärzugänge auf die einzelnen Krankheitsformen wenigstens eine gewisse Einsicht in das Zustandekommen dieser Steigerung der Anstaltsbedürftigkeit während der Kriegsjahre eröffnen können. Den Verhältniszahlen für die 1600 badischen Soldaten

sind jeweils die für die 4466 Männer der Jahre 1904/10 beigefügt. Von 100 in Baden wohnhaften aufgenommenen Soldaten entfallen auf einfache Seelenstörung 57,9 (50,7), Paralyse 4,8 (9,9), Imbezillität 5,1 (5,5), Epilepsie 5,4 (7,4), Hysterie 16,1 (3,6), Neurasthenie 6,5 (5,6), Alkoholismus 3,8 (13,2), Restgruppe 0,4 (4,1). Hiernach unterscheiden sich die badischen Soldaten in nahezu vollkommener Übereinstimmung mit sämtlichen 3733 Soldaten von den früher beobachteten Männeraufnahmen bezeichnender Weise durch die Minderbeteiligung an Paralyse und Alkoholismus, durch die häufigere Beteiligung an einfacher Seelenstörung und ganz besonders durch die sehr starke Beteiligung an der Hysterie. Ob man in der höheren Ziffer für die einfache Seelenstörung, für die die Wirkung der Altersauslese gleichfalls zu berücksichtigen ist, eine Folgererscheinung von Kriegseinflüssen zu erblicken hat, kann hier nicht erörtert werden, zumal über gewisse einschlägige ärztliche Gesichtspunkte eine Einigung bisher nicht erzielt ist. Hervorzuheben bleibt vor allem die ungemein hohe Verhältniszahl für die Gruppe der hysterischen Krankheitszustände. Diese ihrem Wesen nach ausgleichbaren reaktiven Störungen des seelischen Gleichgewichtes, die als die eigentlichen Kriegskrankheiten auf seelisch-nervösem Gebiete anzusprechen sind, insofern als sie ohne das Auftreten der Kriegseinflüsse nicht zustande gekommen wären, haben demnach auch bei den badischen Heeresangehörigen eine erhebliche Rolle gespielt und etwa $\frac{1}{6}$ der Militärzüge in die Anstalten geführt.

Wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, war der Zustrom zu den geschlossenen Anstalten aus der in Baden ansässigen männlichen Bevölkerung während der Kriegsjahre deutlich gesteigert; in einem bemerkenswert großen Umfange ist er aus dem unter den Waffen stehenden Volke hervorgegangen; und bei einem beträchtlichen Teil dieser Soldatenaufnahmen läßt sich der Heeresdienst als auslösende Ursache für das Auftreten der meist vorübergehenden Anstaltsbedürftigkeit nachweisen.

Über der Betrachtung des nun zurückliegenden Zeitabschnittes wird eine vorausschauende Irrenfürsorge die Tatsache der seit 1919 fortschreitenden Zunahme der Erstaufnahmen, die eine Erwartung der Sachverständigen bestätigt, nicht übersehen. Die Klärung ihrer Ursachen auf statistischem Weg kann erst versucht werden, wenn weiterer Beobachtungsstoff zur Verfügung steht.

12. Die Teuerung in Baden im Monat Februar.

Die vorliegende Fortsetzung der allmonatlichen Darstellungen über die Teuerung in Baden findet mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Vorgänge auf dem Gebiete des Warenmarkts Verhältnisse vor, die eine völlig abweichende Lage von früheren Preisbewegungen feststellen lassen.

Nach den bisherigen Berechnungen der Teuerungsstatistik war die Preisbewegung der zum täglichen Leben unbedingt erforderlichen Lebenshaltungsgegenstände ohne Ausnahme nach aufwärts gerichtet. Sie unterschied nur größere oder kleinere monatliche Steigerungen der Lebenshaltungskosten, die teils durch allgemein politische und wirtschaftliche Vorgänge bedingt waren.

Wie bereits in der letztmonatlichen Nummer der „Statistischen Mitteilungen“ bekanntgegeben ist, wurde in der statistischen Erfassung der Preisverhältnisse der Lebenshaltungskosten eine Verbesserung durch die zweimalige Erhebung der Kleinverkaufspreise und Berechnung der Landesindizes im Monat eingeführt. Diese Erneuerung ermöglicht es nun, außergewöhnliche Vorgänge auf dem Gebiet der Preisbewegung, wie sie zurzeit gegeben sind, genau zu verfolgen und statistisch festzulegen.

Die für die Preiserhebung in diesem Monat in Frage kommenden Stichtage waren der 7. und 21. Februar.

Der Dollar, der bis in die zweite Februarwoche eine beispiellose Höhe erreichte, konnte dank der Stützaktion der Reichsregierung durch die Abgabe von Devisen inzwischen auf die Hälfte seines Höchststandes und auf eine gewisse Stabilität zurückgeführt werden.

Die Auswirkung dieser Vorgänge in unserm gesamten Wirtschaftsleben, insbesondere auf dem Gebiet des Warenmarktes, war eine gewaltige. Die Warenpreise, sowohl im Groß- wie im Kleinhandel, stiegen sprunghaft in die Höhe und machten die Ernährung der Bevölkerung, insbesondere derjenigen Gebiete, die von der Befehung betroffen wurden, zu einer recht schwierigen Aufgabe der Regierung.

Während sich beim Großhandel beim Fallen des Dollars die Ermäßigung der Preise automatisch einstellte und alsbald ihre Wirkung zeigte, blieben die Kleinverkaufspreise, insbesondere diejenigen, die zum täglichen Leben nicht entbehrt werden konnten, auf ihrer alten Höhe. Diese Vor-

gänge auf dem Kleinhandelsmarkt konnten bei der Masse der Bevölkerung nicht ohne Einfluß bleiben und schufen eine Stimmung, die inzwischen von seiten der berufenen Behörden zu Maßnahmen führte, die geeignet sind, den Preisabbau im Kleinhandel herbeizuführen.

Die Hauptsteigerungsperiode der Kleinverkaufspreise fällt in die Zeit zwischen dem 24. Januar und 7. Februar; also in jene Zeitperiode, wo die fremden Zahlungsmittel, insbesondere der Dollar, ihren Höchststand erreicht hatten. Am 31. Januar wurde der Dollar mit 49 000 *M* amtlich notiert.

Die Folge war die rapide Verteuerung sämtlicher zum Lebensbedarf notwendigen Bedarfs- und Gebrauchsartikel. Nach dem Ergebnis der Stichtagserhebung vom 7. Februar war die Steigerung der Lebensmittelpreise eine ausnahmslose.

Gegenüber dem Ergebnis der Preise am Stichtag, am 24. Januar, schwankt die Zunahme der Steigerung bis zum nächsten Stichtag, am 7. Februar, zwischen 34,7 und 96,4 %.

Die für die einzelnen Erhebungsorte berechneten Teuerungszahlen haben sich demzufolge erheblich in die Höhe bewegt. Sie betrug am 7. Februar für Mannheim 215 692 (64,3); die jeweils in Klammer beigefetzte Zahl bedeutet die seit dem 24. Januar bis 7. Februar eingetretene prozentuale Verteuerung in den einzelnen Orten; Karlsruhe 231 607 (85,5), Freiburg 192 769 (72,7), Pforzheim 193 559 (74,3), Heidelberg 191 149 (61,1), Konstanz 199 410 (73,4), Baden 221 791 (96,4), Durlach 198 768 (58,7), Offenburg 184 312 (60,7), Bruchsal 194 539 (73,5), Lörrach 192 967 (69,2), Weinheim 216 003 (77,5), Lahr 144 936 (52,2), Billingen 172 368 (84,0), Kastatt 161 733 (75,2), Singen a. S. 208 866 (84,6), Kehl 167 355 (74,2), Hockenheim 184 753 (72,8), Achern 164 152 (34,7), Waldshut 172 183 (54,1), Neustadt i. Schw. 197 984 (62,3), Rheinfelden 204 098 (61,0), Wertheim 131 546 (62,1), Zell i. W. 153 104 (50,7), Gernsbach 200 959 (88,4).

Die Landesindexziffer hatte nach dem Berechnungsergebnis vom 24. Januar einen Stand von 125 311; nach der Berechnung vom 7. Februar ist die Landesindexziffer auf 214 593,4 gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Monat Januar beträgt somit 71,2 %.

Ein vollständig verändertes Bild wurde durch die Preiserhebung anlässlich des zweiten Stichtags im Februar (21.) festgestellt. Die seit langem beobachtete Erscheinung der recht unterschiedlichen Kleinverkaufspreise der einzelnen Gegenstände, die zum Teil durch die wirtschaftliche und geographische Lage der einzelnen Erhebungsorte bedingt wird, kommt insbesondere jetzt, wo der Abbau der Preise in Frage kommt, in recht augenscheinlicher Weise zum Ausdruck. Von der zweiten Woche des Februar ab ist teilweise ein Nachlassen der Steigerungen zu beobachten; einige Nahrungsmittel blieben im Preise stabil, während bei andern eine Preisenkung eingetreten ist.

Obwohl u. a. im Groß- und Kleinhandel der Mehlpreis eine Verbilligung erfahren hat, ist der Brotpreis in den meisten Erhebungsorten durch Verteuerung der Produktion erheblich in die Höhe gegangen. Nur in 3 Gemeinden ist der Preis für das Pfund Roggenbrot, und zwar in Baden mit 170 *M*, in Hockenheim mit 147,50 *M*, in Achern mit 146,67 *M* im Februar gleichgeblieben. Am auffälligsten ist die Preissteigerung für 1 Pfund rationiertes Roggenbrot in Bruchsal. Während dasselbe am 7. Februar noch zu 150 *M* erhältlich war, ist der Preis bis zum 21. Februar auf 320 *M* gestiegen. Ein gleiches Steigen ist in Karlsruhe zu beobachten, wo in der genannten Zeit der Brotpreis von 166,67 auf 213,34 *M* gestiegen ist. Dann folgt Durlach, wo der Brotpreis von 180 *M* auf 213,33 *M* erhöht wurde. Der Aufschlag in Mannheim ist erheblich geringer, und zwar von 150 auf 176,50 *M*.

Bruchsal, Karlsruhe und Durlach haben den teuersten Brotpreis im Lande; dann folgt Pforzheim mit 210 *M* für das Pfund.

Die Fleischpreise haben sehr erheblich angezogen.

Der Preis für das Pfund Rindfleisch ist durchschnittlich um ein Drittel und mehr in der Zeit bis zum 21. Februar gestiegen. So z. B. in Karlsruhe von 2400 auf 3900 *M*, in Pforzheim von 2240 auf 3600 *M*, in Heidelberg von 2840 auf 4040 *M*, in Baden von 2600 auf 3900 *M*, in Durlach von 2200 auf 3800 *M*. Auffälligerweise bewegen sich in Offenburg und Kehl die Fleischpreise in angemessenen Grenzen. Der Preis für 1 Pfund Rindfleisch betrug am 7. Februar in Offenburg und Kehl je 2000 *M*, am 21. Februar in Offenburg 2800 *M*, in Kehl 3200 *M*. Der niederste Preisauflschlag ist in den Städten Konstanz von 2200 auf 2800 *M*, in Lörrach von 2600 auf 3000 *M*, in Billingen von 2000 auf 2600 *M*, in Achern, Singen a. S., Neustadt und Gernsbach von 2000 auf 3000, in Waldshut von 2400 auf 3000 *M* und in Zell i. W. von 2200 auf 2600 *M* zu beobachten. Die größte Steigerung ist in Rheinfelden festzustellen, wo der Preis von 2600 auf 4200 *M* erhöht wurde.

Ähnliche Preisauflschläge sind beim Schweinefleisch zu verzeichnen. So in Mannheim von 3600 auf 4400 *M*, in Karlsruhe von 3700 auf 4800 *M*, in Freiburg von 3600 auf 5000 *M*,

in Konstanz von 4000 auf 5000 *M.*, in Baden von 3000 auf 4600 *M.*, in Durlach von 4000 auf 5000 *M.*, in Lörrach von 4000 auf 5600 *M.*, in Lahr von 2840 auf 4460 *M.*, in Rastatt von 3400 auf 4600 *M.* und in Singen von 3600 auf 4500 *M.* In Offenburg ist der Preis von 2800 auf 3600 *M.* gestiegen, in Kehl muß für das Pfund Schweinefleisch 4000 *M.* bezahlt werden. Gleiche Preise haben Billingen, Hochenheim, Neustadt und Gernsbach mit je 4000 *M.* für das Pfund Schweinefleisch.

Obwohl man allgemein von der Auffassung ausgeht, daß durch die Fettpreise, insbesondere der Butterpreise, der Milchpreis bestimmt wird, ist seit einiger Zeit die Tatsache zu verzeichnen, daß der Preis für das Liter Milch sich prozentual mehr in die Höhe bewegt, als der Preis für die Butter. Die im Laufe des Monats Februar eingetretene Preiserhöhung der Milch ist von recht erheblichem Einfluß auf die täglichen Lebenshaltungskosten. Hier steht Karlsruhe an der Spitze mit 630,29 *M.* für das Liter. Dann folgt Mannheim mit 600 *M.* Gleichgeblieben ist der Milchpreis in Lahr mit 300 *M.* In Offenburg ist nur ein mäßiger Aufschlag von 328 auf 340 *M.* erfolgt; in Kehl stieg der Preis von 270 auf 450 *M.* Auch in Konstanz erfolgte nur eine mäßige Erhöhung von 280 auf 310 *M.* In allen übrigen Erhebungsorten ist der Aufschlag ein sehr erheblicher.

Der Butterpreis ist recht uneinheitlich. Ein stabiler Butterpreis ist in den Städten Baden mit 7000 *M.* für das Pfund, in Bruchsal mit 8000 *M.* und in Billingen mit 6000 *M.* zu beobachten. Eine Senkung des Butterpreises ist in Durlach von 8000 auf 7000 *M.*, in Rastatt von 6400 auf 6000 *M.* und in Wertheim von 3500 auf 2500 *M.* erfolgt.

Die Preise für die Eier sind weiterhin gestiegen. In Mannheim von 350 auf 420 *M.*, in Karlsruhe von 300 auf 410 *M.*, in Pforzheim von 270 auf 380 *M.*, in Heidelberg von 320 auf 420 *M.*, in Offenburg von 180 auf 300 *M.*, in Kehl von 200 auf 280 *M.*, in Freiburg von 200 auf 250 *M.*, in Konstanz von 150 auf 220 *M.* Der größte Preisaufschlag hat in Hochenheim stattgefunden, wo der Preis für das Ei von 300 auf 450 *M.* gestiegen ist. Ein Preisstillstand oder Rückgang ist in keinem der Erhebungsorte zu verzeichnen.

Der Durchschnittspreis für 1 Pfund Kartoffeln, welcher sich nach der Erhebung vom 24. Januar auf etwa 12 bis 15 *M.* belief, hat in der ersten Woche vom Februar wesentlich zugenommen. In den meisten Erhebungsorten ist eine weitere Steigerung bis heute zu verzeichnen. So ist in Mannheim das Pfund von 18 auf 20 *M.* gestiegen, in Karlsruhe von 16 auf 24 *M.*, in Pforzheim von 18 auf 24 *M.*, in Heidelberg von 12 auf 14,50 *M.*, in Konstanz von 20 auf 40 *M.*, in Offenburg von 30 auf 40 *M.*, in Lörrach von 18 auf 25 *M.*, in Weinheim von 30 auf 40 *M.*, in Billingen von 15 auf 45 *M.*, in Kehl von 25 auf 35 *M.* und in Gernsbach von 25 auf 45 *M.* Gleichgeblieben ist der Preis nur in Baden mit 30 *M.*, in Rastatt mit 16 *M.* und in Wertheim mit 10 *M.* für das Pfund. Ein Preisrückgang ist nur in Freiburg von 40 auf 35 *M.* festzustellen.

Die gleiche Erscheinung ist beim Gemüse zu beobachten. Auch hier hat eine fortschreitende Preissteigerung eingesetzt. So kostet das Pfund Spinat in Karlsruhe 625 *M.*, in Pforzheim 550 *M.*, in Heidelberg 400 *M.* und in Konstanz 900 *M.* Ein Stillstand oder Rückgang der Gemüsepreise ist nicht eingetreten.

Erhebliche Preisabschläge sind bei der Margarine zu verzeichnen. In Mannheim ging der Preis für 1 Pfund Margarine von 5100 auf 3000 *M.* zurück, während in Karlsruhe nur ein Abschlag von 500 auf 3500 *M.* erfolgt ist. In Konstanz von 5000 auf 3600 *M.*, in Baden von 5000 auf 3100 *M.*, in Durlach von 5100 auf 3350 *M.*, in Lörrach von 6500 auf 4000 *M.* und in Kehl von 6700 auf 4002 *M.* Gleichgeblieben sind die Preise in Bruchsal mit 4000 und in Gernsbach mit 4500 *M.* für das Pfund. Gestiegen ist der Preis in Singen a. S., und zwar von 6000 auf 8000 *M.*, in Offenburg von 3600 auf 4500 *M.*

Preisabschläge in noch einschneidender Weise sind beim ausländischen Schweinefleisch zu beobachten.

Die Preise für das Pfund Salzheringe zeigen ein recht eigenartiges Bild. Hier ist ein Preisstillstand, ein Preisaufstieg und ein Preisabschlag zu beobachten. In Rastatt war das Pfund Salzheringe sowohl am Anfang und Ende Februar zu 390 *M.* erhältlich, in Singen a. S. desgl. zu 1200 *M.* und in Waldshut zu 500 *M.* In Karlsruhe stieg der Preis von 540 auf 890 *M.*, in Pforzheim von 550 auf 750 *M.*, in Heidelberg von 700 auf 1000 *M.*, in Baden von 600 auf 900 *M.*, in Offenburg von 750 auf 900 *M.*, in Rheinfelden von 800 auf 1000 *M.*, in Wertheim von 270 auf 750 *M.* Ein Preisrückgang ist in Mannheim von 1100 auf 1000 *M.* zu verzeichnen, ebenso in Bruchsal von 900 auf 750 *M.* und in Gernsbach von 1400 auf 1200 *M.*

Eine Auswirkung der Preisrückgänge in den einzelnen örtlichen Teuerungszahlen hat bis jetzt nicht stattgefunden. Sie werden durch die übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfs, die noch eine steigende Tendenz aufweisen, aufgehoben. Das Steigen der örtlichen Teuerungszahlen sowie der Landesindexziffer wird aber auch wesentlich durch die stetigen Preiserhöhungen von Heizung, Beleuchtung und Wohnung bedingt.

Die Briquets, die sich als der „billigste“ Brennstoff bezeichnen dürfen und in den meisten Haushaltungen hauptsächlich verwendet werden, haben aber allmählich eine derartige Preishöhe erreicht, die den sparsamsten Verbrauch bedingen. In Mannheim ist der Zentner von 4890 auf 7530 *M.* gestiegen. In Karlsruhe von 5050 auf 8320 *M.*, in Freiburg von 4445 auf 8080 *M.*, in Pforzheim von 5000 auf 8620 *M.* In Bruchsal hat sich der Preis verdoppelt, und zwar von 5000 auf 10 000 *M.* In Gernsbach ist er mit 4000 *M.* stabil geblieben.

Durch das Steigen der Preise der zur Gasbereitung erforderlichen Kohlenarten hat sich der Preis für das Gas bedeutend erhöht.

Wie sehr die Gruppe Heizung und Beleuchtung die monatlichen Lebenshaltungskosten beeinflussen, ist aus Nachfolgendem ersichtlich:

In Mannheim betrug am 7. Februar die Teuerungszahl 215 692, hiervon entfallen auf Ernährung 190 020, auf Heizung und Beleuchtung 22 595 und auf Wohnung 3077. Am 21. Februar betrug die Teuerungszahl 237 424; auf die Ernährung entfallen 193 657, auf Heizung und Beleuchtung 40 690 und Wohnung 3077. In Karlsruhe betrug bei einer Teuerungszahl von 231 607 am 7. Februar der Anteil auf Ernährung 186 557, Heizung und Beleuchtung 42 650, Wohnung 2400. Bei einer Teuerungszahl von 247 605 am 21. Februar entfällt auf Ernährung 198 120, auf Heizung und Beleuchtung 47 085 und Wohnung 2400. Während der Anteil der Ernährungskosten sich in der genannten Zeitperiode verhältnismäßig nur wenig in die Höhe bewegt, ist der Anteil der Heizungs- und Beleuchtungskosten ein sehr wesentlicher. In beiden Städten sind die Preise für die Wohnungskosten gleichgeblieben.

Die Teuerungszahlen betragen in den übrigen Erhebungsorten, und zwar nach dem Stichtagsergebnis vom 21. Februar wie folgt (die in Klammern jeweils beigefetzte Zahl bezeichnet die prozentuale Steigerungszunahme gegenüber dem 7. Februar): Karlsruhe 247 605 (6,9), Mannheim 237 424 (10,1), Freiburg 214 894 (11,5), Pforzheim 224 821 (16,2), Heidelberg 222 517 (16,4), Konstanz 235 704 (18,2), Baden 240 709 (8,5), Durlach 231 506 (16,5), Offenburg 222 704 (20,8), Bruchsal 243 248 (25,0), Lörrach 217 087 (12,5), Weinheim 236 320 (9,4), Lahr 192 216 (32,6), Billingen 193 884 (12,5), Rastatt 186 103 (15,1), Singen a. S. 258 109 (23,6), Rehl 222 810 (33,1), Hohenheim 195 853 (6,0), Achern 185 454 (13,0), Waldshut 199 336 (15,8), Neustadt i. Schw. 237 185 (19,8), Rheinfelden 236 321 (15,8), Wertheim 181 194 (37,7), Zell i. W. 168 202 (9,9), Gernsbach 221 571 (10,3).

Die an Hand der Teuerungszahlen (ohne Bekleidung) der 71 deutschen sog. Eildienstgemeinden vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindexziffer betrug am 21. Februar 240 800, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Gegenstände, welche die Gruppen Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung umfassen, kosteten im Februar zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamts 2408 mal soviel wie vor dem Kriege. Dies bedeutet gegenüber dem 24. Januar eine Zunahme der Steigerung um 132,9%.

Die badische Landesindexziffer, die vom Statistischen Landesamt aus den Teuerungszahlen (gleichfalls ohne Bekleidung) von 25 badischen Gemeinden berechnet wurde, stieg im Februar, und zwar nach dem Ergebnis der Stichtagserhebung vom 21. Februar gegenüber dem Monat Januar (24.) auf 241 170. Die Zunahme beträgt somit 92,5%. Bei Zugrundelegung der Stichtagserhebung vom 7. Februar beträgt die Steigerung bis zum 21. Februar 12,4%.

Die für die beiden Stichtage im Monat Januar d. J. (10. und 24.) berechneten Landesindexziffern stellen sich im Durchschnitt auf 100 941. Jene vom Monat Februar (7. und 21.) auf 227 882.

Bei Berücksichtigung der Durchschnitts-Landesindexziffer vom Monat Januar mit 100 941 beträgt die Zunahme der Teuerung nach der Durchschnittslandesindexziffer vom Monat Februar mit 227 882, 125,8%.

Preisveränderungen in den Lebenshaltungskosten, die nach dem letzten Stichtag (21. Februar) eingetreten sind, konnten natürlich in der vorliegenden Darstellung keine Berücksichtigung mehr finden. Deren Besprechung muß der nächsten Nummer der „Statistischen Mitteilungen“ vorbehalten bleiben.

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 3.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das 1. Vierteljahr 130 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Industrielle Großbetriebe in Baden im Jahr 1922. 2. Die Zulassung badischer Wertpapiere zur Börse. 3. Der badische Getreidebau im Jahr 1922. 4. Der badische Zuckerrübenbau im Jahr 1922. 5. Die Teuerung in Baden im Monat März. 6. Der Stand der Winterhaaten in Baden Anfang April 1923. 7. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im I. Vierteljahr 1923.

1. Industrielle Großbetriebe in Baden im Jahr 1922.

Nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamts vom Sommer 1922 gibt es in Baden 594 industrielle Betriebe, in denen 100 und mehr Arbeiter beschäftigt werden; hierbei sind Zweigbetriebe als besondere Betriebseinheiten behandelt. Es entfallen somit auf die industriellen Großbetriebe 15,7 % der Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern.

Die Gesamtzahl der in diesen 594 Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt 191 779. Nicht enthalten in den obenerwähnten Zahlen sind die öffentlichen Betriebe des Staates und der Gemeinden sowie die Großbetriebe im Bau-, Handels- und Verkehrsgewerbe. Von der Gesamtzahl der Großbetriebe entfallen 264 mit 67 319 Arbeitern auf die oberländischen und 330 Betriebe mit 124 460 Arbeitern auf die unterländischen Industriebezirke einschließlich des Amtsbezirks Raftatt.

Am stärksten sind die Großbetriebe in den Industriestädten des Landes vertreten; so entfallen auf die Stadt Mannheim 73 Betriebe mit 41 654 Arbeitern, auf Pforzheim 53 Betriebe mit 13 951 Arbeitern, auf Karlsruhe 35 Betriebe mit 18 008 Arbeitern; es folgen die Städte Freiburg (19 Betriebe mit 4026 Arbeitern), Lahr (13 Betriebe mit 2267 Arbeitern), Raftatt und Heidelberg mit je 9 Großbetrieben und 2834 bzw. 2499 Arbeitern, Weinheim und Lörrach mit desgl. je 8 und 5247 bzw. 2390 Arbeitern. Je 4—7 Großbetriebe größeren oder geringeren Umfanges finden sich in Konstanz, Singen a. S., Billingen, St. Georgen, Furtwangen, Säckingen, Schopfheim, Emmendingen, Offenburg, Ettlingen, Durlach, Bruchsal und Schwezingen; aber auch in Landorten sind industrielle Großbetriebe vertreten.

Ein großer Teil der vorhandenen Großbetriebe, und zwar 124 mit 22 900 Arbeitern, entfällt auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, darunter sind allein 106 Betriebe der Tabak- und Zigarrenindustrie mit 17 400 Arbeitern. Auch die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate zählt an hundert (107) Großbetriebe mit etwa 57 000 Arbeitern. Nahezu je hundert Großbetriebe sind zu rechnen auf die Textil- und auf die Metallverarbeitungsindustrie (99 bzw. 88 Betriebe mit 34 400 bzw. 24 500 Arbeitern), ferner 40 mit etwa 10 000 Arbeitern auf die Holzindustrie, 37 mit fast ebensoviel Arbeitern auf die Industrie der Steine und Erden und 35 mit über 12 000 Arbeitern auf die Papierindustrie. Über 20 (22) Großbetriebe (7100 Arbeiter) hat auch die Chemische Industrie aufzuweisen, je etwa ein Duzend die Lederindustrie (14) und das Polygraphische Gewerbe (13); gleich groß ist die Anzahl der Großbetriebe in der Industrie der Lade, Öle, Seifen, Firnisse und Fette sowie in der Bekleidungsindustrie (je 7). Durch nur einen Großbetrieb ist das Reinigungsgewerbe vertreten.

In 515 Großbetrieben sind 101 bis unter 500 Arbeiter beschäftigt, darunter sind 338 Betriebe mit 101—200, 107 mit 201—300 und 70 Betriebe mit 301—500 Arbeitern; in 79 Großbetrieben sind jeweils über 500 Arbeiter beschäftigt und in 30 von diesen je mehr als 1000. Unter den Großbetrieben mit über 1000 Arbeitern sind 12 Maschinenfabriken, 6 metallindustrielle Betriebe, 4 Betriebe der Textilindustrie, 3 aus der Industriegruppe Gummi und Leder, 2 aus jener der Steine und Erden, ferner gehört je einer von den größten Betrieben der Papier- und Zellstoffindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und der Industrie der Seifen und Fette an.

Wenn in Baden auch keine Fabriken von dem Umfange einzelner Riesenbetriebe, wie z. B. in Rheinland und Westfalen, zu finden sind, so stehen doch an der Spitze unserer badischen Groß-

Von 9 Aktiengesellschaften sind die Wertpapiere an drei Börsenplätzen zugelassen, und zwar: 8 Firmen in Berlin, Frankfurt und Mannheim mit einem Gesamtaktienbesitz von 847 Millionen Mark, 1 Firma der Textilindustrie mit 6 Millionen Mark Aktienkapital in München, Frankfurt und Mannheim. Von den 8 in Berlin, Frankfurt und Mannheim vertretenen Gesellschaften gehören 4 dem Bankgewerbe — darunter 1 mit einem Aktienkapital von 240 Millionen Mark —, 2 der Maschinen-, 1 der Elektrischen, eine weitere mit einem Aktienkapital von 183 Millionen Mark der Papierindustrie an.

Zwei Aktiengesellschaften notieren an vier Börsenplätzen, und zwar notiert eine Firma mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark des Versicherungsgewerbes an der Berliner, Frankfurter, Mannheimer und Münchener Börse, eine weitere Firma der Industrie der Steine und Erden mit einem Aktienkapital von 70 Millionen Mark an der Frankfurter, Münchener, Mannheimer und Stuttgarter Börse.

Es ergibt sich, daß die badischen Wertpapiere, insbesondere gemessen an der Zahl der an Börsenplätzen zugelassenen Firmen, in weitaus größerem Umfange an der Frankfurter und Mannheimer als an der Berliner Börse in Erscheinung treten.

Des weiteren zeigt die Aufstellung der Börsennotierungen nach Gewerbearten, daß bedeutende Industriezweige Badens schwach bezw. gar nicht an der Berliner Börse vertreten sind.

Von 20 Betrieben der Steine und Erden waren vier an einer Börse zugelassen, und zwar zwei nur an der Berliner, eine nur an der Mannheimer, eine weitere an der Frankfurter, Mannheimer, Münchener und Stuttgarter Börse. Letztere Aktiengesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 70 Millionen Mark, während die restlichen drei Firmen nur einen Gesamtaktienbesitz von 21,5 Millionen Mark aufzuweisen haben.

Von 37 Aktiengesellschaften der Metallverarbeitung notieren drei an der Börse, und zwar je eine nur in Berlin, nur in Frankfurt und eine in Frankfurt und Mannheim.

Die Elektrische Industrie mit 18 Betrieben ist durch drei Firmen, an der Berliner, Berliner und Frankfurter und Berliner, Frankfurter und Mannheimer Börse vertreten.

Von der Uhrenindustrie mit 4 Betrieben sind zwei Aktiengesellschaften nur an der Frankfurter Börse zugelassen.

Die Industrie der Maschinen, Instrumente u. mit 35 Firmen tritt mit 10 Unternehmungen, deren Wertpapiere annähernd gleichmäßig an der Frankfurter, Berliner und Mannheimer Börse gehandelt werden, in Erscheinung.

Von 9 Betrieben der Chemischen Industrie werden nur von einer Firma die Wertpapiere börsenmäßig gehandelt. Diese Firma, welche mit einem Aktienkapital von 90 Millionen Mark weitaus die kapitalkräftigste ihrer Branche darstellt, notiert nur in Frankfurt.

Auch die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte mit zwei Gesellschaften ist nur durch eine Firma mit einem Aktienkapital von 17 Millionen Mark an der Frankfurter und Stuttgarter Börse vertreten.

Die Textilindustrie mit 27 Aktiengesellschaften notiert ebenfalls nicht an der Berliner Börse, dagegen werden die Wertpapiere von zwei Firmen dieser Branche notiert, und zwar eine nur in Frankfurt, die andere an der Frankfurter, Mannheimer und Münchener Börse.

Des weiteren sind die Lederindustrie mit 5 Betrieben, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel (ausschließlich der Tabak- und Brauereiindustrie) mit 25 Betrieben, sowie das Versicherungsgewerbe mit 13 Betrieben und das Verkehrsgewerbe mit 8 Betrieben nicht an der Berliner Börse vertreten.

Von der Lederindustrie ist nur eine Firma an der Mannheimer Börse, von der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel zwei Firmen an der Mannheimer bezw. Frankfurter und Mannheimer Börse und vom Versicherungsgewerbe 5 Unternehmungen an mindestens einer der Mannheimer, Münchener und Frankfurter Börse, vom Verkehrsgewerbe alle 3 an der Mannheimer Börse zugelassen.

Die Papierindustrie mit 12 und das Baugewerbe mit 8 Betrieben treten nur mit je einer Firma an der Börse in Erscheinung. Erstere mit einem Aktienkapital von 183 Millionen Mark in Berlin, Frankfurt und Mannheim, die Firma des Baugewerbes mit einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark in Berlin und Frankfurt.

Von der Brauindustrie mit 27 Betrieben werden die Papiere von 9 Firmen börsenmäßig gehandelt. Hiervon notiert an der Berliner Börse nur eine Firma — allerdings die weitaus kapitalkräftigste — mit einem Aktienkapital von 72 Millionen Mark, während die übrigen 8 Firmen dieser Branche, deren Aktienkapital in keinem Falle mehr als 3 Millionen Mark beträgt, mindestens an einer der Frankfurter und Mannheimer Börsen zugelassen sind.

Das Bankgewerbe mit 13 Gesellschaften ist durch vier Aktiengesellschaften, welche sämtliche an den 3 Börsenplätzen Berlin, Frankfurt und Mannheim notieren und über einen Gesamtkapitalbetrag von 428 Millionen Mark verfügen, an der Börse vertreten.

Bei diesen Erörterungen sind die gemeinnützigen badischen Aktiengesellschaften, ferner Gesellschaften, die ihren Hauptbetrieb oder hauptsächlich außerhalb Badens haben, sowie Obligationen und die im Freiverkehr gehandelten Papiere nicht berücksichtigt. Es sei an dieser Stelle nur erwähnt, daß 3 gemeinnützige Firmen, welche alle dem Verkehrsgewerbe angehören, in Berlin bzw. in Berlin und Frankfurt vertreten sind. Ihr Gesamtkapital beträgt 10,43 Millionen Mark.

3. Der badische Getreidebau im Jahr 1922. I.

Der badische Getreidebau hat sich unter ähnlichen natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen entwickelt wie der elsässische, pfälzische und hessische Getreidebau. Schon in Württemberg und noch mehr im rechtsrheinischen Bayern liegen die Verhältnisse vielfach anders und gänzlich anders gestaltet sich das Bild in den Hauptgebieten deutschen Getreidebaues, in Nord- und Ostdeutschland.

Für den badischen Getreidebau ist bedeutsam die Tatsache, daß nahezu 39 % des Landes von Wald bedeckt sind, und das nicht aus geschichtlichen Gründen oder weil die Besitzer es so wollen, sondern weil in den Gebirgen, aber auch manchmal in der Rheinebene absolute Waldböden herrschen, im Gebirge zudem das Klima dem Feldbau rasch eine Schranke setzt. Es läßt sich daher, so sehr das vielleicht erwünscht wäre, die landwirtschaftliche Fläche und insbesondere die Getreidefläche nur in ganz seltenen Fällen auf Kosten des Waldes vergrößern. Jeder erheblichere Eingriff in den Waldbestand würde zudem andere Interessen verletzen, insbesondere die Brennholzversorgung des Landes und die Versorgung der ausgedehnten badischen Holzindustrie beeinträchtigen.

Scheiden so vor allem die höchsten, unwirtschaftlichsten Teile des Landes für den Getreidebau aus, so sind umgekehrt gerade die sonnigsten Striche nicht ihm, sondern dem ertragreicheren Wein- und Obstbau gewidmet. Weinberge und Obstaine umsäumen den Fuß des Kaiserstuhls, begleiten den Hügelraum am Gebirgsabfall und bedecken die Gestade des Bodensees.

Eine dritte Ursachenreihe, die vor allem dazu geführt hat, den Getreidebau zugunsten anderer Gewächse in den Landesteilen einzuschränken, die an sich für den Anbau von Halmfrüchten geeignet wären, ist in dem Anwachsen der Industrie, in der großen Zahl von Klein-, Mittel- und Großstädten und in einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung, die auf dem Lande wohnt, zu suchen. Für letztere ist Kartoffelbau immer wichtiger als Getreidebau. Es ist allerdings zu beobachten, daß der Arbeiter auf dem Lande auch stets den Anbau seiner Brotfrüchte erstrebt, in der Regel reicht aber dazu die ihm zur Verfügung stehende Feldfläche nicht aus.

Die Marktnähe führt mit Notwendigkeit zur Zurückdrängung des Getreidebaues zugunsten eines mehr gartenmäßigen Anbaues und insbesondere der Viehhaltung. Diese findet zudem günstige Voraussetzungen namentlich in der Rheinebene, wo sich große natürliche Wiesenflächen, die an hohen Grundwasserstand gebunden sind, ausdehnen. Aber auch die Paar und die Seegegend weisen solche Wiesenflächen auf, und hinzu kommen in allen Landesteilen ausgedehnte künstliche Wiesen und ein umfangreicher Anbau von Klee und Futterrüben.

Die günstige Verkehrslage des Landes und die industrielle Entwicklung haben zudem frühzeitig dem Handelsgewächsbau, vor allem dem Tabakbau, eine große Ausdehnung verliehen, und hinzu kommen, insbesondere in den dichtbesiedelten Bezirken, die oft allzu hohen Bodenpreise, die den Getreidebau nicht mehr lohnend erscheinen lassen.

Nach alledem ist zu erwarten, daß wir den Getreidebau finden in den abgelegeneren Landesteilen, die weniger städterich und weniger industrialisiert sind; oft genug sind es geringere Böden und rauhere Striche, die für den Getreidebau übrig bleiben, und wenn einmal ausnahmsweise in der Nähe einer Großstadt sich Getreidefelder in größerer Ausdehnung finden, so trägt der Getreidebau hier einen besonderen Charakter: nicht das Brotgetreide, sondern das Handelsgetreide, vor allem Braugerste und Futtergerste herrschen dann vor.

Nicht unerwähnt soll auch bleiben, daß in den herrschenden Wirtschaftssystemen Getreide stets im Wechsel mit anderen Pflanzen gebaut wird. Daher kann auch in den eigentlichen Getreidegebieten nur die Hälfte, günstigstenfalls einmal zwei Drittel des Ackerfeldes mit Getreide angeblüht sein.

Von jeher gelten als die Kornkammern Badens die Hochflächen und das Hügelland im Norden und Südosten des Landes, das Bauland und der Kraichgau, das Bodenseegebiet, der

Hegau, der Heuberg und die Baar, weiterhin Teile der Rheinebene von Basel bis zur hessischen Grenze. In den Bezirken Pfullendorf, Stockach, Adelsheim, Borberg, Mannheim und Sinsheim waren im Jahr 1922 mehr wie 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit Getreide bestellt. Zwischen 30 und 40 % machte die Getreidefläche aus in den Bezirken Engen, Konstanz, Meßkirch, Überlingen, Breisach, Emmendingen, Ettenheim, Kehl, Lahr, Müllheim, Staufen, Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Pforzheim, Rastatt, Buchen, Eberbach, Eppingen, Heidelberg, Mosbach, Tauberbischofsheim, Weinheim, Wertheim und Wiesloch. Alle anderen Bezirke weisen geringere Anteile auf; in St. Blasien sind gar nur 8,9 %, in Schönau nur 6 % der landwirtschaftlichen Fläche mit Getreide angebaut. Etwas anders gestaltet sich das Bild, wenn man die absoluten Zahlen vergleicht. In einem Bezirk (Tauberbischofsheim) betrug die Getreidefläche mehr als 10 000 ha — im Jahr 1913 waren es noch 4 Bezirke —, 7—10 000 ha Getreidefläche wiesen auf die Bezirke Engen, Meßkirch, Stockach, Überlingen, Emmendingen, Bruchsal, Buchen, Mosbach und Sinsheim, 5—7000 ha die Bezirke Bonndorf, Donaueschingen, Konstanz, Pfullendorf, Waldshut, Freiburg, Lahr, Offenburg, Pforzheim, Rastatt, Adelsheim, Borberg und Heidelberg. Weniger als 1000 ha wurden in St. Blasien (888 ha) und Schönau (652 ha) ermittelt.

Insgesamt waren im Jahr 1922 272 936 ha, d. i. 31,6 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit Getreide bestellt. Im Jahr 1913 waren es 285 436 ha oder 34,3 % gewesen. Wir haben also einen Rückgang festzustellen, der allerdings den badischen Getreidebau nicht vereinzelt trifft. Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgehen dürfte, bleibt der Rückgang in Baden sogar in mäßigen Grenzen, vor allem gegenüber dem Rückgang im Reich und den Nachbarländern Württemberg und Hessen.

Der Rückgang des Getreidebaues 1913/1922.

Württemberg	7,2 %	Baden	2,7 %
Hessen	7,0 %	Bayern r. d. Rheins	2,5 %
Palz	4,9 %	Deutsches Reich	5,1 %

Unter eine gewisse Grenze wird der badische Getreidebau niemals heruntergehen können. Die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat von jeher Getreide nur für den eigenen Bedarf, nicht für den Verkauf gebaut. Dieses Bestreben ist heute naturgemäß nicht geringer sondern eher stärker geworden.

Die Hauptgetreideart in Baden ist nicht das Korn, der Roggen, sondern, was allgemein nicht so bekannt sein dürfte, der Hafer. Er nahm im Jahr 1922 24,3 % der Gesamtgetreidefläche ein und bedeckte insgesamt 61 350 ha. Es folgen Winter- und Sommergerste mit zusammen 51 697 ha = 20,4 %, Winter- und Sommerweizen mit 45 171 ha = 19,5 %, der Roggen mit 45 171 ha = 17,9 %, der Winterpelz mit 21 192 ha = 8,4 %, Mißfrucht mit 20 900 ha = 8,3 % und sonstiges Getreide mit 3 292 ha = 1,3 %.

Über die einzelnen Getreidearten folgt eine besondere Abhandlung.

4. Der badische Zuckerrübenbau im Jahre 1922.

Im Erntejahr 1922 waren in Baden 2410 ha mit Zuckerrüben angebaut, eine Fläche, die sich in sehr ungleicher Weise auf die einzelnen Amtsbezirke verteilt. Nur in 9 von den 53 Amtsbezirken hatte der Anbau von Zuckerrüben größere Bedeutung. Es sind dies die Bezirke: Sinsheim (494 ha), Eppingen (364), Mannheim (294), Mosbach (279), Schwetzingen (165), Heidelberg (146), Bruchsal (127), Weinheim (115) und Durlach (87). In weitem Abstand folgt dann der Bezirk Pforzheim mit 10 ha, alle anderen Bezirke erreichen noch nicht einmal diese Fläche; ja in weiten Teilen des Landes ist die Zuckerrübe so gut wie unbekannt und nur hier und da baut ein Landwirt eine kleine Fläche mit Zuckerrüben an, die dann als Schweine- oder Viehfutter dienen.

Für die Zuckergewinnung erfolgt der Anbau, wie aus der obenstehenden Aufzählung hervorgeht, nur in einzelnen Teilen des Unterlandes. Die nachstehende Übersicht mag dieses Bild noch deutlicher gestalten.

Seegegend	1,8 ha	Mittlere Rheinebene	6,3 ha
Donaugegend	—	Untere	780,3 "
Südlicher Schwarzwald	1,0 "	Kraichgau	1140,7 "
Mittl. u. nördl. "	1,0 "	Bauland	393,6 "
Kaiserstuhl	0,8 "	Odenwald	68,5 "
Obere Rheinebene	12,0 "		

Klima und Boden schließen den Anbau der Zuckerrübe in weiten Teilen des Landes, namentlich im hohen Schwarzwald, völlig aus. In anderen Gegenden, wo die natürlichen Verhältnisse an sich für den Anbau günstig wären — in der Seegegend, im Markgräflerland und Breisgau, im Nied, im Hanauerland, in der Ortenau — muß die Zuckerrübe hinter anderen anspruchsvollen Gewächsen zurücktreten und wir haben dort auch nicht die Besitz- und Betriebsverhältnisse, wie sie heute den Anbau der Zuckerrübe im Unterland bestimmen. Der Mittelpunkt des badischen Zuckerrübenbaues ist die Zuckerrübenfabrik Waghäusel im Amtsbezirk Bruchsal, weiterhin deren Filiale, die Zuckerrübenfabrik Bittlingen a. d. Jagst. Der kleine Bauer tritt heute in Baden als Zuckerrübenproduzent ganz in den Hintergrund. Nur Großbauern und wenige Mittelbauern bauen diese Hackfrucht an. Die überwiegende Masse der Rüben wird heute auf den mustergerätig umgetriebenen Pachtböden der Zuckerrübenfabrik Waghäusel gewonnen. Weit über 3000 ha Land werden allein in Baden von der Zuckerrübenfabrik bewirtschaftet. Die Pachtgüter der Zuckerrübenfabrik liegen in der Rheinniederung, im Kraichgau und im Baulande. Dort finden sich die Böden, die für den Zuckerrübenbau am besten geeignet sind und im Großbetrieb am besten bewältigt werden: Schwere Schlickböden und mooriges Gelände in der Niederung, schwere Lehm- und Keuperböden auf den Hochflächen und im Hügelland.

In der nachstehenden Übersicht sind diejenigen Gemarkungen aufgeführt, bei denen die Zuckerrübenfläche mehr als 50 ha der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmacht:

Hodenheim	82 ha	Kirchgartshausen	60 ha
Grombach	80 "	Straßenheim	58 "
Königsbach	80 "	Zimmerhof	56 "
Mannheim	75 "	Treschklingen	55 "
Ladenburg	70 "	Sinzheim	55 "
Sulzfeld	60 "	Hasselbach	53 "
Philippsburg	60 "	Eppingen	50 "

Es sind das fast durchweg Gemarkungen, auf denen staatliche oder grundherrliche Höfe liegen, die an die Zuckerrübenfabrik Waghäusel verpachtet sind. Auch bei den Gemarkungen, auf denen 25—50 ha Zuckerrüben gebaut wurden, liegen die Verhältnisse ähnlich.

Aus der Tatsache heraus, daß der Anbau im wesentlichen heute als ein Monopol der Zuckerrübenfabrik Waghäusel zu bezeichnen ist, erklärt sich auch die Stetigkeit der Anbaufläche: Einer Anbaufläche von 2379 ha im Jahre 1913 stehen 2410 ha im Jahre 1922 gegenüber.

Geringere Mengen von Rüben wandern in die Zuckerrübenfabrik Heilbronn, an die einige Höfe im Kraichgau und Neckartal verpachtet sind.

5. Die Teuerung in Baden im Monat März.

Die im Monat März in Frage kommenden Stichtage für die Erhebung der Kleinhandelspreise waren der 7. und der 21. d. M.

Das Ergebnis der Feststellungen über die Teuerungsverhältnisse am 7. März war im wesentlichen das gleiche wie am letzten Stichtag des Februar (21.).

Die Steigerung der hauptsächlichsten Lebenshaltungskosten hat zugenommen, wenn auch nur in sehr engen Grenzen, in 2 Erhebungsgemeinden ist ein Rückgang der Teuerungszahl festzustellen.

Gegenüber dem Ergebnis der Preise am 21. Februar schwankt die Zunahme der Teuerung in den einzelnen Gemeinden zwischen 1,3 und 30,3 %.

Der Rückgang der Teuerungszahl in 2 Gemeinden beträgt 2,5 und 5,6 %.

Gegenüber der Landesindexziffer vom 21. Februar ist ein weiteres Steigen der Teuerung, und zwar um 18 086 Punkte oder 7,5 % zu beobachten. Die Landesindexziffer hat sich am 7. März auf 259 256 erhöht. Die für die einzelnen Erhebungsorte am 7. März berechneten Teuerungszahlen betragen: Mannheim 261 080, Karlsruhe 250 809, Freiburg 237 813, Pforzheim 241 978, Heidelberg 242 691, Konstanz 249 841, Baden 257 170, Durlach 237 329, Offenburg 244 279, Bruchsal 248 021, Vörrach 225 346, Weinheim 263 555, Lahr 219 355, Billingen 213 236, Rastatt 199 648, Singen 268 770, Rehl 235 659, Hodenheim 255 209, Achern 197 895, Waldshut 217 068, Neustadt i. Schw. 231 297, Rheinfelden 223 091, Wertheim 190 104, Zell i. W. 211 450, Gernsbach 244 236.

Auch nach den Preisfeststellungen am 21. März sind gegenüber dem letzten Stichtag (7. März) wesentliche Veränderungen nicht eingetreten, obwohl gewisse Nahrungsmittel sich weiter im Preise gesenkt haben. Immerhin ist eine Beruhigung auf dem Gebiet der Kleinhandelspreise wahrzunehmen.

Der Brotpreis zeigt ein uneinheitliches Gepräge. Während in Mannheim der Preis für ein Pfund rationiertes Roggenbrot mit 228,50 M., in Karlsruhe mit 213,34, in Freiburg mit 216,66, in Baden mit 213 M. usw. gegenüber dem Stichtagsergebnis vom 7. März gleichgeblieben ist, hat der Preis in Pforzheim, Offenburg, Lörrach, Weinheim, Billingen, Hockenheim, Waldshut, Neustadt i. Schw., Rheinfelden, Zell i. W. und Gernsbach eine Steigerung erfahren. In einigen Gemeinden ist eine kleine Verbilligung eingetreten.

Auch die Fleischpreise lassen eine gewisse Gleichmäßigkeit vermessen. Beim Rindfleisch ist zum Teil ein Preisstillstand, eine Preisentkung und eine Preissteigerung zu beobachten. Während in Karlsruhe der Preis für das Pfund Rindfleisch von 4000 M. gegenüber dem letzten Stichtag gleichgeblieben ist, ebenso in Kehl, Freiburg, Billingen und Konstanz mit je 3200 M., in Pforzheim und Rastatt mit je 3600 M., in Offenburg mit 2800 M., in Lahr mit 2860 M., hat sich in Mannheim der Preis von 4000 auf 3600 M., in Heidelberg von 4040 auf 3880 M., in Bruchsal von 3600 auf 3200 M. ermäßigt. Eine Preissteigerung ist in Baden, und zwar von 3600 auf 3700 M. eingetreten, in Lörrach, Waldshut und Zell i. W. von 3000 auf 3200 M., in Achern von 3000 auf 3400 M. und in Gernsbach von 3200 auf 3400 M.

Bei der Margarine ist in sämtlichen Erhebungsgemeinden ein weiterer, zum Teil recht erheblicher Preisrückgang zu verzeichnen.

Mit dem Preis für das Liter Vollmilch steht Karlsruhe und Durlach mit 630 und 632 M. an der Spitze. Der Preis ist im allgemeinen auf der alten Höhe geblieben. Nur wenige Gemeinden mußten zu einer Preiserhöhung schreiten.

Im Gegensatz hierzu hat sich der Preis für das Pfund Butter in den meisten Erhebungsgemeinden nicht unwesentlich erhöht. So ist in Mannheim der Preis von 7200 auf 8400 M. gestiegen, in Karlsruhe von 7500 auf 8100 M., in Freiburg von 7200 auf 8000 M., in Konstanz von 6000 auf 6500 M., in Bruchsal von 8000 auf 9000 M. Gleich geblieben ist der Preis in Offenburg und Kehl mit je 6000 M., in Lahr mit 5000 M., in Singen mit 7000 M. Eine Preisentkung ist in Achern, und zwar von 7400 auf 7000 M. eingetreten, ebenso in Rheinfelden von 7500 auf 5000 M. und in Gernsbach von 10000 auf 9000 M.

31

Die Preise für Eier sind recht unterschiedlich und haben zum größten Teil gegenüber dem letzten Stichtag, trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit eine Preissteigerung erfahren. Eine Erhöhung der Preise ist in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Baden, Durlach, Offenburg, Weinheim, Lahr, Billingen, Rastatt, Singen, Kehl, Achern, Wertheim und Zell i. W. eingetreten. Gleich geblieben ist der Preis in Bruchsal und Lörrach mit je 350 M. für das Ei, in Hockenheim mit 450 M., in Neustadt i. Schw. mit 300 M., in Gernsbach mit 400 M. und Pforzheim mit 340 M.

Auch bei den Kartoffeln ist zum Teil ein recht erheblicher Preisaufschlag eingetreten. So ist der Preis für ein Pfund Kartoffeln in Mannheim von 35 auf 60 M. gestiegen, in Karlsruhe von 24 auf 46 M., in Heidelberg von 19,50 auf 55 M., in Singen von 24 auf 75 M., in Kehl von 35 auf 55 M., in Hockenheim von 22,50 auf 50 M. Auffallenderweise hat sich in Offenburg eine Preisentkung durchgesetzt, und zwar von 35 auf 20 M.

Während die Auswirkung der Preisrückgänge in den einzelnen örtlichen Teuerungszahlen erstmals am 7. März, und zwar bei 2 Gemeinden in Erscheinung trat, macht sich solche bei der Berechnung des Stichtagsergebnisses vom 21. März schon schärfer bemerkbar, und zwar konnte hier ein Rückgang der Teuerungszahl bei 13 Gemeinden festgestellt werden.

Wie schon betont, macht sich der Preisrückgang hauptsächlich bei den Auslandswaren bemerkbar. Der Aufwand für die reinen Ernährungs-kosten hat sich dadurch zwar vermindert, wird aber durch die weiter im Preise gestiegenen Kosten der allgemeinen Lebenshaltung für Heizung, Beleuchtung und Wohnung wieder ausgeglichen.

Die Teuerungszahlen betragen, und zwar nach dem Stichtagsergebnis vom 21. März wie folgt: Mannheim 260 406, Karlsruhe 256 499, Freiburg 236 881, Pforzheim 244 285, Heidelberg 247 371, Konstanz 251 917, Baden 254 143, Durlach 231 925, Offenburg 231 901, Bruchsal 247 605, Lörrach 238 497, Weinheim 262 770, Lahr 231 559, Billingen 208 015, Rastatt 203 050, Singen a. S. 259 538, Kehl 220 348, Hockenheim 276 403, Achern 219 114, Waldshut 223 121, Neustadt i. Schw. 203 660, Rheinfelden 208 303, Wertheim 194 570, Zell i. W. 214 567, Gernsbach 241 820.

Die an Hand der Teuerungszahlen (ohne Bekleidung) der 71 deutschen sog. Eildienstgemeinden vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindexziffer betrug am 21. März 262 700, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Gegenstände, welche die Gruppen Ernährung, Wohnung, Heizung

und Beleuchtung umfassen, kosteten im März zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamts 2627 mal soviel wie vor dem Kriege. Dies bedeutet gegenüber dem 21. Februar eine Zunahme der Steigerung um 9,1%.

Die badische Landesindexziffer, die vom Statistischen Landesamt aus den Teuerungszahlen (gleichfalls ohne Bekleidung) von 25 badischen Gemeinden berechnet wurde, stieg im März und zwar nach dem Ergebnis der Stichtagshebung vom 21. März gegenüber dem Monat Februar (21.) auf 260 467. Die Zunahme beträgt somit 8%. Bei Zugrundelegung der Stichtagshebung vom 7. März beträgt die Steigerung bis zum 21. März 0,5%.

Die für die beiden Stichtage im Monat März (7. und 21.) berechneten Landesindexziffern stellen sich im Durchschnitt auf 259 862.

Bei Berücksichtigung der Durchschnittsziffer vom Monat Februar mit 227 882 beträgt die Zunahme der Teuerung nach der Durchschnittslandesindexziffer vom Monat März mit 259 862, 14%.

6. Der Stand der Wintersaaten in Baden Anfang April 1923.

Der Winter war im allgemeinen mild, sehr naß und nur der Hochschwarzwald hatte eine dauernde Schneedecke, die auch jetzt noch nicht vollständig verschwunden ist. Die Saaten sind daher größtenteils gut durch den Winter gekommen und haben sich seit den letzten schönen Märztagen sehr gebessert. Dies gilt auch insbesondere von den späten Saaten, die sich besser entwickelten als man hoffen konnte. Über Umpflügungen liegen bis jetzt nur wenig Meldungen vor. Sie stammen hauptsächlich aus Mittelbaden, wo infolge des nassen Herbstes da und dort Winterroggen durch Schneckenfraß geschädigt war und deshalb umgebrochen und neu angefüllt werden mußte.

Die günstige Witterung ermöglicht die Durchführung rückständiger Feldarbeiten, jedoch geht das Acker in schwerem Tonboden etwas mühsam, weil die Erde nicht durchgefroren ist. Die Ackerkrume ist teilweise stark verkrustet und bedarf der Lockerung durch die Egge.

Die schönen Tage wurden allenthalben zur Aussaat von Hafer und Gerste benützt und auch mit dem Legen der Kartoffeln wurde da und dort schon begonnen. Die Futteraussichten werden nach den vorliegenden Berichten allgemein als recht günstige bezeichnet.

Landeskommissar- Bezirke	Zu Beginn des Monats April 1923 war der Stand der Saaten: Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel (durchschnittlich), Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering.				
	Winter				
	Weizen	Speis	Roggen	Gemenge	Gerste
Konstanz	2,7	3,1	2,8	2,7	2,9
Kreisburg	2,8	2,6	2,7	2,3	2,8
Karlsruhe	2,6	2,4	2,6	2,6	2,2
Ramnheim	2,8	2,4	2,8	2,2	2,5
Im ganzen	2,6	2,7	2,6	2,3	2,6
Dagegen Anfang Dezember 1922	3,2	3,1	2,8	3,0	2,7

7. Badische landw. Berufsgenossenschaft im I. Vierteljahr 1923.

Im I. Vierteljahr 1923 gelangten beim Genossenschaftsvorstand 929 Unfälle zur Anzeige, wovon 643 auf die Landwirtschaft und die mitversicherten Nebenbetriebe und 286 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals entschädigt wurden 694 Fälle; hierunter sind 42 Fälle mit tödlichem Ausgang. An Jahresrenten wurden für die neu entschädigten Fälle 10 600 000 M. angewiesen, und zwar an 667 Verletzte 6 600 000 M., an 27 Wittven 2 100 000 M. und an 22 Kinder 1 900 000 M. Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurden weiter 290 000 M. Sterbegelder bezahlt.

Im gesamten waren zu Anfang des I. Vierteljahres 1923 = 24 091 Personen im Rentenbesitz, davon schieden im Laufe des I. Vierteljahres 1923 durch Einstellung der Rente 597 und durch Tod 245 aus.

Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hiernach auf 1. April 1923 = 23 965 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 90 500 000 M.

Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des I. Vierteljahres 1923 Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 124; in 534 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezüge vorgenommen werden.

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 4.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das II. Vierteljahr 130 .M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Baden als Grenzland. 2. Vom landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Baden. 3. Der badische Getreidebau im Jahr 1922. II. 4. Der Saatenstand zu Anfang Mai 1923. 5. Konfessionelle Ständevereinigungen in Baden. 6. Die Vermittlungstätigkeit der gewerbsmäßigen Gesindevermieter und Stellenvermittler in Baden im Jahr 1922. 7. Die Feuerung in Baden im Monat April. 8. Die Kranken-, Pfändner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genesungsheime in Baden.

1. Baden als Grenzland.

Die Breite der badischen Rheinebene beträgt bei Appenweier ungefähr 18 km. Wenige Stunden feindlichen Vormarschs haben genügt, um das badische Land in der Mitte entzwei zu schneiden. Wohl führen Gebirgswege auf badischem Staatsgebiet um das Einbruchsgebiet herum, für einen nennenswerten Verkehr können diese aber nicht in Frage kommen. Oberland und Unterland stehen daher heute nur auf großen Umwegen durch das Nachbarland Württemberg miteinander in Verbindung.

Diese Tatsache lenkt die Aufmerksamkeit auf die eigentümliche, im ganzen ungünstige geographische Gestaltung des Landes Baden hin. Der nördlichste und südlichste Punkt des Landes sind mehr als 2 Breitengrade voneinander entfernt, von der Rheinmitte bei Wyhlen bis zur hessischen Grenze bei Laudenbach sind es 235 km, die Entfernung zwischen Wyhlen und der bayerischen Grenze bei Dertingen beträgt sogar 284 km. Zu dieser großen Längsentwicklung steht die Breite in keinerlei Verhältnis; sie beträgt zwischen Steinenstadt (N. Müllheim) und Homberg (N. Überlingen) 139 km, ist im Durchschnitt aber viel geringer und sinkt zwischen Neuburgweier und Moosbrunn (beide im N. Ettlingen) auf 18 km herunter.

Auf eine Gesamtfläche des Staatsgebietes von 15071 qkm (ohne Bodenseeanteil) kommen 1530 km Grenze. Während im Reich vor dem Versailler Diktat auf 71 qkm Fläche 1 km Grenze kam, entfällt in Baden bereits auf 9,85 qkm Fläche 1 km Grenze. Vergleicht man den tatsächlichen Gebietsumfang jeweils mit dem Umfang eines Kreises von demselben Flächeninhalt, so ergibt sich für das Reich eine Grenzentwicklung von 2,9, für Baden dagegen von 3,5.

Baden grenzt an sechs Staaten. Die 1530 km Grenze verteilen sich dabei wie folgt: Die Grenze gegen Hessen beträgt 147 km, gegen Bayern 239 (Unterfranken 155, Pfalz 84), gegen das Elsaß 182, gegen die Schweiz 262, gegen Preußen (Hohenzollern) 119 und gegen Württemberg 581 km. Zur Kennzeichnung der Grenzverhältnisse sei weiterhin erwähnt, daß 8 Gebietsanschlüsse und 11 Einschlüsse fremden Gebietes bestehen, und hinzu kommt noch das Kondominat Bernbrunn (N. Mosbach).

Von den 53 badischen Amtsbezirken sind nur 9 keine Grenzbezirke: Wiesloch, Durlach, Baden, Waldkirch, Freiburg, Neustadt, St. Blasien, Schönau und Schopfheim. 16 Bezirke grenzen an Frankreich oder an von Franzosen besetztes pfälzisches Gebiet und einige davon — Kehl, Offenburg, Karlsruhe und Mannheim — sind durch die feindliche Besetzung unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. An die bayerische Pfalz grenzen die Bezirke Mannheim, Schwetzingen, Bruchsal, Karlsruhe und Ettlingen, an das jetzt französische Elsaß Rastatt, Bühl, Kehl, Offenburg, Vahr, Ettenheim, Emmendingen, Breisach, Stausen, Müllheim und Lörrach. Das Versailler Diktat gab Frankreich das Recht, den Brückenkopf Kehl mit 25 Gemeinden auf 15 Jahre besetzt zu halten. Damit nicht zufrieden hat es weiteres badisches Gebiet besetzt.

An die Schweiz grenzen 6 Bezirke, 4 an Hohenzollern, 21 an Württemberg, 3 an das bayerische Unterfranken, 4 an Hessen.

In friedlicher Zeit war die außerordentliche Grenzentwicklung für Badens Wirtschaftsleben eher zum Vorteil wie zum Nachteil. Durch Baden führen wichtige internationale Straßen, und das Land liegt am Rhein, der wichtigsten Verkehrsader Mitteleuropas. 41 Eisenbahnlinien überschreiten die Grenze, und zwar 16 nach Württemberg, zu denen in absehbarer Zeit 2 weitere

kommen werden, 8 nach der Schweiz, 5 nach Elsaß-Lothringen, 4 nach der Pfalz, 3 nach Hessen, 3 nach dem rechtsrheinischen Bayern und 2 nach Hohenzollern. Für die badische Industrie ergeben sich aus dieser Verkehrs- und Grenzlage nicht ungünstige Absatzbedingungen, die oberbadische Industrie allerdings ist von den Rohstoffen und der Kohle weit entfernt und mittel- oder gar norddeutsche Absatzgebiete liegen für dieses Industriegebiet an der Südwestecke des Reichs recht ungünstig.

Die Grenzlage Badens spiegelt sich auch in der Zusammensetzung seiner Bevölkerung deutlich wider. Im Jahre 1905, in dem letztmals die Gebürtigkeit erhoben wurde, waren von der Gesamtbevölkerung über 13% nicht in Baden geboren, und zwar 10,9% in den anderen deutschen Bundesstaaten und 2,2% im Reichsausland. Im Reich außerhalb Badens waren damals 219 570 Personen geboren, davon entfielen auf Württemberg 81 562, auf Preußen 50 440, auf Bayern 43 642, auf Hessen 20 085 und auf Elsaß-Lothringen 12 388. Von den 44 465 Reichsausländern, von denen übrigens die meisten deutschsprachig waren, stammten aus der Schweiz 16 951, aus Österreich-Ungarn 9061, aus Italien 10 298. Im Jahre 1910 lebten je zwischen 11 000 und 12 000 Personen schweizerischer, österreich-ungarischer und italienischer Staatsangehörigkeit in Baden. Das gesteigerte Verkehrs- und Wirtschaftsleben der verflochtenen Jahrzehnte hat diesen Zustrom Fremder bedingt oder doch verstärkt. Im Jahre 1864 gab es in Baden nur 3,62%, die aus anderen deutschen Bundesstaaten stammten, und 0,86% Reichsausländer. Die Völkermischung der Reichslande hat weiterhin seit 1918 Zehntausende von Elsaß-Lothringern nach Baden geführt.

Heute ist die Gunst der Grenzlage völlig ins Gegenteil verkehrt, wo ein feindlicher Nachbar, der nach Recht und Gesetz nichts fragt, die Eisenbahnlinien unterbindet und die Häfen besetzt hält. Schutzlos liegt das schmale Grenzland unter den Kanonen des Feindes, wie so oft in den letzten Jahrhunderten seiner Vergangenheit, wo zahllose badische Städte, Dörfer und Schlösser das Opfer französischen Imperialismus geworden sind.

2. Vom landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Baden.

Die Zahl der in Baden in das Genossenschaftsregister eingetragenen Genossenschaften, die sich vorwiegend mit dem Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel (Sämereien, Düngemittel, Futtermittel, Kohlen, Bekämpfungsmittel u. dgl.) oder mit dem gemeinsamen Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Getreide, Milch, Butter, Eier, Kartoffeln, Obst, Wein usw.) befassen, beträgt nach dem Stand von Anfang dieses Jahres 1461, hat also seit dem Vorkriegsjahre 1914 (877 Genossenschaften) ganz erheblich zugenommen. Ihre Verteilung über das Land ist ziemlich gleichmäßig; in einzelnen Landesteilen ist das genossenschaftliche Netz derartig ausgedehnt, daß sich in jeder Gemeinde des Amtsbezirks mindestens 1, verschiedentlich sogar 2 oder 3 landwirtschaftliche Genossenschaften befinden. Die Zahl der Gemeinden, in der sich noch keine einzige eingetragene Genossenschaft befindet, beträgt 330, womit aber nicht gesagt sein will, daß sich in diesen Gemeinden nicht eine nichteingetragene Genossenschaft befindet, oder daß diese Orte nicht mit andern Orten oder als Teile einer Bezirksgenossenschaft (Lagerhaus) genossenschaftlich erfasst sind, oder daß dort sog. freie Ortsvereine bestehen, die ohne genossenschaftliche Form die Vorteile der genossenschaftlichen Arbeit mitgenießen.

Nach dem Zweck, den die landwirtschaftlichen Genossenschaften in erster Linie verfolgen, lassen sie sich in 1175 Einkaufs-, Bezugs- oder Rohstoffgenossenschaften, in 37 Werk- und in 148 Absatz- und Produktivgenossenschaften einteilen. Während bis zum Beginn des Jahrhunderts die meisten ländlichen Genossenschaften die unbeschränkte Haftpflicht annahmen, sind in den letzten Jahren die Genossenschaften mehr mit beschränkter Haftpflicht gegründet worden; letztere besteht heute bei etwa drei Viertel aller Bezugs- und Absatzgenossenschaften. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben sich die landwirtschaftlichen Einzelgenossenschaften zu größeren Verbänden zusammengeschlossen oder sind von diesen gegründet worden. Für unser Land kommen folgende landwirtschaftliche Genossenschaftsverbände in Betracht:

1. der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, Sitz in Karlsruhe, dem auch der Badische Molkereiverband angegliedert ist,
 2. der Genossenschaftsverband des Badischen Bauernvereins, e. V., Sitz in Freiburg,
 3. der Verband fränkischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, Sitz Tauberbischofsheim.
- Etwa 40 Genossenschaften haben beim Verband ländlicher Genossenschaften Raiffeisener Organisation, Sitz in Ludwigshafen, Anschluß gefunden.

Der älteste und nach der Zahl der genossenschaftlich organisierten Mitglieder größte Verband ist der im Jahr 1883 gegründete Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen, der heute 913 Genossenschaften und 137 Vereine mit über 100 000 Mitgliedern umfaßt. Der Umsatz, der im Jahr 1907 noch 33 Millionen Mark betragen hatte, ist im Jahr 1922 auf 2,9 Milliarden Mark gestiegen. Welche Bedeutung heute dem genossenschaftlichen Einkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel zukommt, zeigt die Tatsache, daß der Wert der im Jahr 1922 durch den Verband bezogenen Futtermittel 1071 Millionen Mark, Düngemittel 642 Millionen Mark, Bekämpfungsmittel 98 Millionen Mark, Sämereien 143 Millionen Mark, Kartoffeln 106 Millionen Mark beträgt. Der Wert der durch den Verband vermittelten landwirtschaftlichen Maschinen beträgt 75 Millionen Mark. Ferner wurden noch große Mengen Kohlen, Holz, Rebpfähle, Mostobst und Zucker vermittelt. In zunehmendem Maß hat der Verband den genossenschaftlichen Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse betätigt. An Kartoffeln wurden 1922 rund 130 000 Zentner, an Getreide rund 410 000 Zentner (durch den Genossenschaftsverband) erfaßt und der Stadtbevölkerung bzw. der Reichsgetreidestelle zugeführt. Die Zahl der dem Verband angeschlossenen Lager ist auf 62 gestiegen, darunter sind 31, die Einzelgenossenschaften gehören, 31 sind teils verbandseigene, teils Mietlager. Unter den 62 Lagern befinden sich 27 Getreidelagerhäuser. Durch die Molkereiabteilungen Karlsruhe und Radolfzell wurde im Jahr 1922 Milch, Butter, Eier u. dgl. im Wert von 120 Millionen Mark erfaßt und in die Städte geliefert.

Der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften gehört dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften an, der am 1. Juni 1922 27 Landes- und Provinzialverbände und 72 Zentralgenossenschaften mit 23 235 Einzelgenossenschaften zählte.

Seit 1921 besorgt das Warengeschäft zentral die Badische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H., während die Geld- und Kreditgeschäfte Sache der Zentralkasse, seit 1919 Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. sind. Ihr Umsatz betrug im Jahr 1922 rund 34 Milliarden. Der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, der Rechtspersönlichkeit durch staatliche Verleihung besitzt, besorgt die Organisation, die Revision der angeschlossenen Genossenschaften, den Rechtsschutz, die Steuerberatung und die Beratung auf elektrotechnischem Gebiet. Seine Pressestelle versorgt die Tageszeitungen mit Artikeln und Notizen genossenschaftlicher und landwirtschaftlicher Art und leitet das Verbandsorgan „Badisches landwirtschaftliches Genossenschaftsblatt“.

Ein trotz seiner Jugend ebenso leistungsfähiger Verband ist der im Jahr 1908 gegründete „Genossenschaftsverband des Badischen Bauern-Vereins“ e. V., der ein Glied der im Jahr 1885 gegründeten Badischen Bauern-Vereins-Organisation darstellt. Er arbeitet im engsten Einvernehmen mit dieser Organisation und den weiter zugehörigen Gliedern derselben, nämlich der „Zentral-Bezugs- und Absatzgenossenschaft des Badischen Bauern-Vereins“ e. G. m. b. H. und der „Badischen Bauern-Bank“ e. G. m. b. H. Aus kleinen Anfängen heraus stellt er sich heute hinsichtlich der Mitgliederzahl an die Seite der größeren deutschen Genossenschaftsverbände. Er zählte im Jahr 1908: 27 Verbandsvereine mit 6895 Mitgliedern; am 1. April 1923 dagegen umfaßte er 825 eingetragene Genossenschaften und 193 „Ortsvereine mit Warenbezug“, zusammen 1018 Vereinigungen mit über 100 000 Einzelmitgliedern, die größtenteils auch Mitglieder des 125 000 Mitglieder zählenden Badischen Bauern-Vereins sind. Er arbeitet auf allen Gebieten des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und zählt zu seinen Mitgliedern Zentralgenossenschaften und Getreidelagerhausgenossenschaften mit bedeutenden Umsätzen. Ein Bild seiner wirtschaftlichen Bedeutung mögen die folgenden Umsatzzahlen seiner Zentralgenossenschaft geben:

Es wurden umgesetzt im Jahr 1922 (in runden Zahlen):

2 000 000	Zentner	Kunstdünger,
400 000	„	Mehl,
350 000	„	Futtermittel,
250 000	„	Saatgut.

Ferner wurden noch in großem Umfange Salz, Kohlen, Holz, Heu, Stroh und Torfstreu vermittelt.

Der eigene Getreideumsatz (ohne den der Verbandsvereine) beträgt 100 000 Zentner. An Kartoffeln wurden 140 000 Zentner an die Verbraucher geliefert; des weiteren größere Mengen Kraut, Möhren usw., ferner 1 Million Eier. Maschinen wurden im Werte von 41 ½ Millionen Mark abgesetzt. Lager waren am 1. Januar 1923: 56, und zwar teils eigene, teils gemietete vorhanden, von denen mehrere als Getreidelagerhäuser ausgebaut sind.

Die Badische Bauern-Bank, die Zentralkasse der Badischen Bauern-Vereins-Organisation, hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 33 1/2 Milliarden Mark, im ersten Vierteljahr 1923 von 62 Milliarden Mark.

Endlich wäre die im Jahr 1910 gegründete Zentrale landwirtschaftlicher Lagerhäuser in Tauberbischofsheim, die vor 2 Jahren die Bezeichnung „Verband der fränkischen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ angenommen hat, zu erwähnen. Der Verband umfaßt nach dem Stand vom 1. Januar d. J. 25 Genossenschaften, darunter 11 landwirtschaftliche Lagerhäuser mit 6300 Mitgliedern, eine Genossenschaftsmühle, eine Abteilung Viehverwertung und eine Bank. Dem Verband sind auch die fränkische Fleischwarenfabrik in Tauberbischofsheim, die fränkischen Nährmittelfabriken Hardtheim-Kisingen, eine Maschinenfabrik in Lauda, eine Ziegelei in Lauda usw. angegliedert. Wie dem Geschäftsbericht für das Jahr 1921/22 zu entnehmen ist, wurden allein in der Warenabteilung rund 679 000 Zentner an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsartikeln umgesetzt.

Im Januar d. J. hat der Verband die Rechtsform einer Aktiengesellschaft angenommen.

3. Der badische Getreidebau im Jahr 1922. II.

Die Gesamtgetreidefläche Badens weist im Jahr 1922 gegenüber der des letzten Vorkriegsjahres 1913 eine Einbuße von 2,7% auf. An diesem Rückgang nehmen nur die 3 Amtsbezirke Freiburg, Waldkirch und Durlach nicht teil. Diese konnten ihren Friedensstand bewahren oder sogar noch etwas vergrößern. Um so stärker ist der Rückgang in den Hauptgetreidebaugebieten des Landes: Im Oberland hat Mespelkirch 6,4%, Stodach 4,4, Überlingen 4,0 eingebüßt; im Unterland ist die Einbuße besonders groß in Adelsheim mit 6,5, Buchen 5,2, Eppingen 4,1, Sinzheim 3,7, Bretten 3,6, Heidelberg 3,5%. Den größten Rückgang hat allerdings der Amtsbezirk Bonndorf mit 7,9% zu verzeichnen.

Aber auch in der Verteilung der einzelnen Getreidearten auf die Gesamtgetreidefläche ist das Verhältnis nicht mehr ganz dasselbe wie vor dem Kriege. In der nachfolgenden Gegenüberstellung der wichtigsten Getreidearten tritt die Veränderung deutlich genug in die Erscheinung.

Der prozentuelle Anteil an der Gesamtgetreidefläche Badens betrug für

	1913	1922	+ Zunahme — Abnahme
Winterweizen	15,4	18,7	+ 3,3
Spelz	12,6	8,4	— 4,2
Winterroggen	17,1	17,4	+ 0,3
Sommergerste	18,9	19,4	+ 0,5
Hafer	25,9	24,3	— 1,6
Menggetreide	7,9	8,2	+ 0,3

Während demnach Winterroggen, Sommergerste und Menggetreide ihren Stand ziemlich gehalten haben, weist der Hafer, vor allem aber der Spelz einen beträchtlichen Rückgang auf; der Weizenbau hingegen hat nicht unerheblich an Umfang zugenommen.

Am wenigsten dürfte der Rückgang im Anbau des Winterspelzes überraschen, da diese Erscheinung seit einem halben Jahrhundert zu beobachten ist. Im Jahre 1865 war der Spelz weitaus die wichtigste Brotfrucht Badens gewesen. Damals waren noch 93 150 ha mit Spelz angebaut. Im Jahr 1913 betrug die Spelzfläche mit 36 078 ha nur noch etwas mehr als ein Drittel jener Fläche, und im Jahr 1922 nahm der Spelz mit einer Fläche von 21 192 ha noch nicht einmal mehr ein Viertel der Fläche des Jahres 1865 ein.

Der Spelz (Dinkel) ist unbekannt im Schwarzwald und in den größten Teilen der Rheinebene. Auch im Odenwald tritt er hinter anderen Brotfrüchten zurück. Das Hauptverbreitungsgebiet des Spelzes sind die Landschaften, die an den Mittelpunkt deutschen Spelzbaues, an Württemberg, angrenzen: Die Seegegend, der Heuberg, die Baar, Kraichgau und Bauland. An die Spelzgebiete der alemannischen Schweiz grenzen die badischen Spelzgebiete im Klettgau und im Dinkelsberg an, letzterer trägt davon seinen Namen. In den Bezirken Billingen (27%), Donaueschingen (24), Mespelkirch (20), Bözberg (20) hat der Spelzbau verhältnismäßig die größte Verbreitung. Über 1000 ha sind mit Spelz angebaut in folgenden Amtsbezirken: Donaueschingen (1643), Überlingen (1451), Mespelkirch (1446), Bözberg (1339), Billingen (1326), Sinzheim (1289), Tauberbischofsheim (1176), Buchen (1174), Pfullendorf (1145), Pforzheim (1100). In weiteren 6 Amts-

bezirken waren 500—1000 ha mit Spelz angebaut. In 8 Amtsbezirken dagegen ist der Spelz völlig unbekannt und in 7 beträgt die Spelzfläche noch nicht 10 ha. Der Rückgang des Spelzbaues ist aber keinesfalls ein Beweis für den Rückgang der Landwirtschaft. Eher könnte das Gegenteil geschlossen werden, denn der Spelz hat wertvollere Getreidearten, insbesondere dem Weizen, das Feld räumen müssen. Das ist aber nur möglich gewesen, durch eine Hebung der landwirtschaftlichen Technik, durch eine intensivere Bewirtschaftung und insbesondere stärkere Düngung der Böden.

Die Weizenfläche (Sommer- und Winterweizen zusammen) hat sich von 45 745 ha im Jahr 1913 auf 49 334 ha im Jahr 1922 vergrößert. War vor dem Kriege ein Sechstel der Getreidefläche (16%) mit Weizen bestellt, so beträgt der Anteil jetzt ein Fünftel der Getreidefläche (19,5%).

Überwiegend wird in Baden Winterweizen gebaut, mit Sommerweizen waren im Jahr 1922 insgesamt nur 2081 ha bestellt. Mehr wie 100 ha Sommerweizen wurden gebaut, in Sinsheim (387 ha), Tauberbischofsheim (261), Eppingen (174), Mosbach (162), Heidelberg (102).

Weizen- und Spelzgebiete decken sich vielfach. Hier wie dort ist es das nördliche und das südöstliche Hügelland, das hauptsächlich Weizen baut; in der Seegegend ist vor allen Dingen der Hegau ein Weizenland, der Spelz ist dort völlig verschwunden. Weizenbau hat Bedeutung im Marktgräserland, im Breisgau, in der unteren Rheinebene. Nahezu ausgeschlossen ist der Anbau von Weizen in den höheren Gebirgen, im Schwarzwald, aber auch im Odenwald. In Neustadt waren nur 132 ha mit Weizen bestellt, noch geringer sind die Weizenflächen in den Schwarzwaldbezirken Triberg (26), Schönau (22), St. Blasien (13), im Odenwaldbezirk Eberbach waren es 152 ha. Die größte Weizenfläche der Bodenseegegend besitzt der Amtsbezirk Engen mit 3242 ha, das sind 40% der mit Getreide bestellten Fläche. Auch in Konstanz mit 2261 ha wird ein ähnlicher Prozentsatz erreicht. Über 2000 ha Weizen bauen weiterhin die Bezirke Stockach, Überlingen, Waldshut, Bruchsal und Sinsheim. In 12 Amtsbezirken beträgt die Getreidefläche zwischen 1000 und 2000 ha.

Die geringsten Veränderungen weist von jeher die Roggenfläche auf. Der Roggen wird vornehmlich für den eigenen Haushalt angebaut, der Roggenanbau ist daher unabhängiger von der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage. Es sind die Landesteile mit ärmeren Böden oder rauherem und feuchterem Klima, in denen der Roggen, das Korn, die Hauptbrotfrucht bildet. Während das Korn auf den Kalkböden im Norden und Südosten des Landes ganz zurücktritt, beherrscht es das Bild der Feldflur auf den Sandböden des Odenwalds, der Hardt und im Schwarzwald. Während im allgemeinen das Korn als Winterfrucht angebaut wird, kennt das Gebirge auch das Sommerkorn, wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht:

	Sommerroggen	Winterroggen
St. Blasien	227 ha	194 ha
Triberg	188 "	229 "
Neustadt	169 "	144 "

Insgesamt waren im Jahr 1922 1261 ha mit Sommerkorn bestellt. Die größte Winterroggenfläche weist der Amtsbezirk Bruchsal mit 2933 ha auf; dann folgt Kastatt mit 2788 ha und Karlsruhe mit 1692 ha. In weiteren 14 Amtsbezirken, die sich über das ganze Land verteilen, betrug die Roggenfläche zwischen 1000 und 2000 ha. In Kastatt waren 48% der Gesamtgetreidefläche mit Roggen bestellt, 51% waren es in Bühl, Achern und Waldkirch, höher noch war der Prozentsatz in Schönau mit 60%. Da aber in diesem letztgenannten Bezirk die Feldfläche gering ist, entfallen auf den Roggen nur 432 ha. Ähnlich gestaltet sich das Bild in andern Bezirken des hohen Schwarzwaldes, die im übrigen als Roggengebiete zu bezeichnen sind, z. B. Triberg 417 ha, St. Blasien 421 ha. Die kleinste Roggenfläche weist allerdings der Amtsbezirk Donaueschingen mit 122 ha auf. Hier hat der alte heimische Spelz, der ja auch nur geringe Ansprüche an Boden und Klima macht, sich in vollem Umfange halten können. Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß das Klima der Baar für den Getreidebau günstiger ist als das des Schwarzwaldes.

Auch der Hafer ist eine Getreideart, die im Gebirge und auf geringeren Böden noch gut gedeiht. Aber wir finden den Hafer über das ganze Land verbreitet. Erhebliche Unterschiede bestehen allerdings in der Stärke des Anbaues. Auf der sandigen Hardt gerät der Hafer schlecht. Hier weisen die Bezirke Karlsruhe nur 334 ha, Ettlingen 357, Schwenningen 279 ha auf. Je weiter wir aber ins Gebirge hinaufsteigen, um so größer wird die Bedeutung des Haferbaues. Mit Hafer sind bestellt in Triberg 53% der Getreidefläche, St. Blasien 47, Waldkirch 40, Wolfach 40, Schoppsheim 37; für den Odenwald mögen erwähnt sein Buchen mit 44%, Eberbach mit 36%.

Ähnlich wie beim Korn müssen allerdings die mit Hafer bestellten Flächen im Gebirge gering an Umfang sein. Das Bild, das die absoluten Zahlen geben, weicht daher von dem Ergebnis der relativen Zahlen erheblich ab. Über 4000 ha Haferfläche kommt nur der Amtsbezirk Buchen mit 4224 ha, zwischen 2000 und 3000 ha Haferfläche weisen auf die Bezirke Donaueschingen, Reßkirch, Überlingen, Sinsheim, Adelsheim, Borberg, Mosbach und Tauberbischofsheim. In 14 Amtsbezirken waren zwischen 1000 und 2000 ha mit Hafer bestellt. St. Blasien dagegen baute nur 416 ha Hafer, Schönau nur 106 ha an.

Von Interesse dürfte auch sein, daß den stärksten Rückgang des Haferbaues die Bezirke Raftatt (9,7%), Durlach (7,5), Karlsruhe (3,8) und Bruchsal (2,3%) aufzuweisen haben, während der durchschnittliche Rückgang des Haferbaues in Baden nur 1,6% beträgt. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir in dem Aufhören der großen Garnisonen Karlsruhe, Raftatt, Bruchsal und Durlach mit ihrem erheblichen Pferdebestand die Ursache des Rückgangs erblicken.

Mit Gerste war im Jahr 1922 ein Fünftel der Getreidefläche bestellt, und zwar handelt es sich hier in der Hauptsache um Sommergerste. Mit Wintergerste waren 2663 ha angebaut. Es scheint aber, daß der Anbau der Wintergerste zunimmt. Im Jahr 1913 waren erst 973 ha mit Wintergerste bestellt oder 0,3% der Getreidefläche. Dieser Anteil hat sich 1922 mehr als verdreifacht. Die wichtigsten Gerstengebiete des Landes sind die Seegegend (Überlingen ausgenommen) und der Hegau, das Marktgräserland, das Nied, das nördlichste Stück der badischen Rheinebene zwischen Heidelberg und Mannheim, der Kraichgau und das „Gäu“ östlich der Tauber. Im Schwarzwald und Odenwald kommt dem Gerstenbau keine Bedeutung zu. Aus nachstehenden Angaben mag das erhellen: Eberbach (175 ha), Wolfach (86), Schönau (84), St. Blasien (37) und Triberg (15). In Engen dagegen waren 3152 ha und in Tauberbischofsheim 3312 ha mit Gerste angebaut. Über 2000 ha Gerstenfläche wiesen die Bezirke Bruchsal und Sinsheim auf, mehr als je 1000 ha Gerste wurden gebaut in insgesamt 23 Bezirken.

Mit Menggetreide waren 20900 ha angebaut worden. In der Regel handelt es sich dabei um ein Gemisch von Roggen und Weizen und ist dann als Brotgetreide anzusprechen. In andern Fällen aber wird Mischfrucht auch als Futtergetreide angebaut. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Anbau von Mischfrucht starken Veränderungen unterliegt. In einer Reihe von Bezirken aber ist von jeher ein erheblicher Teil der Getreidefläche mit Mischgetreide bestellt. Es sind das Bezirke der mittleren Rheinebene und der angrenzenden Hügelzone: Rehl (47%), Lahr (36), Ettenheim (36), Offenburg (35), Obertirch (33) und Baden (29).

Alle anderen Getreidearten treten zurück. Mit Sommerpelz, Einhorn, Welschorn und Buchweizen, in der Erhebung als Sonstiges Getreide zusammengefaßt, waren 1922 immerhin 3292 ha bestellt. 1913 waren es 1535 ha gewesen; die Fläche hat sich damit verdoppelt.

4. Der Saatenstand zu Anfang Mai 1923.

Die Witterung des abgelaufenen Monats April darf, mit Ausnahme einiger kalten Nächte, die da und dort an Nuß- und Kirschbäumen sowie an den Reben Schaden verursachten, im allgemeinen als günstig bezeichnet werden. Die Frühjahrssbestellung konnte ungehindert zu Ende geführt werden und die Kartoffeln sind überall gut in den Boden gekommen.

Die Wintersaaten haben sich mit wenig Ausnahmen recht gut entwickelt und stehen fast durchweg schön und vielversprechend. Nur der Winterroggen, der mancherorts unter dem nassen Winter gelitten hat, weist vereinzelt einen etwas dünnen Stand auf. Die Sommerfaat ist zum Teil schon gut aufgegangen und entwickelt sich ebenfalls recht günstig.

Die Klee- und Luzerneäcker stehen üppig. Infolge Futtermangels wurde teilweise schon mit der Grünfütterung begonnen. Auch die Wiesen zeigen schönen Ansaß, so daß bei Fortdauer der günstigen Witterung ein gutes Futterjahr zu erwarten ist.

Von Schädlingen wird, jedoch nur vereinzelt, das massenhafte Auftreten des Maitäfers, sowie das Vorkommen von Drahtwürmern in den Sommersaaten und die Zunahme der Mäuse gemeldet.

Die infolge Auswinterung, Überschwemmung, Schneckenfraß usw. nötig gewordenen Umpflügungen haben nur einen geringfügigen Umfang angenommen. Die Umpflügungsprozente sind beim Spelz, Weizen, bei der Gerste, ferner bei Klee und Luzerne ganz unerheblich und nur beim Winterroggen mit 1,2% der gesamten Roggenfläche einigermaßen von Belang.

5. Konfessionelle Standesvereinigungen in Baden.

Zu den konfessionellen Standesvereinigungen des Landes gehören die katholischen kaufmännischen Vereinigungen und die katholischen Gesellenvereine, die katholischen und evangelischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und die katholischen und evangelischen Hausangestellten (Hausgehilfinnen) und Dienstmädchenvereine. Bei all diesen Vereinigungen steht die Pflege religiöser Weltanschauung und christlicher Kultur im Vordergrund. Die Bildungsbestrebungen werden gefördert durch Volksbildungsabende und Vereinsvorträge sowie durch Unterrichtskurse und eigene Vereinsbüchereien. Die wirtschaftliche Betätigung erstreckt sich auf die Förderung des Sparsumes der Mitglieder durch eigene Vereinsparkassen und Unterstützung derselben im Falle der Krankheit und des Todes durch Krankengeldzuschuß- und Sterbekassen von Vereinen und Verbänden. Der Umfang dieser Veranstaltungen und Einrichtungen ist nach der Größe und Bedeutung der einzelnen Vereine verschieden.

Insgesamt kommen auf Schluß des Berichtsjahres 1921 für Baden über 270 katholische Vereine mit 24 000 ordentlichen Mitgliedern und 50 evangelische mit desgl. rund 5300 in Betracht. Die katholischen Vereine sind in sechs, die evangelischen in drei Verbände zusammengeschlossen.

Von den katholischen Vereinen gehören je 9 mit über 1700 bzw. 1400 Mitgliedern dem Südwestdeutschen Gauverband (Sitz Mannheim) des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands, E. V., in Essen und dem Süddeutschen Verband der Vereine katholischer kaufmännischer Gehilfinnen und Beamtinnen, Sitz München, an. Der Diözesanverband Freiburg der katholischen Gesellenvereine zählt nach der neuesten Verbandsstatistik ohne die Vereine in Hohenzollern 68 badische Vereine mit 3800 aktiven Mitgliedern. Besondere Diözesanverbände bilden auch die katholischen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Hausangestellten- und Dienstmädchenvereine des Landes. Am stärksten von ihnen ist der Verband der katholischen Arbeitervereine, der in 116 badischen Vereinen nahezu 11 000 ordentliche Mitglieder umfaßt, für deren Beratung 8 Arbeitersekretariate des Verbandes zur Verfügung stehen. Katholische Arbeiterinnenvereine gibt es an 30 (29) mit gegen 3000 Mitgliedern, Vereine der katholischen Hausangestellten und Dienstmädchen bereits 40 mit rund 3300 Mitgliedern. Die Diözesanverbände der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine ihrerseits sind Bezirksverbände der entsprechenden Verbände der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Süddeutschlands mit dem Sitz in München.

Bei den Vereinen evangelischer Glaubensrichtung führen die früheren evangelisch-sozialen Arbeiter- und Männervereine neuerdings die Bezeichnung „Evangelische Volksvereine“. Dem Badischen Landesverbande evangelischer Volksvereine gehören 32 Vereine mit rund 4400 Mitgliedern an; das Generalsekretariat des Verbandes befindet sich in Mannheim. Der Landesverband der evangelischen Arbeiterinnen in Baden, der erst im Jahre 1920 gegründet worden ist, hat rund 600 Mitglieder in 10 Vereinen; verschiedene Vereine haben außerdem noch besondere Jugendabteilungen. Die evangelischen Hausgehilfinnenvereine des Landes — 8 mit 360 Mitgliedern — bilden die „Gruppe Baden“, Sitz Karlsruhe, in der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausgehilfinnenvereine Süddeutschlands.

6. Die Vermittlungstätigkeit der gewerbsmäßigen Gesindevermieter und Stellenvermittler in Baden im Jahr 1922.

Von den auf Jahreschluß 1921 noch in Baden vorhanden gewesenen 34 Betrieben gewerbsmäßiger Gesindevermieter und Stellenvermittler sind im Lauf des Jahres 1922 weitere 7 eingegangen, so daß auf Ende 1922 nur noch deren 27 gezählt worden sind. Insgesamt ließen sich im Jahr 1922: 5366 (1258 männliche und 4108 weibliche) Stellensuchende eintragen gegen 5797 im Jahr 1921; 7831 offene Stellen (743 für männliches und 7088 für weibliches Personal) waren vorgemerkt (im Vorjahr 8292) und 3749 Personen (727 männliche und 3022 weibliche) konnten in Stellung gebracht werden gegen 4025 im Vorjahr. Von den im Wege der gewerbsmäßigen Vermittlung eingestellten Personen entfielen auf die Städte: Freiburg 1428 (38,1%), Mannheim 960 (25,6%), Karlsruhe 756 (20,2%), Weinheim 133 (3,5%), Lörrach 112 (3,0%). An den übrigen Plätzen, welche gewerbsmäßige Stellenvermittlungsbüros besitzen, blieben die Gesamtergebnisse jeweils unter 100 vermittelten Stellen. Bezüglich der Berufsarten, die sich der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung bedienen, steht das Wirtsgewerbe obenan mit 1654 weiblichen und 220 männlichen, zusammen 1874 vermittelten Personen, d. h. 50% sämtlicher Einstellungen; weibliche Dienstboten wurden 959 vermittelt (rund 26% sämtlicher Einstellungen). Zwei in Mannheim bestehende Büros für Vermittlung von Künstlerpersonal für Varieté und Bühne konnten 459

männliche und 369, zusammen 828 Stellenjuchende unterbringen. Der geringe Rest verteilt sich auf sonstige Berufe (landwirtschaftliche Hilfskräfte, Personal für kaufmännische und gewerbliche Betriebe usw.).

7. Die Teuerung in Baden im Monat April.

In Fortsetzung unserer Darstellungen über die Teuerung in Baden werden nachstehende Kleinhandelspreise für eine Zahl von Nahrungsmittelgegenständen von 25 Gemeinden des Landes sowie die Teuerungszahlen veröffentlicht.

Während im Monat März infolge der Stabilität der Mark die Kleinverbrauchspreise im großen und ganzen betrachtet, eine gewisse Ruhe und Gleichmäßigkeit nicht abgesprochen werden konnte, hat sich vom letzten Stichtag im Monat März (21.) bis zum ersten Stichtag im Monat April (11.) eine Beunruhigung gezeigt, die sich bei einzelnen Nahrungsmitteln zu einer Preissteigerung ausgewirkt hat.

So ist der Brotpreis recht unterschiedlich. Hier ist ein Stillstand, eine Abnahme und eine Steigerung zu verzeichnen. In Mannheim hat sich der Preis für ein Pfund rationiertes Roggenbrot von 228,50 *M* auf 216,50 *M* ermäßigt. In Heidelberg von 220 *M* auf 215 *M*, in Lahr von 216,67 *M* auf 206,67 *M*, ebenso in Waldshut von 220 *M* auf 216,67 *M*. Gleich geblieben ist der Preis in Karlsruhe, Pforzheim, Konstanz, Durlach, Offenburg usw. Eine nicht unwesentliche Steigerung ist in Baden eingetreten und zwar von 213 *M* auf 228,34 *M* und in Wertheim von 166 *M* auf 206,50 *M*.

Der Preis für das Liter Vollmilch ist ziemlich einheitlich geblieben. In Mannheim ist eine Steigerung von 600 *M* auf 700 *M* eingetreten, in Hockenheim von 620 *M* auf 664 *M*, in Waldshut von 480 auf 520 *M* und in Wertheim von 410 auf 430 *M*. In den übrigen Gemeinden ist der Preis gleich geblieben bis auf Billingen, wo sich der Preis von 560 auf 470 *M* ermäßigt hat.

Bei den Fleischpreisen ist durchweg eine beträchtliche Steigerung festzustellen. Erhebliche Steigerungen haben stattgefunden in Mannheim und zwar für das Pfund Rindfleisch von 3600 auf 4800 *M*, in Freiburg von 3200 auf 3800 *M*, in Pforzheim und Weinheim von 3600 auf 4400 *M*, in Heidelberg von 3880 auf 4880 *M*, in Baden von 3700 auf 4000 *M*, in Offenburg von 2800 auf 3600 *M*, in Lörrach von 3200 auf 4000 *M*, in Rastatt von 3600 auf 4000 *M*, in Kehl von 3200 auf 4000 *M* und in Rheinfelden von 3000 auf 4000 *M*.

Die Eierpreise haben ebenfalls angezogen. Die Preise bewegen sich zwischen 300 und 450 *M*.

Was die Butterpreise anlangt, so sind zum Teil recht erhebliche Aufschläge eingetreten. In Freiburg, Heidelberg und Hockenheim ist für das Pfund Butter 10 000 *M* zu zahlen, in Karlsruhe und Baden 8500 *M*, in Pforzheim und Bruchsal 8000 *M*, während in Konstanz, Lörrach, Billingen, Singen a. S., Kehl und Rheinfelden das Pfund zu 7000 *M* erhältlich ist.

Infolge der anziehenden Preise mußte natürlich eine Steigerung der einzelnen örtlichen Teuerungszahlen eintreten. Gegenüber dem Stand vom 21. März hat sich die Landesindexziffer am 11. April um 17 324 Punkte oder 6,7 % erhöht. Die Landesindexziffer beträgt am 11. April 277 791.

Die für die einzelnen Erhebungsorte am 11. April berechneten Teuerungszahlen betragen: Mannheim 283 197, Karlsruhe 267 534, Freiburg 254 459, Pforzheim 251 086, Heidelberg 257 808, Konstanz 270 821, Baden 257 734, Durlach 233 945, Offenburg 247 745, Bruchsal 254 570, Lörrach 250 131, Weinheim 277 331, Lahr 237 711, Billingen 221 242, Rastatt 204 683, Singen a. S. 268 962, Kehl 241 384, Hockenheim 281 621, Achern 223 307, Waldshut 239 784, Neustadt i. Schw. 230 750, Rheinfelden 219 649, Wertheim 203 444, Zell i. W. 225 942, Gernsbach 268 206.

Das Anziehen der Kleinverkaufspreise hat weiterhin zugenommen. Auch die erneute Steigerung der Wohnungsmiete, die durch die Erhöhung der Wohnabgabe bedingt war, konnte auf das zweite Stichtagsergebnis vom Monat April (25.) nicht ohne Einfluß bleiben. Die Teuerungszahlen und die Landesindexziffer hat sich für diese Periode ebenfalls erhöht. Im Gegensatz zum ersten Stichtag ist bei der Feststellung am zweiten Stichtag, 25. April, der Brotpreis ein recht gleichmäßiger.

Der Brotpreis ist in den einzelnen Erhebungsorten unverändert geblieben bis auf Kehl, wo der Preis von 206,67 *M* auf 210 *M* erhöht werden mußte, ebenso in Singen a. S. von 193 *M* auf 206,25 *M*.

Dieselben Verhältnisse liegen beim Milchpreis vor. Derselbe zeigt ein recht ausgeglichenes Gepräge. Eine Veränderung ist nur in Rheinfelden festzustellen, wo sich der Preis für das Liter Vollmilch von 500 auf 530 *M.* und in Gernsbach von 480 auf 500 *M.* erhöht hat.

Größere Preisschwankungen zeigen sich beim Rindfleisch. Soweit Veränderungen gegenüber der letzten Erhebung eingetreten sind, ist die Tendenz eine steigende. So erhöhte sich der Preis für 1 Pfund Rindfleisch in Karlsruhe von 4100 auf 4500 *M.*, in Konstanz von 3400 auf 4200 *M.*, in Baden von 4000 auf 4900 *M.*, in Durlach von 3800 auf 4200 *M.*, in Offenburg von 3600 auf 4400 *M.*, in Lahr von 3200 auf 4400 *M.*, in Bilingen von 3200 auf 4200 *M.*, in Neustadt i. Schw. von 3000 auf 3600 *M.*, in Wertheim von 3000 auf 4000 *M.* und in Gernsbach von 3400 auf 4000 *M.*

Auch die Eier haben sich zum Teil wesentlich verteuert. Ein Aufschlag ist erfolgt in Freiburg von 360 auf 410 *M.*, in Pforzheim von 370 auf 400 *M.*, in Konstanz, Lörrach und Rheinfelden von 300 auf 350 *M.*, in Offenburg von 360 auf 400 *M.*, in Lahr und Kehl von 320 auf 350 *M.* und in Waldshut von 200 auf 250 *M.*

Die Butterpreise sind im Gegensatz zu den Milchpreisen recht erheblich in die Höhe gestiegen. In Mannheim ist der Preis für ein Pfund Butter von 9800 auf 10200 *M.* gestiegen, in Karlsruhe von 8500 auf 10000 *M.*, in Freiburg und Heidelberg von 10000 auf 11000 *M.*, in Pforzheim von 8000 auf 9000 *M.*, in Baden von 8500 auf 9000 *M.*, in Offenburg von 7200 auf 8000 *M.*, in Rastatt von 8800 auf 10000 *M.*, in Kehl von 7000 auf 7500 *M.*, in Rheinfelden von 7000 auf 9500 *M.*, in Zell i. W. von 6000 auf 7500 *M.* Ein Preisrückgang ist in Weinheim zu verzeichnen, und zwar ist dort eine Preislenkung von 500 *M.* für das Pfund festgestellt worden.

Durch das Anziehen der Großhandelspreise, das wiederum auf die weitere Entwertung der Mark zurückzuführen ist, werden naturgemäß die Einfuhrwaren in erster Linie betroffen. Dies zeigt sich in recht augenscheinlicher Weise beim ausländischen Schweineschmalz. Während sich der Preis zu jener Zeit, als der Dollar auf eine gewisse Höhe und Gleichmäßigkeit beschränkt werden konnte, in erträglichen Grenzen bewegte, ist neuerdings eine recht empfindliche Steigerung eingetreten. Der Preis für das Pfund ausländisches Schweineschmalz hat sich in Mannheim von 3700 auf 5200 *M.* erhöht, in Karlsruhe von 3700 auf 4600 *M.*, in Freiburg von 3900 auf 4400 *M.*, in Heidelberg von 4350 auf 5400 *M.*, in Baden von 3800 auf 4800 *M.*, in Offenburg von 4500 auf 5000 *M.*, in Bruchsal von 3700 auf 4900 *M.*, in Bilingen von 4500 auf 6000 *M.* und in Singen a. S. von 4200 auf 5500 *M.*

Auch die Preise für Nährmittel: Weizengrieß, Haferflocken, Hafermehl, Reis, Erbsen, Bohnen haben sich erhöht.

Eine angenehme Erscheinung tritt bei den Kartoffelpreisen zutage, eine Verteuerung ist nur in einer Erhebungsgemeinde eingetreten und zwar in Bruchsal, wo sich der Preis für das Pfund von 40 auf 60 *M.* erhöht hat. In den übrigen Gemeinden ist der Preis zum Teil der alte geblieben, in einer Anzahl Gemeinden hat sich der Preis ermäßigt.

Die Teuerungszahlen betragen nach dem Stichtagsergebnis vom 25. April wie folgt: Mannheim 290 692, Karlsruhe 275 755, Freiburg 265 070, Pforzheim 269 768, Heidelberg 263 498, Konstanz 271 192, Baden 279 324, Durlach 249 175, Offenburg 267 475, Bruchsal 269 923, Lörrach 265 170, Weinheim 298 261, Lahr 251 053, Bilingen 235 908, Rastatt 219 951, Singen a. S. 272 731, Kehl 240 009, Hockenheim 278 767, Achern 242 279, Waldshut 251 030, Neustadt i. Schw. 240 145, Rheinfelden 232 700, Wertheim 217 087, Zell i. W. 223 766, Gernsbach 280 307.

Die an Hand der Teuerungszahlen (ohne Bekleidung) der 71 deutschen jög. Gildienstgemeinden vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindexziffer betrug am 25. April 276 400, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Gegenstände, welche die Gruppen Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung umfassen, kosteten im April zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamts 2764 mal so viel wie vor dem Kriege. Dies bedeutet gegenüber dem 21. März eine Zunahme der Steigerung um 5,2%.

Die badische Landesindexziffer, die vom Statistischen Landesamt aus den Teuerungszahlen (gleichfalls ohne Bekleidung) von 25 badischen Gemeinden berechnet wurde, stieg im April, und zwar nach dem Ergebnis der Stichtagserhebung vom 25. April gegenüber dem Monat März (21.) auf 286 265. Die Zunahme beträgt 9,9%. Bei Zugrundelegung der Stichtagserhebung vom 11. April beträgt die Steigerung bis zum 25. April 3,1%.

Die für die beiden Stichtage im Monat April (11. und 25.) berechneten Landesindexziffern stellen sich im Durchschnitt auf 282 028.

Bei Berücksichtigung der Durchschnittsziffer vom Monat März mit 259 862 beträgt die Zunahme der Teuerung nach der Durchschnittslandesindexziffer vom Monat April mit 282 028, 8,5%

8. Die Kranken-, Pfründner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genesungsheime in Baden.

Nach einer Sondererhebung des Badischen Statistischen Landesamts zu Anfang des Jahres 1922 beträgt die Zahl der Kranken-, Pfründner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie der Erholungs- und Genesungsheime im Land Baden 561 mit einer Aufnahmefähigkeit von 42 091 Personen. Im Durchschnitt des Landes kommt somit auf rund 3900 Einwohner 1 Anstalt.

Unter diesen Anstalten befinden sich

- 235 die der allgemeinen Krankenpflege (auch Wöchnerinnenpflege) dienen,
- 78 Alters-, Pfründner- und Armenheime,
- 69 Waisen- und Erziehungsanstalten,
- 46 Erholungs- und Genesungsheime für Erwachsene,
- 28 Säuglings-, Kinder- und Mütterheime und Kinderkrankenhäuser,
- 27 Erholungs- und Genesungsheime für Kinder und Jugendliche,
- 24 Anstalten für Taubstumme oder Blinde, Krüppel, Epileptiker, Geisteschwache, Land- und Kreisarme usw. (einschl. der Kreispflegeanstalten),
- 20 Heilanstalten für Tuberkulose,
- 9 für Geistes-, Gemüts- und Nervenkrante.

Die restlichen Anstalten bestehen aus Heimen für Gesellen, Lehrlinge, Geschäftsgehilfen, aus Herbergen für durchreisende Wanderer usw.

Träger, die für die Kosten der Unterhaltung der Anstalt aufkommen, sind bei 145 Anstalten Gemeinden und Gemeindeverbände; an zweiter Stelle (mit 138 Anstalten) stehen caritative Vereine und Verbände, und zwar tragen 76 Anstalten katholischen Charakter, 56 Anstalten werden von evangelischen Gemeinden und Verbänden geleitet, bei 6 handelt es sich um israelitische Organisationen. In 75 Fällen sind Träger der Anstalten Einzelpersonen und industrielle Unternehmungen, in 72 Fällen Stiftungen und Fonds, in 35 Fällen Vereine und Verbände. Ebenfalls 35 Anstalten unterhält das Reich und der Badische Staat. 18 Anstalten gehören dem Badischen Frauenverein und örtlichen Frauenvereinen, 17 Anstalten werden von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H., 12 von Kreisverbänden, 10 von Krankenkassen und 4 von der Landesversicherungsanstalt Baden geleitet.

Besonders Interesse verdient die Tatsache, daß 241 Anstalten, d. i. rund 43% aller ermittelten Anstalten des Landes, erst im Lauf des letzten Vierteljahrhunderts gegründet worden sind, 67 Neugründungen fallen sogar in die Nachkriegszeit.

Einen Einblick in den Ernährungszustand unserer Kinder, die wohl am meisten unter dem Krieg gelitten haben, gewährt die Feststellung, wonach nicht weniger als 75 Anstalten, die in den letzten Jahren gegründet worden sind, der Aufnahme von Kindern dienen; davon entfallen 26 auf Erholungsheime für Kinder und Jugendliche; 3 Anstalten wurden für krüppelhafte Kinder, 1 für taubstumme und 1 für tuberkulöse Kinder ins Leben gerufen. 22 Anstalten tragen den Charakter von Waisen-, Rettungs- und Erziehungshäusern, 22 Anstalten sind als Säuglings-, Kinder-, Mütterheime und Kinderkrankenhäuser bestimmt.

Ein besonderes Verdienst um die Gründung von Wohlfahrtsanstalten in den letzten Jahren haben sich der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg (Sitz in Freiburg) sowie der Badische Landesverein für Innere Mission (Sitz in Karlsruhe) erworben. Ersterer und sonstige katholische Vereine und Organisationen haben seit dem Jahr 1898 insgesamt 43 Anstalten mit 2082 Betten, letzterer nebst sonstigen evangelischen Vereinen und Verbänden 32 Anstalten mit 1220 Betten, ins Leben gerufen. Der Oberrat der Israeliten errichtete 1 Anstalt mit 95 Betten. 5 Anstalten mit 315 Betten sind vom Badischen Frauenverein und örtlichen Frauenvereinen gegründet worden.

Mit Rücksicht darauf, daß es an einem namentlichen Verzeichnis der wichtigsten Anstalten unseres Landes bisher gefehlt hat, sollen nunmehr die Namen, Träger und Bettenzahl dieser Anstalten veröffentlicht werden. Und zwar in vorliegender Nummer die Erholungsheime für Kinder und Erwachsene unter Angabe ihres konfessionellen Charakters und der Bettenzahl, in der nächsten Nummer die Säuglings-, Kinder- und Mütterheime, dann die Waisen-, Rettungs- und Erziehungsanstalten und endlich die Anstalten für Blinde, Taubstumme, Epileptische usw. sowie die Heilanstalten für Tuberkulose.

Erholungsheime und Anstalten, die Erholungsbedürftige aufnehmen.

1. Für Kinder und Jugendliche.

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme nach Alter und Religionszugehörigkeit	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Freiburg			
Städtisches Kindererholungsheim in Freiburg.	2 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Stadtgemeinde Freiburg.	20
St. Josephshaus — Spital und Gene- sungsheim — in St. Peter.	Mädchen, 6 bis 14 Jahre, aller Konfessionen.	Gemeinde St. Peter.	29
Amtsbezirk Heidelberg			
Walderholungsheim unter der Schanz in Heidelberg.	Vom 3. Monat bis 14. Jahre, aller Konfession.	Dr. W. Hoffmann, Heidel- berg, Stadtgemeinde u. Kreisverband Heidelberg.	30
Viktor-Lenzel-Stift — Kindererholungs- heim der Stadt Mannheim — in Redargemünd.	Kinder von Mannheim, 6 bis 14 Jahre, aller Konfessionen.	Stadtgemeinde Mannheim	90
Amtsbezirk Konstanz			
Heinrich-Hospital Arlen und Sana- torium in Arlen.	Mädchen, 6 bis 16 Jahre, (im Sanator.) aller Konf.	Verein zum Heinrich-Ho- spital Arlen.	55
Erholungsheim St. Elisabeth in Hegne.	6 bis 14 Jahre, katholisch.	Provinzhaus Hegne.	25
Kinderheim Schropburg in Schienen.	5 bis 15 Jahre, katholisch.	Caritasverband Konstanz.	14
Amtsbezirk Mannheim			
Großherzogin-Luise-Kinderheim der Heinrich Lanz-Werke in Sandtorf.	Kinder von Angestellten u. Arbeitern der Firma H. Lanz, 6 bis 14 Jahre, aller Konfession.	Maschinenfabrik Heinrich Lanz, Mannheim.	150
Amtsbezirk Messtkirch			
Kindererholungsheim Henberg C. B., Stetten a. I. M.	7 bis 14 Jahre u. Jugendl. aller Konfessionen.	Verein Kindererholungs- fürsorge.	3140
Amtsbezirk Mosbach			
Kinder- und Jugendheim Tannenhof in Lohrbach.	Evangel. Mädchen vom 7. Jahre ab.	Verband evangel. weiblicher Jugend in Baden, Treß- lingen, Amt Sinsheim.	20
Amtsbezirk Müllheim			
Kindererholungsheim Dorothea in Badenweiler.	1 bis 12 Jahre, aller Kon- fessionen.	Badischer Landesverein für Jüngere Mission, Karls- ruhe.	42
Amtsbezirk Neustadt			
Jugenderholungs- und Wanderheim Krone in Falkau (Nr. 2).	7 bis 14 Jahre, katholisch.	Jugenderholungs- u. Wan- derheim Krone zu Falkau, G. m. b. H.	35
Ferienheim Schwarzwald in Falkau (Nr. 4)	Evangel. weibl. Jugend und Familien.	Evangel. Jugendbund, Fe- rienheim Schwarzwald, e. V., Freiburg.	57
Kindererholungsheim „Haus Wald- frieden“ in Falkau (Nr. 18).	2 bis 16 Jahre, aller Kon- fessionen.	Schwester Wilhelma Hüls, Falkau.	15

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme nach Alter und Religionszugehörigkeit	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Ferienheim Schwarzwald „Haus Sommerberg“ in Faltau (Nr. 63)	Evangelische männliche Jugend.	Evangel. Jugendbund, Fe- rienheim Schwarzwald, e. V., Freiburg.	80
Kindererholungsheim „Schloß“ in Friedenweiler .	6 bis 14 Jahre, katholisch.	Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg.	125
Amtsbezirk Oberkirch Marienbad in Bad Peterstal .	10 bis 14 Jahre, katholisch.	Mutterhaus der barmherz. Schwestern vom heil. Vin- zenz v. Paul in Freiburg.	10
Amtsbezirk Pforzheim Ferienheim Ronbachtal, Neuhausen .	8 bis 25 Jahre, zunächst evangelisch.	Christl. Verein für Jugend- wohlfahrt, e. V., Stuttgart.	80
Amtsbezirk Säckingen Solbad des Frauenvereins Rhein- felden (Baden).	6 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Frauenverein Rheinfelden (Baden).	50
Amtsbezirk St. Blasien Jägermatte, Jugenderholungs- und Wanderheim auf dem Feldberg .	6 bis 18 Jahre, katholisch, männliche Jugend.	Caritasverband für die Erz- diözese Freiburg.	38
Amtsbezirk Schönau Bauernhof Mullen in Aitern .	2 bis 16 Jahre, evangel.	Zeller Anstalten (evang. Ge- meindepf.), e. V., Zell i. W.	12
Kindererholungsheim der Stadt Pforz- heim in Neuenweg .	6 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Stadtgemeinde Pforzheim.	50
Geneigungsheim Rabenfels in Wem- bach .	6 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Allgem. Ortskrankenasse Säckingen u. Waldshut.	35
Amtsbezirk Schopfheim Kinderheim Lützenhof in Gresgen .	2 bis 16 Jahre, evange- lisch.	Zeller Anstalten (evang. Ge- meindepf.), e. V., Zell i. W.	35
Amtsbezirk Sinsheim Kinder- und Solbad Siloah in Rappenaу .	3 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Evangel. Diakonissenhaus Mannheim	150
Kinder- und Solbad Stuttgart in Rappenaу .	5 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Verein für Kinderheime, Stuttgart.	78
Amtsbezirk Villingen Kinder- und Solbad in Bad Dürkheim .	2 bis 15 Jahre, aller Kon- fessionen.	Badischer Frauenverein, Karlsruhe.	180
Jugenderholungsheim Kohlermann in Bad Dürkheim .	2 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Major a. D. D. Kohler- mann, Bad Dürkheim.	35
Friedrich-Lützen-Hospiz in Bad Dürk- heim .	6 bis 14 Jahre, israelitisch.	Badischer Oberrat der Israeliten.	95
Privat-Kinderheim Villa Hilda in Bad Dürkheim .	3 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Frau Fabrikant A. Pfund Wwe., Bad Dürkheim.	17
Kinderklinikum Lützenruhe — Schwester Frieda Klümlich-Stiftung — in Buchenberg .	2 bis 14 Jahre, aller Kon- fessionen.	Universität Heidelberg.	105
Ottejens Kinderheim in Königsfeld .	3 bis 12 Jahre, aller Kon- fessionen.	Schwester Signe Ottejen, Königsfeld.	14

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme nach Alter und Religionszugehörigkeit	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Außerhalb Badens bestehen folgende Heime:			
Kindererholungsheim Falkenburg in Serrenalb (Württemberg).	Evangel. Schulpflichtige.	Badischer Landesverein für Innere Mission.	150
Kindererholungsheim Langenbrand (Oberamt Neuenbürg, Württemberg).	Evangel. Schulpflichtige.	Badischer Landesverein für Innere Mission.	80
Stahlbad Imnau — Kinderheim — in Imnau (Hohenzollern)	7 bis 14 Jahre, katholisch.	Kongregation der barmh. Schwestern vom hl. Kreuz (Provinzhaus) in Hegne.	60
2. Für Erwachsene.			
Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Achern Erholungsheim Friedrichshöhe in Ober- achern .	Nerventränke.	Provinzhaus Hegne.	25
Erlenbad Marienheim (Sanatorium), Wasserheilanstalt in Oberjasbach .	Personen d. Mittelstandes.	Kloster der Franziskanerinnen, Erlenbad.	120
Amtsbezirk Baden. Badisches Lehrerinnenheim in Baden- Baden .	Aktive Lehrerinnen.	Verein bad. Lehrerinnen, Wertheim.	42
Naturheilanstalt „Lichtental“ in Baden-Lichtental .	Erholungsbedürftige aller Art.	Bernhard Binswanger, Baden-Lichtental.	37
Diakonissen-Erholungsheim Hans Salem in Baden-Baden .	Diakonissen und Private.	Evangel. Diakonissenanstalt Karlsruhe.	30
Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden .	Frauen aller Stände.	Stadtgemeinde Karlsruhe.	39
Israelitisches Erholungsheim in Baden-Baden .	Frauen und Mädchen.	Freifrau von Goldschmidt- Kotshild-Stiftung.	22
Landesbad in Baden-Baden .		Badischer Staat.	193
Erholungsheim für Kriegsbeschädigte in Baden-Baden .	Kriegsbeschädigte.	Hauptversorgungsamt Karlsruhe — „A. G. Thier- gärtner Schenkung“ —.	26
Amtsbezirk Bann Dorf Erholungsheim Steinabad in Bann- dorf .	Kriegsbeschädigte.	Badischer Heimatbund, e. V., Karlsruhe.	45
Amtsbezirk Bühl Städtisches Beamtenerholungsheim Wiedenselsen in Bühlertal .	Beamte und Angestellte der Stadt Mannheim.	Stadtgemeinde Mannheim.	72
Amtsbezirk Emmendingen Beamtenheim der „Badischen Anilin- u. Sodafabrik, Ludwigshafen a. Rh.“ in Kenzingen .	Angestellte der Firma.	Badische Anilin- u. Soda- fabrik Ludwigshafen a. Rh.	20

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Ettlingen Bibelheim „Bethanien“ in Langensteinbach .	Gemeinschaftsfreunde.	Berein für innere Mission Augsburger Bekenntnisses, Karlsruhe.	70
Erholungsheim des Badischen Frauenvereins in Pfaffenrot .	Frauen und Mädchen.	Badischer Frauenverein Karlsruhe.	24
Erholungsheim Frauenalb — Albtal — in Schielberg .	Mitglieder der Krankenkasse.	Allg. Ortskrankenkasse Heilbronn-Stadt.	50
Amtsbezirk Freiburg St. Karolushaus in Freiburg .	Schwestern.	Orden der barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul, Freiburg.	41
Mittelstandserholungsheim Luisenhöhe in Horben .	Personen d. Mittelstandes.	Kreisanschluß Freiburg.	45
St. Antoniusheim in Littenweiler .	Schwestern.	Kongregat. d. Schwestern v. Mutterhaus Gengenbach.	40
Beamtenerholungsheim Kurhaus Sternen, Höllsteig in Steig .	Beamte.	Zentralverband der Gemeindebeamten Badens, Karlsruhe.	50
Erholungsheim Stedenhöfen i. Wittnau .	Mitglieder der Krankenkasse.	Allgemeine Ortskrankenkasse Freiburg-Stadt.	50
Amtsbezirk Heidelberg Geneesungsheim der Stadt Mannheim in Redargemünd .	Erholungsbedürftige aller Art.	Stadtgemeinde Mannheim.	35
Erholungsheim Kümmlbacherhof in Heidelberg .	Beamte der Firma.	Firma Heinrich Lanz, Mannheim.	36
Amtsbezirk Konstanz Waldhaus Jakob bei Konstanz .	Beamte.	Zentralverband der Gemeindebeamten Badens in Karlsruhe.	45
Geneesungsheim Waldheim i. Ohningen .	Mitglieder der Krankenkasse.	Krankenkasse Baden-Baden.	20
Amtsbezirk Lahr Schwesternheim des Diakonissenhauses Nonnenweier in Lahr .	Schwestern.	Mutterhaus Nonnenweier.	38
Geneesungsheim Tretenhof in Seelbach .	Frauen und Mädchen.	Berein für Geneesungsfürsorge in Mannheim.	60
Sanatorium Schloß Hausbaden G. m. b. H. in Lipburg .	Erholungsbedürftige aller Art.	Deutscher Caritasverband Freiburg.	45
Amtsbezirk Neustadt Ferienheim Schwarzwald in Faltau (Nr. 4).	Familien und weibliche Jugend.	Evangelischer Jugendbund „Ferienheim Schwarzwald“, e. V., in Freiburg.	57
Amtsbezirk Oberkirch Lehrerheim in Bad Peterstal .	Lehrer.	Badischer Lehrerverein Heidelberg.	80
Marienbad in Bad Peterstal .	Schwestern und Laien.	Mutterhaus der barmherz. Schwestern vom heil. Vinzenz v. Paul in Freiburg.	100
Müttererholungsheim St. Anna in Griesbach .	Mütter.	Landesverband christlicher Müttervereine Freiburg.	50

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Bad Antogast, Erholungsheim der Allgem. Ortskrankenkasse Mannheim in Maifach .	Mitglieder der Kranken- kasse.	Allgem. Ortskrankenkasse Mannheim.	110
Bürgerliches Bezirkskrankenhaus in Oppenau .	Erholungsbedürftige aller Art.	Bezirkskrankenhausverband Oppenau.	40
Amtsbezirk Pforzheim			
Christl. Erholungsheim Mombachtal in Reuhausen .	Christliche Kreise, insbes. weniger Bemittelte.	Christl. Verein für Jugend- wohlfahrt, e.B., Stuttgart.	16
Amtsbezirk Rastatt			
Bezirkshospital Forbach .	Erholungsbedürftige aller Art.	Die Gemeinde Forbach und andere Gemeinden des Bezirks Rastatt.	30
Schwesterheim Marienruhe in Scheuern .	Schwestern.	Verwaltungsrat d. Mutter- hauses f. Rinderischwestern Karlsruhe.	45
Genesungsheim in Scheuern .	Mitglieder d. Ortskranken- kasse.	Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe.	45
Amtsbezirk St. Blasien			
Erholungsheim „Friedrichshaus“ in St. Blasien .	Minderbemittelte des ge- bildeten Mittelstandes.	Erholungsheim Friedrichs- haus, G. m. b. H., in St. Blasien.	35
Erholungsheim in Menzenschwand .	Mitglieder der Kranken- kasse.	Freie Vereinigung der Krankenkasse des Kreises Lörrach.	60
Amtsbezirk Schönau			
Genesungsheim Rabenfels in Wem- bach .	Mitglieder der Kranken- kasse.	Allgem. Ortskrankenkasse Säckingen u. Waldshut.	35
Amtsbezirk Schopfheim			
Erholungsheim der Schwestern des Freiburger Diakonissenhauses in Kaitbach .	Schwestern.	Freiburger Diakonissen- haus-Verein, Freiburg.	18
Amtsbezirk Staufen			
Schwesterhaus St. Ludwig und Pfründner- u. Pensionshaus St. La- zarus in Heitersheim .	Erholungsbedürftige aller Art.	Mutterhaus der barmherz. Schwestern vom heil. Vin- zenz v. Paul in Freiburg.	72
Armen- u. Krankenhaus Krozingen .	Erholungsbedürftige aller Art.	Gemeinde Krozingen.	24
Erholungsheim „Friedrichshort“ Bad Sulzburg .	Zunächst Verbandsmit- glieder.	Landesverband der badisch. Gewerbe- u. Handwerker- vereinigungen Rastatt.	73
Amtsbezirk Triberg			
Gemeindekrankenhaus Gütenbach .	Erholungsbedürftige aller Art.	Gemeinde Gütenbach.	7
Städtisches Krankenhaus Hornberg .	Erholungsbedürftige aller Art.	Stadtgemeinde Hornberg.	36
Erholungsheim des Badischen Be- amtenbundes „Schloß Hornberg“ in Hornberg .	Beamte.	Badischer Beamtenbund Karlsruhe.	100
Erholungsheim der Gemeindebeamten — Kurhaus Adler — in Schönwald .	Beamte.	Landesverband städtischer Beamten Badens, Karls- ruhe.	98

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Josefsheim — Erholungsheim der barmh. Schwestern — in Tennen- bronn.	Schwestern.	Mutterhaus der barmherz. Schwestern in Gengen- bach.	17
Amtsbezirk Überlingen Sanatorium Schloß Speßgart in Hödingen.	Erholungsbedürftige aller Art.	Dr. med. Wilh. Seitz, per- sönlich leitender Gesell- schafter der Kommandit- gesellschaft, Hödingen.	70
Erholungsheim St. Leonhard bei Aberlingen.	Handwerker.	Landesverband der badisch. Gewerbe- und Hand- werkervereinigungen in Rastatt.	45
Amtsbezirk Billingen Badisches Landesheilbad in Bad Dürheim.	Erholungsbedürftige aller Art.	Badischer Staat.	50
Erholungsheim Villa Luise in Bad Dürheim.	Personen des evangelisch. Mittelstandes.	Badischer Landesverein für Innere Mission Karls- ruhe.	22
Diakonissen-erholungsheim Marienruhe in Königsfeld.	Schwestern.	Diakonissenanstalt Karls- ruhe.	10
Genejungsheim Kirneck in Billingen.	Mitglieder der Kranken- kasse.	Allgem. Ortskrankenkasse Pforzheim.	40
Genejungsheim Waldeck in Billingen.	Mitglieder der Kranken- kasse.	Allgem. Ortskrankenkasse Pforzheim.	34
Amtsbezirk Wertheim Wertheimer Blindenerholungsheim in Wertheim.	Blinde; männl. u. weibl. monatlich abwechselnd.	Wertheimer Blinden-Er- holungsheim, e. V., Wert- heim.	10
Amtsbezirk Wolfach Blindenerholungsheim in Aniebis.	Blinde.	Reichsdeutscher Blinden- verband, e. V., Berlin.	20
Erholungsheim Marien-Klösterle in Rippoldsau.	Berufstätige Fräuleins.	Berein Frauenwohl, e. V., Mannheim.	34
Erholungsheim Wolfach in Wolfach.	Erholungsbedürftige aller Art.	Schwester Selma v. Ber- schner in Wolfach.	15

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 5.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das II. Vierteljahr 130 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Die badischen Sparkassen zu Anfang des Jahres 1923. 2. Die Tätigkeit der badischen Schlichtungsausschüsse im I. Vierteljahr 1923. 3. Die Landesversicherungsanstalt Baden im I. Vierteljahr 1923. 4. Der Saatenstand zu Anfang Juni 1923. 5. Die Feuerung in Baden im Monat Mai. 6. Die Kranken-, Pfründner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genesungsheime in Baden (Fortsetzung). 7. Die Bevölkerungsbewegung in Baden im Jahr 1922.

1. Die badischen Sparkassen zu Anfang des Jahres 1923.

Nach dem Stand vom 1. Januar ds. Js. beträgt die Gesamtzahl der Sparkassen in unserm Land 157, davon sind 150 Kassen mit Gemeindebürgerschaft und 7 Privatsparkassen. Seit der letzten Veröffentlichung über Sparkassen (siehe „Statistische Mitteilungen“ Jahrgang 1922 Nr. 2 Seite 30) hat sich die Zahl der Sparkassen um eine vermindert, und zwar um die Privatsparkasse Durlach, die sich am 31. Dezember 1922 aufgelöst hat. Wenn in nachfolgenden Ausführungen Angaben über die Zahl der Sparkasseneinleger und über Sparguthaben gemacht werden, so ist dabei im voraus zu bemerken, daß 25 Sparkassen noch nicht in der Lage waren, Angaben über den Stand vom 1. Januar ds. Js. zu machen; abgesehen von wenigen Ausnahmen (darunter Mosbach, Tauberbischofsheim, Ladenburg, Schopfheim und Säckingen) handelt es sich hierbei durchweg um kleine Sparkassen, deren Einleger hauptberuflich Landwirte oder Handwerker sind; durch die Weglassung dieser Zahlen dürfte das Gesamtbild über den Stand der Sparkassen in unserm Land kaum beeinflusst werden.

Die Gesamtzahl der Sparkasseneinleger nach dem Stand vom 1. Januar ds. Js. beträgt für die 132 Sparkassen, die Angaben gemacht haben, 1,1 Millionen (genau: 1 147 944), mit andern Worten: auf jede zweite Person des Landes entfällt ein Sparkassenbuch. Die größte Einlegerzahl weist die Städtische Sparkasse Mannheim mit 108 168 auf; dann folgt die Städtische Sparkasse Karlsruhe mit 77 258 Einlegern, Freiburg mit 64 846, Pforzheim mit 59 046 und Heidelberg mit 43 437; bei 8 ausschließlich ländlichen Sparkassen bleibt die Einlegerzahl unter 1000; den niedrigen Stand weist eine Sparkasse mit 490 Einlegern auf.

Das Gesamteinlagegut haben der 132 Sparkassen beträgt nach dem Stand vom 1. Januar ds. Js. 4,4 Milliarden Mark; im Durchschnitt des Landes entfällt somit auf ein Sparkassenbuch eine Einlage von 3890 M. Innerhalb der einzelnen Sparkassen gestaltet sich das Bild sehr verschieden; bei der Sparkasse im ausschließlich landwirtschaftlichen Bezirk Bonndorf entfallen auf ein Sparkassenbuch 6532, bei der Städtischen Sparkasse Mannheim dagegen 3605, bei der Städtischen Sparkasse Karlsruhe 2006 M. Ob das hohe Einlagegut haben in Bonndorf auf einen gesteigerten Sparsinn der Schwarzwälder Bevölkerung oder auf den Mangel an Effektenbanken in diesem Bezirk zurückzuführen ist, muß dahingestellt bleiben.

Vergleicht man die Ergebnisse der Sparkassenstatistik auf Anfang dieses Jahres mit denen vom Anfang 1921, wobei im Interesse der Vergleichbarkeit die obengenannten 25 Sparkassen, die nicht in der Lage waren, Angaben zu machen, außer Betracht bleiben müssen, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Gesamtzahl der Sparkasseneinleger, die zu Beginn des Jahres 1921 (unter Weglassung der Mitgliederzahlen obengenannter Sparkassen) 1 131 770 betragen hatte, ist um rund 16 174 d. i. 1,4 % gestiegen. Bei einer größeren Anzahl von Sparkassen ist im Lauf der letzten Jahre ein Stillstand oder gar ein Rückgang in der Zahl der Einleger eingetreten; nur bei 10 Kassen ist eine stärkere Zunahme der Spareinleger zu verzeichnen, darunter Baden mit 2272, Mannheim mit 2251, Radolfzell mit 1883, Freiburg mit 1576 Einlegern. Die Gesamtsumme der Sparguthaben, die zu Beginn des Jahres 1921 rund 1959 Millionen Mark betragen hatte, hat sich zahlenmäßig um 2490 Millionen, d. i. rund 27,1 % vermehrt. In Anbetracht der im letzten Jahr eingetretenen Geldentwertung bedeutet allerdings diese Zunahme der Spargut-

haben sehr wenig, besonders wenn man bedenkt, daß die großen Verluste an den Kriegsanleihen von den meisten Sparkassen bisher nur zum kleinen Teil abgeschrieben sind.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß im letzten Jahr (1922) 10,5 Milliarden Mark bei den Sparkassen einbezahlt, dagegen 15,3 Milliarden abgehoben worden sind. Die Zahl der Sparkassen, die Giro- und Scheckverkehr eingeführt haben, beträgt 111, der Bestand an Giro- und Scheckguthaben 4,9 Milliarden Mark.

2. Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse in Baden im I. Vierteljahr des Jahres 1923.

In Baden bestehen 12 Schlichtungsausschüsse. Im ersten Viertel des laufenden Jahres waren bei ihnen 1039 Fälle anhängig, wovon die meisten in Mannheim, nämlich 332, die wenigsten Fälle in Mosbach, nämlich 33. Von den 1039 Fällen wurden 804 erledigt. Dazu bedurfte es 182 Sitzungen. Beim Schlichtungsausschuß Mannheim kamen durchschnittlich 2,6 erledigte Fälle auf eine Sitzung, in Karlsruhe 2,8 Fälle, in Mosbach nur 1 Fall, dagegen in Donaueschingen 9,7 Fälle. Die Schlichtungsausschüsse wurden meistens von einer Arbeitnehmerorganisation angerufen. Es geschah dies 715 mal, nächst dem waren es in 209 Fällen einzelne Arbeitnehmer. Die Anrufung durch eine Betriebsvertretung in 66 Fällen trat dagegen sehr zurück. Einzelne Arbeitgeber oder deren Berufsorganisation haben sich nur 34 mal an den Schlichtungsausschuß gewendet. Von den Gewerbegruppen nahm das Metallgewerbe die Schlichtungsausschüsse 247 mal in Anspruch, der Handel 104 mal, das Nahrungsmittelgewerbe 100 mal, das Verkehrsgewerbe 76 mal, das Baugewerbe 59 mal, die Industrie der Steine und Erden 52 mal, das Holzgewerbe 52 mal, die chem. Industrie 44 mal, die Textilindustrie 44 mal, das Bekleidungs-gewerbe 32 mal, die Gruppe der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht 30 mal, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 27 mal, das Vielfältigungsgewerbe 18 mal, die Papierindustrie 11 mal, die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenerzeugnisse, der Lichte, Öle und Seifen 9 mal, das Reinigungsgewerbe 9 mal, das künstlerische Gewerbe 8 mal, die Lederindustrie 4 mal, das Versicherungsgewerbe 1 mal und sonstige Gewerbegruppen 97 mal.

Die weitaus meisten Streitfälle, die zur Verhandlung standen, rührten aus der Anwendung der Verordnung über die Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten her, betrafen also zum allergrößten Teile Lohnstreitigkeiten. Dies waren 443 Fälle. 304 mal handelte es sich um die Anwendung des Betriebsrätegesetzes, 179 mal um einen Streit über die Verordnung über Einstellung und Entlassung. In Mannheim und Offenburg überwogen die Streitfälle aus dem Betriebsrätegesetz, in allen übrigen Ausschüssen standen an erster Stelle die Lohnstreitigkeiten. An den Streitfällen waren im ganzen 9320 Betriebe mit 360 372 Arbeitnehmern, worunter sich 50 311 Angestellte befanden, beteiligt. Ein großer Teil, nämlich 274 der anhängig gemachten Streitfälle wurde von den Parteien wieder zurückgezogen, 38 mußten zurückgewiesen werden. Aus 597 Verhandlungen gingen 344 Schiedssprüche, 122 Entscheidungen und 131 Vergleiche hervor. Verhältnismäßig viele Vergleiche erzielten Freiburg, neben 12 zurückgenommenen Fällen 24 Vergleiche unter 52 Verhandlungen, Donaueschingen neben 9 Zurücknahmen 8 Vergleiche unter 18 Verhandlungen, auch Konstanz neben 9 Zurücknahmen 15 Vergleiche unter 40 Verhandlungen und Bruchsal neben 11 Zurücknahmen 9 Vergleiche unter 22 Verhandlungen. Kein Vergleich war in Mosbach zu erzielen. 6 Streitfälle wurden dort wieder zurückgezogen, die 21 Verhandlungen mußten alle durch einen Schiedsspruch beendet werden. Auch in Offenburg waren neben 18 Zurücknahmen nur 3 Vergleiche unter 28 Verhandlungen. Den 344 gefällten Schiedssprüchen unterwarfen sich in 124 Fällen beide Parteien, in 113 Fällen nur die Arbeitnehmer, in 56 Fällen nur die Arbeitgeber, in 40 Fällen lehnten beide Parteien den Schiedsspruch ab. Hierbei schneidet Pforzheim besonders günstig ab, da sich dort beide Parteien 14 mal dem Schiedsspruche unterwarfen unter 27 gefällten Sprüchen. In Heidelberg kam es nur zu 8 Anerkennungen der Schiedssprüche durch beide Teile bei 66 Sprüchen, worunter sich 23 Fälle befanden, in denen keine der beiden Parteien sich dem Schiedsspruch unterwarf. Zu den 344 Schiedssprüchen wurde 98 mal die Verbindlichkeitserklärung beantragt, 51 mal haben sie die Demobilmachungskommissare ausgesprochen und 15 mal abgelehnt. Die übrigen Fälle endeten durch Vergleiche vor den Demobilmachungskommissaren oder sind noch nicht entschieden.

Als bemerkenswert ist hervorzuheben, daß nach Durchführung des Verfahrens vor den Schlichtungsausschüssen kein einziger Fall zu einem Streik oder zu einer Aussperrung geführt hat.

3. Die Landesversicherungsanstalt Baden im I. Vierteljahr 1923.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im I. Vierteljahr 1923 im ganzen 5942 Rentengesuche eingereicht worden, und zwar 4798 Invaliden-, 199 Alters-, 533 Wittwen- und 412 Waisenrentengesuche.

Bewilligt wurden 2736 Renten (2225 Invaliden-, 119 Alters-, 173 Wittwen- und 219 Waisenrenten für 491 Waisen), abgelehnt wurden 104 Rentengesuche (77 Invaliden-, 17 Wittwen- und 10 Waisenrentengesuche), 271 Gesuche wurden anderweit erledigt, während 2831 Gesuche unerledigt geblieben sind (2417 Invaliden-, 16 Alters-, 230 Wittwen- und 168 Waisenrentengesuche). Auf eingelegte Berufung wurden in höherer Instanz 7 Invalidenrenten zuerkannt. Bis Ende März 1923 sind im ganzen 173 820 Renten bewilligt worden (128 114 Invaliden-, 22 554 Alters-, 4662 Wittwen- und 18 490 Waisenrenten für 43 237 Waisen). Davon kamen wieder in Wegfall 113 709 Renten (92 930 Invaliden-, 16 562 Alters-, 1208 Wittwen- und 3909 Waisenrenten für 15 889 Waisen).

Auf 1. April 1923 sind demnach 60 111 Rentenempfänger vorhanden, und zwar 36 084 Invaliden-, 5992 Alters-, 3454 Wittwenrentenempfänger und 14 581 Waisenrenten, die sich auf 27 346 Waisen verteilen.

Heilversfahrensansprüche sind der Landesversicherungsanstalt zugegangen: 625 für Kuren in Lungenheilstätten und 455 für Kuren in Bädern, Klüften, Krankenhäusern. Hiervon sind genehmigt worden 225 bezw. 192, abgelehnt 152 bezw. 215, während 248 bezw. 48 anderweit erledigt bezw. noch nicht verbeschieden sind. Von 1684 Anträgen auf Beitrag zu künstlichen Gebissen, Kunstgliedern, Bestrahlungskosten sind 1155 genehmigt und 295 ablehnend verbeschieden worden.

4. Der Saatenstand zu Anfang Juni 1923.

Der Mai war im ersten Drittel recht warm und sonnig, um den 10. des Monats brachte jedoch ein Temperatursturz rasche Abkühlung und die Witterung war von da ab unbeständig, regnerisch und kühl, so daß im Wachstum allgemein eine gewisse Stockung eintrat. Der im Vormonat (April) gemeldete gute Stand der Wintergetreide sowohl als auch der Sommerfrüchte hat indessen fast überall angehalten und die neueste Beurteilung erfolgte in den allermeisten Fällen durch die Bezeichnungen gut oder ziemlich gut. Der Winterroggen beginnt zu blühen. Im Sommergetreide (Gerste und Hafer) entwickelt sich da und dort ziemlich viel Unkraut, insbesondere Heberich und Senf.

Die Kartoffeln gehen allenthalben gut auf; sie werden zum Teil schon gehackt und gehäufelt.

Die Futtergewächse (Acker- wie Wiesenfutter) stehen fast durchweg schön und versprechen bezw. liefern reiche Erträge. Die Heuernte ist in manchen Gegenden schon im Gange, namentlich Kleeheu ist zu einem großen Teil bereits eingebracht.

Bei den Reben sind die im April in manchen Weinbaugenden entstandenen Frostschäden nicht so stark, wie anfänglich befürchtet wurde. Der Samenansatz wird im allgemeinen als mittelmäßig bezeichnet. Die Heuwurmmotten sind bei den heißen Tagen im ersten Monatsdrittel geflogen. Die erste Bespizung der Reben mit Kupferkalklösung hat da und dort stattgefunden.

5. Die Teuerung in Baden im Monat Mai.

Die bereits im Monat April eingesezte Verschärfung der Marktentwertung und die hierdurch hervorgerufene Verteuerung der Lebenshaltungskosten hat auch im Monat Mai weitere Fortschritte gemacht, und zwar in einer Weise, daß von einer neuen Teuerungswelle gesprochen werden kann.

Als Stichtage für die Erhebung der Kleinhandelspreise kamen im Monat Mai der 9. und 23. in Frage.

Wenn auch nach den Feststellungen am 9. Mai einzelne Nahrungsmittel, insbesondere das Brot, im allgemeinen eine Verteuerung nicht aufzuweisen hatten, so sind aber zahlreiche Lebensmittel, die durch Einfuhr beschafft werden müssen, gegenüber dem letzten Stichtag im April (25.) im Preise erheblich gestiegen.

Der Brotpreis blieb ziemlich einheitlich. Eine Preisermäßigung ist in Baden eingetreten, wo der Preis für das Pfund rationiertes Roggenbrot von 228,34 auf 220 *M* herabgesetzt werden konnte. Ebenso in Kehl, und zwar von 210 auf 207 *M*. Ein Aufschlag ist in Singen a. S., und

zwar von 206,25 auf 216,50 *M* erfolgt und in Achern von 200 auf 208,50 *M*. In den übrigen Erhebungsorten ist der Preis der alte geblieben.

Im Gegensatz zum Markenbrot zeigt sich bei der Milch ein erhebliches Anziehen der Preise. Trotz der ausgezeichneten Grünfütterernte ist fast in sämtlichen Erhebungsgemeinden ein nicht unwesentlicher Preisausschlag eingetreten, eine Erscheinung, die wohl in der Anpassung an die Geldentwertung ihre Berechtigung hat. Der Milchpreis erhöhte sich in Mannheim von 700 auf 860 *M* für das Liter Vollmilch, in Karlsruhe von 630,29 auf 791,43 *M*, in Freiburg und Heidelberg von 580 auf 760 *M*, in Pforzheim von 600 auf 720 *M*, in Konstanz von 500 auf 700 *M*, in Baden von 540 auf 800 *M*, in Offenburg von 560 auf 780 *M*, in Kehl von 450 auf 700 *M*, in Rheinfelden von 530 auf 630 *M* usw. Gleichgeblieben ist der Preis in Weinheim, wo das Liter Vollmilch 600 *M* kostet.

Die Fleischpreise sind einem starken Preisausschlag unterworfen gewesen, obwohl ein Mangel an Schlachtvieh nicht besteht. Auch in diesem Frühjahr zeigt sich die alte Erfahrung aus den Zeiten der Zwangsbewirtschaftung, daß bei einem guten Futterjahr die Landwirte ihren Bestand an Vieh zu erhalten und zu vergrößern suchen und so durch Mangel an Angebot, verbunden mit reger Nachfrage, eine Spanne entsteht, die zuletzt unter Berücksichtigung der Marktentwertung in der Preisbildung im Kleinverkauf ihren Ausdruck findet.

Beim Rindfleisch sind in sämtlichen Erhebungsgemeinden Preisausschläge erfolgt. So ist in Mannheim für ein Pfund Rindfleisch der Preis von 4800 auf 6000 *M* gestiegen, in Karlsruhe von 4500 auf 5600 *M*, in Freiburg von 3800 auf 5200 *M*, in Heidelberg von 4880 auf 6080 *M*, in Baden von 4900 auf 5900 *M*, in Durlach von 4200 auf 5400 *M*, in Bruchsal von 4400 auf 5600 *M*, in Weinheim von 4400 auf 5400 *M*, in Singen a. S. von 3800 auf 4800 *M*, in Offenburg von 4400 auf 4800 *M*, in Kehl von 4000 auf 5600 *M*, in Neustadt i. Schw. von 3600 auf 4600 *M*, in Rheinfelden von 4200 auf 5200 *M* und in Gernsbach von 4000 auf 5000 *M*.

Ähnliche Preisausschläge sind naturgemäß beim Schweinefleisch festzustellen.

Auch die Eier sind im Preise erheblich gestiegen. Der Ausschlag für das Stück beträgt gegenüber dem letzten Stichtag bis zu 130 *M*. In den meisten Erhebungsgemeinden beträgt der Preis mehr oder weniger über 400 *M* für das Ei.

Die Butter, die bereits im April schon erheblich im Preise gestiegen war, hat sich weiter verteuert. Die Preisbewegung ist sehr verschieden. In Freiburg hat sich der Preis für das Pfund Butter von 11000 auf 11200 *M* erhöht, in Pforzheim von 9000 auf 10500 *M*, in Konstanz von 7500 auf 9000 *M*, in Baden und Durlach von 9000 auf 10000 *M*, in Offenburg von 8000 auf 8200 *M*, in Börrach von 7000 auf 8000 *M*, in Billingen von 8000 auf 10000 *M*, in Kehl von 7500 auf 8000 *M*, in Wertheim von 6000 auf 7000 *M* und in Gernsbach von 9000 auf 10000 *M*. Gleichgeblieben ist der Preis in Karlsruhe und Hockenheim mit 10000 *M*, in Weinheim mit 8500 und in Waldshut mit 6000 *M*.

Preisrentungen sind eingetreten in Mannheim von 10200 auf 10000 *M*, in Heidelberg von 11000 auf 10000 *M*, in Bruchsal von 10000 auf 9500 *M*, in Achern von 8500 auf 8000 *M* und in Rheinfelden von 9500 auf 8000 *M*.

Die für die einzelnen Erhebungsorte am 9. Mai berechneten Teuerungszahlen betragen: Mannheim 334924, Karlsruhe 312390, Freiburg 307811, Pforzheim 302247, Heidelberg 310738, Konstanz 298599, Baden 305948, Durlach 291565, Offenburg 306059, Bruchsal 318365, Börrach 291560, Weinheim 322934, Lahr 287089, Billingen 279791, Rastatt 250816, Singen a. S. 296638, Kehl 267416, Hockenheim 293678, Achern 274102, Waldshut 282290, Neustadt i. Schw. 265979, Rheinfelden 294343, Wertheim 247431, Zell i. W. 276011, Gernsbach 338484.

Gegenüber dem Stichtagsresultat vom 25. April hat sich die Landesindexziffer am 9. Mai um 40556 Punkte oder 14,2% erhöht. Die Landesindexziffer beträgt am 9. Mai 326821.

Ein neuer Zeitabschnitt in der Preisentwicklung auf sämtlichen Gebieten ist Mitte Mai eingetreten, der in dem Erhebungsergebnis am 2. Stichtag (23.) deutlich zum Ausdruck gelangt. Durch das unerwartet rasche Emporschnellen der Devisen ist auf allen Gebieten der Lebenshaltung eine neue, einschneidende Verteuerung eingetreten.

Der Brotpreis hat gegenüber dem 1. Stichtag (9.) eine noch nie beobachtete Gleichmäßigkeit bewahrt. Nur in Achern ist eine kleine Erhöhung für das Pfund rationiertes Roggenbrot eingetreten, und zwar von 208,50 auf 217 *M*. In den übrigen Erhebungsgemeinden ist der Brotpreis unverändert geblieben.

Ein völlig verändertes Preisbild ergibt sich bei sämtlichen Fleischarten. Hier ist eine ganz erhebliche Preissteigerung eingetreten, und zwar in allen Erhebungsgemeinden. So ist der Preis für das Pfund Rindfleisch in Mannheim von 6000 auf 8800 *M.* gestiegen. In Karlsruhe von 5600 auf 8000 *M.*, in Pforzheim von 5200 auf 6800 *M.*, in Konstanz und Offenburg von 4800 auf 6000 *M.*, in Durlach von 5400 auf 8000 *M.*, in Bruchsal von 5600 auf 6800 *M.*, in Lörrach von 5200 auf 7400 *M.*, in Weinheim von 5400 auf 6000 *M.*, in Lahr von 5000 auf 6400 *M.*, in Billingen von 5000 auf 7000 *M.*, in Kehl von 5600 auf 6400 *M.*, in Achern von 5200 auf 6400 *M.*, in Rheinfelden von 5200 auf 7400 *M.* und in Gernsbach von 5000 auf 7600 *M.*

Die Preisbewegung für die Butter ist recht verschieden. In Mannheim, Pforzheim, Baden, Kehl und Hockenheim konnte der Preis für das Pfund Butter auf der alten Höhe gehalten werden, in den übrigen Erhebungsgemeinden sind zum Teil recht erhebliche Steigerungen eingetreten. In Heidelberg erhöhte sich der Preis von 10 000 auf 11 000 *M.*, in Konstanz von 9000 auf 10 000 *M.*, in Offenburg von 8200 auf 9900 *M.*, in Lörrach und Zell i. B. von 8000 auf 10 000 *M.*, in Weinheim von 8500 auf 10 000 *M.*, in Billingen und Gernsbach von 10 000 auf 11 000 *M.*, in Achern von 8000 auf 9000 *M.*, in Waldshut von 6000 auf 8500 *M.* und in Rheinfelden von 8000 auf 11 000 *M.*

Die Preissteigerung für das Pfund Margarine war ähnlichen Preisausschlägen wie bei der Butter unterworfen.

Der Ausschlag für das Ei bewegte sich vom letzten Stichtag im April (25.) bis zum ersten Stichtag im Mai (9.) in den meisten Erhebungsgemeinden etwa zwischen 20 und 50 *M.*, während bis zum zweiten Maistichtag (23.) die Ausschläge sich zum Teil mehr als verdoppelten. In Mannheim erfolgte ein Ausschlag von 480 auf 600 *M.*, in Karlsruhe von 440 auf 590 *M.*, in Freiburg von 470 auf 550 *M.*, in Pforzheim von 420 auf 550 *M.*, in Heidelberg von 450 auf 580 *M.*, in Durlach von 420 auf 580 *M.*, in Bruchsal von 450 auf 580 *M.*, in Weinheim von 460 auf 600 *M.* und in Hockenheim von 500 auf 600 *M.*

Größere Preisveränderungen gegenüber dem letzten Stichtag haben sich bei der Vollmilch nicht ergeben. Für das Liter Vollmilch ist ein Ausschlag erfolgt in Karlsruhe von 791,43 auf 848,57 *M.*, in Weinheim von 600 auf 800 *M.*, in Neustadt i. Schw. von 570 auf 584 *M.* und in Bruchsal von 720 auf 760 *M.* In den übrigen Erhebungsgemeinden ist eine Preisveränderung nicht eingetreten.

Die Preissteigerungen erstrecken sich weiter auf Kartoffeln, Frischgemüse und sämtliche Einfuhrwaren; die Folge ist ein erhebliches Anziehen der einzelnen örtlichen Teuerungszahlen.

Nach dem Stichtagsergebnis vom 23. Mai betragen die Teuerungszahlen wie folgt: Mannheim 386 191, Karlsruhe 405 912, Freiburg 354 064, Pforzheim 367 566, Heidelberg 365 188, Konstanz 342 366, Baden 352 881, Durlach 364 759, Offenburg 384 116, Bruchsal 349 225, Lörrach 361 748, Weinheim 393 143, Lahr 321 606, Billingen 325 251, Rastatt 294 012, Singen a. S. 368 712, Kehl 356 456, Hockenheim 391 053, Achern 317 452, Waldshut 321 710, Neustadt i. Schw. 293 936, Rheinfelden 396 162, Wertheim 298 458, Zell i. B. 321 289, Gernsbach 394 120.

Die an Hand der Teuerungszahlen (ohne Bekleidung) der 71 deutschen sogen. Gibdienstgemeinden vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindexziffer betrug im Mai 352 100, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Gegenstände, welche die Gruppen Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung umfassen, kosteten im Mai zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamts 3521 mal soviel wie vor dem Kriege. Dies bedeutet gegenüber dem April eine Zunahme der Steigerung um 27,4%.

Die badische Landesindexziffer, die vom Statistischen Landesamt aus den Teuerungszahlen (gleichfalls ohne Bekleidung) von 25 badischen Gemeinden berechnet wurde, stieg im Mai, und zwar nach dem Ergebnis der Stichtagserhebung vom 23. Mai gegenüber dem Monat April (25.) auf 390 727. Die Zunahme beträgt 36,5%. Bei Zugrundelegung der Stichtagserhebung vom 9. Mai beträgt die Steigerung bis zum 23. Mai 19,6%.

Die für die beiden Stichtage im Monat Mai (9. und 23.) berechneten Landesindexziffern stellen sich im Durchschnitt auf 358 774.

Bei Berücksichtigung der Durchschnittsindexziffer vom Monat April mit 282 028 beträgt die Zunahme der Teuerung nach der Durchschnittsindexziffer vom Monat Mai mit 358 774 27,2%.

6. Säuglings-, Kinder- und Mütterheime sowie Kinderkrankenhäuser in Baden.

(Fortsetzung aus Nr. 4 der Statistischen Mitteilungen.)

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Bruchsal Städtisches Jugendheim in Bruchsal	Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zu 20 Jahren	Stadtgemeinde Bruchsal	123
Amtsbezirk Donaueschingen Kreisjäuglingsheim in Donaueschingen	Neugeborene aller Konfessionen bis zu 2 Jahren; stillende Mütter bis 6 Wochen nach der Entbindung. — Pflegerinnenschule —	Kreis Billingen	20
Kinderheim in Unterbaldingen	Neugeborene aller Konfessionen bis zu 2 Jahren	Verein für Kinderlandheime, e. V., Freiburg	15
Amtsbezirk Freiburg Städtisches Kinderheim in Freiburg	Uneheliche katholische Kinder, vorübergehend auch eheliche von der Geschäftigkeit bis zur Schulentlassung	Stadtgemeinde Freiburg	110
Kinderklinik — Hilda-Kinder-Hospital — in Freiburg	Kranke Kinder bis zu 14 Jahren. — Pflegerinnenschule —	Hilda-Kinderkrankenhaussiftung Freiburg	76
Waisenhaus des Evangelischen Stifts und Kinderheim in Freiburg	Im Kinderheim Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren; evangelisch	Verwaltungsrat des Evangelischen Stifts Freiburg	120
Evangelisches Kinderheim Bethlehem in Freiburg	Kinder von 8 Tagen bis zu 3 Jahren aller Konfessionen. — Pflegerinnenschule —	Verein Evangelisches Kinderheim Bethlehem Freiburg	60
St. Hedwigshaus in Freiburg	Säuglinge bis zu 18 Monaten. — Pflegerinnenschule —	Caritasverband für die Erzbischöfe Freiburg	50
St. Augustinusheim in Freiburg	Säuglinge, gefallene und gefährdete katholische Mädchen und Frauen. Jugendliche von 14 bis 20 Jahren	Katholischer Fürsorgeverein, e. V., Freiburg	58
Amtsbezirk Heidelberg St. Paulusheim in Heidelberg	Säuglinge u. Kinder bis zu 6 Jahren; gefährdete schulentlass. Mädchen; uneheliche Kinder mit ihren Müttern, aller Konfessionen	Katholischer Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder, Heidelberg	73
Luisenheilanstalt in Heidelberg	Säuglinge und Kinder aller Konfessionen bis zu 15 Jahren	Staat, Stadtgemeinde und Kreis Heidelberg	200
Versorgungshaus für Mütter und Säuglinge in Heidelberg-Handschuhsheim	Mädchen vor der ersten Entbindung; Mütter; Säuglinge aller Konfessionen bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres. — Pflegerinnenschule	Verein Versorgungshaus Heidelberg	47

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Karlsruhe			
Städtische Luisekrippe in Karlsruhe	Kinder aller Konfessionen von 14 Tagen bis zu 3 Jahren	Stadtgemeinde Karlsruhe	36
Städtische Hilbakrippe in Karlsruhe	Säuglinge u. Kinder aller Konf. bis zu 6 Jahren. — Pflegerinnenschule —	Stadtgemeinde Karlsruhe	42
Städtisches Kinderheim in Karlsruhe	Säuglinge u. Kinder aller Konf. bis zu 14 Jahren. — Pflegerinnenschule —	Stadtgemeinde Karlsruhe	150
St. Antoniusheim in Karlsruhe- Mühlburg	Kinder aller Konf. von 10 Tagen bis 6 Jahren. Sittlich gefährdete und gefallene uneheliche Mütter. Mädchen von 14 bis 20 Jahren	Katholischer Fürsorgeverein für Frauen und Kinder, e. B., Karlsruhe	46
Kinderfrankenhaus in Karlsruhe	Kranke Kinder bis zu 18 Jahren; Mütter mit ihren Kindern nach der Entbindung, aller Konf. — Pflegerinnenschule —	Badischer Landesverband für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge, Karlsruhe	155
Amtsbezirk Konstanz			
Städtisches Säuglingsheim in Konstanz	Säuglinge u. Kinder aller Konf. bis zu 2 Jahren. — Pflegerinnenschule —	Stadtgemeinde Konstanz	32
Kinderheim in Freudental	Katholische Kinder bis zu 6 Jahren	Katholischer Fürsorgeverein Konstanz	30
Amtsbezirk Lörrach			
Städtisches Kinderheim in Lörrach	Kinder aller Konfessionen bis zu 14 Jahren	Stadtgemeinde Lörrach	36
Kinderspital in Lörrach-Stetten	Säuglinge und Kinder bis zu 14 Jahren	Frau Nieg-Baumgartner in Mülhausen i. E.	42
Amtsbezirk Mannheim			
Städtisches Säuglingsheim in Mannheim	Säuglinge aller Konfessionen	Stadtgemeinde Mannheim	26
Städtisches Kinderheim in Mannheim- Käfertal	Kinder und Jugendliche aller Konfessionen vom 1. bis 20. Lebensjahr	Stadtgemeinde Mannheim	100
Städtisches Mütter- und Säuglingsheim in Mannheim-Neckarau	Schwangere, stillende Mütter und Säuglinge aller Konfessionen	Stadtgemeinde Mannheim	68
Schifferkinderheim in Mannheim	Schifferkinder von 6—15 Jahren, evangelisch und katholisch	Verein Schifferkinderheim, e. B., Mannheim	38
St. Annaheim in Mannheim	Kinder bis zu 2 Jahren; Jugendliche von 14 bis 21 Jahren, katholisch	Katholischer Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder, Mannheim	24
Mädchenheim-Krippe in Mannheim- Sandhofen	Krippen- und schulpflichtige Kinder aller Konfessionen	Bereinigte Gute-Spinnereien und Webereien, Mannheim	300
Säuglingsfrankenhaus in Mannheim	Säuglinge. — Pflegerinnenschule —	Stadtgemeinde Mannheim	125

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Kreisinderheim in Badenburg	Kinder des Kreises Mannheim im Alter von 1 bis 6 Jahren	Kreisverband Mannheim	90
Amtsbezirk Offenburg Städtisches Kinderheim in Offenburg	Kinder von Geburt bis zu 2 Jahren; Mütter kurz vor und nach der Entbindung	Stadtgemeinde Offenburg	28
Amtsbezirk Pforzheim Städtisches Mütter- und Säuglingsheim in Pforzheim	Kinder von 10 Tagen bis zu 6 Jahren; Mütter bis zu 6 Wochen nach der Niederkunft. — Pflegerinnenschule —	Stadtgemeinde Pforzheim	36
Kinderheim Salem in Pforzheim	Kinder aller Konfessionen vom 2. bis 14. Lebensjahr	Stadtgemeinde Pforzheim	58
Kinderkrankenhaus Siloah in Pforzheim	Kranke Kinder jeden Alters und aller Konfessionen	Evangelischer Diakonissenverein, Pforzheim	100
Amtsbezirk Sinsheim Kinderheim in Michelsfeld	Kinder aller Konfessionen vom zweiten Monat bis 14 Jahren	Schwester Anna Waibel, Elisabeth Kus, Emil Fischbeck, Michelsfeld	68
Amtsbezirk Waldshut Kinderheim in Oberwihl	Kinder aller Konfessionen vom 1. bis 16. Lebensjahr	Verein für Kinderlandheime, e. V., Freiburg	5

7. Die Bevölkerungsbewegung in Baden im Jahr 1922.

Nach vorläufiger Feststellung des Statistischen Landesamts ist die Zahl der Geborenen von 60 602 im Jahr 1921 auf 56 150 im Jahr 1922 gesunken; der Rückgang beträgt 7,35 %. Unter den Gestorbenen befinden sich 1269 Totgeborene (im Vorjahr 1492).

Die Zahl der Todesfälle (ohne Totgeborene) hat im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr, wenn auch nur unbedeutend, zugenommen; sie ist von 31 539 auf 31 842 im Jahr 1922 gestiegen. Bemerkenswert ist, daß der in den letzten Jahren beobachtete Rückgang der Kindersterblichkeit auch im Jahr 1922 angehalten hat; die Zahl der im 1. Lebensjahr gestorbenen Kinder ist von 6804 im Jahr 1921 auf 6089 im Jahr 1922 gesunken.

Abgenommen hat auch im Jahr 1922 die Zahl der Eheschließungen, die noch im Jahr 1920 31 952 betragen hat, im Jahr 1922 dagegen nur noch 23 705 beträgt. Vergleichsweise sei beigelegt, daß in den fünf Vorkriegsjahren 1909/13 die Zahl der Eheschließungen zwischen 15 000 und 16 000 geschwankt hat.

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 6.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das III. Vierteljahr 1500 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Über das Heiratsalter bei einzelnen Berufen in Baden im Jahr 1922. 2. Beiträge zur Moralstatistik in Baden im Jahr 1922. 3. Austritte aus der evangelischen und katholischen Kirche und Mischehen in Baden im Jahr 1922. 4. Die badische Bauindustrie im Jahr 1922. 5. Zweigniederlassungen außerbadischer Aktiengesellschaften in Baden. 6. Der badische Haus- und Flachsbau im Jahr 1922. 7. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Juli 1923. 8. Die Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im II. Vierteljahr 1923. 9. Neugründungen von Bezirksverbänden in Baden in den Jahren 1913/22. 10. Kleinkinderbewahranstalten, Krippen und Kindergärten in Baden. 11. Die Teuerung in Baden im Monat Juni. 12. Die Kranken-, Frühlinder-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genußheime in Baden (Fortsetzung).

1. Über das Heiratsalter bei einzelnen Berufen in Baden im Jahr 1922.

Die bekannte Tatsache, daß das durchschnittliche Heiratsalter bei den Angehörigen einzelner Berufe überaus verschieden ist, findet in dem Material, das dem Statistischen Landesamt seitens der Landesbeamten regelmäßig zugeht, ihre Bestätigung. Das durchschnittlich höchste Heiratsalter weisen die Akademiker auf. Von den 243 Akademikern (Juristen, Professoren, Ärzten und Pfarrern), die sich in Baden im Jahr 1922 erstmals verheiratet haben, stand ein Drittel bereits im Alter von 30—35 Jahren, ein weiteres Drittel war im Zeitpunkt der Verheiratung bereits 25—30 Jahre alt, 15% hatten das 40. Lebensjahr überschritten. Nur eine verschwindend kleine Zahl (6) verheiratete sich im Alter von 20—25 Jahren. Soweit aus der an sich naturgemäß nicht großen Zahl der Fälle Schlüsse gezogen werden können, heiraten die Ärzte und Pfarrer am frühesten, dann folgen die Professoren, an letzter Stelle stehen die Juristen. Ein anderes Bild zeigt sich bei der Arbeiterschaft. Von den 4376 Fabrikarbeitern, die im Jahr 1922 erstmals eine Ehe eingegangen haben, standen nahezu 82% im Alter von 20—30 Jahren, davon über die Hälfte, rund 44% im Alter von 20—25 Jahren; 11 Arbeiter hatten im Jahr 1922 im Zeitpunkt ihrer Verheiratung noch nicht einmal das 20. Lebensjahr erreicht. Aber selbst innerhalb der Industriearbeiterschaft bestehen hinsichtlich des Heiratsalters Unterschiede, die sich aus der verschiedenen beruflichen Vorbildung, aus der sozialen Stellung u. dgl. erklären lassen. Nach der für das Jahr 1922 vorliegenden Statistik heiraten die Buchdrucker am spätesten, die Arbeiter der Papier- und Zellstoffindustrie, der chemischen Fabriken, der Leder- und Gummiverarbeitung, soweit sie ihren Wohnsitz in der Großstadt haben, am frühesten; deshalb weist die Stadt Mannheim auch das niederste Heiratsalter auf. Besonders bemerkenswert ist die Beobachtung, daß die auf dem Land wohnenden Industriearbeiter in der Regel später heiraten als ihre in der Stadt wohnenden Arbeitskollegen; offenbar hängt diese Tatsache mit dem Bestreben zusammen, vor der Verheiratung irgend etwas Garten-, Acker- oder Wiesenland zu erwerben; es mag dazu kommen, daß auf die ländliche Arbeiterschaft vielleicht die Anschauungen und Lebensgewohnheiten der bäuerlichen Umgebung einwirken. Aus dem standesamtlichen Material geht hervor, daß der Landwirt, wenn auch früher als der Akademiker, doch später als der Fabrikarbeiter heiratet. Von den 2591 Landwirten, die im Jahr 1922 erstmals geheiratet haben, standen 39% im Alter von 25—30 Jahren und rund 25% im Alter von 30—35 Jahren. Die Schwierigkeiten, einen Hausstand zu gründen und einen selbständigen landwirtschaftlichen Betrieb zu eröffnen, sind heute größer als im Frieden. Nur zu unerschwinglichen Preisen können Ackerland und Wiesen, Haus und Hof, totes und lebendes Inventar beschafft werden.

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich das Bild des durchschnittlichen Heiratsalters bei den einzelnen Berufen nur wenig geändert. Allerdings besteht bei allen Berufsschichten die unverkennbare Neigung, früher zu heiraten als vor dem Krieg. Die Erklärung dürfte wohl in erster Linie im Wegfall des Heeresdienstes und in der Besserung der Einkommensverhältnisse, wenigstens bei den jüngeren Arbeitern, liegen. Beispielsweise sei angeführt, daß der Anteil der 20—25 jährigen

an der Gesamtzahl der erstmals heiratenden Fabrikarbeiter im Jahr 1912 erst 40,9 betragen hat, im Jahr 1922 dagegen 43,4 beträgt. Bemerkenswert ist nach dem für das Jahr 1922 vorliegenden Material die Beobachtung, daß ältere Junggesellen häufiger Neigung zum Heiraten verspüren als in der Vorkriegszeit. Der Anteil der über 35jährigen heiratenden Landwirte an der Gesamtzahl der heiratenden Landwirte ist von 8,4 im Jahr 1912 auf rund 17% im Jahr 1922 gestiegen. Noch größer ist die Zunahme der Spät heiratenden bei den Fabrikarbeitern und bei den akademischen Berufen.

2. Beiträge zur Moraltatistik in Baden im Jahr 1922.

Die Zahl der Ehescheidungen, die nach Kriegsende stark zugenommen und im Jahr 1920 (mit 1142 Fällen) fast das Dreifache des Vorkriegsjahrs 1913 erreicht hatte, ist in den letzten beiden Jahren, wenn auch unbedeutend, zurückgegangen; im Jahr 1921 betrug sie 1046, im Jahr 1922 ist sie auf unter 1000 (991) gesunken. Der Rückgang bezieht sich allerdings in der Hauptsache nur auf die kleineren und mittleren Gemeinden. In der Stadt Mannheim ist die Zahl der Ehescheidungen von 230 im Jahr 1921 auf 249, in Pforzheim von 87 im Jahr 1921 auf 91 im Jahr 1922 gestiegen; in Karlsruhe ist sie dieselbe wie im Vorjahr (139). Keine Ehescheidungen sind, wie im Vorjahr, in den vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirken Wolfach und Wullendorf zu verzeichnen; hinzugekommen sind im Jahr 1922 weiter die Bezirke Adelsheim und Wertheim. Daß Ehescheidungen in rein landwirtschaftlichen Kreisen verhältnismäßig seltener sind als in den industriellen, zeigt die Tatsache, daß im Jahr 1922 auf die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung nur 51 Ehescheidungen, dagegen auf Gewerbe und Industrie rund das Zehnfache (527) entfallen. Auffallend ist die große Zahl von Ehescheidungen — fast ein Drittel aller Fälle —, die auf Mißehen entfallen; in 334 Fällen waren beide Ehegatten katholisch, in 341 Fällen evangelisch. Grund der Scheidung war in 462 Fällen Ehebruch in Verbindung mit ehrlosem Verhalten, in 476 Fällen war als Grund der Ehescheidung ehrloses oder unsittliches Verhalten angegeben. Durch Verschulden des Mannes mußten im Berichtsjahr 480, durch das der Frau 259 und durch beiderseitiges Verschulden 252 Ehen geschieden werden. Von Interesse ist noch die Feststellung, daß im Berichtsjahr 25 Ehen für nichtig erklärt wurden, davon 16 auf Grund einer Anfechtungsklage, 9 auf Grund einer Nichtigkeitsklage; in einem Fall wurde auf Feststellung des Nichtbestehens einer Ehe erkannt.

Der Anteil der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geborenen, der während der Kriegsjahre stark zugenommen und im Jahr 1918 (mit 13,3 v. H.) die Höchstzahl der letzten 50 Jahre erreicht hatte, nähert sich seit zwei Jahren wieder der Vorkriegszeit; er beträgt im Jahr 1922, wie im Vorjahr und wie im Durchschnitt der letzten Jahre vor dem Krieg 9,4%. Innerhalb der einzelnen Amtsbezirke schwankt der Anteil der Unehelichen zwischen 17,5 (Heidelberg) und 1,4 (Zauberbischofsheim). In 35 Bezirken hat der Prozentsatz gegenüber dem Vorjahr ab-, in 18 zugenommen. Eine stärkere Zunahme (um mehr als 2%) weisen die Bezirke Säckingen, Stodach, Emmendingen, Baden und Schwetzingen auf.

In auffallendem Maß hat im Berichtsjahr 1922 die Zahl der Selbstmorde abgenommen. Im Jahr 1920 hat die Zahl noch 450 betragen, ist im folgenden Jahr auf 416 gesunken und beträgt im Jahr 1922 nur noch 367. Bemerkenswert ist die starke Abnahme der Selbstmorde bei den Frauen, die während der Kriegsjahre eine starke Zunahme aufzuweisen hatten. Hinsichtlich des Alters, Familienstandes, Religionsbekenntnisses und der Todesart sind gegenüber dem Vorjahr keine bemerkenswerten Änderungen eingetreten. Von den 4 Kindern (sämtlich Knaben), die im Jahr 1921 freiwillig aus dem Leben geschieden sind, stand eines im Alter von 9, ein anderes im Alter von 12, zwei im Alter von 13 Jahren. Als Beweggrund, der die Kleinen zum Selbstmord getrieben hat, war in zwei Fällen Furcht vor Strafe, in einem Fall gekränktes Ehrgefühl und in einem Fall Kränkung infolge Bückigung durch die Mutter angegeben; zwei Knaben waren evangelisch, die beiden andern katholisch.

Zurückgegangen ist im Jahr 1922 auch die Zahl der gewaltsamen Todesfälle infolge Verbrechen und Vergehen, die im Jahr 1919 noch 122, im folgenden Jahr 90, im Jahr 1921 123 betragen hatte; im letzten Jahr ist sie nach vorläufiger Auszählung auf 80 gesunken (52 männlichen, 28 weiblichen Geschlechts).

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß im Jahr 1922 auch der Gefangenenstand in den badischen Landesstrafanstalten zurückgegangen ist. Nach dem Stand vom 1. April 1922 hat er noch 1737 betragen; nach einer Mitteilung des Badischen Justizministeriums beträgt er am

1. April d. J. 1582. Bemerkenswert ist die starke Zunahme der Verurteilungen wegen Diebstahls. Im Jahr 1914 betrug die Zahl der Fälle, in denen wegen Verurteilung wegen Diebstahls Personen in einer der badischen Landesstrafanstalten untergebracht waren, 748; im Jahr 1922 dagegen 1282, im Jahr 1923 ist die Zahl auf 1434 gestiegen.

In auffälligem Umfang nimmt in den letzten Jahren in unserm Land die Zahl der Personen, die wegen geistiger Erkrankung infolge von Alkoholismus in eine badische psychiatrische Klinik oder Heil- und Pflgeanstalt aufgenommen werden müssen, zu. Im Jahr 1917 betrug diese Zahl erst 30; im Jahr 1920 stieg sie auf 68; im Jahr 1922 beträgt sie 124 (darunter 10 Frauen). Am größten ist die Zunahme der Alkoholiker in den Bezirken Mannheim und Heidelberg.

3. Austritte aus der evangelischen und katholischen Kirche und Mischehen in Baden im Jahr 1922.

Die Zahl der Austritte aus der katholischen und evangelischen Kirche, die nach Kriegsende in unserm Land erheblich zugenommen hatte (vgl. „Statistische Mitteilungen“ Jahrgang 1922 Seite 83), ist im Berichtsjahr 1922 zurückgegangen. Im Jahr 1921 hat die Gesamtzahl der Personen, die ihren Austritt aus der katholischen oder evangelischen Kirche bezirksamtlich angemeldet haben, 3898 betragen (einschließlich Kinder), und zwar bei der evangelischen Landeskirche 2021, bei der katholischen 1877 Personen; im Jahr 1922 beträgt die Gesamtzahl 2443, also fast die Hälfte weniger wie im Jahr 1920. Auf die evangelische Landeskirche entfallen 1241, auf die katholische Kirche 1202 ausgetretene Personen. Vergleichsweise sei angeführt, daß bei der letzten Volkszählung, bei der die Religionszugehörigkeit ermittelt worden ist (im Jahr 1910), von 100 der Gesamtbevölkerung 59,3 römisch-katholisch und 38,3 Angehörige der evangelischen Landeskirche waren.

Unter den 2443 Personen, die sich im Jahr 1922 von ihrer Kirche abgewandt haben, befinden sich 237 Evangelische, die zur katholischen Kirche, und 487 Katholiken, die zur evangelischen Kirche übergetreten sind.

Wie in den Vorjahren entfällt auch im Jahr 1922 die größte Zahl von kirchlichen Austritten auf die Bezirke Mannheim (831), Karlsruhe (346), Pforzheim (247), Freiburg (222), Konstanz (158), Heidelberg (91), Lörrach (57), Rastatt (46).

Im Vergleich zu andern Ländern ist zu erwähnen, daß in Württemberg der Anteil der aus der evangelischen Landeskirche ausgetretenen Personen an der Gesamtzahl der Evangelischen im Jahr 1920 (neuere Angaben für Württemberg liegen nicht vor) 0,1 beträgt, also soviel wie in Baden (im Jahr 1922); erheblich größer ist die Zahl der Kirchenaustritte in Thüringen, wo im Jahr 1920 von 1,4 Millionen Evangelischen 35 957, d. i. 2,5 % ausgetreten sind.

Die Zahl der in Baden im Jahr 1922 geschlossenen Mischehen beträgt 4468, also annähernd soviel wie im Vorjahr (4456). Der Anteil der Mischehen an der Gesamtzahl der Ehen ist infolge Rückgangs der Eheschließungen von 17,1 im Jahr 1921 auf 18,9 im Jahr 1922 gestiegen, bleibt aber immerhin noch erheblich hinter dem Prozentsatz der Kriegsjahre (rund 23) zurück. Am geringsten ist die Zahl der Mischehen in den vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirken Borberg (1,5 %), Tauberbischofsheim (2,5), Breisach (3,2), Bonndorf (3,3), Ettenheim (3,8), Bühl (4,4), Eugen (4,6), Eppingen (5,1), Pfullendorf (6,9), Mosbach (6,7) usw., am höchsten in den großen Städten (Mannheim 39,8, Karlsruhe 35,3, Freiburg 33,1, Heidelberg 32,9, Konstanz 31,1, Pforzheim 25,5). Unter den im Jahr 1922 in Baden erstmals heiratenden Landwirten befinden sich nur 47 (d. i. 1,8 %), die eine Mischehe eingegangen haben. Bei den Akademikern sowie bei den Fabrikarbeitern beträgt der Prozentsatz der Mischehen 22.

4. Die badische Bauindustrie im Jahre 1922.

Die nachstehende Untersuchung über die badische Bauindustrie erstreckt sich nur auf die größeren Hoch- und Tiefbaugeschäfte und Bauhöfe mit mindestens 10 Arbeitern. Die Erfassung sowohl wie die Untersuchung der einschlägigen Unternehmungen bot gewisse Schwierigkeiten insofern, als es sich im Baugewerbe vorwiegend um Jahreszeitenbetriebe handelt, von denen Arbeiter in großer Zahl nicht nur am Platze, d. h. am Betriebsort selbst, sondern auch an zahlreichen auswärtigen Baustellen inner- und außerhalb des Landes beschäftigt werden. Andererseits wieder sind außerbadische Großbauunternehmen dauernd oder nur vorübergehend in bedeutendem Maße am badischen

Baugeschäfte beteiligt. Die Darstellung hat deshalb nicht nur die eingeseffenen badischen Bau­firmen und die dauernd in Baden ansässigen Zweigniederlassungen und Bauabteilungen auswärtiger Unternehmungen, sondern auch die vorübergehenden Baustellen außerbadischer Bau­firmen im Lande zu umfassen.

Den Ausgangspunkt der Betrachtung bilden zunächst die eingeseffenen badischen Baugeschäfte und die ständigen Zweigniederlassungen außerbadischer Firmen in Baden, sowie die von ihnen innerhalb des Landes selbst beschäftigten Arbeiter. In diesem Rahmen sind durch eine Sondererhebung des Statistischen Landesamtes nach dem Stande vom Sommer 1922 (Hochsaisonbetrieb) rund 500 (492) Betriebe mit gegen 24 000 Arbeitern ermittelt worden. Die Baustellen sind dabei nicht als selbständige Betriebe und deren Arbeiter am Haupt­sitze der Firmen gezählt worden. Die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten belief sich auf über 1100. Ständige Zweigniederlassungen außerbadischer Unternehmungen waren darunter 10, und die Zahl der von diesen aus auf badischen Baustellen beschäftigten Arbeiter und Angestellten betrug über 1600. An diesen Zweigniederlassungen sind beteiligt eine rheinheffische Hoch- und Tiefbau­firma, die sich auch mit der Herstellung und dem Vertrieb von Zementwaren im großen befaßt (Baufabrik) und Mitte der sechziger Jahre in Karlsruhe gegründet worden, ferner 2 pfälzische Hoch- und Tiefbau­firmen aus Ludwigshafen, eine bekannte Hoch- und Tiefbau­firma in Frankfurt a. M., eine Berliner Groß­firma der Bauindustrie für Beton- und Monierbau und ein Betonwerk in Hannover, 2 niederrheinische Bau­firmen (Sitz Köln und Düsseldorf) und 2 Spezial­baugeschäfte für Feuerungsanlagen und Schornsteinbau (Hauptsitz Saarbrücken und Chemnitz).

Von der Gesamtzahl der einheimischen Baugeschäfte (482 Betr. mit 22 390 Arb. und 1010 Angest.) werden u. a. 6 mit 2750 innerhalb des Landes beschäftigten Arbeitern von Aktiengesell­schaften, desgl. 17 (mit 1560 Arbeitern) von Gesellschaften m. b. H. betrieben. Das gesamte Grund- und Stammkapital dieser Gesellschaftsunternehmungen in der badischen Bauindustrie macht zurzeit etwa 66 Millionen Mark aus, das der Aktiennunternehmungen allein 59 Millionen Mark. Weitere 9 Betriebe mit zusammen über 700 Arbeitern sind produktivgenossenschaftliche Bauunternehmungen von baugewerblichen Angestellten und Arbeitern. Die hierher gehörigen Bauarbeitergenossenschaften sind alle in der Nachkriegszeit (1919/21) entstanden und an den Verband sozialer Baubetriebe in Berlin angeschlossen. Solche soziale Baubetriebe bestehen in den Städten Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe mit Filialbetrieb in Rastatt, Pforzheim, Freiburg, Lörrach, Konstanz und Singen a. H.

Fast drei Viertel von dem halben Tausend der ermittelten größeren Bau­firmen beschäftigten je nur 10—50 Arbeiter am Platze und auf sonstigen badischen Baustellen. Baugeschäfte mit je 50—100 Arbeitern innerhalb des Landes sind anlässlich der Erhebung 65 festgestellt worden. Nahezu ein halbes Hundert (45) von den Betrieben sind als Großbetriebe anzusprechen, die je über 100 Arbeiter in Baden selbst in Beschäftigung stehen hatten, darunter waren 7 Betriebe mit 200—300, weitere 6 mit 300—500 und 3 mit über 500 bis zu 1000 Arbeitern in Baden. Die Gesamtzahl der von diesen Großbetrieben derart im Lande selbst beschäftigten Arbeiter erreichte nahezu 11 000 Personen, darunter sind 3 ständige Mannheimer und eine Karlsruher Zweig­niederlassung außerbadischer Firmen mit über 1100 Arbeitern. Ihrer Unternehmungsform nach gehörten hierher u. a. 6 Aktiengesellschaften, 7 Gesellschaften m. b. H. und 3 Bauarbeitergenossen­schaften. Die großen Bauunternehmungen sind vielfach aus ganz einfachen Bau- und Maurer­geschäften hervorgegangen und als Baugesellschaften teilweise durch Umwandlung, vereinzelt auch durch den Zusammenschluß älterer Baugeschäfte am Platze zu einer Arbeitsgemeinschaft entstanden. Von den 41 einheimischen Großbau­firmen mit mehr als 100 Arbeitern in Baden sind der ursprünglichen Entstehungszeit ihrer Geschäfte nach zurückzuführen auf die Zeit vor 1850 = 1 Betrieb, 1850—1870 desgl. 2, 1871—1900 deren 9, ebenso viele auf die Zeit von 1901—1913, 1914—1920 ihrer 5 und auf die Zeit nach 1920 = 1 Betrieb. Für 14 von den badischen Groß­bau­firmen ist die Entstehungszeit des Geschäftes unbekannt geblieben. In der Nachkriegszeit hat insbesondere der erhöhte Kapitalbedarf zur Bildung einer Reihe von badischen Baugesellschaften durch Umgründung geführt, so sind von den 6 Aktienbaugesellschaften deren 5 (Badische, Ober­rheinische, Rheinische und „Diag“ usw.) in den Jahren 1919/21 und ebenso von den 17 Gesell­schaften m. b. H. 12 (Allgemeine, Süddeutsche, Badisch-Pfälzische, Freiburger usw.) nach dem Kriege gegründet worden.

Die badische Bauindustrie ist größtenteils städtische Industrie und ihr Aufschwung steht im engsten Zusammenhange mit der fortschreitenden Industrialisierung des Landes und der baulichen Entwicklung der Städte. Nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung ist der natürliche Reichtum des Landes an den wichtigsten Baustoffen (Sand- und Kiesgruben, Steinbrüche, Kalk- und Gips-

gruben) geblieben. Gegen die Hälfte aller der in Frage stehenden Bauunternehmungen, und zwar 236 Betriebe mit etwa zwei Drittel aller Arbeiter (15 600) ist allein in den 7 größten Städten des Landes ansässig, davon kommen im einzelnen auf die Städte Mannheim 74 Betriebe mit 5911 Arbeitern, auf Karlsruhe desgl. 49 mit 2455, Freiburg 35 mit 4014, Heidelberg 29 mit 1315, Pforzheim 24 mit 1104, Baden 15 mit 557 und Konstanz 10 mit 260 Arbeitern. Allerdings muß hierzu bemerkt werden, daß ein Teil der Arbeiter zur Zeit der Erhebung nicht am Plage selbst, sondern auf auswärtigen Baustellen beschäftigt war. Von den 45 Großbetrieben (einheimische und Filialbetriebe) mit über 100 Arbeitern im Lande haben 38 ihren Hauptsitz in den vorgenannten Städten, und zwar in Mannheim 15, Freiburg 10, Karlsruhe 6, Pforzheim 4 und Heidelberg 3.

Ihrer Betriebsart nach sind im badischen Baugewerbe alle hauptsächlichsten Spezialarbeiten des Hoch- und Tiefbaues hervorragend vertreten. Von den 45 Großfirmen befaßen sich 23 gleichzeitig mit Hoch- und Tiefbau, 14 sind nur im Hochbau, 8 nur im Tiefbauwesen tätig. Als Spezialarbeiten finden sich u. a. Wohnungs- und Siedlungsbau, Industriebauten, Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbau, Kanalisation, Wasserkraftanlagen, Wehr- und Brückenbau, Feuerungs- und Schornsteinbau, Asphaltierungen, Baggerarbeiten, Erdbewegungen, Abraumarbeiten, Tiefbohrung, Wassergewinnung usw. Gewöhnlich sind die großen Baugeschäfte mit eigenen Architektur- und Baubüros verbunden, nicht selten betreiben sie auch den Handel mit Baumaterialien. Eine Spezialität, mit der sich die meisten Großbauunternehmen befaßen, ist der Beton- und Eisenbetonbau. Der Eisenbetonbau ist von einer alleingefessenen Karlsruher Baufirma zu Anfang der achtziger Jahre durch Ankauf und Verwertung der französischen Monier-Patente zuerst in Deutschland eingeführt worden und hat innerhalb der Bauindustrie des Landes starke Verbreitung und hohe Vollendung gefunden. Eine der größten Tiefbauunternehmen Deutschlands überhaupt hat ihren Sitz in Mannheim; namhafte Bauunternehmen, deren Tätigkeit und Ruf weit über den Sitz des Unternehmens, nicht selten sogar über die Grenzen des Landes hinausreicht, gibt es in den verschiedensten Teilen desselben. Zwei Großbauunternehmen in Karlsruhe und Freiburg, die durch die Ausführung von Hoch- und Tiefbauten aller Art, namentlich aber von Beton- und Eisenbetonbauten bekannt geworden sind, haben sich durch die Einführung der Zementwarenfabrikation in Deutschland und um deren Vervollkommnung sehr verdient gemacht. Aber auch sonst noch befaßen sich allenthalben kleinere und größere Baugeschäfte mit der Herstellung und dem Vertrieb von Zementwaren, die im Hoch- und Tiefbau vielfache Verwendung finden.

Eine ganze Anzahl von Bauunternehmungen war in der Erhebungszeit an öffentlichen Bauarbeiten des Staates und von Gemeinden und an größeren Industrie- und Fabrikbauten beteiligt. Hier sei nur auf den Ausbau der Oberstufe des Murgwerkes, ferner auf den Bau des inzwischen vollendeten Itterkraftwerkes, die damals schon im Gang gewesenen Bauten des Kraftwerkes Böhrenbach und des Speicherkraftwerkes Überlingen hingewiesen. Auch beim Bau des Großkraftwerkes Mannheim und an der Redarkanalisation (Baustufen Ladenburg und Wieblingen), ferner bei den Bahnbauten Neustadt—Eitsee, Oppenau—Peterstal und Bretten—Kürnbach hatte eine Reihe von Baugeschäften mit zahlreichen Arbeitskräften auf längere Zeit Beschäftigung gefunden. Von namhafteren badischen Bauunternehmen und badischen Zweigstellen außerbadischer Unternehmen hatten zur Zeit der Erhebung nachweisbar 18, und zwar 7 von Mannheim, 2 in Heidelberg, je 1 in Bretten und im Murgtal, 2 von Karlsruhe und 5 von Freiburg außerhalb ihres Betriebsortes auf verschiedenen Baustellen des Landes mit zusammen etwa 3800—4000 Arbeitern an derartigen Arbeiten Anteil.

In Anknüpfung an den Hinweis auf die öffentlichen Arbeiten und die Industriebauten muß derjenigen außerbadischen Firmen gedacht werden, die — ohne bisher dauernde Niederlassungen im Lande zu haben — in der Erhebungszeit vorübergehende Baubüros in Baden eingerichtet hatten, um bei der Ausführung dieser Arbeiten mitzuwirken. Solche Bauunternehmungen sind durch die Sondererhebung vom August 1922 7 ermittelt worden, insgesamt hatten dieselben auf verschiedenen Baustellen des Landes 2000 Arbeiter und gegen 100 Angestellte beschäftigt. Am Murgwerkbau sind 2 Berliner Großbauunternehmen mit gegen 800 Arbeitern, an der Redarkanalisation badischen Anteiles ebenfalls eine der beiden eben erwähnten Berliner Firmen mit etwa 300 und eine Baufirma in München mit 350 Arbeitern beschäftigt gewesen. Auf der Baustelle des Großkraftwerkes Mannheim bei der Altripper Rheinfähre standen 200 Arbeiter einer Pfälzer Bauunternehmung mit dem Sitze in Neustadt in Arbeit, weiterhin hatte eine Saarbrücker Baufirma um die Erhebungszeit 400 Arbeiter in Baden beschäftigt.

Andererseits beschäftigten aber auch 10 größere badische Bauunternehmen außerhalb des Landes zusammen gegen 6900 Arbeiter, darunter 3 Freiburger Unternehmen 700 und 7

Mannheimer Firmen 6200 Arbeiter. Die weiter oben bereits erwähnte große Mannheimer Tiefbaufirma, eine der allergrößten Baufirmen Süddeutschlands überhaupt, die sich durch Erledigung von bedeutenden Bauaufträgen in allen Teilen Deutschlands und im Auslande einen hochgeachteten Namen erworben hat, hatte neben ihren etwa 300 Arbeitern und Angestellten am Mannheimer Plage allein gegen 4000 Arbeiter außerhalb des Landes beschäftigt. Die Firma besitzt eigene tiefbautechnische Konstruktionsbüros und Geschäftsstellen in verschiedenen deutschen Großstädten (München, Berlin, Köln, Hamburg), betreibt eigene Steinbrüche und befaßt sich insbesondere mit Bahn-, Tunnel-, Hafen-, Brücken- und Wasserbauten usw. Das Bauinventar besteht aus den modernsten, teilsweise nach eigenen Erfahrungen konstruierten Baumaschinen und sonstigen Geräten (Trocken- und Schwimmbaggern, Elevatoren und Spülapparaten, Lokomotiven, Rollwagen, Schienenmaterial, Dampf- und Schwimmkränen, sonstige Hebezeuge, Tunnelbau- und Gesteinsbohrmaschinen, Luftschleusen usw.). Eine andere angesehenere Tiefbaufirma von Mannheim (Bauausführungen für Eisenbahnen und Tiefbauarbeiten) hatte ebenfalls über 1200 Arbeiter außerhalb Badens, und eine der Freiburger Baufirmen war mit über 500 Arbeitern bei Fabrikbauten in Württemberg und Braunschweig und bei Baggerarbeiten am Bau eines Kraftwerkes auf der Rhein—Main—Donaustraße beteiligt. Eine weitere angesehenere Baufirma, die seit Jahrzehnten durch ihre umfangreichen Eisenbahn- und Tunnelbauten in verschiedenen Gegenden Deutschlands Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der badischen Bauindustrie gerade auch auf diesem Gebiete des Bauwesens abgelegt hat, hat ihren Sitz in der Bodenseegegend (Überlingen). Die Arbeiter der einheimischen Baufirmen, die auf Baustellen außerhalb des Landes in Tätigkeit standen, sind — wie ausdrücklich bemerkt — ebenso wie die Arbeiter der nur vorübergehend in Baden tätigen Bauunternehmungen in den eingangs der Untersuchung enthaltenen Gesamtzahlen für die badische Bauindustrie, soweit Arbeiterzahlen in Betracht kommen (24 000 bezw. 23 900 und ohne Zweigniederlassungen 22 390), nicht inbegriffen, und bei ihrer Berücksichtigung würde sich natürlich der nach der Arbeiterzahl bemessene Gesamtumfang der betreffenden Betriebe in den obersten Betriebsgrößenklassen nach oben hin verschieben.

Wie aus dem Vorausgegangenen zu entnehmen ist, hing der Beschäftigungsgrad der badischen Bauindustrie zur Zeit der Erhebung in bemerkenswertem Umfange mit ab von der regen öffentlichen Bautätigkeit und den zur Zeit der Erhebung im Gange gewesenen Industriebauten (Badisch Rheinfelden usw.). Der Rückschlag im Wohnungsbau infolge der allgemeinen ungeheueren Verteuerung des Bauens und des Nachlassens der privaten Bautätigkeit dürfte u. a. mit daraus hervorgehen, daß von den mittleren Baugeschäften, die in der Vorkriegszeit wohl hauptsächlich im Wohnungsbau mit tätig gewesen sind und damals noch 10 bis zu 100 Arbeiter beschäftigten, im ganzen seit 1912 bis zur Erhebungszeit über 100 wegen Verminderung ihrer Arbeiterzahl auf weniger als 10 aus der Betrachtung ausscheiden mußten. Die Erscheinung würde selbstverständlich noch auffälliger in die Augen springen, wenn es angängig gewesen wäre, die sehr zahlreichen handwerksmäßigen Bauwerkstätten und Bauwerkstätten, Bauwerkstätten und Bauglasereien, die Dachdecker- und Gipsergeschäfte u. dgl. mit in die Erhebung und Untersuchung einzubeziehen, wovon jedoch schon deshalb u. a. Umgang genommen wurde, weil es meistens unmöglich ist, die hausgewerbliche Betätigung dieser Betriebe von der sonstigen mit ihr im Zusammenhang ausgeübten Gewerbstätigkeit (Bau- und Möbelschreinerei, Kunst- und Bauwerkstätten, Kunst- und Bauglaserei u. dgl.) zu trennen. Beispielsweise konnte festgestellt werden, daß im Jahre 1912 rund 60 größere Zimmergeschäfte im Lande vorhanden waren, die je 10—50 und zusammen 1100 Arbeiter beschäftigten, zur Zeit der Erhebung dagegen nur noch 38 mit zusammen etwa 800 Arbeitern. Von größeren Maler- und Anstreicherwerkstätten, die früher 10 und mehr Arbeiter beschäftigt hatten, ist nachweisbar bei etwa 60 die Arbeiterzahl in der gleichen Zeit auf unter 10 heruntergegangen.

5. Zweigniederlassungen außerbadischer Aktiengesellschaften in Baden.

Die Statistik der Aktiengesellschaften, die in Baden ihren Hauptsitz haben und reinen erwerbstätigen Charakter tragen, ist wiederholt in den „Statistischen Mitteilungen“ zur Darstellung gelangt; es sei auf den Jahrgang 1922 Nr. 3 und 7 sowie auf den Jahrgang 1923 Nr. 1 verwiesen. Das Bild dieses Ausschnitts badischer Industrie und badischen Handels wäre jedoch unvollständig, wenn in diesem Zusammenhang nicht auch der außerbadischen Aktiengesellschaften, die in Baden Zweigniederlassungen haben, gedacht würde. Allerdings ist die statistische Erfassung dieser außerbadischen Aktiengesellschaften insofern mit Schwierigkeiten verbunden, als zahlreiche Unternehmungen dieser Art, selbst wenn sie in unserm Land Fabriken mit Hunderten von Arbeitern unterhalten, von einem

Eintrag in ein badisches Handelsregister absehen und damit auch im Zentralhandelsregister des Badischen Staatsanzeigers (Karlsruher Zeitung) nicht zur Darstellung gelangen. Eine genaue Erfassung dieser außerbadischen Aktiengesellschaften, die in Baden tätig sind, wird also erst bei der nächsten gewerblichen Betriebszählung möglich sein. Wenn trotz dieser Unvollständigkeit der Statistik schon jetzt nachfolgend ein Bild über das Vorkommen außerbadischer Aktiengesellschaften in unserm Land gegeben wird, so geschieht dies deshalb, weil unbekannt ist, wann die nächste Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich stattfindet. Soviel steht fest, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung der außerbadischen Aktiengesellschaften für unser Land größer ist, als bisher mancherorts angenommen worden ist. Nach den wenn auch lückenhaften Zusammenstellungen des Statistischen Landesamts beträgt die Zahl der außerbadischen Aktiengesellschaften in unserm Land nach dem Stand vom 1. Januar ds. Js. 127, also etwa ein Drittel der badischen Aktiengesellschaften, die in unserm Land ihren Hauptsitz haben. Die Zahl der von diesen außerbadischen Aktiengesellschaften in unserm Land betriebenen Fabrikationsstätten beträgt 91, in denen nach der Gewerbezahlung vom August 1922 rund 18 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. In der größten Zweigniederlassung sind rund 1600 Arbeiter, in 3 andern zwischen 1000—1200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Das Aktienkapital dieser außerbadischen Gesellschaften, die in unserm Land Fabrikunternehmungen betreiben, beläuft sich auf rund 3,1 Milliarden Mark. 19 Unternehmungen entfallen auf das Tabakgewerbe, je 13 auf die Textilindustrie und auf das Baugewerbe, 11 auf die Maschinenindustrie, 10 auf die Chemische Industrie usw. Als Sitz der Zweigniederlassungen wird von den außerbadischen Aktiengesellschaften mit Vorliebe die Stadt Mannheim gewählt; in den 16 Fabriken, die in dieser Stadt von außerbadischen Aktiengesellschaften betrieben werden, sind rund 4½ Tausend Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Auf Karlsruhe entfallen 4 Fabrikunternehmungen mit rund 2400 Arbeitern. In 33 Fällen dienen die Zweigniederlassungen ausschließlich dem Handel und dem Verkehr; hierher zählen vor allem die 20 Filialen außerbadischer Banken in unserm Land, die sich außer in Mannheim in Karlsruhe, Freiburg, Lörrach usw. niedergelassen haben. Verschiedene außerbadische Großunternehmungen im Bau-, Maschinen- und Elektrizitätsgewerbe unterhalten in unserm Land zahlreiche Ingenieur-, Bau-, Betriebsbüros, Reparaturwerkstätten u. dgl.

Rund die Hälfte (62) der in Baden liegenden Zweigunternehmungen außerbadischer Aktiengesellschaften hat ihren Hauptsitz in Preußen, darunter 29 in der Stadt Berlin. Bayern ist mit 16, Württemberg mit 15, die Städte Hamburg und Bremen mit 8 bzw. 4 Gesellschaften beteiligt. Soweit einwandfrei festgestellt werden konnte, ist das Ausland mit 15 Gesellschaften in Baden beteiligt; davon entfallen 12 auf die Schweiz, 2 auf das Elsaß und 1 auf Österreich.

6. Der badische Hanf- und Flachsbaue im Jahr 1922.

Unter den Handelsgewächsen kommt heute in Baden den Gespinnstpflanzen eine erheblich geringere Bedeutung zu als dem Tabak. Im ganzen waren im Jahre 1922 mit Flachs 639 ha und mit Hanf 496 ha angebaut. In früheren Jahrzehnten war der Anbau von Hanf und Flachs und deren Bedeutung für den einheimischen Hausfleiß und das Seilergewerbe ungleich größer gewesen; allein die Anbaufläche für Hanf hat im Jahre 1869 noch über 9000 ha betragen. Unter der übermächtigen Konkurrenz ausländischer Gespinnstfasern und der Erzeugung und allgemeinen Verbreitung billiger Webstoffe ging der einheimische Anbau immer mehr zurück, um im Jahre 1913 mit einer Hanfanbaufläche von 170 ha und einer solchen für Flachs von 136 ha seinen tiefsten Stand zu erreichen. Andere Handelsgewächse, insbesondere der Tabak, sind an ihre Stelle getreten. Der Rohstoffmangel in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der hohe Wert der im Lande gewonnenen Pflanzenfasern führten wieder zu einer Zunahme des Hanf- und Flachsbaues, so daß jetzt deren Anbau ein Mehrfaches der Anbaufläche der Vorkriegszeit beträgt.

Flachsbaue wurde nur im Bezirk Baden nicht ermittelt; Hanfbaue ließ sich in den Bezirken Schönau, Mannheim, Schwetzingen und Wiesloch nicht nachweisen. In keinem Bezirk wurde andrerseits eine Hanf- oder Flachsfläche von mehr als 50 ha ermittelt. Jeweils 10 ha Flachs wurden in 20 Bezirken und eine solche Hanffläche in 17 Bezirken festgestellt. Die größte Anbaufläche für Flachs weisen die Amtsbezirke Buchen (49 ha), Donaueschingen (45,7), Überlingen (40,1), Meßkirch (35,4), Tauberbischofsheim (35,3), Bopfingen (35,2), Wertheim (28,7), Mosbach (25,4) und Billingen (25,2) auf. Für Hanf sind die wichtigsten Bezirke Offenburg (37,1), Waldkirch (33), Überlingen (31,7), Wolfach (25,6), Emmendingen (24) und Konstanz (22,5). Aber auch in diesen Bezirken entfällt der größere Teil der Anbaufläche jeweils auf wenige Gemeinden.

25 Gemeinden können eine Anbaufläche von über 4 ha für Flachs und 10 Gemeinden eine solche für Hanf aufweisen. Überwiegend bleibt sonst der Anbau der einzelnen Gemeinde unter 1 ha. Eine größere Bedeutung kommt dem Flachsbaue zu auf den Gemarkungen Stetten (A. Meßkirch) mit 12 ha, Nafen (A. Donaueschingen) mit 8 ha, Dörlesberg (A. Wertheim) mit 7,5 ha, Wallbüren (A. Buchen), Kirchgartshausen und Sandtorf (beide A. Mannheim) mit je 7 ha, Wittenhofen (A. Überlingen) und Holzschlag (A. Bonndorf) mit je 6 ha. Wichtige Hanfbau-gemeinden sind Urloffen (A. Offenburg) mit 16 ha, Eßenz (A. Eppingen) mit 8,7 ha und Brechtal (A. Waldkirch) mit 6 ha.

7. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Juli 1923.

Das zumeist naßkalte und sonnenlose Mainwetter hat auch, mit einigen kurzen Unterbrechungen, im Juni angehalten. Die Temperaturen lagen bedeutend unter normal und selbst an den wenigen sonnigen Tagen konnte sich die Luft nicht erwärmen. Auf dem Schwarzwald (Wolfsach, Triberg, Billingen, Bonndorf, Neustadt) und auf der Baar brachten Nachtfrost zum Teil erheblichen Schaden, auf den Bergen gab es da und dort Neuschnee.

Unter dieser Ungunst der Witterung blieb die Entwicklung der Feldgewächse mancherorts erheblich zurück. Das Wintergetreide wurde, insbesondere in Süd- und Mittelbaden, von Frost befallen; die Blüte verzögerte sich und fiel teilweise in die regnerische Zeit, so daß da und dort eine Ertragsminderung befürchtet wird. Im Sommergetreide gedieh durch die nasse Witterung Unkraut aller Art, namentlich Ackersej und Hederich, in hohem Maße. Trotz alledem bleiben die Aussichten auf eine gute bis mittlere Getreideernte fast überall bestehen, sofern demnächst wärmere Witterung eintritt, welche zur Entwicklung und zum guten Verlauf der rückständigen Weizen-, Spelz- und Roggenblüte unentbehrlich ist. Die Ernte wird voraussichtlich mindestens 14 Tage später wie sonst beginnen.

Die Kartoffeln stehen mit wenig Ausnahmen noch günstig. In einigen Schwarzwaldbezirken und auf der Baar haben sie durch Frost etwas gelitten. Vereinzelt wird auch das Vorkommen der Blattrollkrankheit gemeldet. Die Dickrüben- und Zuckerrübenpflanzungen entwickeln sich vorläufig recht langsam.

Die Heuernte ist in der Ebene und im Hügel land ziemlich beendet, verzögert sich jedoch in den Gebirgslagen durch die Ungunst der Witterung erheblich. Die Erträge werden bezüglich der Menge fast ausnahmslos sehr gelobt, während die Güte infolge der andauernd schlechten Witterung viel zu wünschen übrig läßt. In den Ackeräckern tritt mancherorts der sog. Kleewürger derart verheerend auf, daß sogar vereinzelt Umpflügungen nötig werden.

Die Tabakpflanzungen sind infolge des verspäteten Unterbringens der Sechlinge noch sehr zurück und zeigen wenig Wachstum. Sie leiden überdies da und dort durch starken Schneckenfraß.

Auch die Reben bedürfen für ihre Entwicklung schöner, sonnigwarmer Tage. Der Heuwurm zerstört die Gescheine bevor sie zum Blühen kommen, und seine Bekämpfung scheint bei dem bisherigen schlechten Wetter erfolglos zu sein. Die Herbstausichten werden in den wichtigsten Rebgegenden (Markgräfler- und Kaiserstuhl, Breisgau, Bühler Gegend usw.) zum Teil als recht gering bezeichnet.

Nach der Stufenfolge: 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering war der Stand der Saaten usw.

Anfang Juli:

Winterweizen	2,3	Wintergerste	2,3	Klee	2,5
Sommerweizen	2,4	Sommergerste	2,2	Luzerne	2,1
Winterspelz	2,3	Hafer	2,3	Wässerwiesen	2,0
Winterroggen	2,4	Kartoffeln	2,7	Andere Wiesen	2,2
Sommerroggen	2,6	Zuckerrüben	2,6	Tabak	3,3
Brotgetreidegemenge	2,2	Runkelrüben	2,7	Reben	3,5

8. Die Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im II. Vierteljahr 1923.

In den Monaten April, Mai und Juni 1923 gelangten beim Genossenschaftsvorstand 1015 Unfälle zur Anzeige, wovon 882 auf die Landwirtschaft und die mitversicherten Nebenbetriebe und 133 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals entschädigt wurden 523 Fälle; hierunter sind 16 Fälle mit tödlichem Ausgang. An Jahresrenten wurden für die neu entschädigten Fälle 14 186 000 M. angewiesen, und zwar an 504 Verletzte 12 800 000 M., an 11 Witwen 806 000 M. und an 12 Kinder 580 000 M. Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurden weiter 730 000 M. Sterbegelder bezahlt.

Im gesamten waren zu Anfang des II. Quartalsjahres (April, Mai, Juni) 1923 23 965 Personen im Rentengenuß, davon schieden im Laufe des II. Quartalsjahres 1923 durch Einstellung der Rente 451 und durch Tod 257 aus.

Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hiernach auf 1. Juli 1923 23 784 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 115 000 000 M.

Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des II. Quartalsjahres 1923 Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 84; in 383 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezüge vorgenommen werden.

9. Neugründungen von Bezirksverbänden in Baden in den Jahren 1913/22.

Durch §§ 57 und 58 des Verwaltungsgesetzes besteht seit langem für die badischen Gemeinden die Möglichkeit, Bezirksverbände mit körperschaftlicher Berechtigung zu bilden. Solche Bezirksverbände sind in früheren Jahren hauptsächlich zum Zweck gemeinsamer Wasserversorgung gebildet worden; neuerdings ist die Form des Bezirksverbands verschiedentlich auch für den Zusammenschluß mehrerer Gemeinden zum Zweck des gemeinsamen Bezugs elektrischer Energie sowie zur Wahrung und Förderung ihrer gemeinsamen Interessen als Abnehmer elektrischer Energie von bestimmten Kraftwerken gewählt worden. Im Jahrzehnt 1912/22 sind insgesamt zehn Bezirksverbände mit Genehmigung des Ministeriums des Innern neu gebildet worden, und zwar für die Zwecke der Elektrizitätsversorgung folgende sechs Verbände:

Strombezugsverband Stockach (Sitz Stockach),
 „ Waldshut, Bonndorf, St. Blasien (Sitz Tiengen),
 „ Säckingen-Waldshut (Sitz Kleinlaufenburg),
 „ Billingen (Sitz Billingen),
 „ Donaueschingen (Sitz Donaueschingen),

Bezirksverband Kraftwerk Köhlgartenwiese (Sitz Wies);
 für die Zwecke der Wasserversorgung folgende vier Verbände:

Luniberggruppe (Sitz Mengen),
 Grünbachgruppe (Sitz Tauberbischofsheim),
 Haardtgruppe (Wohnort des Vorsitzenden zurzeit Sandhausen),
 Wasserversorgungsverband des Walldürner Odenwalds (Sitz Wetterzdorf).

10. Kleinkinderbewahranstalten, Krippen und Kindergärten in Baden.

Mit der Wartung, Beaufsichtigung und Pflege kleiner Kinder bedürftiger Familien, bei denen auch die Mütter gezwungen sind, der Arbeit und dem Verdienste nachzugehen, befassen sich die Kleinkinderbewahranstalten und Krippen, die hauptsächlich auf dem Lande verbreitet sind.

An Kleinkinderbewahranstalten wurden im Berichtsjahr 1921 insgesamt 740 mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 43 873 im Tage ermittelt. Der Amtsbezirk Mannheim steht mit 48 Kleinkinderbewahranstalten (4140 Kinder) an der Spitze. Es folgen dann die Bezirke Karlsruhe mit 44 (3793 Kinder), Pforzheim und Heidelberg mit je 35 (2124 und 2625 Kinder). Von den übrigen Amtsbezirken wäre noch Bruchsal mit 27 (2233 Kinder) zu erwähnen. Unternehmer dieser Kleinkinderbewahranstalten sind in 197 Fällen Gemeinden, in 195 katholische, in 110 evangelische Verbände. Vom Frauenverein werden 112, von sonstigen Vereinen, Fabriken, Privatpersonen usw. 126 solcher Anstalten unterhalten.

Krippen waren in Baden 1920 36 vorhanden, in welchen täglich durchschnittlich 849 Kinder, teilweise ohne Unterschied der Konfession, sorgfältige Pflege fanden. Es entfielen auf die Amtsbezirke: Konstanz 6 (mit zusammen 152 Kindern), Emmendingen und Karlsruhe je 4 (mit zusammen 82 und 114 Kindern), Freiburg und Heidelberg je 3 (mit zusammen 88 und 105 Kindern), Lörrach, Ettlingen, Mannheim, Schwetzingen je 2 (mit zusammen 157 Kindern), Donaueschingen, Pfullendorf, Stockach, Billingen, Lahr, Waldkirch, Baden, Bruchsal je 1 Krippe (mit zusammen 151 Kindern). 12 Krippen sind Unternehmungen von Gemeinden, 4 vom Frauenverein, die übrigen von konfessionellen Verbänden, Fabriken, Privatpersonen und sonstigen Vereinen.

Die Kindergärten, deren Gründung in das Jahr 1871 fällt, erfreuen sich seit Beginn ihrer Tätigkeit eines besonderen Vertrauens der Bevölkerung. Als Grund dieser Bevorzugung darf wohl die Art des pädagogischen Unterrichts angenommen werden, der von ausgebildeten Kindergärtnerinnen erteilt wird. Von dem ersten Kindergarten, der in Karlsruhe entstand, gingen mannigfache Anregungen in die größeren Städte des Landes aus.

Im Jahr 1921 bestanden in Baden 38 Kindergärten, die durchschnittlich 2089 Kinder im Tage beherbergten. An erster Stelle stehen die beiden Städte Karlsruhe und Mannheim mit je 10 (zusammen 1088 Kinder), dann folgen Freiburg mit 6 (368 Kinder), Heidelberg mit 3 (190 Kinder), Konstanz und Offenburg mit je 2 (zusammen 275 Kinder), Schönau, Waldkirch, Durlach, Raastatt, Weinheim mit je einem Kindergarten (zusammen 168 Kinder). Auch bei den Kindergärten schreitet die Gemeinde als Unternehmerin mit 10 an der Spitze. Dann folgen der Frauenverein und die katholischen Vereine mit je 5, Fabriken, Privatpersonen und sonstige mit zusammen 18 Kindergärten.

11. Die Teuerung in Baden im Monat Juni.

Die Teuerung hat im abgelaufenen Monat weiter angehalten und sich in beängstigender Weise verschärft.

Die für die Erhebung der Kleinhandelspreise maßgebenden Tage waren der 6. und 20. Juni. Am auffälligsten hat sich der Brotpreis verteuert, der durchschnittlich um $\frac{2}{3}$ des früheren Preises gestiegen ist. Am 6. Juni mußte für 1 Pfund rationiertes Roggenbrot in Mannheim und Karlsruhe 633,34 *M* bezahlt werden, in Freiburg 600 *M*, in Pforzheim 620 *M*, in Baden 616,50 *M*, in Durlach 620 *M*, in Offenburg 566,67 *M*, in Konstanz, Kehl, Wertheim, Singen, Bruchsal und Gernsbach 600 *M*, in Achern 583,33 *M* und in Neustadt 580 *M*.

Das freie Brot ist im Gegensatz zum rationierten Brot in der Preisentwicklung nicht in demselben Maß gefolgt, obwohl naturgemäß auch hier eine erhebliche Verschärfung des Preises einsetzen mußte. In Mannheim, Heidelberg, Offenburg, Kehl, Waldshut und Gernsbach kostete am 6. Juni 1 Pfund freies Brot 1500 *M*, in Pforzheim 1542,50 *M*, in Freiburg und Durlach 1000 *M*, während in Karlsruhe und Hockenheim der Preis 1400 *M* beträgt. Ein auffallend hoher Preis ist in Konstanz festzustellen, wo das Pfund auf 2000 *M* gestiegen ist.

Wenn auch nicht in demselben Maße wie beim Brot ist auch beim Rindfleisch eine größere Preissteigerung festzustellen. In Mannheim ist der Preis für 1 Pfund Rindfleisch von 8800 *M* auf 10000 *M* am 6. Juni gestiegen, in Karlsruhe von 8000 auf 9000 *M*, in Freiburg von 5800 auf 8800 *M*, in Pforzheim von 6800 auf 9200 *M*, in Heidelberg von 6880 auf 10200 *M*, in Konstanz und Singen a. S. von 6000 auf 8000 *M*, in Baden von 6700 auf 9100 *M*, in Offenburg von 6000 auf 9200 *M*, in Bruchsal von 6800 auf 10000 *M*, in Achern von 6400 auf 9000 *M* und in Neustadt i. Schw. von 5600 auf 8000 *M*.

Ähnliche Preisausschläge sind beim Schweinefleisch zu beobachten.

Die Entwertung der Mark hat bei dem durch Einfuhr zu beschaffenden ausländischen Schweineschmalz noch größere Preisausschläge hervorgerufen, die Verteuerung beträgt durchweg im allgemeinen ein Drittel der am 23. Mai maßgebenden Preise. Durch diese Preisentwicklung sind auch die einheimischen Fetterzeugnisse, z. B. die Margarine und Butter, recht erheblich im Preise gestiegen. In Mannheim, Hockenheim und Baden hat sich der Preis für das Pfund Butter von 10000 auf 12000 *M* erhöht, in Karlsruhe von 10500 auf 12500 *M*, in Freiburg von 12000 auf 14000 *M*, in Heidelberg und Billingen von 11000 auf 14000 *M*, in Durlach von 10800 auf 14000 *M*, in Bruchsal von 9800 auf 14000 *M*, in Weinheim von 10000 auf 12500 *M*, in Offenburg von 9900 auf 12000 *M*, in Singen a. S. von 9000 auf 12000 *M* und in Rheinfelden von 11000 auf 13000 *M*.

Auch der Milchpreis, der von der allgemeinen Teuerungswelle erheblich erfaßt wurde, mußte durch die hinzugekommene Eisenbahntarifierhöhung weitere Steigerung erfahren. Der Preis für das Liter Vollmilch hat sich wie folgt erhöht: In Mannheim von 860 auf 1240 *M*, in Karlsruhe von 848,57 auf 1117,14 *M*, in Freiburg von 760 auf 1060 *M*, in Heidelberg von 760 auf 1100 *M*, in Konstanz von 700 auf 1000 *M*, in Baden von 800 auf 1060 *M*, in Offenburg von 780 auf 1100 *M*, in Lörrach und Kehl von 700 auf 1000 *M*, in Lahr von 650 auf 1000 *M*, in Hockenheim von 880 auf 1160 *M* und in Gernsbach von 680 auf 1000 *M*. In Weinheim konnte der alte Preis mit 800 *M* für das Liter beibehalten werden.

Die Eierpreise haben ebenfalls erheblich angezogen. So in Mannheim von 600 auf 720 *M*, in Karlsruhe von 590 auf 750 *M*, in Freiburg von 550 auf 700 *M*, in Pforzheim von 550 auf 800 *M*, in Konstanz von 400 auf 520 *M*, in Baden von 520 auf 750 *M*, in Offenburg, Kehl, Lörrach und Rheinfelden von 500 auf 700 *M* und in Zell i. W. von 450 auf 700 *M*.

Die für die einzelnen Erhebungsorte am 6. Juni berechneten Teuerungszahlen betragen: Mannheim 546 824, Karlsruhe 557 435, Freiburg 522 571, Pforzheim 547 480, Heidelberg

560 674, Konstanz 524 533, Baden 514 420, Durlach 514 295, Offenburg 541 120, Bruchsal 554 066, Lörrach 486 486, Weinheim 528 624, Lahr 479 541, Billingen 456 380, Raftatt 462 121, Singen 496 745, Kehl 528 543, Hockenheim 555 476, Achern 480 540, Waldshut 450 932, Neustadt i. Schw. 463 300, Rheinfelden 515 934, Wertheim 414 811, Zell i. W. 474 166, Gernsbach 535 037.

Gegenüber dem Stichtagsergebnis vom 23. Mai hat sich die Landesindexziffer vom 6. Juni um 171 519 Punkte oder 43,9 % erhöht. Die Landesindexziffer beträgt am 6. Juni 562 246.

Bei der Erhebung der Kleinhandelspreise am Stichtag vom 20. Juni hat die ansteigende Preisentwicklung weitere Fortschritte gemacht.

Der Preis für das Roggenbrot ist ziemlich unverändert geblieben. In Pforzheim hat sich der Preis für 1 Pfund rationiertes Roggenbrot von 620 auf 700 *M* erhöht, in Baden von 616,50 auf 717 *M*, in Lörrach von 574 auf 600 *M*, in Hockenheim von 580 auf 600 *M*, in Waldshut von 573,34 auf 600 *M*, in Rheinfelden von 575 auf 600 *M*, in Zell i. W. von 574 auf 600 *M*. In den übrigen Erhebungsgemeinden konnte sich der Preis auf der alten Höhe halten.

Infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit hat sich der Kartoffelpreis entsprechend verteuert. So ist in Mannheim für 1 Pfund Kartoffel 200 *M* zu zahlen, in Karlsruhe, Freiburg, Konstanz und Offenburg 100 *M*, in Heidelberg 120, in Hockenheim und Waldshut 60 *M*. Infolge der ungünstigen Witterung, die das Wachstum der Gemüse stark behindert, sind die Gemüse sehr gesucht und daher in entsprechender Preislage.

Auch das Fleisch hat sich gegenüber dem letzten Stichtag weiter verteuert. Der Preis für das Pfund Rindfleisch ist in Mannheim von 10 000 auf 13 600 *M* gestiegen, in Karlsruhe von 9000 auf 13 000 *M*, in Pforzheim von 9200 auf 13 600 *M*, in Heidelberg von 10 200 auf 14 000 *M*, in Konstanz von 8000 auf 9600 *M*, in Baden von 9100 auf 13 600 *M*, in Offenburg von 9200 auf 10 000 *M*, in Weinheim von 9000 auf 13 000 *M*, in Billingen von 9000 auf 14 000 *M*, in Kehl von 9200 auf 12 000 *M* und in Rheinfelden von 9000 auf 12 000 *M*.

Der Butterpreis hat sich in einzelnen Gemeinden verdoppelt. So z. B. in Mannheim von 12 000 auf 24 000 *M*, in Durlach von 14 000 auf 28 000 *M*, in Weinheim von 12 500 auf 24 000 *M* und in Gernsbach von 12 000 auf 22 000 *M*.

Der Aufschlag für das Ei hat sich gegenüber dem letzten Stichtag im Mai (23.) um mehr als 100 % erhöht. In Mannheim kostet das Ei 1250 *M*, in Karlsruhe 1200 *M*, in Heidelberg 1130 *M*, in Baden, Durlach und Offenburg 1200 *M*, in Kehl, Zell i. W. und Gernsbach 1500 *M*.

Größere Preisveränderungen sind bei der Vollmilch eingetreten, deren Preis sich einschneidend erhöhte. Das Liter Vollmilch kostet in Mannheim und Weinheim 1600 *M*, in Freiburg 1700 *M*, in Lörrach 1500 *M* und in Gernsbach 1400 *M*.

Die Preissteigerung beim Brennmaterial und der Beleuchtung überwiegt prozentual erheblich die Steigerungen bei den Nahrungsmitteln. Nach dem Stichtagsergebnis vom 20. Juni berechnen sich die Teuerungszahlen wie folgt: Mannheim 834 735, Karlsruhe 780 920, Freiburg 741 472, Pforzheim 769 371, Heidelberg 759 938, Konstanz 718 515, Baden 735 206, Durlach 753 517, Offenburg 782 310, Bruchsal 741 814, Lörrach 684 054, Weinheim 799 738, Lahr 619 799, Billingen 719 361, Raftatt 693 345, Singen a. S. 675 521, Kehl 732 148, Hockenheim 748 610, Achern 638 118, Waldshut 608 246, Neustadt i. Schw. 682 069, Rheinfelden 792 971, Wertheim 552 048, Zell 681 932, Gernsbach 770 615.

Die an Hand der Teuerungszahlen (ohne Bekleidung) bei 71 deutschen sogen. Gildienstgemeinden vom Statistischen Reichsamt berechnete Reichsindexziffer betrug im Juni 697 900, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Gegenstände, welche die Gruppen Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung umfassen, kosteten im Juni zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamts 6979 mal soviel wie vor dem Kriege. Dies bedeutet gegenüber dem Mai eine Zunahme der Steigerung um 98,2 %.

Die badische Landesindexziffer, die vom Statistischen Landesamt aus den Teuerungszahlen (gleichfalls ohne Bekleidung) von 25 badischen Gemeinden berechnet wurde, stieg im Juni und zwar nach dem Ergebnis der Stichtagserhebung vom 20. Juni gegenüber dem Monat Mai (23.) auf 808 353. Die Zunahme beträgt 106,9 %. Bei Zugrundelegung der Stichtagserhebung vom 6. Juni beträgt die Steigerung bis zum 20. Juni 43,8 %.

Die für die beiden Stichtage im Monat Juni (6. und 20.) berechneten Landesindexziffern stellen sich im Durchschnitt auf 685 300.

Bei Berücksichtigung der Durchschnittsindexziffer vom Monat Mai mit 358 774 beträgt die Zunahme der Teuerung nach der Durchschnittsindexziffer vom Monat Juni mit 685 300 91,0 %.

12. Die Waisen-, Rettungs- und Erziehungsanstalten in Baden

(Fortsetzung aus Nr. 4 und 5 der „Statistischen Mitteilungen“)

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Baden			
v. Stulz-Schrieversche Waisenanstalt in Baden-Lichtental	Waisen von 5—14, Mäd- chen bis zu 16 Jahren	v. Stulz-Schrieversche Waisenanstalt-Stiftung, Baden-Lichtental	48
St. Vincentinshaus — Waisenanstalt — in Singheim	Katholische Waisenkna- ben von 3—13 Jahren	Ordensfond der Barmher- zigen Schwestern, Frei- burg	70
Amtsbezirk Bonndorf			
Mädchenheim — Arbeiterinnen-Für- sorge in Stühlingen	Gefährdete protestantische Mädchen von 14 bis 21 Jahren	Badischer Diaconieverein Zell i. B.	24
Landhaus Heimat in Stühlingen	Sittlich verwahrloste Kin- der, zunächst ewange- lische, bis 6 Jahren	Zeller Anstalten (Ewange- lischer Gemeindepflege), e. B., Zell i. B.	13
Amtsbezirk Breisach			
Städtisches Krankenhaus und Bürger- spital in Breisach	Waisenkinder aller Konf. von Geburt bis 15 Jahren	Spitalfond Breisach	20
Amtsbezirk Bretten			
Mädchen- und Frauenheim in Bretten	Mädchen (Fürsorgezög- linge) und andere sitt- lich verwahrloste Mäd- chen, evangel. u. israel. von 14 Jahren ab	Badischer Landesverein für Jüngere Mission, Karls- ruhe	130
Badische Fürsorge-Erziehungsanstalt in Flehingen	Männliche Fürsorgezög- linge zwischen 14 und 20 Jahren	Badischer Staat — Justiz- ministerium —	176
Amtsbezirk Bruchsal			
Städtisches Versorgungsheim — früher Armen-, Pfründner- und Waisen- haus — in Bruchsal	Evangel. u. kathol. Waisen- kinder vom Säuglings- alter bis 18 Jahren	Stadtgemeinde Bruchsal	158
Waisenhaus St. Josef in Abstadt	Katholische Waisen- und Fürsorgemädchen von 2—18 Jahren	Ordenssuperiorat Freiburg	47
Amtsbezirk Buchen			
Erzbischöfliches Armentinderhaus in Waldürn	Arme verwahrloste katho- lische Kinder vom 2. bis 10. Lebensjahr	Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg	100
Amtsbezirk Bühl			
Kranken-, Pfründner- und Waisenhaus in Bühl	Waisenkinder jeden Alters und aller Konfessionen	Stadtgemeinde Bühl	48
Franziskusheim in Schwarzach	Katholische Waisenkinder und Fürsorgezöglinge von 2—14 Jahren	Franziskusheim, e. B., Schwarzach	60
Amtsbezirk Donaueschingen			
Fürstlich Fürstenbergisches Landes- spital in Hüfingen	Evangelische und katho- lische Waisen- und an- dere Kinder vom 2. bis 14. Lebensjahr	Fürstlich Fürstenbergischer Landesspitalsfonds	50
Knabenheim Mariahof in Hüfingen	Katholische Fürsorgekna- ben von 7—14 Jahren	Deutscher Caritasverband Freiburg	68
Amtsbezirk Durlach			
Rettungsanstalt in Weingarten	Fürsorgezöglinge — Kna- ben — im Alter von 6—15 Jahren, zunächst evangelische	Badischer Landesverein für Jüngere Mission, Karls- ruhe	75

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Eberbach Erziehungsanstalt Schwarzacherhof in Unterschwarzach	Evangelische männliche Fürsorgezöglinge im Alter von 14 bis 20 Jahren	Badischer Landesverein für Innere Mission, Karls- ruhe	120
Amtsbezirk Emmendingen Erzbischöfliches Armenkinderhaus Kiegel-Gurtweil in Kiegel	Verwahrloste oder gefähr- dete katholische Knaben im Alter von 2 bis 14 Jahren	Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg	121
Amtsbezirk Ettlingen St. Augustinusheim — Gut Hellberg in Ettlingen	Fürsorgezöglinge und ge- fährdete Knaben, vor- wiegend katholisch, im Alter von 14 bis 20 Jahren	Verein St. Augustinusheim, Ettlingen	70
Amtsbezirk Freiburg Katholisches Waisenhaus in Freiburg- Günterstal	Katholische Kinder im Alter von 6—14 Jahren	Waisenhausstiftung Frei- burg	96
Waisenhaus des Evangelischen Stiffts und Kinderheim in Freiburg	Evangel. Waisen, Halb- waisen und Fürsorge- zöglinge im Alter von 3—14 Jahren	Verwaltungsrat des Evan- gelischen Stiffts, Frei- burg	120
Evangelisches Fürsorgeheim des Evan- gelischen Stiffts in Freiburg	Gefallene Mädchen mit ihren Säuglingen, weib- liche Strafgefangene und Fürsorgezöglinge	Verwaltungsrat des Evan- gelischen Stiffts, Frei- burg	14
St. Augustinusheim in Freiburg	Gefallene und gefährdete katholische Mädchen und Frauen; Säuglings- heim	Katholischer Fürsorgever- ein, e. V., Freiburg	58
Amtsbezirk Heidelberg Städtisches Waisen- und Erziehungs- haus in Heidelberg	Waisen und sittlich ge- fährdete Kinder aller Konfessionen im Alter von 7—14 Jahren	Stadtgemeinde Heidelberg	30
Städtisches Kinderheim Siebenmühlen- tal in Heidelberg	Schwer erziehbare Kinder aller Konfessionen von 6—14 Jahren	Stadtgemeinde Heidelberg	30
St. Pantusheim in Heidelberg	Säuglinge u. Kinder bis zu 6 Jahren; Gefährdete schulentlassene Mädchen, uneheliche Kinder mit ihren Müttern; aller Konfessionen	Katholischer Fürsorgever- ein für Mädchen, Frauen und Kinder, Heidelberg	73
St. Antoniusheim in Heidelberg	Waisenmädchen aller Kon- fessionen von 6 bis 18 Jahren	Kathol. Fürsorgeverein und kathol. Vincentiusverein, Heidelberg	38
Amtsbezirk Karlsruhe Waisenhaus in Karlsruhe	Halb- u. Ganzwaisen aller Konfessionen von 6—14 Jahren, Mädchen bis 16 Jahren	Waisenhausstiftung Karls- ruhe	72
Evangelisches Zufluchtsheim in Karls- ruhe-Beierthheim	Sittlich gefährdete evang. Mädchen im Alter von 14—20 Jahren	Evangelischer Fürsorgever- ein für Mädchen, Frauen und Kinder, Karlsruhe	15

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
St. Antoninsheim in Karlsruhe-Mühlburg	Sittlich gefährdete und gefallene uneheliche Mütter; Kinder aller Konf. von 10 Tagen bis 6 Jahren, Mädchen von 14–20 Jahren	Katholischer Fürsorgeverein für Frauen und Kinder, e. B., Karlsruhe	46
Jugendschutzheim in Karlsruhe	Gefährdete männliche Jugend aller Konfessionen im Alter von 14–20 Jahren	Verband der Karlsruher Jugendschutzvereine, e. B., Karlsruhe	36
Myl und Erziehungshaus Scheibenhart in Bulach	I. Abteilung: Beobachtungsstation f. Psychopathen (auch Schulpflichtige) II. Abteilung: Jugendliche weibliche Fürsorgezöglinge nach der Schulentlassung bis 19 Jahren	Badischer Frauenverein, Karlsruhe	50
Erziehungsheim Schloß Stutensee bei Blankenloch	Gefährdete Knaben im Alter von 14–18 Jahren	Bezirksverein für Jugendschutz und Gefangenenfürsorge, Karlsruhe	34
Hardtstiftung — Hardthaus — in Welschneurent	Arme, auch verwahrloste evangelische Kinder im Alter von 6–12 Jahren	Ein Freundeskreis	70
Amtsbezirk Konstanz v. Wessenbergische Erziehungsanstalt in Konstanz	Sittlich verwahrloste Mädchen aller Konfessionen im Alter von 6–14 Jahren	Verein für die Wessenbergische Erziehungsanstalt Konstanz	40
Katholisches Fürsorgeheim in Konstanz	Sittlich gefährdete, auch gefallene Mädchen, Frauen u. Kinder (diese bis 14 Jahren) aller Konfessionen	Katholischer Fürsorgeverein Konstanz	22
Städtische Pfründner- und Pflegeanstalt — früher Hospital zum heil. Geist — in Kadolfzell	Waisenkinder, vorwiegend katholische, jeden Alters	Spitalsfonds Kadolfzell	10
Amtsbezirk Lahr Erstes deutsches Reichswaisenhaus in Lahr	Waisenkinder aller Konfessionen von 6–12 Jahren	Verein zur Gründung und Erhaltung eines Reichswaisenhauses, Lahr	66
Lahrer Waisen- und Rettungshaus in Dinglingen	Verwahrloste und verwaisete evangelische Kinder von 6–12 Jahren	Stiftungsrat für die Waisenhausstiftung Dinglingen	70
Amtsbezirk Lörrach Rettungsanstalt Friedrichshöhe in Tärlingen	Evangelische sittlich gefährdete Kinder von 6–12 Jahren	Ein Freundeskreis	63
Amtsbezirk Mannheim Katholisches Günthersches Waisenhaus in Ladenburg	Katholische Waisenkinder von 6–14 Jahren	Katholisches Günthersches Waisenhaus, Ladenburg	30
Marien-Waisenanstalt in Mannheim	Waisentöchter aller Konfessionen von 5–17 Jahren	Stiftungsfonds d. Marien-Waisenanstalt Mannheim	32

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Evangelisches Waisenhaus für Mädchen in Mannheim	Evangelische Waisen und Halbwaisen von 5—13 Jahren	Verein Evangelisches Wai- senhaus für Mädchen, Mannheim	55
Luisen-Stephanienhaus in Mannheim	Badische kathol. Waisen- mädchen von 6—20 Jahren	Luisen-Stephanien-Waisen- hausstiftung Mannheim	77
Katholische Mädchenanstalt St. Josef in Mannheim-Käfertal	Arme, auch gefährdete kathol. Mädchen von 4—21 Jahren	Vorstand der Katholischen Mädchenanstalt St. Josef, Mannheim-Käfertal	126
Familie-Wespin-Stiftung Mannheim — Waisenhaus für Knaben — in Mannheim	Waisenknaben christlicher Religion von 6 bis 14, teilweise bis 17 Jahren	Stadtgemeinde Mannheim bezw. die Stiftung der Familie Wespin	61
Israelitisches Waisenhaus in Mann- heim	Israel. Waisenknaben und Knaben dürftiger Eltern i. Alter v. 6—10 Jahren	Israelitischer Waisenverein Mannheim	20
Pensionat St. Josef — Dummiller Stift — in Mannheim	Katholische Knaben von 6—14 Jahren	Geistl. Rat und Stadtdelan J. Bauer	50
Kathol. Knabenwaisenhaus St. Anton in Mannheim	Kathol. Knaben, insbeson- dere Waisen im schul- pflichtigen Alter	Katholisches Knabenwaisen- haus St. Anton, e. B., Mannheim	100
St. Annaheim in Mannheim	Sittlich gefährdete und ge- fallene kath. Mädchen, Frauen und Kinder; Jugendliche im Alter von 14—21 Jahren, Kinder bis zu 2 Jahren	Katholischer Fürsorgever- ein für Mädchen, Frauen und Kinder, Mannheim	24
Evangelisches Waisenheim für Knaben in Mannheim	Evang. Waisenfinder, aus- nahmsweise auch andere Kinder von 5—17 Jah- ren, hauptsächlich Schüler höherer Lehranstalten	Evangelisches Waisenheim für Knaben, e. B., in Mannheim	12
Amtsbezirk Oberkirch			
Katholisches Mädchenwaisenhaus St. Gebhard in Oberkirch	Berwaisste, sittlich ver- wahrloste kathol. Mäd- chen von 4—15 Jahren	Mutterhaus der barmher- zigen Schwestern des heil. Vinzenz von Paul in Freiburg	60
Amtsbezirk Pforzheim			
Städtisches Waisenhaus in Pforzheim	Ganz- und Halbwaisen aller Konfessionen von 4—14 Jahren	Stadtgemeinde Pforzheim	115
Marienhäus in Pforzheim	Katholische Mädchen von 2—16 Jahren	St. Bernhardstift Freiburg	16
Kinder-Rettungsanstalt Niefenburg in Niefern	Elternlose, heimatlose, ge- fährdete und gefallene Kinder v. 6—14 Jahren	Ein Verein von christlichen Männern	74
Amtsbezirk Pfullendorf			
Spital in Pfullendorf	Arme Kinder bis zum ge- reisten Alter	Stiftungsverwaltung Pful- lendorf	100
Amtsbezirk Raastatt			
Meyer-Margarethen-Mädchenwaisen- anstalt in Raastatt	Katholische Waisenfinder von 4—16 Jahren	Stadtgemeinde Raastatt	45
Friedrich-Luisen-Knabenwaisenhaus in Raastatt	Waisenknaben aller Kon- fessionen von 2—14 Jahren	Stadtgemeinde Raastatt	38
Georg-August-Maria-Viktoria-Er- ziehungshaus in Raastatt	Katholische Mädchen von 14 Jahren ab; auch Haushaltungsschule	Die Stiftungsverwaltung in Raastatt	35

Die in dieser Tabelle aufgeführten Anstalten sind im Jahre 1900/01 im Bestande gewesen.

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtbezirk Säckingen Myl Bethesda in Gernsbach	Gefallene und gefährdete evangelische Mädchen von 15—20 Jahren	Eine G. m. b. H. (Leitung Evangelische Diakonissenanstalt Karlsruhe)	24
Waisenhaus zum heiligen Fridolin in Säckingen	Waisen und arme Kinder, vorwiegend katholische, vom Säuglingsalter bis 14 Jahren	St. Vinzenzverein Säckingen	50
Anstalt Beuggen in Karlsruh	Evangelische Kinder von 2—13 Jahren	Eingetragener Verein Anstalt Beuggen	120
Waisenhaus zum heiligen Fridolin in Ridenbach	Evang. u. kath. Kinder von 3 Monat. bis 5 Jahren, ausnahmsweise von 12 bis 14 Jahren	Geistl. Rat L. Herr in Säckingen	60
Amtbezirk Schönau Badische Diaspora-Waisen- und Konfirmandenanstalt in Zell i. B.	Arme Waisen und Konfirmanden vom Säuglingsalter b. 14 Jahren, vorwiegend evangelische, aus der evang. Diaspora	Zeller Anstalten (Evangelische Gemeindepflege), e. B., in Zell i. B.	52
Amtbezirk Sinsheim Badische Fürsorgeerziehungsanstalt in Sinsheim	Sittlich verwahrloste Knaben von 14—20 Jahren	Badischer Staat — Justizministerium —	70
Amtbezirk Stausen Schwesternhaus Bethanien „Zum guten Hirten“ in Heitersheim	Sittlich gefährdete u. verwahrloste kathol. weibliche Fürsorgezöglinge von 14—20 Jahren	Mutterhaus der barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul in Freiburg	143
Amtbezirk Triberg Waisenhaus in Furtwangen	Elternlose oder verlassene Kinder aller Konfessionen bis zu 14 Jahren	Stadtgemeinde Furtwangen	30
Schwarzwälder Kinder-Rettungshaus in Hornberg	Erziehungsbedürftige evangelische Kinder von 5 bis 14 Jahren	Verwaltungsrat der Hornberger Stiftungen, Hornberg	66
Amtbezirk Billingen Waisenhaus in Billingen	Waisen und arme Kinder aller Konfessionen von 3—14 Jahren	Spitalfonds Billingen	46
Kolonie Antenbut in Alengen	Arbeitslose und der Gefahr des Verkommens ausgesetzte Personen	Landesverein für Arbeiterkolonien Karlsruhe*)	40
Amtbezirk Waldshut Erzbischöfliches Armenkinderhaus Niegel-Gurtweil in Gurtweil	Sittlich gefährdete und verwahrloste katholische Mädchen von 2—14 bezw. 16 Jahren	Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg	60
Amtbezirk Weinheim Weinheim-Odenwälder Rettungsanstalt „Pilgerhaus“ in Lügelsachsen	Sittlich verwahrloste, gefährdete, arme evangelische Kinder von 2—15 Jahren	Berein Weinheim-Odenwälder Rettungsanstalt „Pilgerhaus“ Weinheim	68
Amtbezirk Wertheim Waisenhaus Georgshilfe in Eichel bei Wertheim	Evang. Waisenkinder und Erziehungsbedürftige von 6 bis 14 Jahren	Berein für Innere Mission, Augsburg. Bekenntnisses, Wertheim	30

*) Kurzzeit ist die Kolonie vom Bad. Justizministerium pachtweise in Verwaltung genommen und gleichzeitig als Gefangenen-Kolonie eingerichtet worden.

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 7.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das III. Vierteljahr 1500 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Die Anbauflächen des Jahres 1923. 2. Ausländer in Baden im Frühjahr 1923. 3. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang August 1923. 4. Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden im Jahr 1923. 5. Über die Volksschulen in Baden im Jahr 1922. 6. Die Feuerung in Baden im Monat Juli. 7. Die Kranken-, Pfündner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genesungsheime in Baden (Fortsetzung).

1. Die Anbauflächen des Jahres 1923.

Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche Badens, die im Jahr 1923 insgesamt 804 375 ha beträgt, entfallen auf Ackerland 527 512 ha, auf Wiesen 227 385 ha, auf Weiden 34 761 ha; Rebland wurden 14 717 ha ermittelt.

Nahezu die Hälfte des Ackerlandes (248 745) dient dem Getreidebau. Der Anbau von Hülsenfrüchten erstreckt sich auf 4063 ha Ackerland. Auf die einzelnen Halmfrüchte verteilt sich die Getreidefläche wie folgt: Hafer 59 493 ha, Gerste 51 077 ha (48 579 ha Sommergerste und 2498 ha Wintergerste), Weizen 48 457 ha (46 130 ha Winterweizen und 2327 ha Sommerweizen), Roggen 45 263 ha (43 731 ha Winterroggen und 1532 ha Sommerroggen), Spelz 20 404 ha, Menggetreide 20 519 ha und sonstiges Getreide (Welschkorn, Buchweizen, Hirse u. a.) 3532 ha. Unter den Hülsenfrüchten wurden am meisten Erbsen mit 1452 ha angebaut.

Mit Hackfrüchten ist ein Viertel des Ackerlandes (131 193 ha) bestellt, davon entfällt auf Kartoffeln eine Fläche von 87 700 ha, auf Futterrüben eine solche von 38 381 ha, auf Zuckerrüben 2355 ha.

Die Futtergewächse nehmen ein Fünftel des Ackerlandes ein (108 150 ha). Die größte Verbreitung besitzt der rote Klee mit 51 186 ha, es folgt die Luzerne mit 30 261 ha. Andere Kleearten nehmen eine Fläche von 12 230 ha ein.

Der für Badens Landwirtschaft und Industrie so bedeutsame Handelsgewächsbau beansprucht eine Fläche von 11 914 ha, d. s. nur 2,3 % des gesamten Ackerlandes. Am wichtigsten ist der Tabak mit 4822 ha, der Reys mit 3344 ha, Flachs 687 ha, Hanf 600 ha, Hopfen 212 ha, Korbweiden 114 ha; auf alle andern Handelsgewächse (Wohn, Zichorie u. a.) entfallen 2128 ha.

Feldmäßigen Gemüsebau finden wir auf einer Fläche von 4622 ha; davon nimmt das Weißkraut 1263 ha ein.

Vom Ackerland sind Brachfeld 6531 ha und 9218 ha dienen der Ackerweide.

Wiesen und Weiden erreichen zusammen die Hälfte der Ackerfläche. Von den 227 385 ha Wiesen sind 74 262 ha Wässerriesen. Die zweischürigen Wiesen überwiegen die ein- und dreischürigen Wiesen bei weitem, bei den Wässerriesen sowohl wie bei den andern.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anbauverhältnisse auffallenderweise wenig geändert. Noch hält der Rückgang im Getreidebau an und nimmt der Wiesen- und Futterbau zu. Es haben die Wiesen um 3634 ha zugenommen, die Weiden um 2099 ha und die Ackerweide um 2799 ha; Kottklee wird gegen das Vorjahr mehr gebaut 3086 ha und an Luzerne mehr 1516 ha. Die Abnahme der Getreidefläche, die insgesamt 4191 ha beträgt, erstreckt sich auf nahezu alle Getreidearten. Eine geringe Zunahme ist bei Sommerweizen um 246 ha und bei Sommerroggen um 271 ha zu beobachten. Die Kartoffelfläche weist gegenüber dem Vorjahr kaum eine Veränderung auf. Dagegen hat die Tabakfläche um 705 ha, das Rebland um 400 ha, die Zuckerrübe um 107 ha und der Hopfen um 55 ha abgenommen. Öl- und Gespinsspflanzen zeigen dagegen eine nicht unerhebliche Zunahme. Die Reysfläche ist um 916 ha größer als im Vorjahr, die Hanf- und Flachsfäche um 102 ha. Auch der Anbau von Korbweiden, der zum erstenmal erhoben wurde, scheint in Zunahme begriffen zu sein.

Die großen Unterschiede im Anbau gegenüber dem Frieden bestehen nach wie vor, wie für das Vorjahr bereits in Nr. 8 der Mitteilungen, Jahrgang 1922, ausgeführt wurde.

2. Ausländer in Baden im Frühjahr 1923.

Eine Sondererhebung auf 15. Mai 1923 ergab für 15 badische Gemeinden, unter denen sich die großen Städte und die beiden wichtigsten Badeorte befinden, die Anwesenheit von 21 876 Ausländern. Von dieser Zahl entfielen 8366, mithin über ein Drittel auf Mannheim; Karlsruhe zählte 3547, Freiburg 3272. Dann folgen Heidelberg mit 1908, Konstanz mit 1221 und Baden mit 1109. Alle übrigen Erhebungsgemeinden erreichen die Zahl von 1000 Ausländern nicht. Lörrach wies deren 946, Pforzheim 730 auf. In Rastatt wurden 145, in Lahr 126, in Durlach 124, in Badenweiler 123, in Bruchsal 121, in Ettlingen 79 und in Weinheim 59 Ausländer ermittelt.

Anderes ist das Bild, wenn man die Zahl der Ausländer mit der Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung der betreffenden Gemeinden vergleicht. In Ermangelung neuerer Unterlagen werden dabei die Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 verwandt. Darnach steht der Kurort Badenweiler mit 12% Ausländern weit an der Spitze. In erheblichem Abstand folgt dann die Industriestadt Lörrach mit 6,4%. Die Nähe der Schweiz und des Elßaß und die starke Verflechtung der Lörracher Textilindustrie mit der Wirtschaft der Grenzländer erklärt die immerhin hohe Ziffer. Die Stadt Baden weist einen Prozentsatz von 4,8 auf. Hier hätte zweifellos eine Erhebung, die in die Hochsaison der Bäderstadt gefallen wäre, eine wesentlich höhere Ziffer ergeben. Die Grenzstadt Konstanz weist 4,1% Ausländer auf, dann folgt mit 3,6% Mannheim. Ein gesteigertes Wirtschaftsleben ruft den starken Zustrom von Ausländern in die größte Stadt Badens hervor. Auch in Karlsruhe, das 2,6% Ausländer aufweist, üben Industrie, Handel und Verkehr eine starke Anziehungskraft aus, hinzu tritt die Technische Hochschule, auf die $\frac{1}{10}$ der Ausländer Karlsruhes entfällt. Auch die Handelshochschule Mannheim weist eine größere Zahl von ausländischen Studierenden auf. Diese machen allerdings nur einen geringen Bruchteil der Ausländer in Mannheim aus. Erheblich größer ist die Anziehungskraft der Universitäten in Freiburg und Heidelberg auf die Ausländer. Hinzu kommen in beiden Universitätsstädten noch eine Menge Fremde, die die Orte der Schönheit ihrer Lage wegen aufsuchen. Während Freiburg 3,7% Ausländer meldete, erscheint Heidelberg mit 2,8%. Auffallend gering ist der Prozentsatz der Ausländer in der Industriestadt Pforzheim mit ihren ausgedehnten internationalen Beziehungen. Die 730 Ausländer, die dort gemeldet wurden, machen knapp 1% der ortsansässigen Bevölkerung aus. Auch in der Industriestadt Lahr bleibt die Zahl der Ausländer mit 0,9% in bescheidenen Grenzen. Etwas größer ist der Prozentsatz in Rastatt (1,2%), das durch die Abtrennung des Elßasses zu einer wichtigeren Grenzstadt geworden ist. Der geringe Anteil der Ausländer an der Bevölkerung der Städte Durlach, Bruchsal und Ettlingen (jeweils 0,8%) und Weinheim (0,4%) wird weniger wundernehmen.

Die Zahl der Ausländer verteilt sich auf 59 Staaten der Erde. Nur wenige Länder wie z. B. Abessinien, Afghanistan, Honduras, Nicaragua sind nicht vertreten, dagegen erscheinen auch die neuesten Staatenbildungen in der Statistik wie Palästina, der Frische Freistaat, die Freie Stadt Fiume. Auf europäische Staaten entfallen 20 333 Personen, auf asiatische 269, auf afrikanische 38, auf amerikanische 777, auf Australien 3. Hinzu kommen 453 Staatenlose. Am stärksten vertreten war die Tschecho-Slowakei mit 4216 Staatsangehörigen. Von diesen entfielen nicht weniger als 3664 auf Mannheim. Es handelt sich hier fast durchweg um deutsch-böhmische Arbeiter, die die Wirtschaftskrise der Tschecho-Slowakei zur Abwanderung gezwungen hat. An zweiter Stelle steht Polen mit 3622 Staatsangehörigen. Auch hier entfällt der größere Anteil mit 2823 auf Mannheim; Karlsruhe wies deren 537 auf. Die Schweiz ist in den 15 Gemeinden mit 3173 Angehörigen vertreten. Die größte Zahl Schweizer Bürger wies Freiburg mit 723 auf, dann folgt Lörrach mit 643, Konstanz mit 503, Karlsruhe mit 440, Mannheim mit 264, Heidelberg mit 233 und Pforzheim mit 111. Deutsch-Österreich stellt ein Kontingent von 2397 Personen. Die Österreicher sind am stärksten vertreten in Konstanz (432), Mannheim (431), Karlsruhe (429), Pforzheim (340), Freiburg (324), Heidelberg (209), Lörrach (72). Französische Staatsangehörigkeit besaßen 1134 Personen. Weit überwiegend handelt es sich aber hier nicht um Franzosen aus dem alten Frankreich, sondern um Elßaß-Lothringer. In Karlsruhe waren 372, in Freiburg 249, in Mannheim 154, in Lörrach 134, in Baden 54 ermittelt worden. Ausländer italienischer Staatsangehörigkeit waren 1064 gezählt worden, davon in Mannheim 380, in Freiburg 221, in Karlsruhe 139, Heidelberg 80, Lörrach 57, Pforzheim 55, Konstanz 45. Die Niederlande waren mit 724 Angehörigen vertreten; davon 196 in Freiburg, 180 in Heidelberg, 134 in Baden, 88 in Karlsruhe und 68 in Mannheim. Die Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten be-

saßen 637 Personen. Während in Freiburg 164, in Heidelberg 128, in Karlsruhe 120 und in Baden 117 Angehörige der Union ermittelt wurden, kamen auf Mannheim nur 32. Russische Staatsangehörigkeit besaßen 612 Personen, die der Ukraine 359. Russen und Ukrainer sind am stärksten in Karlsruhe vertreten (204 bzw. 219), dann folgt Mannheim mit 74 und 94, Freiburg mit 88 und 18, Heidelberg mit 104 und 7, Baden mit 86 und 6. Schweden stellte 279 Personen, Ungarn 264, Griechenland 180, Dänemark 172, Finnland 150, Bulgarien 142, Norwegen 134, Estland und Spanien je 128, Jugoslawien 117, Belgien 112, die Türkei 103. Auf Japan entfielen 92, auf Litauen 78, auf Luxemburg 75, Argentinien 55, China und Brasilien je 38, Ägypten 30, Georgien 28, Chile 15, Danzig 14, Liechtenstein 12, Britisch-Indien 10. 22 weitere Staaten waren mit weniger als 10 Angehörigen vertreten.

Aus dem Material, das dem Statistischen Landesamt zugegangen ist, geht nicht immer mit Deutlichkeit hervor, ob es sich um dauernd oder vorübergehend sich aufhaltende Ausländer handelt. Betont muß auch werden, daß es sich nur um eine Teilerhebung handelt. Es kann aber der Schluß gezogen werden, daß die Zahl der Ausländer, die dauernd ihren Wohnsitz in den 15 Erhebungsgemeinden haben, die Zahl der Durchreisenden bei weitem übertrifft. Die Verkehrsstörungen infolge des feindlichen Einbruchs halten insbesondere viele Ausländer von einem Aufenthalt in Baden ab. Es kann weiterhin mit Sicherheit behauptet werden, daß sich dauernd in unserm Land aufhalten vor allem Angehörige der Tschecho-Slowakei, Österreichs, der Schweiz, Italiens, Polens und Rußlands und der baltischen Länder. Um vorübergehend sich aufhaltende Ausländer dürfte es sich vielfach handeln bei den Angehörigen aus den Niederlanden, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, England und den Vereinigten Staaten. Dasselbe dürfte zutreffen für die Staatsangehörigen südamerikanischer, asiatischer und afrikanischer Länder.

In der Gesamtzahl der Ausländer sind die Auslandsstudierenden des Sommersemesters 1923 auf den beiden Landesuniversitäten, der Technischen Hochschule und der Handelshochschule enthalten. Sie zählen insgesamt 1023. An erster Stelle steht dabei die Technische Hochschule Karlsruhe mit 327 ausländischen Studierenden, dann folgt die Universität Heidelberg mit 306 und die Universität Freiburg mit 255; an letzter Stelle steht die Handelshochschule Mannheim mit 135 Auslandsstudierenden. Im Sommersemester 1914 waren die Zahlen wie folgt: Karlsruhe 363, Heidelberg 349, Freiburg 133, Mannheim 24; zusammen 869. Das größte Kontingent der Ausländer auf den Hochschulen stellen die Nachfolgestaaten der österreich-ungarischen Monarchie und die Balkanländer. Bulgarien war mit 117, Rumänien mit 70, Griechenland mit 64, die Türkei mit 15 Studierenden vertreten. Deutsch-Österreich stellte 58, die Tschecho-Slowakei 49, Ungarn 42, Jugoslawien 31. Einen erheblichen Anteil machen auch die Studierenden aus den nordischen Ländern aus: Norwegen 31, Schweden 21, Dänemark 13, Finnland 11. Die Zahl der Balten und der Studierenden aus Estland und Lettland beträgt zusammen 94. Die Schweiz schickte 103 Studierende, die Niederlande 21, England 20, die Vereinigten Staaten 11. Aus China stammten 30, aus Japan 28. Frankreich und Belgien sind auf den badischen Hochschulen nicht vertreten. Gegenüber dem Frieden ist vor allen Dingen festzustellen, daß die Zahl der Studierenden aus Rußland sehr zurückgegangen ist, auch Polen stellt nur 18 Studierende.

Es darf angenommen werden, daß mindestens die Hälfte der insgesamt in Baden ermittelten Ausländerzahl deutscher Sprache und Abstammung ist. Die Gefahr einer unerwünschten Zufuhr fremden Blutes erscheint dadurch geringer, als auf den ersten Anschein vermutet werden könnte. Zugenommen gegenüber dem Frieden hat allerdings die Zahl der Zuwanderer aus dem Osten. Während im Jahr 1907 in Mannheim nur 533 russische Staatsangehörige ermittelt wurden, waren es jetzt 3391 Personen polnischer, russischer und ukrainischer Staatsangehörigkeit. In Karlsruhe besaßen 1907 674 Personen die russische Staatsangehörigkeit, heute befinden sich dort 960 Angehörige Polens, Rußlands und der Ukraine. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Karlsruhe seit dem Jahr 1907 trotz der Bevölkerungsvermehrung die Gesamtzahl der Ausländer um 228 abgenommen hat. Freiburg weist eine Abnahme von 728 auf, Mannheim dagegen zählt heute 4537 Ausländer mehr als im Jahr 1907. Der Rückgang betrifft überall in erster Linie Personen schweizerischer und italienischer Staatsangehörigkeit. In Mannheim waren 1907: 830 Schweizer und 622 Italiener gezählt worden, heute sind es nur noch 264 und 380; Karlsruhe zählte damals 909 Schweizer und 398 Italiener, heute sind es 444 und 139. Besonders stark ist der Rückgang der Italiener in Freiburg von 1256 auf 221. Die Zahl der Schweizer hat in dieser Stadt abgenommen von 1375 auf 723.

3. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang August 1923.

Nach der nasskalten Witterung im Juni ist von Ende Juni an trockenes, heißes Wetter eingetreten, das fast ununterbrochen beinahe den ganzen Juli hindurch angehalten hat. In allen Landesteilen herrschte mangels durchweichender Niederschläge große Trockenheit, die sich besonders in der südlichen Hälfte des Landes stark fühlbar machte. Am 15. Juli gingen Hagelwetter, verbunden mit starkem Sturm in verschiedenen Gegenden nieder, die in mehreren Gemeinden der Amtsbezirke Breisach, Ettenheim, Lahr und Offenburg, ferner Heidelberg, Buchen und Mosbach zum Teil sehr beträchtlichen Schaden an den Feldgewächsen und an den Obstbäumen sowie in den Weinbergen, insbesondere am Kaiserstuhl, anrichteten. — In einigen Bezirken (z. B. Donaueschingen, Schönau, Eppingen, Sinsheim) machen sich die Mäuse wieder stärker bemerkbar.

Das Getreide ist durch das trockene, heiße Wetter rasch zur Reife gekommen, so daß die Ernte fast überall im Gang, in manchen Gegenden mit leichten Böden sogar größtenteils beendet ist. Die Körnererträge bleiben da und dort beim Winterroggen etwas hinter den Erwartungen zurück, da diese Frucht eine ungünstige Blütezeit hatte. Im allgemeinen wird jedoch die Getreideernte als eine gute Mittelernte geschätzt. Die Hackfrüchte, hauptsächlich die Kartoffeln, hatten unter der Trockenheit zu leiden. Die Frühkartoffeln sind klein geblieben, die Spätkartoffeln sind zwar in tiefgründigen Böden noch schön, im leichten Sandboden dagegen stehen sie langsam ab. Es fehlen die den Boden durchfeuchtenden Niederschläge, die das Wachstum fördern könnten. Das gleiche gilt für die Futterpflanzen und die Wiesen. Die zweiten bzw. dritten Kleechnitte werden bei Fortdauer der Trockenheit in manchen Bezirken geringe Erträge abwerfen. Auch die Ohmdenernte von nicht bewässerbaren Wiesen wird mancherorts hinsichtlich der Menge als ziemlich gering veranschlagt.

Die Reben haben bei der für sie günstigsten Witterung gut verblüht. Was der Wurm nicht zerstört hat, kommt jetzt doch zur Entwicklung, so daß die Herbstaussichten, von den durch Hagel heimgesuchten Anlagen abgesehen, doch nicht ganz trostlos sind.

Nach der Stufenfolge: 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering war der Stand der Feldgewächse usw. Anfang August:

Winterweizen . . . 2,2	Brotgetreide-	Kartoffeln . . . 2,9	Wässerwiesen . . . 2,7
Sommerweizen . . . 2,4	gemenge . . . 2,3	Zuckerrüben . . . 2,4	Anderer Wiesen . . . 3,4
Winterpelz . . . 2,3	Wintergerste . . . 2,4	Runkelrüben . . . 2,6	Tabak 3,2
Winterroggen . . . 2,4	Sommergerste . . . 2,1	Klee 2,9	Hopfen 3,3
Sommerroggen . . . 2,4	Hafer 2,3	Ruzerne 2,5	Reben 3,4

4. Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden im Jahr 1923.

In Baden gab es am 1. Juli 1923 — ohne den besetzten Bezirk Offenburg — einen Bestand von 7839 Kraftfahrzeugen. Davon entfielen 2536 auf Großkrafträder, 3338 auf Personenkraftwagen, 1918 auf Lastkraftwagen; 25 Kraftwagen dienten Feuerlöschzwecken, 8 den Zwecken der Straßenreinigung und hinzu kommen 14 Zugmaschinen ohne Güterladerraum. Ein Vergleich mit dem Vorjahr (siehe Nr. 7 der Mitteilungen, Jahrgang 1922) ergibt eine weitere Zunahme der Kraftfahrzeuge. Aber diese Zunahme bleibt mit 34% gegenüber einer Zunahme von 51% vom 1. Juli 1920 bis 1. Juli 1921 erheblich zurück. Weiterhin ist bezeichnend, daß die Zunahme vornehmlich auf die Krafträder entfällt, deren Zahl von 1559 auf 2536 gestiegen ist; die Zunahme beträgt hier 62,7%. Demgegenüber beträgt die Zunahme bei den Kraftwagen, die vorzugsweise der Personenbeförderung dienen, nur 25,3%, und bei den Kraftwagen, die vorzugsweise der Lastenbeförderung dienen, nur 21,5%. Bei den Personenkraftwagen ist deutlich zu erkennen, wie mit der gewaltigen Erhöhung der Anschaffungs- und Unterhaltungskosten die Zunahme vornehmlich auf die kleinen Wagen entfällt. Während die Personenkraftwagen unter 10 Steuer-PS um 40% zugenommen haben, beträgt die Zunahme der Personenkraftwagen mit 10—18 PS nur 20%, und die Anzahl der Wagen mit mehr als 18 Steuer-PS hat sogar um ein geringes abgenommen. Auf die einzelnen Größenklassen verteilen sich die Personenkraftwagen wie folgt: Bis 6 Steuer-PS 941 Wagen, von 6—10 PS 1208, von 10—14 PS 547, von 14—18 PS 372, mehr als 18 PS 232. Bei den Lastkraftwagen entfällt die größte Zahl (803) auf die Wagen mit mehr als 4000 kg Eigengewicht. 634 Wagen haben ein Eigengewicht von 3000—4000 kg, 224 ein solches von 2000—3000 kg, 192 ein Eigengewicht von 1000—2000 kg

und 65 Wagen weniger als 1000 kg. Von den Zugmaschinen weisen 6 ein Eigengewicht bis zu 5000 kg und 8 ein Eigengewicht von mehr als 5000 kg auf. Von den Kraftwagen mit mehr als 2000 kg Eigengewicht finden Verwendung 109 bei Behörden, 198 im Transportgewerbe, 153 im Brauereigewerbe, 29 im Müllereigewerbe, 195 im Baugewerbe, im Steinbruchbetrieb, bei Ziegeleien usw., 34 in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

Der Antrieb erfolgte bei 5126 Wagen durch Verbrennungsmaschinen und nur bei 29 durch Elektromotoren.

5. Über die Volksschulen in Baden im Jahr 1922.

Es bestanden im Jahr 1922, wie bereits in Nr. 12 des letzten Jahrgangs der „Statistischen Mitteilungen“ veröffentlicht, in Baden 1600 Volksschulen mit 10 929 Klassen. Darin wurden unterrichtet 360 700 Schüler und Schülerinnen von 7581 vollbeschäftigten Lehrkräften. Von diesen Lehrkräften waren 5756 Lehrer und 1825 Lehrerinnen; mithin betrug die Zahl der Lehrerinnen ein knappes Viertel der gesamten Lehrkräfte (24,1%).

In Ergänzung hierzu entnehmen wir einem Aufsatz über die deutschen Volksschulen im Jahr 1922 in Nr. 17 der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ für Baden folgendes:

Auf 10 000 Einwohner kommen

	Schulen	Schüler	Lehrkräfte
in Baden	7,2	1633	34,3
in Württemberg	9,2	1436	30,3
im Deutschen Reich	8,9	1504	33,2

In Baden kommen auf eine Schule 6,8 Klassen gegen 3,1 in Württemberg und 3,9 im Reich. Durchschnittlich wurden in einer Klasse unterrichtet in Baden 33,0 Schüler gegen 50,1 in Württemberg und 42,9 im Reich. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht die Verhältnisse im einzelnen.

Von 100 Klassen sind besetzt mit Schülern

	bis 30	31—40	41—50	51—60	61—70	über 70
Baden	40,4	33,7	21,8	3,9	0,2	—
Württemberg	6,9	19,9	31,2	20,0	11,7	10,3
Bayern	8,5	18,9	28,1	20,8	12,1	11,6
Hessen	8,7	24,2	36,8	19,3	8,5	2,5
Deutsches Reich	16,6	27,8	29,7	16,2	6,6	3,1

Baden schneidet darnach unter den süddeutschen Staaten am besten ab. In Preußen liegen im Durchschnitt die Verhältnisse ähnlich wie in Hessen; im industrie- und städtereichen Sachsen ist die Klassenbesetzung eine günstigere als in Baden, wenn man die Klassen mit einer Schülerzahl bis zu 40 den Klassen mit mehr als 40 Schülern gegenüberstellt.

Etwas anders gestaltet sich das Verhältnis der Lehrkräfte zur Schülerzahl. Auf eine Lehrkraft entfallen in Baden 47,6 Schüler, in Württemberg 47,4, in Bayern 43,5; der Reichsdurchschnitt beträgt 45,4 Schüler auf eine Lehrkraft.

6. Die Teuerung in Baden im Monat Juli.

Infolge der sprunghaften und sich überstürzenden Preisentwicklung ist Baden mit Beginn des Berichtsmonats ebenso wie das Reich dazu übergegangen, die Indexziffer allwöchentlich zu berechnen, um so einen unmittelbarerem Maßstab für die Beurteilung der tatsächlichen Preisgestaltung zu gewinnen. Die Erhebung der Kleinverkaufspreise erfolgt jeweils am ersten Wochentage als Stichtag und die Bearbeitung der ermittelten Angaben wird so gefördert, daß die Landesindexziffer um die Wochenmitte bereits feststeht und mit ihrer Veröffentlichung durch die Tageszeitungen schon am Mittwoch abend und Donnerstag begonnen werden kann.

Die Entwicklung der Teuerung während des Monats Juli zeigt ein recht unerfreuliches Bild unserer zerrütteten wirtschaftlichen Lage, wobei die Entwertung unseres Geldes immer augenfälliger in die Erscheinung tritt. Am letzten Stichtag im Vormonat (20. Juni) hat die badische Landesindexziffer — ohne Bekleidung — 8083,53 betragen. Sie ist vom ersten Juli-Stichtage

(9. Juli) bis zur Monatsmitte von 17 144,08 auf 25 679,33 oder um 50,0 v. H., im Verlaufe der nächsten Woche auf 34 481,44 bzw. um 34,3 v. H. und von da an bis Ende des Berichtsmonats auf 53 004,97, somit innerhalb der letzten 8 Tage des Monats wieder um über die Hälfte (54 v. H.) gegenüber der Vorwoche gestiegen. Die Kosten der Lebenshaltung haben sich seit dem letzten Stichtag im Vormonat (23. Juni) bis Monatsende Juli um 555,7 v. H. erhöht.

Die Reichsindexziffer — mit Bekleidung — die um den Monatsanfang (4. Juli) auf 16 180 und um die Monatsmitte auf 28 892 stand, bezifferte sich Ende des Monats Juli bereits auf 71 476 und zeigte auf 30. Juli im Vergleich zur Vorwoche (23. Juli: 39 336) eine Zunahme von nicht weniger als 81,7 v. H.

Von der Veröffentlichung der Kleinverkaufspreise muß diesmal Umgang genommen werden.

Die verhältnismäßige Zunahme der Preissteigerung in den drei größten der Berechnung zugrunde liegenden Gruppen von Nahrungs- und Gebrauchsmittelgegenständen ist nach wie vor im Lande recht unterschiedlich. Für die Städte Mannheim und Karlsruhe ergeben sich in dieser Hinsicht folgende Teuerungszahlen:

	20. Juni		23. Juli	
	Mannheim	Karlsruhe	Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	730 016	670 495	3 181 495	2 848 739
Heizung und Beleuchtung	86 400	95 825	216 750	433 200
Wohnung	18 319	14 600	59 236	56 400

Die Steigerung für die Zeit vom 20. Juni bis 23. Juli beträgt also:

	Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	335,8%	324,9%
Heizung und Beleuchtung	150,9%	352,1%
Wohnung	223,4%	286,3%

Die gewaltigen Preissteigerungen während des Berichtsmonats in den verschiedenen Teilen des Landes finden im Entwicklungsbild der allgemeinen örtlichen Teuerungszahlen baredten Ausdruck. Die letzteren betragen am

	9. Juli	16. Juli	23. Juli	30. Juli
in Mannheim	1 820 784	2 773 766	3 457 481	6 310 140
„ Karlsruhe	1 634 495	2 468 327	3 338 339	4 945 910
„ Freiburg	1 639 759	2 143 328	2 931 134	5 829 219
„ Pforzheim	1 456 632	2 503 713	3 108 158	5 573 265
„ Heidelberg	1 528 997	2 421 570	2 929 920	4 905 038
„ Konstanz	1 744 899	2 382 581	3 185 517	5 077 369
„ Baden	1 554 831	2 369 192	3 339 402	5 374 445
„ Durlach	1 427 894	2 377 368	3 105 310	4 816 221
„ Offenburg	1 440 549	2 367 714	3 174 176	4 759 769
„ Bruchsal	1 402 230	2 479 900	2 906 444	5 461 953
„ Lörrach	1 371 074	2 312 963	3 118 129	5 256 586
„ Weinheim	2 056 247	2 732 096	3 573 877	6 257 487
„ Lahr	1 228 424	1 843 357	2 500 331	4 057 328
„ Billingen	1 223 145	2 507 724	2 883 028	4 534 519
„ Rastatt	1 302 557	1 935 855	3 180 375	4 929 739
„ Singen a. H.	1 277 525	2 310 062	3 264 927	4 680 259
„ Kehl	1 282 017	2 296 046	2 568 826	4 829 102
„ Hockenheim	1 810 930	2 694 979	3 386 977	5 885 652
„ Achern	1 282 516	2 245 356	2 665 059	4 003 579
„ Waldshut	1 518 212	2 086 773	2 512 896	3 587 993
„ Neustadt i. Schw.	1 340 180	2 143 779	3 029 682	4 855 074
„ Rheinfelden	1 231 461	1 933 603	2 772 424	4 123 183
„ Wertheim	1 418 481	1 997 132	2 280 513	3 726 840
„ Zell i. W.	1 257 901	1 846 103	2 627 320	4 442 642
„ Gernsbach	1 668 437	2 487 623	3 270 078	5 188 604

7. Anstalten für Taubstumme, Blinde, Krüppel, Geistesranke, Epileptische u. a. in Baden.

(Fortsetzung aus Nr. 4, 5 und 6 der „Statistischen Mitteilungen“.)

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Achern			
Heil- und Pflegeanstalt in Illenau bei Achern	Geistes-, Gemüts- und Nervenranke	Badischer Staat — Ministerium des Innern —	673
Erholungsheim in Rechen	Alkoholranke	Badischer Landesverband gegen den Alkoholismus, e. B., Karlsruhe	30
Amtsbezirk Eberbach			
Heilanstalt Haus Rodenau in Rodenau	Nervenranke	Dr. Führer, Rodenau	35
Amtsbezirk Emmendingen			
Heil- und Pflegeanstalt in Emmendingen	Geistes-, Gemüts- und Nervenranke	Badischer Staat — Ministerium des Innern —	1884
Amtsbezirk Freiburg			
Psychiatrische Klinik der Universität in Freiburg	Geistes-, Gemüts- und Nervenranke	Badischer Staat — Ministerium des Kultus und Unterrichts —	150
Nervenklinik der Universität in Freiburg	Nervenranke	Badischer Staat — Ministerium des Kultus und Unterrichts —	34
Beschäftigungs- und Versorgungsanstalt für erwachsene Blinde in Freiburg	Erwachsene arbeitsfähige Blinde	Verein zur Beschäftigung und Versorgung erwachsener Blinder in Baden, in Freiburg	47
Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt in Freiburg	Krüppelhafte Kinder aller Konfessionen bis zum Alter von 16 Jahren	Ortsgruppe Freiburg des Badisch-Krüppelfürsorgevereins	30
Amtsbezirk Heidelberg			
Psychiatrische Klinik der Universität in Heidelberg	Geistes-, Gemüts- und Nervenranke	Badischer Staat — Ministerium des Kultus und Unterrichts —	144
Badische Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt in Heidelberg	Krüppelhafte Kinder aller Konfessionen im Alter von 1—16 Jahren	Stiftung Orthopädische Anstalt Heidelberg	120
Taubstummenanstalt in Heidelberg	Taubstumme aller Konfessionen im Alter von 7—11 Jahren	Badischer Staat — Ministerium des Kultus und Unterrichts —	100
Amtsbezirk Konstanz			
Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz in Reichenau	Geistes-, Gemüts- und Nervenranke	Badischer Staat — Ministerium des Innern —	509
Amtsbezirk Kehl			
Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Kort (Baden)	Epileptische aller Konfessionen ohne Alters- und Geschlechtsunterschied	Verein zum Betrieb einer Heil- und Pflegeanstalt in Baden	230

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Lörrach St. Josefsanstalt in Herten	Geisteschwache, epileptische, schwerhörige, taubstumme, blinde und verkrüppelte kathol. Kinder im schulpflichtigen Alter zur Erziehung u. Unterrichtserteilung. Nichtbildungsfähige jeden Alters und jeder Konfession zur Pflege	Berein St. Josefshaus zu Herten mit Körperschaftsrechten	672
Amtsbezirk Mannheim Badische Blindenanstalt in Mannheim- Ivesheim	Blinde Kinder und junge Leute aller Konfessionen im Alter von 7—16 Jahren	Badischer Staat — Ministerium des Kultus und Unterrichts —	85
Blindenheim in Mannheim	Männliche und weibliche Blinde	Badische Blindenvereine	45
Amtsbezirk Mosbach Erziehungs- und Pflegeanstalt für Geisteschwache in Mosbach	Schwach- und Blödsinnige aller Konfessionen, jeden Alters und Geschlechts	Berein zur Unterhaltung u. Leitung der Erziehungsanstalt für Geisteschwache Mosbach	275
Amtsbezirk Schopfheim Kinderheim Luisenhof in Griesgen	Geistig normale, körperlich verkrüppelte evangel. Kinder von 2—16 Jahren	Zeller Anstalten (Evangelische Gemeindepflege, e. V.), Zell i. W.	35
Amtsbezirk Tauberbischofsheim Badische Taubstummenanstalt in Ger- lachsheim	Taubstumme Kinder im Alter von 8—16 Jahren	Badischer Staat — Ministerium des Kultus und Unterrichts —	100
Amtsbezirk Überlingen Badische Taubstummenanstalt in Meersburg	Taubstumme Kinder aller Konfessionen im Alter von 7—10 Jahren	Badischer Staat — Ministerium des Kultus und Unterrichts —	112
Amtsbezirk Schönan Bauernhof Mullen in Aitern	Geistig normale, körperlich verkrüppelte Kinder im Alter von 2—16 Jahren	Zeller Anstalten (Evangelische Gemeindepflege, e. V.), Zell i. W.	12
Amtsbezirk Wertheim Wertheimer Blinden-Erholungsheim in Wertheim	Blinde	Wertheimer Blinden-Erholungsheim, e. V.	10
Amtsbezirk Wiesloch Heil- und Pflegeanstalt in Wiesloch	Geistes-, Gemüts- und Nervenranke	Badischer Staat — Ministerium des Innern —	1200
Amtsbezirk Wolfach Blinden-Erholungsheim Aniebis	Blinde, männl. u. weibl. monatlich abwechselnd	Reichsdeutscher Blindenverband, e. V., Berlin	20

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 8.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das III. Vierteljahr 1500 M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Elektrizitätswerke und elektrische Industrie in Baden 1922/23. 2. Die Handwerkerinnungen in Baden auf Schluß des Jahres 1922. 3. Die badische Getreideernte im Jahr 1923. 4. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang September 1923. 5. Die Feuerung in Baden im Monat August. 6. Die Pfründner-, Alters- und Versorgungsheime in Baden.

1. Elektrizitätswerke und elektrische Industrie in Baden 1922/23.

Die Elektrizität ist als Licht- und Kraftquelle für das industrie- und wasserkraftreiche Land von höchster wirtschaftlicher Bedeutung. Wenn man unter industriellem Gesichtspunkte nur die privatwirtschaftliche Unternehmungsform ins Auge faßt, so setzt sich die gesamte Elektrizitätsindustrie Badens (einschl. Kraft- und Elektrizitätswerke) aus etwa 120 Betrieben mit je 10 und mehr Arbeitern zusammen. Im Sommer 1922 waren in diesen Betrieben rund 14 000 Personen beschäftigt, darunter 9300 Arbeiter und 4700 Angestellte. Nicht in Betracht gezogen sind dabei die Betriebe der Metall- usw. Industrie, soweit sie der Hilfsindustrie für die elektrische Industrie zuzuzählen sind. Eine hervorragende Rolle spielen die Gesellschaftsunternehmungen. Gegenwärtig sind außer den Großfirmen, die ihren Haupt- und Stammsitz außerhalb Badens haben, über 30 badische Aktiengesellschaften mit einem derzeitigen Grundkapital von nahezu 2 Milliarden (1838,2 Mill.) Mark in der Elektrizitätsindustrie des Landes zu zählen, dazu gehören verschiedene Großunternehmungen mit mehreren hundert Millionen (ohne Anleihekapital) wie das Badenwerk in Karlsruhe (600), Brown Boveri & Cie. in Mannheim-Räfertal (210), Rhein-Elektra Mannheim (143). Die Großkraftwerk-Aktiengesellschaft in Mannheim, die derzeit das Kraftwerk in Rheinau errichtet, hat sogar ein Aktien-Grundkapital von 700 Millionen Mark. Viel zahlreicher, doch im allgemeinen von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung sind die Gesellschaften m. b. H., etwa 70 an der Zahl, von denen gegen 20 erst im Laufe der Jahre 1922 und 1923 gegründet worden sind. Wiewohl auch hierunter ganz ansehnliche Betriebe sind, so besitzen sie doch in zahlreichen Fällen so geringen Umfang, daß sie nicht in den Kreis der Betrachtung fallen. Das gesamte Stammkapital dieser Gesellschaften macht nur etwa 30 Millionen Mark aus, dabei sind bei über der Hälfte von ihnen die Stammkapitalien geringer als 100 000 M.

I. Elektrizitätserzeugung und Stromverteilung.

Über den Stand der Elektrizitätserzeugung und Stromversorgung des Landes in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege gibt eine Abhandlung im Jahrgang 1922 der „Statistischen Mitteilungen über das Land Baden“ Aufschluß (vgl. Nr. XI S. 172). Unter den Kraft- und Elektrizitätswerken befinden sich neben zahlreichen öffentlichen Betrieben auch viele privatwirtschaftliche, doch sind unter den letzteren nur wenige größere. Wenn aber deren Zahl auch kaum über ein Dutzend hinausgeht, so gehören zu ihnen doch diejenigen Großbetriebe, welche für die Elektrizitätserzeugung und Belieferung Badens mit elektrischem Strom von größtem Einfluß sind.

Gegenwärtig erfolgt die Gewinnung des Bedarfs an elektrischer Energie und die Stromversorgung des Landes in der Hauptsache durch 4 große Wasser-Kraftwerke. Drei von diesen Werken nützen die Wasserkräfte des Oberrheins aus und beschränken sich deutscherseits auf die Versorgung Südbadens. Die Strombelieferung erfolgt hier entweder unmittelbar oder unter Mitwirkung von Strombezugsverbänden, Kraftlieferungs-gesellschaften und Stromverwertungsgenossenschaften. Die größtenteils auf der badischen Rheinseite gelegenen Wasserkraftanlagen der dem Lahmeyer-Konzern nahestehenden Kraftübertragungswerke Rheinfelden Aktiengesellschaft (gegr. 1894) versorgen die industriereichen Gegenden des oberen Rheintales von Grenzach bis Brennet, des Wiesen- und Weratales und das Markgräflerland. Von der Gesamtstromabgabe der beiden Werke in Badisch-Rheinfelden und Wyhlen im Jahre 1922 in Höhe von etwa 156 Millionen R.W.St. ent-

fallen auf Baden allein 99 Millionen. In Anlehnung an die Kraftquellen dieser Werke ist innerhalb der letzten 4 Jahrzehnte die blühende chemische Großindustrie am badischen Ufer des Oberrheins zwischen Grenzach und Waldshut entstanden, deren Arbeitsmethoden sich vorzüglich auf elektrolytische und elektrothermische Verfahren stützen. Zu den Großabnehmern gehören u. a. auch das Elektrizitätswerk Zell i. B. und die elektrisch betriebene Wiesentalbahn. Östlich an dieses Versorgungsgebiet schließt sich das Absatzgebiet des schweizerischen Kraftwerkes Laufenburg Aktiengesellschaft an, das sich bis zum Bodensee und nordostwärts bis in die Gegend von Triberg erstreckt.

Das wichtigste Glied in der Kette der Elektrizitätserzeugung und Stromversorgung des Landes ist mit der Zeit das in Mittelbaden (Forbach) gelegene Murgwerk der Badischen Landeselektrizitätsversorgung (Badenwerk) geworden. Das Badenwerk, ein Staatsbetrieb in der privatwirtschaftlichen Unternehmungsform einer Aktiengesellschaft, ist im Jahre 1921 zur Weiterführung der von der badischen Regierung auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung ergriffenen Maßnahmen gegründet worden. Das Unternehmen, das auf die planmäßige und möglichst vollkommene Gestaltung der einheimischen Energiewirtschaft hinarbeitet, hat nicht nur den Bau und Betrieb, sondern auch die Finanzierung und Beteiligung an Elektrizitätswerken usw. zum Gegenstand seiner Betätigung. Das Werk verfügt zurzeit mit 174 Ortsneben in Oberbaden, 145 in Mittel- und 209 in Unterbaden über das größte Absatzgebiet im Lande und deckt einen erheblichen Teil des gesamten Energiebedarfs Badens vorwiegend durch unmittelbare Belieferung aus eigenem Leitungsnetz.

Neben diesen großen Wasser-Kraftwerken, die in erster Linie und als Hauptträger für die Elektrizitätserzeugung und Stromversorgung des Landes in Betracht kommen, stehen in zweiter Reihe in der Mehrzahl Dampf-Kraftwerke. Von den größeren hierher zählenden werden die meisten als öffentliche, insbesondere städtische Elektrizitätswerke (Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim usw.), von Aktiengesellschaften dagegen das Elektrizitätswerk in Adelsheim, das Kraftwerk Rheinau, die Elektrizitätswerke Ladenburg, Willstätt (Amt Kehl), Achern, Lahr und Offenburg (Elektrizitätswerk Mittelbaden, Aktiengesellschaft), Wolfach, Zell i. B. und die Überlandzentrale Oberhausen (Versorgungsgebiet zwischen Lahr und Freiburg) betrieben. In Verwaltung und Betrieb von Gesellschaften m. b. H. stehen die Elektrizitätswerke in Neckargemünd, Bannental, Wiesloch, Triberg usw. Wie unter den Kraftwerken beim Murgwerk, so handelt es sich auch bei diesen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. betriebenen Elektrizitätswerken vielfach nicht um reine Erwerbs-, sondern um gemeinwirtschaftliche Unternehmungen in privatwirtschaftlicher Unternehmungsform.

Insgesamt betrug die Zahl der privatwirtschaftlich betriebenen Kraft- und Elektrizitätswerke mit 10 oder mehr Arbeitern im Sommer 1922 nur 15 im Lande, die Zahl der in diesen Werken oder unmittelbar von ihnen aus beschäftigten Arbeiter oder Angestellten etwa 900, darunter 650 Arbeiter und 250 Angestellte.

Wiewohl zurzeit etwa 96 v. H. aller badischen Gemeinden mehr oder minder mit Elektrizität versorgt sind, so schreitet Baden doch in der Elektrifizierung des Landes weiter. Namentlich sind es die Verhältnisse in der Industrie, die auf einen weiteren Ausbau der Elektrizitätsversorgung des Landes drängen. Auch die Anforderungen der Landwirtschaft und des Hausbedarfs sind in Anbetracht der Unsicherheiten in der Kohlenbelieferung und der hohen Kohlenpreise gewachsen. Baden, das zu 44 v. H. Gebirgsland ist, gestattet noch eine viel intensivere und energiereichere Ausnützung der Wasserkräfte für die Gewinnung elektrischer Energie. An deren Aufschluß und Ruhbarmachung wird zurzeit angestrengt gearbeitet. Als Unternehmen des Badenwerks ist gegenwärtig im nördlichen Schwarzwald der zweite Ausbau des Murgwerks in Ausführung begriffen; die dabei zu erstellende Schwarzenbach-Speicheranlage, deren Stollen bereits durchgeschlagen ist, wird alle bisher gebauten Speicheranlagen Deutschlands an Höhe übertreffen. Im Feldberggebiet ist vom Badenwerk das Schluchseewerk als großes Hauptspeicherkraftwerk des südlichen Schwarzwaldes in Angriff genommen worden. Für die Ausnützung der Gefällstufen des Oberrheins steht der Bau von 3 weiteren großen Kraftwerken (Dogern, Schwörstadt, Neckingen) in Aussicht. In Nordbaden sollen im Zusammenhang mit der Neckarregulierung durch die Neckar-Aktiengesellschaft verschiedene neue Wasser-Kraftwerke zwischen Mannheim und Heidelberg entstehen, von denen eine Kraftstufe bei Wieblingen im Ausbau bereits weit vorgeschritten ist. Ein neues großes Dampfstrom-Kraftwerk im Rheingebiet geht seiner Vollendung entgegen. Das Werk bedeutet eine großzügige Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft für das ausgedehnte Versorgungsgebiet von Mannheim und seine hochindustrielle badische und pfälzische Nachbarschaft. Zum Bau und Betrieb des Werkes ist im Jahre 1921 die Großkraftwerk Mannheim Aktiengesellschaft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage unter Beteiligung der Stadt Mannheim, der Pfalzwerke, der

Neckar-Aktiengesellschaft und des Badenwerkes gegründet worden. Die Fertigstellung des Werkes wird der bisher unzulänglichen Stromversorgung Mannheim ein Ende bereiten.

Alle diese Werke erfordern längere Bauzeiten. Man ist deshalb allenthalben im Lande dazu übergegangen, den Ausbau der Mittel- und Kleinwasserkräfte, namentlich des Schwarzwaldes und Odenwaldes zu beschleunigen. Allerdings sind bisher schon die ergiebigeren kleineren Gebirgswasserkräfte des Landes in zahlreichen Fällen von einzelnen Industrieunternehmungen zur Licht- und Krafterzeugung herangezogen worden. Viele im Besitz von Wasserkräften stehende Industrieanlagen, die nicht unmittelbar der elektrischen Industrie zuzuzählen sind, vor allem Betriebe der Holz- und Papierindustrie, Textil- und metallindustrielle Betriebe, darunter etwa 80 größere mit 10 und mehr Arbeitern, besitzen eigene Licht- und Kraftanlagen, die neben den eigenen Betrieben teilweise auch ihre nähere Umgebung, vielfach einzelne Gemeinden oder Gemeindeguppen mit Strom versorgen. Gleichwohl erscheint die stärkere Ausnützung der Gebirgswasserkräfte im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reiche und die wirtschaftliche Zukunft des eigenen Landes eine dringende Notwendigkeit. Bereits ist eine ganze Anzahl von größeren und mittleren Kraftwerken in der Seegegend und im Schwarzwalde geplant und in Ausführung begriffen. Ihre Errichtung liegt mehr im Interessenkreise örtlich begrenzter Bezirke, weshalb namentlich kommunale Verwaltungskörper (Kreise, Amtsbezirke und Gemeinden) ihr Augenmerk auf die Lösung dieser Aufgabe gerichtet und u. a. verschiedentlich für diesen Zweck Aktiengesellschaften auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage ins Leben gerufen haben, in welchen den beteiligten Gemeinden usw. gewisse Vorrechte eingeräumt werden. Zum Teil sehen diese Unternehmungen ihre Aufgabe auch darin, die gewonnene Kraft im ganzen den großen, fremden Leitungsnetzen, insbesondere dem großen Landesnetz des Badenwerkes zur Verfügung zu stellen und sich auf diese Weise neben der Befriedigung des eigenen Bedarfs den Vollaß und damit die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu sichern.

So ist schon im Spätjahr 1922 von einer Aktiengesellschaft unter Führung des Kreis Ausschusses Mosbach das Itterkraftwerk im Odenwald fertiggestellt worden, das seine ganze Kraft an das Badenwerk abgibt. Im südlichen Landesteil konnte die Stadt Bräunlingen das erste größere Speicherkraftwerk Badens seiner Bestimmung übergeben. Im Bau begriffen sind zurzeit das Speicherkraftwerk Überlingen und das Wasserkraftwerk der Stadt Böhrenbach, bei dem erstmals eine Eisenbetonsperre zur Anwendung kommen wird. In der Bodenseegegend wurde vom Kreisverband Konstanz die Linzgau-Aktiengesellschaft gegründet, um unter Benutzung des Killenweiher als Staubecken die Deggenhauser und Seefelder Aach zur Kraftgewinnung zu verwerten.

Für die bessere Versorgung des mittleren Schwarzwaldgebietes sind eine größere Anzahl teils recht umfangreicher Werke geplant. Die bedeutungsvollsten unter ihnen sind das Elzwerk der Stadt Freiburg und die Kraftwerke an der Gutach zwischen Schönwald und Hornberg. Es sind Bestrebungen im Gange, für den Ausbau und den Betrieb dieser Werke privates Kapital durch die Gründung gemeinwirtschaftlicher Gesellschaften aufzubringen.

In Freiburg hat sich die Glotterwerk-Aktiengesellschaft gebildet und beabsichtigt demnächst mit der Erstellung eines umfangreichen Werkes an der mittleren Glotter zu beginnen.

Weitere größere Kraftanlagen sind geplant von der Stadt Billingen am Eisenbach und der Präg, von der Gemeinde Möhringen am Krähenbach. Im oberen Wiesental, im Gebiete des Neumagens und im Renchgebiet um Oppenau wird die Bildung von Zweckverbänden der Gemeinden angestrebt, um Wasserkraftanlagen zur Verbesserung der Stromversorgung auszubauen. Im Gebiet der Wieße ist dabei an die Ausnützung der Todtnauberger Wasserfälle gedacht, im Gebiete des Neumagens sollen dessen Quellflüsse Stampf bach, Glashof- und Langenbach verwertet werden und im Renchgebiet die Rench selbst und einer ihrer Nebenflüsse, der Liezbach.

Im nördlichen Teile des Schwarzwaldes sind zwei größere Kraftanlagen in Aussicht genommen, die eine im Gebiet der kleinen Kinzig, der Keinerzau und der Wolf, die zweite von der Stadt Pforzheim unter Verwertung des Enz- und Nagoldwassers. Zu erwähnen blieben schließlich noch zwei kleinere Anlagen im Gebiet des nördlichen Schwarzwaldes, mit deren Vorarbeiten bereits begonnen worden ist. Es sind dies ein Kraftwerk der Gemeinde Lauf am Laufbach und der Gemeinde Sasbachwalden am Brandbach.

Nach Fertigstellung all dieser Werke würde Baden in der Lage sein, einen großen Teil des für industrielle Zwecke heute noch aus Kohle gewonnenen Stromes durch Wasserkraftstrom zu ersetzen.

II. Die Elektrizitätsindustrie.

Die Elektrizitätsindustrie hat den Bau von Maschinen und Apparaten, die Herstellung von elektrischen Bedarfsartikeln und Hilfsgegenständen, den Leitungsbau und die Elektroinstallation zum Gegenstand. Der hohe Entwicklungsstand der Elektrizitätserzeugung und Stromversorgung im Lande selbst bietet diesem Teile der elektrischen Industrie ein reiches Betätigungs- und Absatzfeld, doch reicht die wirtschaftliche Bedeutung vieler Firmen weit über die Grenzen des Landes hinaus. Insgesamt entfallen auf die elektrische Gesamtindustrie Badens nach der im Sommer 1922 veranstalteten Sondererhebung über 100 (112) Betriebe mit je 10 und mehr und zusammen 8650 Arbeitern; außerdem waren in ihnen noch 4450 Angestellte beschäftigt. Über zwei Drittel von diesen Betrieben beschäftigen ohne Angestellte nur bis zu 50 Arbeiter. Die Zahl der Großbetriebe mit über 100 Arbeitern beträgt über ein Duzend (13). Der Hauptteil, und zwar die Hälfte aller Betriebe (57) dieser überwiegend städtischen Industrie mit 7300 Arbeitern und 4100 Angestellten ist in den Städten Mannheim (20 Betr.; 9300 Arb. u. Angest.), Karlsruhe (17 mit 1250), Freiburg (11 mit 650) und Pforzheim (9 mit 200) ansässig. Von den Großbetrieben haben 8 mit 5500 Arbeitern und 3200 Angestellten ihren Sitz in Mannheim, je 2 in Karlsruhe und Furtwangen und einer in Freiburg.

Mit der Herstellung elektrischer Maschinen befaßen sich wenige Elektrizitätsfirmen; im ganzen umfaßt die Gruppe nur 7 Betriebe mit 3300 Arbeitern und 700 Angestellten. Das größte Unternehmen dieser Art im Lande ist eine führende Mannheimer Großkonzernfirma (Brown Boveri & Co.), die in ihrer Hauptfabrik in Mannheim-Käfertal um die Erhebungszeit 5000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte. Die Firma ist für den Bau von Großmaschinen höchster Ausmaße eingerichtet. Spezialitäten sind u. a. elektrische Generatoren, Transformatoren, Schaltanlagen und elektrische Lokomotiven. Die Firma besitzt Zweigfabriken außerhalb Badens: in Saarbrücken wird die Massenfabrikation von elektrischen Kleinmotoren, in Lampertheim (Hessen) der Bau von Gleichstromrichtern betrieben. Unter ihrer Beteiligung ist im Jahre 1913 die Elektrische Kraftversorgung-Aktiengesellschaft in Mannheim gegründet worden zur Finanzierung und Durchführung von Unternehmungen, die mit der Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie zusammenhängen. Seit dem Jahre 1919 hat noch ein anderes Mannheimer Aktienunternehmen (Greifwerke), das früher nur elektrische Installationsmaterialien herstellte, in größerem Umfang den Bau von Elektromotoren aufgenommen. Der Gruppe gehören außer einem namhafteren Werk in Bruchsal nur noch einige kleinere Werke an verschiedenen Orten des Landes an, die als Elektromotorenwerke u. dgl. zum Teil mehr den Charakter von Reparaturwerken für elektrische Maschinen und Apparate tragen. Vor kurzem wurde in Heidelberg eine Elektromotoren- und Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft (Hamag) gegründet.

Eine weitere zahlreichere und vielseitige Gruppe von Betrieben stellt elektrische Apparate, Installationsmaterial und sonstige elektrotechnische Bedarfsartikel her. Dieselbe besteht aus etwa zwei Duzend Betrieben mit 1900 Arbeitern und Angestellten, darunter 4 Großbetriebe mit zusammen mehr als 1000 Arbeitern und gegen 200 Angestellten. Eine Spezialfabrik in Karlsruhe mit an 400 Arbeitern baut magneto-elektrische Zündapparate. Auf dem Schwarzwalde (Furtwangen) befindet sich eine große Fabrik elektro-galvanischer Schwachstromapparate für Heißeisen und Schönheitspflege, in ihr werden auch elektrische Meßapparate hergestellt. Kleinere Betriebe verlegen sich auf die Herstellung und den Vertrieb elektrischer Wärme- und Kochapparate, elektrischer Getränkeautomaten u. dgl. mehr. Eine Spezialfabrik für elektrochemische Apparate (Kalorien-Werke) befindet sich im Hegau. Von einem kleineren Werk werden Kinematographeneinrichtungen hergestellt und vertrieben. Elektrische Spezialartikel für Freileitungsbau und Hausinstallation fertigt eine vor 30 Jahren als Installationsfirma gegründete Mannheimer Fabrik, die heute zu den größten Firmen dieser Art Süddeutschlands zählt. Die Fabrik in Mannheim-Käfertal stellt eine besondere Abteilung des Unternehmens der Firma Brown Boveri dar, die sich das Werk angegliedert hat, weil sie neben dem Maschinenbau durch den Bau von Fernleitungen und Ortsnetzen und auf dem Gebiete der Hausinstallation in hohem Maße an der Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung in Deutschland beteiligt ist. In der Emmendinger Gegend stellt ein Aktienunternehmen mit annähernd 100 Arbeitern außer Freileitungsmaterial alle Materialien für Ortsnetzebau und Isolatorenstützen für Hoch- und Niederspannung her. Noch weitere größere elektrotechnische Fabriken befinden sich in Mannheim und Heidelberg. Auch in der Offenburger Gegend ist kürzlich eine Gesellschaft für die Fabrikation elektrotechnischer Bedarfsartikel gegründet worden. Gleichzeitig Elektro-Reparaturanstalt ist eine größere elektrotechnische Fabrik

in Karlsruhe. Eine Spezialfabrik der elektrotechnischen Starkstromindustrie in Mannheim hat als eine der ersten Fabriken in Deutschland die Herstellung von Stromzuführungs- und Stromabnahmematerial für in Bewegung befindliche Maschinen aufgegriffen und steht heute im Bau von Spezialapparaten und Zubehörteilen für Krane und Transportanlagen sowie mit der Herstellung von Oberleitungsmaterialien für Gruben-, Werk- und Straßenbahnen an führender Stelle. Einzelne elektrotechnische Spezialfabriken betreiben die Herstellung von elektrotechnischen Massenartikeln aus Metall. Andere Betriebe, die sich als „Elektrotechnische Anstalten“ oder „Elektromechanische Werkstätten“ bezeichnen, betätigen sich außer im Bau von elektrischen Apparaten als Reparaturanstalten für elektrische Maschinen (Motore) und Apparate. Teilweise sind die kleineren Betriebe zusätzlich auch mit der Installation elektrischer Anlagen und dem vertragsweisen Vertrieb von Elektromotoren und elektrotechnischen Bedarfsartikeln für andere Werke befaßt.

Am zahlreichsten in der elektrischen Industrie des Landes sind die Betriebe für Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen, Leitungsbau und Installation (Bau- und Elektro-Installationsfirmen). Die ganze Gruppe umfaßt gegen 70 Betriebe, darunter 4 mit je mehr als 100 Arbeitern ohne Angestellte. Im ganzen waren um die Erhebungszeit in diesen Betrieben über 4000 Personen — 2250 Arbeiter und 1800 Angestellte — beschäftigt. Hervorragende Verdienste um die Entwicklung und den Ausbau der Elektrizitätsversorgung vor allem in Süddeutschland hat sich unter den in Baden beheimateten Elektrizitätsfirmen eine Mannheimer Konzernfirma — Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (Rheinelektra) — erworben. Zahlreiche Überlandwerke sind auf die Bautätigkeit des Unternehmens zurückzuführen. Bis Ende des Jahres 1922 sind von ihm im ganzen 2000 Ortsnetze und 6000 Kilometer Hochspannungsleitung im Reiche erstellt worden. In den Betätigungskreis des großzügig aufgebauten Unternehmens gehören neben dem Bau von Kraftwerken, Fernleitungen, Ortsnetzen und der Installation von Hausleitungen die Finanzierung und Verwaltung von Elektrizitätswerken. Die Firma befaßt im Jahre 1922 über 40 Bau- und Installationsbüros, Bauabteilungen u. dgl. in verschiedenen Teilen des Reiches und ist aus den Rheinischen Siemens-Schuckertwerken hervorgegangen, von denen feinerzeit die Müllheim-Badenweiler Eisenbahn elektrifiziert und die Oberrheinische Eisenbahn-Aktiengesellschaft mit dem Kraftwerk Rheinau gegründet wurde. Zu den eigenen und den der Gesellschaft nahestehenden Unternehmungen — etwa 30 an der Zahl, darunter Palzwerke, Elektrizitätswerke Rheinhessen u. a. — gehören in Baden das Überlandwerk Achern und das Gleichstromwerk Sinsheim, die elektrische Überlandzentrale Oberhausen, die Elektrizitätswerke Ladenburg, Bammental, Willstätt und Lahr. Bei der Zentrale in Mannheim und der von ihr betriebenen Reparaturwerkstätte waren Mitte 1922 an 700 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Unter Leitung der Rheinelektra wird zurzeit das Großkraftwerk Mannheim errichtet, das seine Entstehung ihrer Anregung verdankt.

Für die Ausführung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen, den Bau von Hochspannungsleitungen, Ortsnetzen, Transformatorstationen bestehen in Mannheim noch zwei größere Unternehmungen (270 bzw. 100 Arb. u. Angest.). Beide Betriebe, die auch elektrische Apparate bauen, sind gleichzeitig Reparaturwerke für elektrische Maschinen und Apparate. Die eine der beiden Unternehmungen — Badische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft — besitzt innerhalb ihrer Betriebsorganisation eine eigene große Handelsabteilung für den Vertrieb von elektrischen Materialien, Motoren und Maschinen. Niederlassungen und Büros der Firma bestehen in den verschiedensten Baugebieten Süd-, West- und Mitteldeutschlands. Die dem Konzern der Telephonfabrik Berliner in Hannover nahestehende Elektro-Baumion-Aktiengesellschaft in Durlach besitzt mehrere Zweigniederlassungen in Baden und außerhalb des Landes. Eine südbadische elektrische Installationsfirma verlegt sich auf die Herstellung elektrischer Beheizungen. Unter den übrigen Firmen für Leitungsbau und Ausführung von Elektro-Installationsarbeiten aller Art sind noch mehrere, deren Arbeitsfeld sich über Baden hinaus erstreckt, andere mit 10—30 Arbeitern sind von mehr örtlicher Bedeutung. Während die größeren Installationsfirmen nicht selten mit Reparaturwerkstätten für elektrische Maschinen, insbesondere Elektromotoren und Apparate verbunden und teilweise zugleich Großhandlungen für elektrotechnische Bedarfsartikel sind, befinden sich bei den mehr handwerksmäßigen größeren Elektro-Installationsgeschäften nicht selten offene Ladenstellen für den Verkauf von Elektromaterialien. Die Firmenbezeichnungen der Elektro-Installationsgesellschaften weisen mehrfach auf den Sitz des Unternehmens hin, neben der Badischen in Mannheim gibt es eine Oberrheinische, Mannheimer und Heidelberger Elektro-Installationsgesellschaft.

Wenn von der Gesamtzahl der Betriebe in der Gruppe der Bau- und Elektro-Installationsfirmen vier Fünftel (55) ohne die Angestellten nur zwischen 10—50 Arbeiter beschäftigen, so steht

der geringe Umfang vieler dieser Betriebe damit im Zusammenhange, daß es sich dabei um sog. Technische, Bau- und Installationsbüros nebst zugehörigen Unterbüros handelt, wie sie allerorts von den in Betracht kommenden Großfirmen an den wichtigsten Plätzen eingerichtet werden. Diese Büros nehmen bei einem gewissen Maße von Selbständigkeit und bei größerer oder geringerer Zahl von Arbeitern und Angestellten Aufträge für ihre Stammfirmen entgegen, fertigen nicht nur Kostenschläge und Entwürfe, sondern erledigen auch die Ausführung der übertragenen Licht- und Kraftanlagen. Teilweise werden von ihnen auch Anlagen und Leitungen dauernd beaufsichtigt und unterhalten. Mitunter sind diese Büros, denen wir überall in den Städten begegnen, verbunden mit Fabriklagern und besonderen Verkaufs- und Vertriebsstellen für elektrische Apparate und elektrotechnische Bedarfsartikel, Installationsmaterialien, Beleuchtungskörper, Glühlampen, elektrische Wärme-, Heiz- und Kochapparate, Ersatzteile usw. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten dieser Büros ist fortgesetzt großen Schwankungen unterworfen und, soweit in der Erhebungszeit von ihnen je 10 oder mehr Arbeiter beschäftigt waren, sind sie als selbständige Zweigbetriebe angesehen und mit in die Erhebung einbezogen worden. So haben die badischen Bau- und Elektro-Installationsfirmen — darunter bekannte Firmen wie Brown Boveri & Cie., Rheinelektra, Badische Elektrizitätsgesellschaft, Elektro-Vereinigung in Durlach u. a. — im Land etwa 2 Duzend solcher Büros eingerichtet, wovon etwa die Hälfte 10 und mehr und insgesamt 450 Arbeiter und 140 Angestellte beschäftigt. Außenbüros (5) für die Überwachung und Unterhaltung der Anlagen und Leitungsnetze besitzt auch das Badenwerk (Zentrale in Karlsruhe mit über 200 Arbeiter und Angestellten). Von bedeutenden außerbadischen Großfirmen sind gegen 10, darunter die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (A.E.G.), die Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H., Siemens & Halske Aktiengesellschaft, die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Cie., Bergmanns Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft, sämtliche mit dem Hauptsitz in Berlin, ferner die Firma W. Reißer Aktiengesellschaft in Stuttgart u. a. durch zahlreiche weitere derartige Büros in Baden vertreten, von denen etwa 20, darunter 14 größere mit zusammen rund 1100 Arbeitern und Angestellten (570 Arb., 510 Angest.) zur Ermittlung gelangt sind. Das „Siemenshaus“ in Mannheim beherbergt außer den Rheinischen Siemens-Schuckertwerken G. m. b. H. in Mannheim die technischen Büros der dem Siemens-Konzern angehörigen Siemens-Schuckertwerke und von Siemens-Halske, die in der deutschen Elektrizitätsindustrie von entscheidendem Einfluß sind. Der Betrieb der Rheinischen Siemens-Schuckertwerke in Mannheim, der sich ehemals mit dem Vertrieb der Fabrikate der beiden vorgenannten Konzernfirmen befaßte, ist im Jahre 1921 von den Siemens-Schuckertwerken übernommen worden, die jetzt in Mannheim über 400 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Die Rheinische Siemens-Schuckert ist seitdem nur noch Grundbesitzerin. Hauptbüros der A.E.G. in Baden befinden sich in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg. Zu den von der A.E.G. in Baden ausgeführten Elektrizitätsanlagen gehören die Kraftwerke in Rheinfelden.

Eine Unter- und Spezialgruppe bilden die Telephon- und Telegraphenfabriken und die Telephongesellschaften. Mit dem Bau von elektrischen Telegraphen- und Fernsprechapparaten befaßt sich ein älteres Schwarzwälder Telephon- und Telegraphenwerk mit über 100 Arbeitern in Furtwangen. Ein neueres Werk ist die zum Konzern der Telephonfabrik Berliner gehörige Süddeutsche Telephonfabrik in Mannheim. Beide Fabriken stellen auch elektrische Uhren, Signal-, Kontroll- und Sicherungsanlagen her. Die Mannheimer Fabrik besitzt in Baden (Karlsruhe usw.) mehrere Installationsbüros für Schwachstrominstallationen jeder Art. Auch große auswärtige Telephon- und Telegraphenwerke (Telephon- und Telegraphenfabrik A. G. Mitz & Genest, Berlin-Schöneberg; Deutsche Telephonwerke, G. m. b. H., Berlin) sind durch Installationsbüros in Baden vertreten. Die Telephongesellschaften befaßen sich mit Installation, Verkauf, Vermietung und Überwachung von Telephon- und elektrischen Signalanlagen. Bei den Telephongesellschaften führen die Außenbüros teilweise die Bezeichnung „Revisionsbüros“. Badische Privat-Telephongesellschaften — sämtliche in der Unternehmungsform von Gesellschaften m. b. H. — bestehen neben der Mannheimer noch in den Städten Karlsruhe (Badische), Freiburg (Schwarzwälder) und Konstanz (Südbadische); es sind dies 4 Schweitzergesellschaften, die dem sog. „Priteg-Konzern“ angehören.

Dem Bezirksverein Baden, Sitz Karlsruhe, im Verbands Deutscher Elektro-Installationsfirmen E. B. in Frankfurt, sind 114 badische Firmen angeschlossen, darunter neben Großbetrieben zahlreiche handwerksmäßige Kleinbetriebe und solche, die neben der Elektro-Installation auch die Installation von Gas- und Wasseranlagen betreiben und sanitäre Heizungs- und Lüftungsanlagen bauen.

Mit der Fabrikation von sonstigen Hilfsgegenständen wie Kabeln, Leitungsdrahten und Isoliermaterial für die elektrische Industrie gibt sich nur eine kleine, aber wichtige Industrie-

gruppe von 5 Werken mit zusammen über 1500 Arbeitern und 350 Angestellten ab. Ein Mannheimer Kabelwerk — seit einigen Jahren durch Fusion mit einem bedeutenden Frankfurter Kupferwerk vereinigt und eine besondere Betriebsabteilung desselben bildend — zählt zu den ersten derartigen Werken in Deutschland. Das Unternehmen besitzt 2 Fabriken in Mannheim mit etwa 800 Arbeitern und 200 Angestellten; zu den Erzeugnissen gehören Bleitafel für Stark- und Schwachstrom und isolierte Leitungsdrähte. In besonderer Fabrikabteilung werden feine Seiden- und Lackdrähte für elektrische Apparate hergestellt. Von ähnlicher Bedeutung ist ein anderer Mannheimer Großbetrieb, der ebenfalls über 500 Arbeiter und gegen 100 Angestellte beschäftigt. Das Werk in Mannheim-Neckarau gehört zum Brown-Boveri-Konzern und besitzt außer Walzwerk und Zieherei für Fassonstäbe eine Drahtzieherei und besondere Abteilung für Drahtisolierung (Dynamodraht, Kabel, isolierte Drähte). Ein dritter Mannheimer Betrieb ist Isolierrohrfabrik. Ein Isolatorwerk in Freiburg stellt Isoliermaterial für die Elektrotechnik, Telephonzubehöriteile und Plattenmaterial für Schalt- und Verteilungstafeln her, ein Draht- und Kabelwerk ebendasselbst isolierte elektrische Leitungen und Schnüre.

Als Hilfsindustrie der elektrischen Industrie kommen zahlreiche Apparatebauanstalten, Metallwarenfabriken, Metalldrehereien, Schraubenfabriken, Uhren- und Werkzeugfabriken sowie Fabriken für Fein- und Präzisionsmechanik in Betracht. Insbesondere hat der Aufschwung der elektrotechnischen Industrie diesen Teil der Schwarzwaldindustrie zu hoher Blüte geführt. Zu den Erzeugnissen für die elektrische Industrie, die in den größeren Schwarzwaldwerken teilweise in besonderen Abteilungen angefertigt werden, gehören Präzisionschrauben und Fassonteile in Präzisionsausführung, Bestandteile, Zeiger und Triebe, Einzelteile für den elektrischen Bedarf in Massenausführung, Elektrizitätszähler, elektrotechnisches Installationsmaterial, Abzweigdosen für elektrische Anlagen, Präzisions- und Schnellgeschwindigkeitsschneidemaschinen für den Elektro-Apparatebau, elektromagnetische Apparate wie elektromagnetische Aufspannplatten, Magnettische, Magnettrommeln, magnetoelektrische Schnellarbeitswerkzeuge (Magnethammer), Magnetspulen usw., ferner elektrische Beleuchtungskörper und Bestandteile zu solchen. Auch verschiedene Metallwarenfabriken, die dem bekannten Schiele-Bruchsaler-Konzern angehören, stehen mit der elektrischen Industrie in naher Berührung; eine Fabrik in Furtwangen fertigt Luxusgehäuse für elektrische Apparate an, eine Fabrik in Billingen Pendelzüge für elektrische Zuglampen. Aber auch die Industrie in anderen Teilen des Landes hat enge Fühlung mit der elektrischen Industrie. So stellt eine oberrheinische Präzisionschraubensabrik in der Lörracher Gegend in großem Umfange Fassonteile für die elektrische Industrie her. Elektrische Schnürzugpendel werden in einem dem Schiele-Bruchsaler-Konzern zugehörigen Metallwerk in Mannheim fabriziert, elektrische Küchenschränke von einer Maschinenfabrik des Konzerns in Lahr. Ein weiteres Mannheimer Metallwerk ist Spezialfabrik für elektrische Scheinwerfer und Laternen, ein Industriewerk im Murgtale stellt elektrische Kocher, Öfen und Bügeleisen her, verschiedene Industriewerke betätigen sich u. a. im Bau von Freileitungsmasten.

2. Die Handwerkerinnungen in Baden auf Schluß des Jahres 1922.

Nach einer Erhebung des Statistischen Landesamts bei den Bezirksämtern und Handwerkskammern gab es auf Schluß des Berichtsjahres in Baden 379 Handwerkerinnungen, deren Satzungen um jene Zeit behördlich genehmigt waren, mit über 21 000 Mitgliedern.

Unter der Gesamtzahl der Innungen waren 171 Freie Innungen mit 8312 und 208 Zwangsinnungen mit 12 883 Mitgliedern. Von den Innungen haben je über hundert ihren Sitz in den 3 Handwerkskammerbezirken Freiburg, Karlsruhe und Mannheim, und zwar sind 113 mit 6280 Mitgliedern im Kammerbezirk Freiburg, desgl. 110 mit 6637 im Karlsruher und 127 mit 7188 Mitgliedern im Mannheimer Kammerbezirk ansässig. Im Handwerkskammerbezirk Konstanz hatten nur 29 Innungen mit rund 1100 Mitgliedern ihren Sitz.

Die Zahl der Freien Innungen überwiegt in den Handwerkskammerbezirken Konstanz (16) und Karlsruhe (83), die Zwangsinnungen sind in der Mehrzahl in den Kammerbezirken Freiburg (92) und Mannheim (76). Während in den übrigen Kammerbezirken die ihrer Zahl nach vorherrschenden Innungen auch die Mehrheit der in den Innungen überhaupt zusammengeschlossenen Mitglieder in sich vereinigen (Zwangsinnungen: Freiburg 5287 Mitgl., Mannheim 5105; Freie Innungen: Karlsruhe 4784 Mitgl.), trifft dies für den Kammerbezirk Konstanz nicht zu; hier stehen den 452 in 16 Freien Innungen zusammengeschlossenen Mitgliedern 638 Mitglieder von nur 13 Zwangsinnungen gegenüber.

Was die Gründungszeit der Innungen bzw. die Zeit der behördlichen Genehmigung ihrer Innungsstatuten anbelangt, so sind von der Gesamtzahl der Innungen 37 in der Zeit bis 1900, 133 in den Jahren nach 1900 bis Ende 1914, d. h. etwa bis zum Kriegsausbruch, 11 während des Krieges und 195 in der Nachkriegszeit bis Schluß des Jahres 1922 entstanden. Davon sind im Berichtsjahr 1922 selbst 36 neue Innungen ins Leben getreten. Für 3 Innungen ist die Gründungszeit bis jetzt unermittelt geblieben. Am zahlreichsten sind die in der Nachkriegszeit entstandenen Innungen im Handwerkskammerbezirk Mannheim (88), es folgen die Kammerbezirke Karlsruhe (50), Freiburg (45) und Konstanz (12).

Weitaus am verbreitetsten sind die Bäcker- und Konditoreninnungen, deren Zahl sich am Ende des Berichtsjahres auf nahezu 60 (58) mit 3690 Mitgliedern belief. Ihnen zunächst stehen der Zahl nach die Schmiede- (Huf- und Wagenschmiede-) Innungen (41 mit 1994 Mitgl.). Je einige dreißig Innungen zählten auch das Metzgerhandwerk (34 mit 1956 Mitgl.), die Schuh- und Schäftemacher (ohne Holzschuhmacher) 33 Innungen mit 3323 Mitgl.), die Küfer und Käßler (32 mit 1086), die Schneider und Schneiderinnen, Weiß- und Trachtennäherinnen (31 mit 2149). Sehr häufig sind auch die Innungen der Wagner (25 mit 885 Mitgl.), der Schreiner, Glaser und Drechsler (25 mit 1375), der Barbier, Friseur und Perückenmacher (22 mit 1036 Mitgl.). Die Blechner und Installateure sind durch 9 Innungen mit 233 Mitgliedern, die Schlosser durch 12 mit 418, die Sattler, Polsterer, Tapeziere, Dekorateur und Posamentierer durch 11 mit 529, die Müller durch 8 mit 273, die Maler, Anstreicher, Vergolder, Lackierer, Tüncher, Gipser und Stukkateure durch 12 Innungen mit zusammen 531 Mitgliedern vertreten. Mehr vereinzelt sind die Innungen der Maurer und Zementeur, der Zimmerer sowie der Photographen (je 4), ferner der Buchbinder (3), der Uhrmacher und Goldschmiede sowie der Kaminfeger (je 2). Je nur eine Innung haben aufzuweisen die Holzschuhmacher, die Pflasterer sowie die Hafner und Ofensefer. Außerdem gab es auf Schluß des Jahres 1922 noch 2 Allgemeine Handwerkerinnungen (Sitz Pforzheim und Überlingen) mit 426 Mitgliedern und 2 Allgemeine Baugewerkeinnungen (Sitz Karlsruhe und Baden) mit rund 100 Mitgliedern. In denjenigen Handwerksgruppen, in denen mehr als 20 Innungen im Lande vorhanden sind, überwiegen die Freien Innungen bei den Bäckern und Konditoren (34), Metzgern (32), Küfern und Käßlern (22), die Zwangsinnungen andererseits bei den Schmieden 40, den Schuh- und Schäftemachern (24), Schneidern, Schneiderinnen usw. (23), Wagnern (13), Schreibern, Glasern usw. (17), Barbieren, Friseuren usw. (13). Unter anderem sind von den Küfer- und Käßlerinnungen 27, von den Innungen der Schuh- und Schäftemacher 25, von den Schmiedeinnungen, desgl. von den Schneider- und Schneiderinneninnungen je 22, von den Bäcker- und Konditoreninnungen 17, von den Schreiner-, Glaser- und Drechslerinnungen 13 und von den Innungen der Barbier und Friseur 11 in der Nachkriegszeit gegründet worden, auch von den Wagnerinnungen sind 9, von den Metzgerinnungen 8, von den Schlosserinnungen 7, von den Müllerinnungen 6 und von den Blechner- und Installateurinnungen 5 in dieser Zeit entstanden.

Von den Innungen haben 228 je 1—50 Mitglieder, 110 desgl. 51—100, weitere 34 je 101—200 und 7 mehr als 200 Mitglieder. Die größte Innung des Landes ihrer Mitgliederzahl nach ist die freie Allgemeine Handwerkerinnung der Stadt Pforzheim mit 400 Mitgliedern.

Bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Innungen (257) umfaßt der Wirkungsbereich jeweils den ganzen Amtsbezirk (Stadt- und Landgemeinden), in welchem die Innungen ihren Sitz haben. Größere Innungen, deren Wirkungskreis jeweils mit dem Handwerkskammerbezirk zusammenfällt, in welchem sie ansässig sind, gibt es 5, Kreisinnungen 8. Gleichzeitig über 3 ganze Handwerkskammerbezirke erstreckt sich nur eine Kaminfegerinnung. Bei 32 Innungen u. a. ist der Wirkungsbereich auf mehrere Amtsbezirke eines und desselben Kammerbezirktes ausgedehnt, bei 13 beschränkt er sich auf einen Amtsgerichtsbezirk und bei 12 auf die Landgemeinden eines Amts- oder Amtsgerichtsbezirktes. Keim städtische Innungen sind 43 ermittelt worden. Die sonst noch vorkommenden Fälle sind vereinzelt.

3. Die badische Getreideernte im Jahr 1923.

(Nach vorläufiger Schätzung.)

Nach den Angaben der Saatenstands- und Ernteberichterstatte lassen sich die diesjährigen Ernteerträge des badischen Getreidebaues folgendermaßen veranschlagen: Hafer 746 000 dz, Winterweizen 675 000 dz, Sommergerste 667 000 dz, Winterroggen 537 000 dz, Spelz (auch in Gemenge mit Roggen und Weizen) 332 000 dz. Winder wichtig sind die Erträge von Sommer-

weizen und Wintergerste mit jeweils 34 000 dz und Sommerroggen mit 16 000 dz. Dieses Ernteergebnis bedeutet gegenüber dem Jahr 1922 ein Mehr an Winterweizen von 232 000 dz, an Wintergerste von 215 000 dz, an Hafer 196 000 dz und an Winterroggen von 77 000 dz. Auch beim Spelz ist ein Mehrertragnis zu beobachten; dieses läßt sich aber der anderen Erhebungsart wegen gegenüber dem Vorjahr nicht genau berechnen. Das Ertragnis an Sommerweizen ist schätzungsweise um 15 000 dz, das an Sommerroggen um 6700 dz und das an Wintergerste um 5400 dz größer als im Vorjahr.

Das Mehrertragnis ist überall auf eine Steigerung der Hektarerträge zurückzuführen; keinesfalls auf eine Vermehrung der Anbaufläche. Diese hat ja sogar um ein geringes (4000 ha) gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Auf den Hektar wurde mehr geerntet bei Winterweizen 55%, bei Sommergerste 49%, bei Hafer 39% und bei Winterroggen 17%. Ebenso weisen Sommerweizen, Sommerroggen und Wintergerste höhere Hektarerträge auf. Es werden geschätzt auf den Hektar bei Winterweizen 14,6 dz, bei Sommergerste 13,7 dz, bei Hafer 12,5 dz, bei Winterroggen 12,3 dz. Die Hektarerträge von Sommerweizen betragen 14,8 dz, von Wintergerste 13,6 dz und von Sommerroggen 10,8 dz.

Das Gesamtbild der diesjährigen Ernte ist damit annähernd dasselbe wie das des Jahres 1921 und damit erheblich günstiger als das des Jahres 1922. Müßte die Ernte des Jahres 1922 als eine mittlere bis geringere Ernte bezeichnet werden, so darf die diesjährige eine normale Ernte mit guten Erträgen genannt werden. (Vgl. auch Nr. 10 des Jahrgangs 1922 der „Mitteilungen“.)

4. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang September 1923.

Die heiße, trockene Witterung des Monats Juli hielt, abgesehen von einzelnen, nicht immer sehr ergiebigen Niederschlägen auch fast den ganzen Monat August an. Die beinahe als Dürre zu bezeichnende Trockenheit machte sich insbesondere in Südbaden sowie in den Bezirken der oberen, mittleren und unteren Rheinebene mit ihren zum Teil flachgründigen, sandigen Böden sehr unliebsam fühlbar. Als eine Folge der Trockenheit, die mancherorts sogar das Umackern der abgeernteten Fruchtfelder vorläufig noch unmöglich macht, wird aus verschiedenen Bezirken die Zunahme der Mäuseplage gemeldet; auch über Engerlingsfraß wird da und dort geklagt. Am 15. August hat ein Hagelwetter in den Bezirken Offenburg und Achern Schaden angerichtet.

Die Getreideernte vollzog sich bei dem heißen Sommerwetter sehr rasch, so daß die Winter- und die Sommerfrüchte bis auf kleine Reste von Sommerweizen und Hafer als geborgen angesehen werden können. Die Güte des Körnerertrags wird fast ausnahmslos gelobt, während die Menge da und dort etwas hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die Stroherträge werden allgemein als gut bezeichnet.

Für die Kartoffeln sind die Aussichten hauptsächlich in Südbaden nicht sehr günstig. Sofern die Trockenheit dort noch länger andauert, wird in manchen Bezirken nur eine geringe Ernte erwartet. Mittel- und Nordbaden konnten sich in der zweiten Augusthälfte öfter ergiebiger Niederschläge erfreuen, so daß hier der Stand der Kartoffeln und der übrigen Hackfrüchte (Futter- und Zuckerrüben) erheblich besser beurteilt und mindestens eine Mittelernte erhofft wird.

Nach Beendigung der Getreideernte wurde sofort auch mit der Einheimung des zweiten Wiefenschnittes, des Ohms, begonnen. Die Erträge sind, wiederum vorab in Südbaden, bei den Trockenwiesen zum Teil recht geringfügig, während die feuchten und wasserbaren Wiesen befriedigendere Mengen liefern, die in qualitativer Hinsicht gelobt werden. Klee- und Luzerneäcker geben mancherorts nur einen geringen zweiten und keine Aussicht auf einen dritten Schnitt, so daß sich da und dort schon Mangel an Grünfutter fühlbar macht.

Die Tabakpflanzungen haben sich im allgemeinen etwas gebessert und versprechen ungefähr eine Mittelernte. Die in Baden nur noch in geringem Umfang vorhandenen Hopfenpflanzungen stehen nicht sehr hoffnungsvoll und lassen meist nur ein geringes Ertragnis erwarten. Mancherorts zeigen sich erst jetzt ganz geringe Dolbenansätze.

Der Stand der Weinberge und die Herbstausichten werden recht verschieden beurteilt. In der Seegegend und im oberen Rheintal lauten die Notizen ziemlich gut bis mittel, am Kaiserstuhl gering, in der Markgräfler Gegend mittel bis ziemlich gut, in der Ortenau gering, in der Bühler Gegend befriedigend, im Hinterland gut bis mittel. Von Traubenkrankheiten verlautet nicht viel, dagegen wird da und dort die geringe Menge der vorhandenen Trauben beklagt.

5. Die Teuerung in Baden im Monat August.

Durch die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge im abgelaufenen Monat haben sich die Kosten für die Lebenshaltung weiterhin erhöht. Die Steigerung der Kosten der zum Leben benötigten Nahrungsmittel sowie Gebrauchsgegenstände einschließlich Heizung, Wohnung und Beleuchtung, ist derart sprunghaft, daß eine zahlenmäßige Feststellung im Zeitpunkt der Veröffentlichung längst überholt ist.

Das Ausmaß der Verteuerung der Lebenshaltungskosten wird besonders deutlich ersichtlich, wenn die Friedenspreise mit den jetzt üblichen Kosten verglichen werden.

Als Beispiel seien die Friedens- und jetzigen Preise einiger wichtiger Nahrungsmittel für die Städte Karlsruhe, Konstanz und Offenburg wiedergegeben; für die Menge ist ein Pfund zugrunde gelegt.

Karlsruhe:	Preis im August 1913 M	Preis im August 1923 M	Steigerung um das Vielfache
Brot	0,14	180 000	1 285 714
Reis	0,26	360 000	1 384 615
Kartoffeln	0,05	45 000	900 000
Butter	1,50	2 700 000	1 800 000
Eier	0,09	135 000	1 500 000
Konstanz:			
Brot	0,15	180 000	1 200 000
Reis	0,30	250 000	833 333
Kartoffeln	0,05	40 000	800 000
Butter	1,40	2 200 000	1 571 429
Eier	0,09	60 000	666 667
Offenburg:			
Brot	0,15	120 000	800 000
Reis	0,24	280 000	1 166 667
Kartoffeln	0,05	45 000	900 000
Butter	1,60	1 800 000	1 125 000
Eier	0,09	70 000	777 778

Nach dem letzten Stichtagsergebnis vom Monat August (27.) betragen die Teuerungszahlen für die Städte Mannheim und Karlsruhe, und zwar getrennt nach den einzelnen Gruppen, wie folgt:

	Mannheim	Karlsruhe	Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt in %	
			Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	83 456 158	76 135 588	62,2	70,0
Bekleidung	21 232 615	19 634 615	53,7	53,7
Heizung und Beleuchtung	9 532 500	10 735 000	217,4	71,9
Wohnung	239 944	1 234 000	—	31,5

Die Reichs- und badische Landesindexziffer stellt sich nach den einzelnen Stichtagsergebnissen wie folgt:

a) Reichsindexziffer.

	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	Steigerung gegenüber der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekl.)
6. August	126 990	149 531	109,2
13. "	361 864	436 935	192,2
20. "	639 346	753 738	54,0
27. "	1 030 989	1 183 434	57,0

b) Badische Landesindexziffer.

	Lebenshaltung (ohne Bekleidung)	Steigerung gegenüber der Vorwoche in %
6. August	107 297,14	102,4
13. "	277 207,29	158,4
20. "	541 591,67	95,4
27. "	891 018,67	64,5

Beim Vergleich der badischen Landesindexziffer mit derjenigen des Reichs für die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung fällt ein zahlenmäßiger Unterschied auf, und zwar zu Ungunsten für Baden. Die Reichsindexziffer bringt die Teuerung stärker zum Ausdruck als die badische Landesindexziffer. Aus dieser Erscheinung darf aber nicht gefolgert werden, als wäre Baden „billiger“ als der Reichsdurchschnitt. Der Unterschied ist vielmehr dadurch zu erklären, daß das Reich, das für die Berechnung der Indexziffer benötigte Material hauptsächlich in Großstädten erhebt, wo die Teuerung sich spontan auswirkt und sofort erfasst werden kann. Anders verhält es sich bei den Erhebungsgemeinden, die für die Berechnung der badischen Landesindexziffer in Betracht kommen. Die Auswahl der Erhebungsgemeinden erfolgte unter Berücksichtigung der verschiedenen Wirtschaftsgebiete Badens und erstreckt sich neben größeren Städten auch auf kleinere Gemeinden, in denen die von den Großstädten ausgehenden Teuerungswellen nicht sofort in Erscheinung treten und erst nachträglich zur Auswirkung gelangen. Würde sich die Erhebung der Kleinhandelspreise nur auf die größeren Städte Badens beschränken, so würde der Unterschied zwischen der Reichs- und Landesindexziffer wohl auf ein Mindestmaß sinken.

Die Feststellung der Bekleidungskosten bei der badischen Landesindexziffer, deren Fehlen öfters beanstandet wurde, konnte bisher aus sachlichen Gründen nicht durchgeführt werden. Es besteht aber die Aussicht, auch die Bekleidungskosten für Baden in nächster Zeit berechnen zu können, wodurch sich vermutlich die badische Landesindexziffer derjenigen des Reichs annähern wird.

Die für die einzelnen Stichtage im Monat August für die badischen Erhebungsgemeinden festgestellten Teuerungszahlen betragen wie folgt:

	6. August	13. August	20. August	27. August
Mannheim	12 542 384	30 129 196	54 692 836	93 228 602
Karlsruhe	10 213 537	25 780 990	51 974 446	88 104 588
Freiburg	10 139 619	28 150 492	47 308 869	80 613 482
Pforzheim	10 064 052	28 812 711	50 191 089	90 341 902
Heidelberg	9 957 033	29 404 580	46 831 591	82 891 882
Konstanz	10 140 068	25 882 246	51 243 274	78 252 835
Baden	10 914 567	29 429 864	59 546 576	92 708 143
Durlach	9 157 143	28 107 714	47 969 626	76 941 397
Offenburg	9 064 111	23 586 648	46 605 244	72 812 205
Bruchsal	9 575 875	29 759 678	53 095 896	95 583 180
Lörrach	10 536 310	31 912 428	40 217 000	70 891 554
Weinheim	13 112 143	32 718 258	53 009 910	72 951 555
Lahr	8 039 267	21 342 176	39 532 526	60 330 776
Billingen	8 122 136	23 969 574	40 002 982	78 892 157
Rastatt	8 320 677	28 705 703	47 832 600	73 013 159
Singen a. N.	8 687 193	21 929 924	40 945 242	77 900 182
Kehl	8 732 822	25 147 597	39 045 240	74 994 714
Sodenheim	10 337 313	24 722 781	36 949 172	83 493 690
Achern	7 843 446	18 806 318	40 779 967	68 999 214
Waldshut	6 177 300	17 219 000	39 060 566	51 804 233
Neustadt i. Schw.	8 325 300	17 699 267	38 205 200	68 099 000
Rheinfelden	8 152 879	22 738 788	44 828 950	62 588 000
Berthheim	7 045 118	22 167 700	38 759 084	63 796 556
Zell i. W.	9 026 850	21 418 950	28 892 028	49 695 914
Gernsbach	10 550 860	25 376 217	48 893 125	80 421 500

6. Die Pfründner-, Alters- und Versorgungsheime in Baden.

a) Pfründner-, Alters- und ähnliche Heime.

(Fortsetzung aus Nr. 4, 5, 6 und 7 der „Statistischen Mitteilungen“.)

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Achern St. Josefshaus in Sasbach	Männliche und weibliche Pfründner katholischer Konfession	St. Josefsverein, e. V., Sasbach	11
Amtsbezirk Baden Städtisches Gutleuthaus in Baden	Arme arbeitsunfähige Bürger der Stadt Baden	Stadtgemeinde Baden	15
Städtisches Pfründnerhaus in Baden	Alte, gebrechliche, arbeitsunfähige Personen	Stadtgemeinde Baden	45
Ludwig-Wilhelm-Pflegehaus in Baden	Alleinstehende Frauen gebildeter Stände	Frauenverein Baden-Baden	30
Badisches Lehrerinnenheim in Baden	Pensionierte Lehrerinnen und Privatlehrerinnen	Verein badisch Lehrerinnen, Wertheim	42
Herrschaftliches Bezirkshospital in Baden	Alte, gebrechliche, mittellose u. erwerbsunfähige Personen katholischer Konfession	Bezirkshospitalsfonds Baden	60
Margarethen-Heim in Baden	Kränkliche oder durch Alter nicht erwerbsfähige Damen gebildeter Stände	Frau F. A. Krupp, Wwe., Etzelenz, geb. Frein von Ende, in Offen a. d. Ruhr	24
St. Vinzenzshaus — Waisenanstalt — in Sinzheim	Pfründner	Ordensfonds der Barmherzigen Schwestern (Superior) in Freiburg	75
Amtsbezirk Bretten Katholisches Schwesternhaus in Bretten	Alleinstehende kränkliche Personen	Kathol. Kinderschulverein, e. V., Bretten	2
Amtsbezirk Bruchsal Städtisches Versorgungsheim — früher Armen-, Pfründner- und Waisenhaus — in Bruchsal	Pfründner und Arme	Stadtgemeinde Bruchsal	158
Vinzenzshaus in Bruchsal	Pfründner	Stadtpfarrer a. D. Kunz mit dem Vinzenzverein Bruchsal	11
Amtsbezirk Buchen St. Vinzenzshaus in Mudau	Pfründner	Katholische Gemeinde Mudau	7
Amtsbezirk Donaueschingen Fürstl. Fürstenbergisches Landeshospital in Hüfingen	Arme, alte, presthafte Leute	Fürstl. Fürstenbergischer Landeshospitalfonds	130
Amtsbezirk Durlach Elisabethenheim in Jöhlingen	Pfründner	Elisabethenverein Jöhlingen	4
Amtsbezirk Emmendingen St. Josefshaus in Wühl	Alleinstehende pflegebedürftige Personen	Krankenverein Wühl, e. V.	8

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Engen Erzbischöfliches Priesterhaus in Weiterdingen	Kranke und dienstunfähige Priester	Erzbischöflicher Stuhl in Freiburg	10
Amtsbezirk Ettenheim Pfründnerheim St. Josefshaus in Ettenheim	Alte alleinstehende Personen	St. Vincentiusverein Ettenheim	12
Amtsbezirk Freiburg Heiliggeistspital mit Kartausanstalt und Hebhad in Freiburg	Bedürftige alte gebrechliche oder sonst hilflose Personen beiderlei Geschlechts	Heiliggeistspitalstiftung Freiburg	310
Versorgungshaus des Evangelischen Stifts — früher Hospiz — in Freiburg	Damen und Herren gebildeter Stände aller Konfessionen als Pfründner und Pensionäre, auch verschämte Arme	Verwaltungsrat des Evangelischen Stifts Freiburg	110
Jünglings- und Männerheim des Evangelischen Stifts in Freiburg	Pfründner, alte Männer und verschämte Arme aller Konfessionen	Verwaltungsrat des Evangelischen Stifts Freiburg	80
Großherzog-Friedrich- und Luise-Altersheim des Evangelischen Stifts in Freiburg	Alte Leute aller Konfessionen als Pfründner und Pensionäre und verschämte Arme	Verwaltungsrat des Evangelischen Stifts Freiburg	40
St. Marienhaus in Freiburg	Alte Dienftboten	Verein St. Marienhaus Freiburg, e. B.	92
Damenheim „Heimat“ des Evangelischen Stifts in Freiburg	Ältere Damen des Mittelstandes als Pfründner und Pensionäre	Verwaltungsrat des Evangelischen Stifts Freiburg	57
Institut und Pension St. Elisabeth in Freiburg	Alleinstehende ältere Frauen	Kongregation d. Schwestern vom Mutterhaus Gengenbach	104
St. Annastift, Heim für Geschäftsgehilfinnen in Freiburg	Pfründnerinnen	St. Annastift, G. m. b. H., Freiburg	110
St. Karolushaus, Filiale des Mutterhauses der Barmherzigen Schwestern in Freiburg	Pensionäre und Dauermieter	Der Orden der Barmherz. Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul in Freiburg	41
Amtsbezirk Heidelberg Städtisches Pfründnerhaus in Heidelberg	Alte gebrechliche Leute jeden Standes und beiderlei Geschlechts	Stadtgemeinde Heidelberg	70
Zöllig-Hillsche Pfrarwaisen-Stiftung in Heidelberg	Ältere wenig bemittelte Pfrardtöchter	Zöllig-Hillsche Pfrarwaisen-Stiftung Heidelberg	7
Marien-Luiseheim in Heidelberg	Ältere Frauen	Die Abteilung 4c des Badischen Frauenvereins	41
Marienhaus in Heidelberg	Alte alleinstehende weibliche Personen	Marienverein Heidelberg	64
Landfriedsches Bürgerstift in Heidelberg	Ältere Damen	Landfriedsches Bürgerstift in Heidelberg	15

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Karlsruhe			
Karl-Friedrich-Leopold- und Sophienstiftung in Karlsruhe	Alte Leute beiderlei Geschlechts	Karl-Friedrich-Leopold- u. Sophienstiftung in Karlsruhe	108
Städtisches Altersheim in Karlsruhe	Alleinsteh. alte arme Leute beiderlei Geschlechts	Stadtgemeinde Karlsruhe	90
Damenheim der Evangelischen Diakonissenanstalt in Karlsruhe	Alleinstehende Damen	Evangelische Diakonissenanstalt Karlsruhe	18
Friedrichsstift in Karlsruhe	Alleinstehende Damen	Badischer Frauenverein Karlsruhe.	23
St. Josefshaus in Karlsruhe	Alte alleinstehende Frauen	Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Franziskus zu Gengenbach	41
St. Franziskushaus in Karlsruhe	Alte alleinsteh. Personen beiderlei Geschlechts u. jeder Konfession	Mutterhaus der Barmherz. Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Freiburg	48
Katholisches Schwesternhaus St. Anna in Karlsruhe	Ältere alleinstehende Personen	Mutterhaus der Barmherz. Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Freiburg	34
Luisenheim in Karlsruhe	Pensionierte Krankenschwestern vom Roten Kreuz	Badischer Frauenverein Karlsruhe	22
Elisabeth von Offensandt-Bercholz-Stiftung in Karlsruhe	Gebrechliche u. bedürftige evangelische Frauen	Elisabeth von Offensandt-Bercholz-Stiftung in Karlsruhe	53
St. Elisabethen- und St. Agneshaus in Karlsruhe	Ältere Damen	Kongregation d. Schwestern des allerheiligsten Geistes, Bühl	150
Hans-Thoma-Heim in Karlsruhe	Evangelische Frauen des Mittelstandes	Badischer Landesverein für innere Mission Karlsruhe	23
Amtsbezirk Konstanz			
St. Elisabethenhaus in Böhligen	Alte würdige Arme	Katholischer Stiftungsrat Böhligen	5
Friedrichsheim in Gailingen	Israelitische Sieche und Greise	Friedrichsheim für israelitische Sieche und Greise, e. B.	60
Städtische Pfründ- und Pfllegeanstalt „zum Gütle“ in Konstanz	Arme Einwohner und Pfründner	Spitalstiftung Konstanz	185
Dienstbotenanstalt St. Marienhaus, A.-G., in Konstanz	Invalide Dienstboten verschiedener Konfession u. Heim für Damen	Dienstbotenanstalt St. Marienhaus, A.-G.	145
Städtische Pfründ- und Pfllegeanstalt — früher Hospital zum heiligen Geist — in Radolfzell	Alte Leute als Pfründner und Arme	Spitalfonds Radolfzell	82
Armen- und Pfründnerhaus in Reichenau	Arme notleidende Reichenauer und Pfründner	Gemeinde Reichenau	34

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Lahr			
Schwesternhaus St. Elisabeth in Heiligenzell	Ältere dienstunfähig gewordene Schwestern	Kongregation der Schwestern vom III. Orden des hl. Franziskus in Gengenbach	64
Spital in Lahr	Pfändner und Arme	Stadtgemeinde Lahr	60
Schwesternheim des Diakonissenhauses Nonnenweier in Lahr	Ältere Schwestern	Mutterhaus Nonnenweier	50
Amtsbezirk Lörrach			
St. Josefshaus in Brombach	Arme alte alleinstehende Personen	Vinzentiusverein, e. V., Brombach	4
Amtsbezirk Mannheim			
Evangelisches Altersheim — früher Evangelisches Bürgerhospital — in Mannheim	Evangelische Männer und Frauen, die das 65. Lebensjahr zurückgelegt haben	Evangelischer Hospitalfonds als städtische Stiftung	67
Katholisches Bürgerhospital in Mannheim	Pfändner katholischer Religion	Stiftungsrat des Kathol. Bürgerhospitals	70
Marthahaus in Mannheim	Alleinstehende pflegebedürftige ältere Damen	Evangelischer Diakonissenverein Mannheim	39
Klara-Reimann-Diffené-Stiftung — Frauenheim — in Mannheim	Alleinstehende gebildete Damen	Klara-Reimann-Diffené-Stiftung, Mannheim	14
Heim Laurentianum in Mannheim	Alte arme und unbedürftige Frauen	Frauenwohl Mannheim, e. V.	111
Amtsbezirk Meßkirch			
Pfändnerhaus — Spital — in Meßkirch	Körperlich schwache und arme Personen	Spitalfonds Meßkirch	43
Marienhaus in Meßkirch	Alte und kränkliche Personen	Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Freiburg	3
Amtsbezirk Neustadt			
Bezirkspfändnerhaus in Neustadt	Alte, arbeitsunfähige Personen	Die Gemeinden des Amtsbezirks Neustadt	52
Amtsbezirk Oberkirch			
St. Josefsanstalt in Rusbach	Alte Leute als Pfändner	Frauenverein des Kirchspiels Rusbach	11
Städtisches Pfändnerhaus in Oberkirch	Stadtarme	Gemeinde Oberkirch	24
Altersheim St. Josef in Oberkirch	Alleinstehende ältere Personen kathol. Religion	Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Freiburg	22
St. Vinzentiushaus in Oppenau	Pfändner	St. Vinzentiusverein Oppenau	30
Amtsbezirk Offenburg			
Städtisches Pfändnerhaus — Armenhaus — in Offenburg	Alte u. gebrechliche Leute	Stadtgemeinde Offenburg	39
St. Vinzentiushaus in Offenburg	Alte gebrechliche Personen und Pfändner	St. Vinzentiushaus, A.-G., Offenburg	59

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Marienhaus in Offenburg	Alte u. im Berufe stehende alleinstehende Personen aus dem Arbeiterinnen- und Diensthofenstande	Marienverein, e. B., Offen- burg	53
Amtsbezirk Pforzheim August-Kaiser-Stiftung in Pforzheim	Invaliden der Arbeit	August-Kaiser-Stiftung in Pforzheim	50
St. Josefs-Haus in Pforzheim	Pfründnerinnen u. Arme aus christlichen Kreisen	St. Vinzentiusverein Pforzheim	13
Amtsbezirk Rastatt Armenhaus für Männer — Brunnen- haus — in Rastatt	Arme Männer	Stadtgemeinde Rastatt	10
Armenhaus für Frauen — St. Josefs- haus — in Rastatt	Arme Frauen	Stadtgemeinde Rastatt	27
Schwesterheim Marienruhe in Scheuern	Alte Schwestern	Verwaltungsrat des Mutter- hauses f. Kinderschwestern, Karlsruhe	45
Amtsbezirk Säckingen Vinzentiushaus in Murg	Pfründner	Vinzentiusverein Murg, e. B.	22
Marienhaus in Säckingen	Pfründner und nicht ver- pfründeter Personen	St. Vinzentiusverein Säckingen	30
Städtisches Pfründnerhaus in Säckingen	Pfründner und Arme	Pfründner- und Spital- fonds Säckingen	39
Amtsbezirk Schopfheim Kinderheim Daisenhof in Griesgen	Pfründner	Zeller Anstalten (Evangel. Gemeindepflege, e. B.), Zell i. B.	35
Amtsbezirk Staußen Schwesternhaus St. Ludwig u. Pfründ- und Pensionshaus St. Lazarus in Heitersheim	Kranke u. alte Schwestern, Pfründner und Pen- sionäre	Mutterhaus der Barmher- zigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Freiburg	72
Amtsbezirk Stodach Städtisches Armenhaus in Stodach	Ortsarme Personen	Stadtgemeinde Stodach	15
Amtsbezirk Tanzenbach Katholische Josefsanstalt in Gerlachs- heim	Alte Leute	Katholische Kirchengemeinde Gerlachsheim	10
Schwesterhaus — Kleinkinderbewahr- anstalt — in Königheim	Alte Leute	Katholischer Kirchenfonds, Königheim	8
Amtsbezirk Überlingen Armen- und Pfründnerhaus „St. An- tonius und St. Franziskus“ in Markdorf	Ortsarme und Pfründner	Spitalfonds Markdorf	30
Armenanstalt Wespach in Neustach	Ortsarme aus den 17 stiftungsberechtigten Klostergemeinden	Stiftungsrat der Stiftung des Klosters Salem, Neustach	75
Hospital zum heiligen Geist — Spital u. Pfründneranstalt — in Überlingen	Arme altersschwache Per- sonen und Pfründner	Spital- und Spendfonds Überlingen	106

(Fortsetzung folgt.)

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 9.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das IV. Vierteljahr 6 Millionen M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Kreditbanken in Baden im Jahr 1923. 2. Der landwirtschaftliche Besitz und Betrieb der größeren badischen Städte. 3. Die Viehhaltung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Baden auf Ende 1922. 4. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Oktober 1923. 5. Die Teuerung in Baden im Monat September. 6. Die Kranken-, Pffindner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genesungsheime in Baden (Fortsetzung).

1. Kreditbanken in Baden im Jahr 1923.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Kreditorganisation in Baden noch gering entwickelt. Soweit sich auf Grund des vorliegenden statistischen Materials feststellen läßt, hat die Zahl der in Baden um das Jahr 1850 vorhandenen Banken etwa 8 betragen, die durchweg kleingewerblichen Charakter trugen. Größere Banken entwickelten sich in Baden erst mit zunehmender Industrialisierung des Landes in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts; in das Jahr 1870 fällt die Gründung der Badischen Bank, der Rheinischen Kreditbank, beide in Mannheim, sowie des Bankhauses Straus & Co. in Karlsruhe. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts begannen Berliner Großbanken, so die Dresdener Bank, die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter- und Nationalbank), die Elsassische Bankgesellschaft in Straßburg und andere, ihr Tätigkeitsgebiet auch auf Baden auszudehnen, was einzelne badische Banken veranlaßte, ihrerseits Zweigstellen in den größeren Städten des Landes zu errichten. Im Jahr 1905 wurde das bisherige Bankhaus Ladenburg in Mannheim (im Jahr 1785 gegründet) in die Süddeutsche Diskontogesellschaft Mannheim umgewandelt. Die größte Zahl von Neugründungen (rund 85) fällt in die Nachkriegszeit. In den letzten vier Jahren haben die Rheinische Kreditbank und die Süddeutsche Diskontogesellschaft in Mannheim ihr Filialnetz außerordentlich erweitert und außerdem sind in verschiedenen Städten des Landes, offenbar durch die Spekulationswit weiter Kreise der Bevölkerung begünstigt, zahlreiche Kleinbanken entstanden, in denen der „Gründer“ bisher mit einem oder wenigen Angestellten tätig ist. In den letzten Jahren sind auch die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände dazu übergegangen, ihre ursprünglich als Zentralkassen gegründeten Banken zu öffentlichen Kredit- und Effektenbanken umzuwandeln und gleichzeitig Zweigniederlassungen im Land einzurichten: Die Badische Bauernbank in Freiburg, die Badische Landwirtschaftsbank in Karlsruhe sowie die Bankabteilung der Zentrale landwirtschaftlicher Lagerhäuser in Tauberbischofsheim.

Nach dem Stand vom 1. September d. J. beträgt die Zahl der Banken, die in Baden ihren Hauptsitz haben, 66. Die meisten beschränken ihre Tätigkeit auf den Ort ihres Geschäftssitzes. Nur 14 haben ein mehr oder weniger großes Netz von Zweigstellen über das Land, ja teilweise über das Land hinaus ausgebreitet; so umfaßt die Süddeutsche Diskontogesellschaft in Mannheim zurzeit 60 Zweigstellen (darunter 20 Depositentassen, 11 Zahlstellen und 7 Wechselstuben), die Rheinische Kreditbank 40, die Badische Bauernbank 19, die Landwirtschaftsbank 8 und 25 Zahlstellen, die Oberrheinische Bankanstalt in Konstanz 4. Umgekehrt besitzen 11 außerbadische Banken mit dem Hauptsitz in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Heilbronn und München eine oder mehrere Zweigniederlassungen in Baden, insgesamt 28; das Ausland ist bisher nur in Rehl durch die schon vor dem Krieg bestandene Zweigniederlassung der Elsassischen Bankgesellschaft (Sitz in Straßburg) vertreten. Während die Rheinische Kreditbank und die Süddeutsche Diskontogesellschaft in den letzten Jahren Eingang auch in der Pfalz und in Hessen gefunden haben, sind diese beiden Länder mit Bankniederlassungen in Baden nicht vertreten.

Faßt man sämtliche selbständige Banken, Zweigniederlassungen, Depositentassen, Wechselstuben usw. unter der Bezeichnung „Bankunternehmung“ zusammen, so ergibt sich für Baden nach dem Stand vom 1. September d. J. eine Gesamtzahl von 259, die sich auf 80 Gemeinden verteilen. Die größte Zahl entfällt auf Mannheim (25); dann folgt Karlsruhe mit 16, Freiburg mit 9, Pforzheim mit 8, Konstanz und Baden mit je 7 und Heidelberg mit 5 Banken. Nicht

un erwähnt soll bleiben, daß in den übrigen Gemeinden des Landes, in denen sich keine Bankunternehmen befinden, das Kreditbedürfnis durch die zahlreichen landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, durch die in den größeren Städten befindlichen Vorschuß- und Darlehenkassen (Gewerbank, Vereinsbanken u. dgl.), teilweise auch durch die 157 Sparkassen befriedigt wird.

Über die Größe und den Umfang der Geschäftstätigkeit der Kreditbanken fehlt bisher, von den wenigen Banken abgesehen, welche die Rechtsform einer A.-G. oder einer eingetragenen Genossenschaft tragen, fast jedes statistische Material; dem Statistischen Landesamt liegen nur Angaben über die Zahl der in den einzelnen Banken im Jahr 1922 beschäftigten Personen vor. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung gibt es in Baden 2 Betriebe, deren Angestelltenzahl 500—1000 beträgt: die Zentralen der Rheinischen Kreditbank und der Süddeutschen Diskontogesellschaft in Mannheim. Zwischen 100—500 Angestellte beschäftigen 15, und zwar die beiden Privatbanken in Karlsruhe, Straus & Co. und Veit v. Homburger, 5 Filialen der Rheinischen Kreditbank, 4 der Süddeutschen Diskontogesellschaft, 2 der Dresdener Bank und je 1 der Kommerz- und Privatbank sowie der Darmstädter- und Nationalbank. In 12 Banken beträgt die Zahl der Angestellten 50—100, in den übrigen Fällen bleibt sie unter 50.

Von den 66 Banken, die in Baden ihren Hauptsitz haben, tragen 13 die Rechtsform einer Aktiengesellschaft, 13 die einer Kommanditgesellschaft, 3 einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 5 einer eingetragenen Genossenschaft, die übrigen sind entweder offene Handelsgesellschaften oder Einzelfirmen. Die außerbadischen Kreditbanken, die in Baden Zweigniederlassungen haben, zerfallen nach ihrer Rechtsform in 7 Aktiengesellschaften, 2 offene Handelsgesellschaften und in je 1 Kommanditgesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien und e. G. m. b. H.

2. Der landwirtschaftliche Besitz und Betrieb der größeren badischen Städte.

Der Eigenbesitz der 10 größten Städte des Landes (Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Rastatt, Baden, Offenburg, Freiburg, Lörrach und Konstanz) an landwirtschaftlichen Grundstücken beträgt insgesamt 5500 ha. Des größten landwirtschaftlichen Besitzes erfreuen sich die Städte Freiburg (1161 ha) und Heidelberg (1117 ha); dann folgen Karlsruhe mit 702, Konstanz mit 694 und Mannheim mit 564 ha. Auf Offenburg entfallen 464, auf Rastatt 416 ha. Die kleinste landwirtschaftlich genutzte Fläche (35 ha) hat Lörrach.

Sichtlich der Kulturart überwiegt das Ackerland mit 3424, sowie das Wiesland mit 1983 ha; Weidland (54 ha) findet sich nur bei den Städten Offenburg, Freiburg, Lörrach und Rastatt. Zu den Nebgutsbesitzern gehören in erster Linie die Stadt Freiburg mit einem Nebbestand von 30 ha, die Stadt Karlsruhe als Eigentümerin des Nebguts Stein mit 4,02 ha Weidland und die Stadt Konstanz mit einem Nebgelände in Größe von 7 ha.

Was die Betriebsverhältnisse der landwirtschaftlich genutzten Fläche anbelangt, so überwiegt die Parzellenverpachtung, d. h. der größte Teil des Ackerlandes ist in kleinen Arealen an Kleinpächter abgegeben. Nur ein geringer Prozentsatz der landwirtschaftlich genutzten Fläche steht in Selbstbewirtschaftung der Städte, hierunter fallen insbesondere Wiesländereien, sowie 8 landwirtschaftliche Gutshöfe, von denen 3 einen Flächenumfang von 100 ha überschreiten: die Friesenheimer Insel der Stadt Mannheim mit 199,51 ha eigentümlichem Grund und Boden, das Hofgut Rudach der Stadt Heidelberg auf Gemarkung Altheim mit 102 ha, das Nieselgut Mundenhof der Stadt Freiburg auf Gemarkung Umkirch mit einem Gesamtflächeninhalt von 509 ha und einer landwirtschaftlichen Fläche von ca. 280 ha. Die übrigen 5 selbstbewirtschafteten Gutshöfe, die sich auf die Städte Heidelberg (3), Karlsruhe und Freiburg (je 1) verteilen, umfassen insgesamt eine Fläche von 144 ha; 4 weitere Hofgüter, und zwar 3 im Besitz der Stadt Freiburg und 1 im Besitz der Stadt Karlsruhe sind in Pacht abgegeben.

Erwähnenswert ist endlich, daß eine Reihe von Städten im Interesse der Sicherstellung ihrer Milchwirtschaft während des Krieges dazu übergegangen sind, zu den eigentümlichen Gütern weitere Gutshöfe hinzuzupachten. So stehen im Betrieb der Stadt Karlsruhe allein 5 Pachtgutshöfe, die zusammen eine Fläche von rund 392 ha umfassen. Es handelt sich hierbei um 5 Höfe der Fürstlich Fürstenbergischen Standesherrschaft: den Dreierchenhof, den Waldhäuserhof, das Hofgut Bachzimmern, sämtliche im Amtsbezirk Donaueschingen, den Klosterhof und den Talhof im Amtsbezirk Engen. Die Städte Mannheim und Heidelberg haben je 2 Höfe hinzugepachtet: Mannheim den Bronnackerhof der Fürstl. Löwenstein-Berthelm-Rosenbergischen Standesherrschaft mit einer landwirtschaftlichen Anbaufläche von 143 ha und den Dörnishof des Freiherrn v. Berlichingen mit 123,5 ha, beide Gutshöfe im Amtsbezirk Adelsheim liegend; die Stadt Heidelberg ist Pächterin

des Hofguts Dörntal auf Gemarkung Altheim (Amt Buchen) mit 100 ha und des Hofguts Neidelsbach (Amtsbezirk Borberg) der Fürstlichen Standesherrschaft Hohenlohe-Bartenstein mit 222 ha. Endlich wäre noch die Stadt Konstanz zu erwähnen als Pächterin des Madachhofs (126 ha) des Grafen Douglas auf Langenstein, auf Gemarkung Mainwangen, während die Städte Pforzheim, Rastatt Baden, Offenburg, Freiburg und Lörrach von einer Pachtung landwirtschaftlicher Gutsbetriebe abgesehen haben.

3. Die Viehhaltung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Baden auf Ende 1922.

Anlässlich der Viehzählung am 1. Dezember 1922 wurde in den landwirtschaftlichen Großbetrieben des Landes (Betriebe über 100 ha landwirtschaftliche Fläche) ein Viehbestand von 10 900 Stück ermittelt. Im einzelnen wurden gezählt 1000 Pferde, 3576 Stück Rindvieh — darunter 2020 Stück Nutztvieh und 1441 Milchkühe — 2090 Schweine und 4150 Schafe.

Die Zahl der Pferde schwankt in den einzelnen Betrieben zwischen 4 und 37; die Höchstzahl an Pferden (37) findet sich in einem Gutsbetrieb im Amtsbezirk Mannheim. Der Pferdebestand der Großbetriebe macht rund $1\frac{1}{2}\%$ des Pferdebestandes des Landes aus; in ähnlichem Verhältnis steht die Fläche der Großbetriebe zur gesamten landwirtschaftlichen Fläche des Landes.

Dagegen beträgt der Rindviehbestand der großen Höfe nur $\frac{1}{2}\%$ des gesamten Viehstandes. Die Verringerung der Viehbestände, wie sie allgemein bei der letzten Viehzählung beobachtet wurde, erstreckt sich also auch auf die großen Gutshöfe und scheint hier in einzelnen Fällen von erheblichem Ausmaß zu sein. Man wird sich aber auch stets vor Augen halten müssen, daß, um ein Beispiel zu wählen, auf eine landwirtschaftliche Fläche von 250 ha, die vom Großbetrieb bewirtschaftet wird, niemals eine ähnlich starke Zahl von Rindvieh entfallen kann, wie wenn diese Fläche parzelliert wäre und von 100 Kleinbauern bewirtschaftet würde. Immerhin gibt es viehlose Betriebe nirgends.

14 Betriebe weisen einen Rindviehbestand von 9—25 Stück auf, 44 einen solchen von 25—50; bei den übrigen 25 Betrieben schwankt die Zahl zwischen 50 und 259, darunter befinden sich 3, deren Viehstand sich auf über 100 Stück bezieht. Die Höchstzahl von 259 Stück Rindvieh (154 Stück Nutztvieh, 105 Milchkühe) weist der Gutsbetrieb der Stadt Freiburg auf. Durchschnittlich entfallen auf einen Hof 54 Stück Nutztvieh und 17 Stück Milchkühe. Den größten Stand an Rindvieh weisen naturgemäß in der Regel die städtischen Gutsbetriebe auf, die ja wesentlich auf die Milchzeugung eingestellt sind: 2 Gutsbetriebe im Amtsbezirk Adelsheim mit je 56 und 63 Milchkühen, ein Betrieb im Amt Buchen mit 91 und einer im Amt Freiburg mit 105 Milchkühen. Einen hohen Milchviehstand erreicht auch ein Privatbetrieb im Schwarzwaldbezirk St. Blasien, der wesentlich Wiesen bewirtschaftet. Höfe mit geringem Wiesenbesitz die früher wesentlich auf die Verfütterung von Kraftfuttermitteln eingestellt waren, scheinen besonders schwache Viehbestände zu haben.

Der Mangel an Futtermitteln mag die Verringerung der Schweinebestände mit erklären. Auch der Schweinebestand der Gutsbetriebe bleibt hinter dem Landesdurchschnitt zurück und stellt sich ähnlich dem Rindviehstand auf rund $\frac{1}{2}\%$. Die Zahl der Schweine schwankt bei den einzelnen Betrieben zwischen 4 und 129. Die Höchstzahl von Schweinen (129) wurde in dem Gutsbetrieb der Stadt Freiburg ermittelt.

Überraschen mag vielleicht auf den ersten Blick die große Zahl der Schafe, die $6,3\%$ der Gesamtschafhaltung des Landes ausmachen. Landwirtschaftliche Großbetriebe mit Schafhaltung wurden insgesamt 32 festgestellt, darunter befinden sich 4 Betriebe mit 200 Schafen und mehr. Die Höchstzahl von 358 Schafen entfällt auf einen Betrieb im Amtsbezirk Adelsheim. Es handelt sich dabei um eine Stammzuchttherde. Der hohe Wert von Wolle und Fleisch, aber auch des Schafdunges erklären diesen Stand der Schafzucht. Daß es sich um einen Übergang zum extensiven Betrieb handelt, wird man daher nicht ohne weiteres behaupten können. Am stärksten ist die Schafhaltung auf den Höfen des Baulandes, dem natürlichen Standort der Schafzucht. In dieser Gegend halten auch die städtischen Gutshöfe große Schafherden: Das Gut Bronnacker (A. Adelsheim) hat 124 Schafe, der Glashof im Amt Buchen 171 Schafe. Ob in diesen Zahlen auch etwa Milchschafe enthalten sind, ist nicht ermittelt worden. Erhebliche Bedeutung hat zurzeit die Milchschafhaltung in Baden jedenfalls nirgends.

4. Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Oktober 1923.

Die Witterung war in der ersten Septemberhälfte trocken, warm und sonnig. In der dritten Septemberwoche setzten Niederschläge ein, die jedoch in mehreren Bezirken, insbesondere in der südlichen Landeshälfte, nicht immer genügten, um den Kulturen aufzuhelfen.

Die im Gang befindliche Kartoffelernte wurde in manchen Gegenden wieder eingestellt, weil gehofft wird, daß der Regen das Wachstum wieder anregt und eine Erhöhung des Ertrags herbeiführt. Die bis jetzt geernteten Frühkartoffeln waren in den meisten Fällen ziemlich klein, während bei den Spätkartoffeln die Erträge jetzt schon da und dort besser ausfallen, als man erwartet hatte. Unter den vorliegenden Berichten über die Kartoffelernteaussichten hinsichtlich der Menge lauten nur etwa 30 vom Hundert auf gering oder unter Durchschnitt, während 70 vom Hundert eine mittlere oder ziemlich gute bis gute Ernte annehmen. Im allgemeinen wird jedoch der Gesamtertrag hinter dem des Vorjahres wesentlich zurückbleiben. Die sonstigen Hackfrüchte, Kunkel- und Stoppelrüben sowie Zuckerrüben, kommen voraussichtlich über eine Mittelernte nicht erheblich hinaus. Das Herbstfutter von Klee- und Luzerneäckern ist meist nur gering, auch die Herbstweide auf den Wiesen ist vielfach ziemlich spärlich.

Die Ernte des Tabaks, der sich in letzter Zeit noch günstig entwickeln konnte, hat begonnen und liefert etwas über mittlere Erträge.

Die Herbstbestellung hatte sich da und dort verzögert, wird jedoch jetzt allgemein in Angriff genommen. Zum Teil sind die Wintersaaten bei günstigem Wetter schon in den Boden gebracht und werden bei Fortdauer der feuchtwarmen Witterung bald auflaufen.

Über weitere Zunahme der Mäuseplage kommen Berichte aus einer Anzahl von Bezirken, insbesondere aus dem mittleren, nördlichen und nordöstlichen Baden. Auch die Klagen über Engerlingfraß wollen nicht verstummen.

Die Weinlese hat teilweise schon begonnen. Am Bodensee liefern die klein gebliebenen Beeren wenig aber guten Most. Am Kaiserstuhl ist das Erträgnis fast null infolge von Spätfrosten, Heuwurm, Hagel und Sauerwurm. In der Markgräfler Gegend sind die Aussichten mittel bis unter mittel, in der Ortenau (Oberkirch, Offenburg, Achern) sehr gering, in der Bähler Gegend mancherorts recht befriedigend. In den übrigen Weinbaugebieten versprechen die Reben bei zumeist spärlichem Behang da und dort einen guten Tropfen, namentlich von den Edelsorten, während die Amerikaner heuer fast völlig versagen.

5. Die Teuerung in Baden im Monat September.

Auch die Aufgabe des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr konnte bis jetzt eine Besserung unserer Verhältnisse nicht herbeiführen; die Steigerung der Lebenshaltungskosten nimmt ihren Fortgang. Wenn auch durch die vorübergehende außergewöhnliche Angabe von Devisen seitens der Reichsregierung ein augenblicklicher Stillstand oder Rückgang der Großhandelspreise hervorgerufen werden konnte, war dieser in bezug auf die Auswirkung in den Kleinhandelspreisen unwesentlicher Natur und konnte auf die Gesamtlebenshaltungskosten keinen Einfluß ausüben.

Neben den reinen Lebenshaltungskosten beanspruchen insbesondere die Fertigerzeugnisse der Textilindustrie, die zum täglichen Gebrauch unbedingt erforderlich sind, einen hohen, finanziellen Aufwand. Einen Einblick über die Verteuerung gibt die nachfolgende Zusammenstellung einer Anzahl Bekleidungsgegenstände; die Preise beziehen sich auf die Städte Mannheim und Karlsruhe.

	Preis im Juli 1914	Preis im Sept. 1923	Steigerung um das Vielfache
Mannheim:			
	<i>M</i>	<i>M</i>	
1 einreihiger, fertiger Herrenanzug	31.50	1 120 000 000	35 555 555
1 wollener Frauencheviotrock	14.00	231 000 000	16 500 000
1 baumwoll. Flanellbluse (Hemdbluse)	5.50	90 000 000	16 363 636
1 weißer Frauenunterrock	7.50	95 000 000	12 666 666
1 weiße Waschbluse (Hemdbluse)	10.00	80 000 000	8 000 000
1 fertiger Knabenschulanzug	20.00	600 000 000	30 000 000
1 Mädchenkleid aus Cheviot	12.00	161 500 000	13 458 333
1 baumwollenes Männerflanellhemd	2.50	108 000 000	43 200 000
Karlsruhe:			
1 Frauenhemd (aus weiß. Hemdentuch)	2.50	68 000 000	27 200 000
1 Paar halbwoollene Männersocken	0.90	40 000 000	44 444 444
1 Paar Frauenstrümpfe	1.10	40 000 000	36 363 636
1 Paar Männerstiefel	10.00	450 000 000	45 000 000
1 Paar Frauenstiefel	8.00	420 000 000	52 500 000
1 Paar Kinderstiefel	5.50	230 000 000	41 818 181
Preis für das Besohlen von 1 Paar Männerstiefeln mit Absätzen	3.70	135 000 000	36 486 486

Nach dem letzten Stichtagsergebnis vom Monat September (24.) betragen die Teuerungszahlen für die Städte Mannheim und Karlsruhe, und zwar getrennt nach den einzelnen Gruppen, wie folgt:

	Mannheim	Karlsruhe	Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt in %	
			Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	2 747 928 800 .	2 319 968 679	103,7	112,4
Bekleidung	512 192 308	454 461 538	43,5	42,3
Heizung und Beleuchtung	364 312 500	400 500 000	683,5	36,9
Wohnung	44 790 375	17 000 000	420,4	314,6

Die Reichs- und badische Landesindexziffer stellt sich nach den einzelnen Stichtagsergebnissen wie folgt:

a) Reichsindexziffer.

	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	Steigerung gegenüber der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekl.)
3. September	1 602 769	1 845 261	55,9
10. "	4 057 841	5 051 046	173,7
17. "	12 005 497	14 244 900	182,0
24. "	25 500 000	28 000 000	97,0

b) Badische Landesindexziffer.

	Lebenshaltung (ohne Bekleidung)	Steigerung gegenüber der Vorwoche in %
3. September	1 548 659,47	73,8
10. "	4 014 444,49	159,2
17. "	12 938 843,77	222,3
24. "	25 938 477,73	100,5

Die für die einzelnen Stichtage im Monat September für die badischen Erhebungsgemeinden festgestellten Teuerungszahlen betragen wie folgt:

	3. September	10. September	17. September	24. September
Mannheim	166 049 384	425 107 740	1 404 243 202	3 157 031 675
Karlsruhe	157 687 039	407 261 113	1 388 990 913	2 737 468 679
Freiburg	152 942 219	390 632 182	1 118 086 269	2 173 481 825
Pforzheim	146 936 640	428 901 597	1 170 066 146	2 608 748 447
Heidelberg	148 711 440	400 642 170	1 105 609 260	2 435 137 580
Konstanz	127 073 190	335 171 300	862 873 500	1 992 272 500
Baden	147 667 117	388 966 632	1 147 900 425	2 372 008 800
Durlach	127 299 740	454 075 100	1 218 339 020	2 156 815 800
Offenburg	160 119 704	436 878 460	1 132 224 215	2 250 262 060
Bruchsal	133 451 080	402 865 360	1 154 633 020	2 464 462 000
Lörrach	156 677 364	323 046 221	—	2 082 873 234
Weinheim	123 883 030	307 125 500	1 187 886 592	2 004 382 447
Lahr	122 718 457	298 552 282	839 283 300	1 976 644 675
Villingen	133 762 871	344 675 867	864 473 732	1 947 651 740
Rastatt	128 059 690	387 655 460	1 115 300 553	2 227 328 903
Singen a. H.	122 515 160	300 304 570	841 375 620	1 546 158 020
Kehl	138 651 088	347 224 000	905 621 920	1 865 153 933
Hockenheim	127 110 635	317 507 500	914 572 150	2 235 069 300
Albern	111 585 663	233 537 400	846 469 002	1 411 575 492
Waldbshut	110 260 000	266 655 333	632 977 192	1 491 336 647
Neustadt i. Schw.	122 275 000	312 214 500	783 530 000	1 597 250 000
Rheinfelden	131 827 500	322 838 990	884 157 500	2 033 195 000
Wertheim	105 467 780	201 123 920	776 045 000	1 568 543 200
Zell i. W.	108 288 800	309 708 138	725 434 687	1 310 938 014
Gernsbach	125 583 040	371 825 000	996 241 700	2 075 678 000

6. Die Pfründner-, Alters- und Versorgungsheime in Baden.

Noch: a) Pfründner-, Alters- und ähnliche Heime.

(Fortsetzung aus Nr. 4, 5, 6, 7 und 8 der „Statistischen Mitteilungen“.)

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Billingen Spital zum heiligen Geist in Billingen	Bürger, Arme und Pfründner	Vereinigte Spital- und Armenfondsstiftungen (Spitalfonds Billingen)	60
Amtsbezirk Waldshut St. Josefshaus in Tiengen	Alte Leute	St. Josefsverein Tiengen, e. B.	11
St. Vinzenzshaus in Unterlauch- ringen	Pfründner	St. Vinzenzverein Unter- lauchringen	3
Amtsbezirk Wiesloch Astor-Stiftung in Walldorf	Alte gebrechliche, arbeits- unfähige Arme	Astor-Stiftung Walldorf	34
Amtsbezirk Wolfach Armenhaus in Schapach	Hilfsbedürftige Gemeinde- arme	Gemeinde Schapach	12
Spital und Gutleuthaus in Wolfach	Pfründner und Ortsarme	Spital und Gutleuthaus- fonds Wolfach	20

b) Die Kreispflegeanstalten.

Amtsbezirk Vogberg Kreispflegeanstalt in Krautheim	Personen, die der öffentl. Armenpflege im Kreis, den Gemeinden oder dem Landarmenverband anheimfallen	Kreisverband Rosbach	135
Amtsbezirk Bühl Kreispflegeanstalt Hub in Ottersweier	"	Die Kreisverbände Karls- ruhe und Baden	700
Amtsbezirk Donaueshingen Kreispflegeanstalt in Geislingen	"	Kreisverband Billingen	229
Amtsbezirk Freiburg Kreispflegeanstalt in Freiburg	"	Kreisverwaltung Freiburg	450
Amtsbezirk Offenburg Kreispflegeanstalt Fußbach in Ber- mersbach	"	Kreisverband Offenburg	290
Amtsbezirk Schopfheim Kreispflegeanstalt in Wiechs	"	Kreisverband Lörrach	273
Amtsbezirk Sinsheim Kreispflegeanstalt in Sinsheim	"	Kreisverband Heidelberg	307
Amtsbezirk Waldshut Kreispflegeanstalt in Jestetten	"	Kreisverband Waldshut	209
Amtsbezirk Weinheim Kreispflegeanstalt in Weinheim	"	Kreisverband Weinheim	298

c) Krankenanstalten mit Abteilungen für Pfründner und Arme.

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten für Pfründ- ner u. dgl.
Amtsbezirk Achern			
Städtisches Krankenhaus in Achern	Pfründner	Stadtgemeinde Achern	6
Städtisches Krankenhaus in Renchen	Pfründner und Ortsarme	Stadtgemeinde Renchen	20
Amtsbezirk Baden			
Städtisches Krankenhaus in Baden- Lichtental	Pfründner u. Gemeinde- arme	Stadtgemeinde Baden	13
Amtsbezirk Bonndorf			
Bezirksspital Bonndorf in Bonndorf	Pfründner	35 Gemeinden des Amts- bezirks Bonndorf, 1 Ge- meinde des Amtsbezirks Waldbhut	28
Spital in Stühlingen	Arme und Pfründner	Stadtgemeinde Stühlingen	10
Amtsbezirk Breisach			
Städtisches Krankenhaus und Bürger- spital in Breisach	Pfründner und Ortsarme	Spitalfonds Breisach	25
Amtsbezirk Buchen			
Städtisches Krankenhaus — früher Spital — in Buchen	Pfründner	Stadtgemeinde Buchen	15
Bezirksspitalverband Hardheim — früher Friedrich-Luisenstiftung — in Hardheim	Pfründner	Die Gemeinden Hardheim, Höppfingen, Breisingen, Gerichstetten, Wald- stetten und Schweinberg	11
St. Josefs-Krankenhaus in Walldürn	Pfründner	Stadtgemeinde Walldürn	25
Amtsbezirk Bühl			
Kranken-, Pfründner- und Waisenhaus in Bühl	Pfründner	Stadtgemeinde Bühl	4
Armen- u. Krankenhaus in Steinbach	Ortsarme	Gemeinde Steinbach	17
Amtsbezirk Donaueschingen			
Stadtpital — früher Armenspital — in Bräunlingen	Pfründner und Ortsarme	Stadtgemeinde Bräun- lingen	12
Städtisches Krankenhaus in Geisingen	Pfründner	Gemeinde Geisingen	5
Städtisches Krankenhaus in Hüfingen	Pfründner und Ortsarme	Stadtgemeinde Hüfingen	18
Amtsbezirk Durlach			
Städtisches Krankenhaus in Durlach	Pfründner	Stadtgemeinde Durlach	2
Krankenhaus in Jöhlingen	Pfründner	Gemeinde Jöhlingen	4
Krankenhaus in Weingarten	Pfründner	Gemeinde Weingarten	3

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten für Pfründ- ner u. dgl.
Amtsbezirk Emmendingen			
Städtisches Krankenhaus — früher Leopold-Sofienstiftung — in Emmen- dingen	Pfründner	Stadtgemeinde Emmen- dingen	15
Städtisches Krankenhaus — früher Bezirkshospital — in Endingen	Pfründner und Ortsarme	Stadtgemeinde Endingen	15
Städtisches Krankenhaus in Kenzingen	Pfründner und Arme	Stadtgemeinde Kenzingen	15
Amtsbezirk Engen			
Armen- und Krankenhaus in Blumen- feld	Arme Gebrechliche und Altersschwache	Bezirks-Armen- u. Kranken- hausverband Blumenfeld	200
Spital in Engen	Pfründner	Spitalfonds Engen	52
Braunische Spitalstiftung — Kranken- haus — in Möhringen	Ortsarme, Pfründner und Kreislinge	Gemeinde Möhringen	54
Amtsbezirk Ettlingen			
Armen-, Pfründner- und Gefindepital in Ettlingen	Arme und ortsangehörige Pfründner	Stadtgemeinde Ettlingen	11
Hospital Malsch in Malsch	Siehe	Gemeinde Malsch	13
Amtsbezirk Freiburg			
St. Vincentiushaus in Freiburg	Pfründner	Frauen-St. Vincentius- verein Freiburg	31
St. Josefshaus — Spital und Ge- neunungsheim — in St. Peter	Pfründner	Gemeinde St. Peter	21
Amtsbezirk Heidelberg			
Vincentiushaus in Heidelberg	Alleinstehende Personen	Vincentiusverein, e. V., Ost- stadt Heidelberg	15
Amtsbezirk Karlsruhe			
Altes St. Vincentiushaus, verbunden mit St. Marienhaus, in Karlsruhe	Alte alleinstehende Per- sonen	St. Vincentiusverein Karlsruhe	27
Amtsbezirk Konstanz			
Israelitisches Krankenhaus in Gai- lingen	Pfründner	Israelitische Gemeinde Gai- lingen	15
St. Vincentiushaus in Konstanz	Pfründner	Aktien-Gesellschaft St. Vin- centiusverein Konstanz	4
Amtsbezirk Lörrach			
Krankenhaus in Randern	Spitaliten, Ortsarme und Pfründner	Stadtgemeinde Randern	6
Städtisches Krankenhaus — früher Kranken-, Pfründner- und Armen- anstalt — in Lörrach	Pfründner	Stadtgemeinde Lörrach	35
Amtsbezirk Mannheim			
Städtisches Bürgerhospital in Laden- burg	Ortsarme Pfründner	Christlicher Bürgerhospital- fonds Ladenburg	13

(Fortsetzung folgt.)

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 10.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich. Bezugspreis für das IV. Vierteljahr 5 Millionen M.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse zu Konzernen, Trusts u. dgl. in Industrie und Handel in Baden. 2. Nähmaschinen-, Fahrrad- und Kraftwagen- (Automobil-) Industrie in Baden. 3. Beruf und Todesursache in Baden im Jahr 1922. 4. Die gewaltigen Todesfälle in Baden im Jahr 1922. 5. Die Zahl der Rechtsanwälte in Baden Anfang 1923. 6. Erntevorhersagung der Getreidefrüchte in Baden Anfang Oktober 1923. 7. Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang November 1923. 8. Die Landesversicherungsanstalt Baden im II. Vierteljahr 1923. 9. Die Tenuerung in Baden im Monat Oktober. 10. Die Kranken-, Pfründner-, Waisen- und Erziehungsanstalten sowie Erholungs- und Genesungshäuser in Baden (Schluß).

1. Die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse zu Konzernen, Trusts u. dgl. in Industrie und Handel in Baden.

Über die Zugehörigkeit industrieller Betriebe zu Konzernen, Trusts und ähnlichen wirtschaftlichen Gruppenbildungen in Baden ist erstmals in den „Statistischen Mitteilungen über das Land Baden“, Jahrgang 1922, Nr. 7, eine kurze vorläufige Mitteilung veröffentlicht worden. Nachdem die Erhebungen des Statistischen Landesamts in den letzten Wochen weitergeführt worden sind, mag es angebracht sein, nimmehere eine ergänzende und zusammenfassende Darstellung über die Zugehörigkeit industrieller oder Handelsbetriebe zu Konzernen, Trusts, Interessengemeinschaften u. dgl. zu geben. Es liegt in der Natur der Sache, daß die in den nachfolgenden Ausführungen enthaltenen Angaben keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können; die Schuld an diesem Mangel trifft aber nicht die amtliche Statistik, sondern erklärt sich daraus, daß manche Konzerne, Trusts, Interessengemeinschaften usw. aus hier nicht näher zu erörternden Gründen Wert auf Geheimhaltung ihrer Beziehungen legen und jede Auskunftserteilung auf amtliche Anfragen entweder ablehnen oder das Vorliegen einer Gruppenbildung bestreiten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß andere Konzerne mit um so größerer Bereitwilligkeit Auskunft über ihre Gründungs- und Geschäftstätigkeit gegeben haben. Im allgemeinen war das Statistische Landesamt bei Sammlung der statistischen Unterlagen für die Darstellung der Konzernbewegung in Baden auf gedruckte oder handschriftliche Mitteilungen, Jahresberichte u. dgl. der Konzerne selbst angewiesen. Vereinzelt standen auch sonstige Hilfsquellen zu Gebot.

Nachfolgend sollen zunächst die wichtigsten Industrie- und Handelskonzerne, deren Sitz in Baden liegt, aufgeführt werden; in zweiter Linie wird dann auf die wichtigsten außerbadischen Konzerne, denen badische Firmen angeschlossen sind, eingegangen werden.

Die umfangreichsten und wirtschaftlich bedeutendsten Konzerne, Wirtschaftsgruppen u. dgl. in unserm Land entfallen auf die in Baden hochentwickelte Metall- und Maschinen- einschließlich Elektrische Industrie. In der Metall- und Maschinenindustrie sind in erster Linie die Gruppen Lanz, Unionwerke, Deutsche Eisenbahnsignalwerke und Schiele-Bruchsal, in der Elektrischen Industrie die Konzerne Brown Boveri, Rhein-Elektra, Badische Elektrizitäts A.-G. sowie die Mannheimer Elektrizitäts-G. m. b. H. zu erwähnen. Sämtliche dieser Konzerne haben ihren Sitz in Mannheim, mit Ausnahme des Konzerns Schiele-Bruchsal (Sitz Baden-Baden) und der Deutschen Eisenbahnsignalwerke (Bruchsal).

Stammfirma der Gruppe Lanz sind die im Jahr 1859 gegründeten Heinrich Lanz-Werke in Mannheim, die mit ihren rund 6000 Arbeitern in erster Linie Lokomobile, Dampfdreschmaschinen-Pflanzmühlen, Rübenschnneider, ferner Motorfahrzeuge, Traktoren, Kultivierungsmaschinen (Landbaumotoren), Schwerölmotoren usw. herstellen. Zu dem Lanz-Konzern gehören die Schwarzwaldwerke Lanz, Kommanditgesellschaft in Donaueschingen, die sich in Mannheim und Böhrenbach mit der Herstellung von Handzentrifugen, Molkereizentrifugen und Klein-Kältemaschinen befassen, sowie die Lanz-Werk-Nähmaschinenfabrik A.-G. in Zweibrücken, die Grassmäher, Getreidemäher, Garbenbinder u. dgl. herstellt. Mit der Internationalen Maschinen- und Tiefbohrgerätesabrik, A.-G. Landau besteht eine Interessengemeinschaft.

Die dem Konzern *Unionwerke* angeschlossenen Unternehmungen bezwecken in erster Linie die Herstellung von Brauereieinrichtungen aller Art. In der Mannheimer Stammfirma, in der zurzeit gegen 400 Arbeiter beschäftigt sind, werden automatische Faß-Füllanlagen, Rotationsdruckregler, Schalenfilter, Zylinderfilter, Pichereinrichtungen, Filtermassewaschapparate und Flaschenreinigungsmaschinen hergestellt; in der Spezialfabrik Wallau a. d. Lahn wird die Unionfiltermasse gewonnen. Als Tochtergesellschaft sind die Siegerin-Goldman-Werke G. m. b. H. Berlin und Mannheim anzusehen, wo in erster Linie Flaschenbürstmaschinen hergestellt werden. In Verbindung mit den Siegerin-Goldman-Werken besteht eine Interessengemeinschaft mit den Großfirmen Enzinger A.-G., Worms, Winterwerb, Streng & Co. in Mannheim, Volbt & Vogel in Hamburg sowie Jagenberg in Düsseldorf.

Das Hauptarbeitsgebiet der Gruppe der Deutschen Eisenbahnsignalwerke, A. G. Bruchsal, liegt auf der Anfertigung von Vorrichtungen für das Eisenbahnsicherungswesen, daneben stellt sie in geringerem Umfang auch Maschinen und Apparate für verschiedene Verwendungszwecke her. Die Deutschen Eisenbahnsignalwerke besitzen in Desede/Georgsmarienhütte eine bedeutende Zweigniederlassung. Zur Gruppe gehört u. a. eine Schweizer Firma. Von besonderer Bedeutung ist die Interessengemeinschaft mit der Eisenbahnsignal-Bauanstalt M. Jüdel & Co., A.-G. in Braunschweig. Dadurch wurden die schon bestehenden Beziehungen zu einem großen deutschen Konzern bedeutend erweitert. Die Zahl der im Werk Bruchsal beschäftigten Arbeiter und Angestellten beträgt rund 850.

Eine auffallend rasche Entwicklung weist der Konzern Schiele & Bruchsaler, Industriekonzern, Sitz in Baden-Baden, auf. In den ihm angeschlossenen 12 Fabriken in Überlingen, Billingen, Furtwangen, Hornberg, Bühl, Raftatt, Lahr, Bruchsal und Mannheim werden vorwiegend Metallwaren, Apparate, Schrauben, Kühlschränke, Kältemaschinen, Berggaser und sonstige Ausrüstungs- und Zubehörteile für Auto und Fahrrad, Elektromotore, elektrogalvanische Apparate, daneben auch Uhren, Schreibmaschinen, Fleischereimaschinen usw. hergestellt. Neuerdings hat der Konzern in Gengenbach Werkstätten für Herstellung künstlerischen Hausrats auf handwerkerlicher Grundlage eingerichtet; im Bezirk Donaueschingen sind 2 Torfgewinningbetriebe angegliedert. Die Gesamtzahl der von den Konzernfirmen beschäftigten Arbeiter beträgt rund 2000.

Anfang September d. J. hat die Maschinenbaugesellschaft, A.-G. in Karlsruhe, eine Interessengemeinschaft mit den Motorenwerken Mannheim, vormals Benz, Abteilung stationärer Motorbau, A.-G. in Mannheim, sowie mit den Badischen Motorlokomotivwerken, A.-G. in Mosbach, abgeschlossen.

Von den oben erwähnten Wirtschaftsgruppen auf dem Gebiet der Elektrischen Industrie sind die Konzerne Brown Boveri und Rhein-Elektra, Sitz in Mannheim, von größter, weit über die Grenzen unseres Landes hinausragender Bedeutung. Stammsitz des Brown Boveri-Konzerns, einer Hauptfiliale des gleichnamigen Konzerns in der Schweiz, ist die Firma Brown Boveri & Cie., A.-G. in Mannheim-Käfertal, deren wichtigster Fabrikationszweig die Herstellung elektrischer Generatoren, Transformatoren, Schaltanlagen und elektrischer Lokomotiven ist. Die Zahl der von der Firma in Mannheim beschäftigten Arbeiter beträgt über 3000. Zweigniederlassungen befinden sich in Saarbrücken, Groß-Muheim b. Hanau und in Lampertheim. Zu den Tochtergesellschaften gehören die Isolation-A.-G. in Mannheim-Neckarau mit einem Fassonwalzwerk und Zieherei für gewalztes und gezogenes Stabeisen, Fassonstab- und Dampfturbinenschaukelmaterial, sowie die Apparatebauanstalt Stoz & Cie., G. m. b. H. in Mannheim, einer der größten Betriebe für Herstellung elektrotechnischer Spezialartikel für Freileitungsbau und Hausinstallation; in erster Firma werden rund 500, in letztgenannter Firma 400 Arbeiter beschäftigt.

Eine glänzende Entwicklung weist die im Jahr 1897 gegründete Rheinische Elektrizitäts-A.-G. in Mannheim auf; sie umfaßt 30 größere oder kleinere Unternehmungen (Elektrizitätswerke, Überlandzentralen, Kleinbahnunternehmungen) in- und außerhalb des Landes. Beschäftigt werden in der Mannheimer Stammfirma rund 700 Arbeiter. In letzter Zeit hat sich dem Konzern die Rheinische Eisengießerei und Maschinenfabrik A.-G. sowie die Rheinische Hoch- und Tiefbau-A.-G., beide in Mannheim, angeschlossen. Das Tätigkeitsgebiet der im Jahr 1916 gegründeten Mannheimer Elektrizitätsgesellschaft m. b. H. in Mannheim, die ähnliche Gesellschaften in Oberhessen, Thüringen und in Niedersachsen errichtet hat, erstreckt sich in der Hauptsache auf Erstellung von Fernleitungen, Transformatorstationen, Ortsnetzen sowie Einrichtung elektrischer Installationen für Licht- und Kraftzwecke. Die im Jahr 1920 gegründete Badische Elektrizitäts-A.-G., Sitz in Mannheim, die mehrere Zweigstellen in Baden hat, steht mit den Elektrizitäts-Aktiengesellschaften in Königsberg und Regensburg in engem Zusammenhang.

Auf dem Gebiet der Nahrungs- und Genussmittel- (einschließlich Tabak-) Industrie sind 6 Konzerne bemerkenswert, und zwar:

für Zucker: die Gemeinschaft süddeutscher Zuckerrfabriken in Waghäusel, Frankenthal, Stuttgart, Heilbronn, Offstein, Rheingau (bei Worms), Groß-Umstadt und Groß-Gerau. Neuerdings ist der Gemeinschaft auch eine norddeutsche Zuckerrfabrik (Rauen bei Spandau) beigetreten. Das Gesamtaktientkapital dieser Gemeinschaftsgruppe, die auch an der Konservensfabrik Helvetia in Groß-Gerau beteiligt ist, beträgt rund 900 Millionen Mark;

für Malz: die Gruppe des Großkaufmanns Feitel in Mannheim, der eigene Konzernbüros in Mannheim, Halle und Berlin unterhält; ihr gehört eine größere Zahl von Malzfabriken in Baden, Mitteldeutschland und im Saargebiet, 5 Getreidekaffeeabfabriken, eine Pfälzer Preßhefefabrik usw.;

für Branntwein, Likör und Essig: der Konzern Kiefer in Korb, der sich in den letzten Jahren außerordentlich rasch entwickelt hat. Er ist an 6 Aktiengesellschaften für Essig- und Likörfabrikation in Baden und in der Pfalz beteiligt. Von ihm sind im Lauf dieses Jahres 2 Aktiengesellschaften für Tabakbau und Tabakhandel ins Leben gerufen worden; außerdem ist er an einer neuerdings in Rastatt gegründeten Tabakfabrik beteiligt;

für Nährmittel, Fleischwaren, Getreide usw.: die Zentrale landwirtschaftlicher Lagerhäuser in Tauberbischofsheim, die zu Beginn des Jahres 1923 die Rechtsform einer A.-G. angenommen hat. Die Zentrale umfaßt die Fränkische Nährmittelfabriken, A.-G., Hardheim-Rüdingen, die Fränkische Fleischwarenfabrik, A.-G., Tauberbischofsheim, Industriewerke, A.-G. in Buchen, „Frankenland“, Verkaufsstelle in Mannheim, 11 landwirtschaftliche Lagerhäuser, eine Genossenschaftsmühle, einen Winzerverein, daneben ein Maschinenwerk mit eigener Spinnerei, eine Ziegelei, eine Bürsten- und Pinselfabrik und unterhält eine eigene Bank. Das Aktientkapital beträgt zurzeit 96 Millionen Mark;

für Tabak: die Gruppe Batshari, der neben der Stammfirma in Baden-Baden mit rund 1000 Arbeitern verschiedene Unternehmungen in Worms, Düsseldorf, Saarbrücken, Holland und Schweiz gehören. Neuerdings hat sie sich an der oben erwähnten Handels-Aktiengesellschaft für Tabak und Landesprodukte in Kehl (Aktientkapital 3 Milliarden Mark) sowie an der Gründung einer Tabakfabrik in Rastatt beteiligt.

In der Industrie der Steine und Erden sind der Konzern Portland-Zementwerke Heidelberg—Mannheim—Stuttgart sowie der Konzern Leferenz von Bedeutung. Beide Konzerne haben ihren Sitz in Heidelberg. Die Stammfirma Portland-Zementwerke in Heidelberg ist im ausschließlichen Besitz des Portland-Zementwerkes Diedesheim—Neckarelz (Aktientkapital 70 Millionen Mark) und steht mit größeren Unternehmungen in Bayern, Württemberg, Hessen, Lippe-Detmold in engstem Zusammenhang. Die Gruppe Leferenz, Eigentümerin des Porphyrrwerkes Dossenheim, steht mit der Obenwälder Hartstein-Industrie-A.-G., Darmstadt, mit der Südwestdeutschen Hartstein-Industrie, G. m. b. H., Haslach i. N. und ähnlichen Unternehmungen in Verbindung.

Einer der umfangreichsten und bedeutungsvollsten Konzerne auf dem Gebiet der Papier- und Zellstoffherstellung ist die Zellstofffabrik Waldhof bei Mannheim. Die Stammfirma mit einem Aktientkapital von 236 Millionen Mark hat die beiden badischen Papierfabriken Weißenstein, A.-G. in Dillweissenstein (bei Pforzheim) sowie Papyrus, A.-G., Mannheim-Waldhof, auf einen längeren Zeitraum gepachtet. Zu dem Konzern gehören größere Unternehmungen in Tilsit, Raguit, Bernau (Livland); mit der Natron-Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G. in Berlin, mit der Simoniuschen Zellulosefabrik, A.-G. in Wangen (Allgäu) und ähnlichen Unternehmungen besteht eine Interessengemeinschaft.

Verhältnismäßig gering war bisher die Konzernbildung in Handel und Verkehr. Eine Ausnahme macht das Versicherungsgewerbe, in dem seit einigen Jahren der Gedanke des wirtschaftlichen Zusammenschlusses größeren Eingang gefunden hat. Soweit sich übersehen läßt, haben 3 größere Versicherungskonzerne ihren Sitz in Baden: Die Mannheimer Versicherungsgesellschaft (Gründungsjahr 1879, Aktientkapital 40 Millionen Mark), die sich mit der Continentalen Versicherungsgesellschaft, A.-G., Mannheim, sowie mit der Deutschen Lebensversicherung-A.-G., „Kronos“ in Berlin zusammengeschlossen hat, dann der nach Kriegsende gegründete Universum-Konzern, Sitz Mannheim, von dem 6 Unternehmungen (die Deutsche Universum-Gesellschaft, A.-G. für Versicherungsvermittlung, Sitz Mannheim, die Badische Universum-A.-G. und die Universum-Treuhand-G. m. b. H., beide in Heidelberg, die Universum-A.-G. zur Beschaffung von Betriebsmitteln für Handel und Industrie in Sinsheim a. d. E., die „Wühlag“, Großhandels-A.-G. in

Mühlensfabrikaten und Landesprodukten, sowie die „Bamag“ Badische A.-G. für Mühlenbetriebe, beide in Mannheim gegründet worden sind, und endlich der bayerische Versicherungskonzern Rhau, der 9 verschiedene Versicherungsgesellschaften umfaßt und im Jahr 1923 seinen Sitz ins Badische (nach Baden-Baden) verlegt hat.

In der Schifffahrt betätigt sich der schon vor Kriegsende bestandene badische Schifffahrtskonzern mit dem Sitz in Mannheim; ihm sind 5 Schifffahrtsunternehmungen (Badische A.-G. für Rheinschifffahrt und Seetransport, Mannheim; Rheinschifffahrts-A.-G. vorm. Fendel, Mannheim; Rhenus, Transport-G. m. b. H., Frankfurt a. M.; Karlsruher Schifffahrts-A.-G. Karlsruhe; Bayerische Transportgesellschaft vorm. Theodor Fügen, Ludwigshafen) angeschlossen; der Schiffspark des Konzerns besteht aus 150 Rähnen, 39 Schleppbooten und 38 Güterdampfbooten.

Neuerdings macht sich auch im Hotelgewerbe eine Zusammenschlußbewegung bemerkbar; eine größere Zahl Sanatorien in St. Blasien, Bühlerhöhe, Wehrwald, San Remo usw. steht unter einer wirtschaftlichen Leitung (Sitz in Freiburg); einer im Jahr 1922 von Badener Gasthofbesitzern gegründeten A.-G. in Baden-Baden gehören bisher 2 größere Hotels in Baden.

Größer als die Zahl der in Baden beheimateten Konzerne ist die der außerbadischen Konzerne, die auf die badische Industrie und auf den badischen Großhandel Einfluß gewonnen haben. An erster Stelle steht auch hier die Metall- und Maschinenindustrie, in der sich der Konzerngedanke bisher am meisten durchgesetzt hat. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, stehen 33 große Metall- und Maschinenunternehmungen in engem Zusammenhang mit außerbadischen Wirtschaftsgruppen; erwähnt seien hier nur die Konzerne Stinnes, Krupp, Bing, Sichel, Hommel, Inag, Kahn und andere. Hugo Stinnes gehört nach dem dem Statistischen Landesamt vorliegenden Material dem Aufsichtsrat von 6 großen Aktienunternehmungen in Baden an. Der Sichel Konzern besitzt in Baden 7 größere Beteiligungen; dem Inag-Konzern und der Gruppe Kahn sind je 4 badische Unternehmungen angeschlossen. Die Uhrenindustrie ist bis jetzt noch so gut wie konzernfrei, mit Ausnahme einer Billinger Firma, die dem Herrmann-Konzern in Berlin und einer Furtwanger Firma, die dem allerdings badischen Konzern Schiele-Bruchsaler angeschlossen ist.

Von den bedeutendsten chemischen Werken in Baden steht die Mehrzahl in Verbindung mit führenden Konzernen, so mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, mit der Metallbank-Metallgesellschaft-Scheideanstalt Frankfurt a. M., mit dem Rhénania-Berein Chemischer Fabriken in Aachen, mit den Chemischen Werken vormals H. u. E. Albert in Amöneburg, mit Dettler in Bielefeld, mit den Deutschen Zündholzfabriken, A.-G. in Kassel, mit der Deutschen Bergin A.-G. in Berlin.

In der Papier- und Textilindustrie gehören außer 4 Zweigniederlassungen außerbadischer Gesellschaften 11 badische Firmen zu einem der größten deutschen Textilkonzerne, Blumenstein in Berlin (früher in Mannheim) und 3 Firmen zum Süddeutschen Spinnweberverband Stuttgart; neuerdings hat auch die Gruppe Köln-Kottweil A.-G. in Berlin im badischen Wiesental (Bezirk Schönau) einen Betrieb für Herstellung von Kunstseide eingerichtet.

Von den großen Konzernen der Holz- und Bauindustrie, die sich badische Firmen angegliedert haben, seien die Gruppe Stumm in Neunkirchen mit 2 Tochtergesellschaften in Freiburg i. Br. sowie der Konzern Callenberg in Charlottenburg, die Continentale Holzverwertungs-A.-G. in Stuttgart und andere erwähnt. Die Deutschen Ton- und Steinzeugwerke-A.-G. in Charlottenburg haben im Jahr 1922 mit der Deutschen Steinzeugwarenfabrik in Friedrichsfeld (bei Mannheim), die ihrerseits wieder mit der Tonwarenindustrie in Wiesloch zusammenhängt, eine Interessengemeinschaft abgeschlossen.

Endlich sei noch kurz auf die Zusammenhänge mit außerbadischen Konzernen in Handel und Verkehr eingegangen. In den letzten Jahren haben 3 große Eisenhandelsgesellschaften ihr Tätigkeitsgebiet auf Baden ausgedehnt und sich bis jetzt 5 Großhandelsfirmen angegliedert.

Von den Kohlen-, Schifffahrts- und Expeditionskonzernen, die in Baden, insbesondere in Mannheim, Tochtergesellschaften gegründet haben, seien erwähnt: Daniel; Thyssen; Hansen, Neuerburg & Cie., Stinnes; Rhénania-Schifffahrtskonzern u. a.

Auf dem Gebiet des Versicherungswesens haben 2 Karlsruher Unternehmungen, die Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G. sowie die Badische Feuerversicherungsbank, Anschluß an außerbadische Konzerne gefunden. Der Konzern für Versicherungsvermittlung, Gerling in Köln, hat im Jahr 1922 in Mannheim und Freiburg 2 Tochtergesellschaften in Form von selbständigen Aktiengesellschaften ins Leben gerufen.

Auf dem Gebiet des Bankwesens bestehen enge Freundschaftsverhältnisse zwischen der Rheinischen Kreditbank in Mannheim und der Deutschen Bank in Berlin, zwischen der Süddeutschen

Diskonto-Gesellschaft Mannheim und der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, zwischen der Oberrheinischen Bankanstalt in Konstanz und der Kommerz- und Privatbank in Berlin.

Von wichtigeren Auslandskonzernen, die an badischen Firmen Interesse gewonnen haben, sind bisher 7 in die Erscheinung getreten; 4 haben ihren Sitz in der Schweiz, 2 in Holland (Margarine-Konzerne) und 1 in Straßburg (Illkircher Mühlenwerke). Von den 4 Schweizer Konzernen entfallen je 1 auf das Nahrungsmittelgewerbe (Maggi), auf die Bau-, Aluminium- und Maschinenindustrie.

Die Frage, wieviel gewerbliche Unternehmungen in Baden als Zweigniederlassungen (Betriebsstätten oder dgl.) außerbadischer Firmen anzusehen sind, ist in obiger Abhandlung unberücksichtigt geblieben; sobald die diesbezüglichen Erhebungen zum Abschluß gelangt sind, soll auf die Frage der Zweigniederlassungen in einem besonderen Aufsatz eingegangen werden.

2. Nähmaschinen-, Fahrrad- und Kraftwagen- (Automobil-) Industrie in Baden.

Die badische Nähmaschinenindustrie ist eines der wichtigsten Glieder in der hochentwickeltesten deutschen Nähmaschinenindustrie, sie umfaßt zwar nur wenige Fabriken, doch gehören diese zu den ältesten und bedeutendsten Nähmaschinenfabriken Deutschlands. Die Standorte dieser Spezialindustrie des Landes sind die beiden Nachbarstädte Karlsruhe und Durlach. Hier hat sich die Nähmaschinenindustrie schon in den 60er und 70er Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts niedergelassen und sich aus den kleinsten Anfängen der Werkstättenindustrie heraus zu einer Großindustrie entwickelt, die dem fabrikindustriellen Bilde von Karlsruhe und Umgebung ein entschiedenes Gepräge aufdrückt. Die in Frage stehenden drei Werke (Karlsruhe 2, Durlach 1) sind heute angesehenere Aktiengesellschaften, deren Fabrikate Weltruf genießen; sie besitzen außer zahlreichen Fabrikwerkstätten eigene große Gießereien und betreiben auch die Nähmaschinenmöbel-Fabrikation. Die älteste unter den drei Fabriken ist die Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu A.-G. Die Fabrik, welche bis zum Jahre 1882 als offene Handelsgesellschaft firmierte, konnte im Jahre 1921 bereits auf ihr sechzigjähriges Bestehen zurückblicken. Vom Jahre 1876 an bis Mitte des Jahres 1923 sind etwa 2,2 Millionen Haid & Neu-Nähmaschinen gebaut worden. Die Firma beschäftigt 2400 Arbeiter und 220 Angestellte.

Als Nähmaschinenfabrik großen Stils betätigen sich auch die Junker & Ruh-Werke A.-G. in Karlsruhe. Das Unternehmen ist wie die vorige Fabrik aus einer einfachen mechanischen Werkstätte hervorgegangen, die sich ehemals auf die Herstellung und Reparatur von Nähmaschinen verlegt hatte. Die Entstehung des Werkes reicht zurück in den Ausgang der 60er Jahre. Der Gesamtabsatz des Unternehmens bis zur Gegenwart beziffert sich in Nähmaschinen auf etwa eine Million. Das Personal der Firma beträgt gegen 1500 Arbeiter und 200 Angestellte.

Die größte Nähmaschinenfabrik wohl des ganzen europäischen Kontinentes ist schon seit Jahren die Maschinenfabrik Grigner A.-G. in Durlach. Gegründet im Jahre 1872 als kleiner Betrieb mit nur wenigen Arbeitern hatte die Nähmaschinenfabrik Grigner & Co. bis um die Mitte der 80er Jahre bereits eine so große Ausdehnung genommen (500 Arbeiter), daß das Unternehmen im Jahre 1886 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Die Fabrik errichtete späterhin u. a. auch eine Abteilung für allgemeinen Maschinenbau, in welcher heute neben verschiedenen Spezialitäten hauptsächlich die Betriebseinrichtungen des eigenen Werkes und insbesondere zahlreiche Werkzeugmaschinen eigener Konstruktion hergestellt werden. Seit Eröffnung der Fabrik haben 3 200 000 Grigner-Nähmaschinen in allen Ländern der Erde Absatz gefunden. Das Gesamtpersonal des Betriebes beläuft sich auf über 3300 Arbeiter und 260 Angestellte. Die Fabrik ist wie die beiden vorgenannten Nähmaschinenfabriken Mitglied des Vereins Deutscher Nähmaschinenfabrikanten, der seinen Sitz in Mannheim hat.

Den Junker & Ruh-Werken brachte die Aufnahme des Baues von Dauerbrandöfen — Junker & Ruh-Öfen — in großem Umfange und die Fabrikation von Gaskochapparaten und Gaskochherden eine große Erweiterung des Betriebes. Die andern beiden Nähmaschinenfabriken verlegten sich im Laufe der Zeit nebenbei auf den Bau von Fahrrädern.

Die ersten Anfänge einer fabrikmäßigen Fahrradindustrie zeigten sich in Baden schon um die Mitte der 90er Jahre. So haben die im Jahre 1896 gegründeten Drais-Werke G. m. b. H. in Mannheim bis zum Jahre 1900 Fahrräder hergestellt, sind dann aber unter Aufgabe dieser Fabrikation zu der aussichtsreicheren Herstellung von Misch- und Knetmaschinen für die Nahrungsmittel- und sonstige Industrie übergegangen. Drei weitere noch in Frage kommende Fahrradwerke sind der Ungunst der wirtschaftlichen Lage um die Jahrhundertwende erlegen; es waren dies die

„Fahrradwerke Freiburg N.-G.“, ferner „Heß, Fahrradwerke N.-G. in Mannheim“ und „Sturm, Fahrradwerk, vorm. H. Meisezahl, Mannheim N.-G.“. Während die Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu den Bau von Fahrrädern nach dem Kriege ganz eingestellt hat — Produktion 1897—1919 = 12 300 Fahrräder — wird von der Maschinenfabrik Grigner N.-G. in Durlach der im Jahre 1897 aufgenommene Fahrradbau in großem Umfange weiter betrieben. Nach gewordener Mitteilung sind bis in die neueste Zeit 370 000 Grigner-Fahrräder aus der Fabrik hervorgegangen. Einen Hauptbestandteil der Fabrikation seit Jahren bildet der Fahrradbau (Badenia-Fahrräder) auch bei den im industriereichen Murgtal gelegenen Eisenwerken Gaggenau N.-G. (1922: 1900 Arbeiter; 200 Angestellte), die im übrigen dem Bau von Holzbearbeitungsmaschinen, Transmissionsanlagen, Erzessor-Mühlen und Gasapparaten usw. obliegen und ein Emailierwerk, Eisen- und Metallgießerei betreiben.

Eine hohe technische und wirtschaftliche Entwicklungsstufe haben auch die Kraftwagenindustrie bzw. der Automobilbau in Baden erreicht. Fabriken, welche die für die Fertigstellung der Automobile benötigten Teile in der Hauptsache selbst herstellen und sie zu gebrauchsfertigen Wagen zusammenbauen, gibt es sieben im Lande mit zusammen 7000 Arbeitern und 1400 Angestellten. Ein großer Teil dieser Industrie ist konzentriert in Mannheim und dessen Nachbarschaft. Die Stadt Mannheim kann den Anspruch erheben, die älteste Automobilfabrik der Welt zu besitzen. Das anfangs der 80er Jahre unter der Firma Benz & Cie, Rheinische Gasmotorenfabrik Mannheim, gegründete Benzwerk, das nach der durch Fusion erfolgten Übernahme der Rheinischen Automobil-N.-G. Mannheim-Berlin im Jahre 1911 die Bezeichnung Benz & Cie, Rheinische Automobil- und Motorenfabrik N.-G. in Mannheim, führt, machte schon Mitte der 80er Jahre Versuchsfahrten mit einem von ihm gebauten Motorwagen (Dreirad). Der im Jahre 1888 gebaute Benzwagen war das erste Benzinautomobil. Zu Anfang der 90er Jahre ging das Werk zur Fabrikation von Bierwagen über, wodurch die Einführung des Motorwagens wesentlich gefördert wurde. Um die Mitte der 90er Jahre nahmen die Benzwerke bereits den Bau von Spezialwagen auf. Einige Jahre vor Kriegsausbruch gliederte sich das Unternehmen noch die aus der von Theodor Bergmann gegründeten Motorwagenfabrik hervorgegangene Süddeutsche Automobilfabrik in Gaggenau an. In dem großzügigen Unternehmen in Mannheim werden nach Abstoßung der stationären Motorenabteilung — Motoren-Werke Mannheim N.-G. — über 4000 Arbeiter und 900 Angestellte beschäftigt. Der Mannheimer Betrieb stellt Personenvagen vom kleinsten Ausmaße bis zu den größten Rennwagen her. Die Benzwerke Gaggenau N.-G. befassen sich ausschließlich mit dem Nutwagen- bzw. Lastwagenbau. Derselbe ist sehr umfangreich und spezialisiert und umfaßt Gewerbewagen aller Art, Tankwagen, Lieferautomobile für Geschäfte, Hotel- und Postwagen, Omnibusse und Aussichtswagen, Nutautomobile für Gemeindebetriebe (Feuerwehrfahrzeuge, Rehrmaschinen, Spezialwagen für Müllabfuhr, Kranken- und Leichenwagen dgl.), ferner Zugmaschinen, diese insbesondere auch für die Zwecke der Landwirtschaft (Landtraktoren), Lastwagen in Sonderausführung für Langholztransport und Kippwagen, ganze Kraftwagenzüge für Massentransport usw. In Gaggenau wird etwa die Hälfte der Arbeiter und Angestellten wie in Mannheim beschäftigt. Ein drittes Hauptwerk der Firma in Berlin ist hauptsächlich Reparaturwerk. Die Firma unterhält für den Absatz ihrer hochwertigen Benzinautomobile ein ausgedehntes Netz von Zweigniederlassungen und Vertretungen im In- und Auslande. Sie besitzt ferner in der Form von selbständigen Tochtergesellschaften Niederlassungen in Wien, Budapest, Amsterdam und Zürich. Erst in jüngster Zeit wieder hat das Unternehmen eine bedeutende Vergrößerung erfahren durch die teilweise Übernahme der Metallwarenfabrik Theodor Bergmann in Gaggenau. Die übernommene Eisengießerei ist bereits in den Dienst der Autofabrikation gestellt.

Außer den Benzwerken befinden sich in Mannheim die Betriebswerkstätten der „Nabag“, Rheinische Automobilbau-N.-G., Deutsche Gesellschaft für die Lizenz E. Bugatti, Sitz Düsseldorf. Die Entstehung dieses Wertes ist zurückzuführen auf die Union-Werke N.-G. in Mannheim. Diese, eine bekannte große Spezialfabrik für Brauereimaschinen, hatte während des Krieges (1915) zum Ausgleich des gestörten Absatzes nach dem Auslande in bemerkenswertem Umfange die serienweise Fabrikation von Kraftwagen (Lastkraftwagen und kleine Personenvagen) aufgenommen. Im Jahre 1921 wurde die Kraftwagenabteilung wieder vom Unternehmen losgelöst und zu deren Weiterbetrieb als selbständige Tochtergesellschaft die „Nabag“, Automobilbau-Aktiengesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Lizenz E. Bugatti) in Mannheim gegründet. Diese betrieb in größerem Ausmaße den Bau von Kleinautos (Bugatti-Wagen). Die Mannheimer Gesellschaft trat in Interessengemeinschaft mit der Rheinischen Automobil-Gesellschaft in Düsseldorf, welche den Vertrieb des Bugatti-Wagens besorgte, und verlegte nach Fusion mit derselben ihren Verwaltungssitz an den Niederrhein,

während die Automobilwerkstätten, in denen über 200 Arbeiter beschäftigt sind, in Mannheim verblieben. Mit dem Bau von Kleinwagen, denen als Verkehrsfahrzeuge eine aussichtsreiche Zukunft beschieden sein dürfte, befaßten sich auch die Martin Hilbebrand-Automobilwerke A.-G. in Singen a. S., eine Klein-Autofabrik, an der Schweizer Interessen beteiligt sind.

Als weitere Automobilfabriken mittlerer Größe kommen noch in Betracht am Mannheimer Platze die erst nach dem Kriege entstandene Badische Automobilfabrik Franz Heim & Cie. auf dem Lindenhof und im benachbarten Ladenburg die Firma Karl Benz Söhne (gegr. 1904). Die Fulmina-Werke A.-G. (C. Hofmann) in Friedrichsfeld bei Mannheim, die bekannt sind durch ihre technischen Feuerungen (Abteilung Ölfeuerung), besitzen gleichfalls eine Automobil-Abteilung, in der Personenkraftwagen (Luxus-Automobile usw.) gebaut werden.

Eine im Jahre 1923 in Mannheim gegründete Fahrzeug- und Motoren-A.-G. bezweckt die Herstellung und den Vertrieb von Sportfahrzeugen jeglicher Art sowie von Betriebsmaschinen zu solchen.

Außer den eigentlichen Automobilfabriken gibt es eine Anzahl von Betrieben, die sich mit dem Karosseriebau beschäftigen. So stellt ein größeres Karosseriewerk in Offenburg (90 Arbeiter und Angestellte) Karosserien aus Holz und Metall für Lastkraftwagen her; eine Spezialität des Werkes sind Luxuskarosserien. Autokarosserien fertigen auch verschiedene größere Wagenbaugeschäfte in Mannheim, Heidelberg, Pforzheim und Freiburg an. Wagenkasten für Automobilomnibusse werden u. a. in der Waggonfabrik Rastatt hergestellt. Eine kleinere Fahrzeugbaugesellschaft in Karlsruhe erstellt die immer mehr in Aufnahme kommenden Seitenwagen für Motorräder.

Zu großer Anzahl sind die Reparaturwerkstätten für Fahrräder und Kraftfahrzeuge über das ganze Land hin verbreitet. Im ganzen sind etwa 200 solcher Werkstätten ermittelt worden; ein halbes Hundert von ihnen beschäftigt je 10 und mehr Arbeiter und Angestellte. Viele von diesen Reparaturwerkstätten befaßen sich gleichzeitig mit dem Vertrieb von Fahrrad- und Kraftträdern und unterhalten Lager für Zubehör- und Ersatzteile. Die großen Automobilreparaturwerkstätten haben gewöhnlich den Generalvertrieb von einheimischen und außerbadischen Fahrrad- und Automobilfirmen inne, sie befaßen sich auch mit der Vermietung von Autos und sind mit Einstellhallen oder Ausstellräumen für Automobile usw. (Autozentralen, Garagen) verbunden. Die größten derselben (Karlsruhe, Baden, Freiburg) beschäftigen bis zu 50 Arbeiter und Angestellte.

Neben den eigentlichen Fahrrad- und Automobilfabriken gehören zur Fahrrad- und Automobilindustrie noch zahlreiche Fabriken für Zubehörteile und Ausrüstungsgegenstände. Je nach der Art der verwendeten Rohstoffe sind an der Herstellung dieser Gegenstände verschiedene Industriezweige beteiligt, weitaus am stärksten allerdings die Metallindustrie. Von den 37 hierher zählenden Fabriken sind 31 allein metallindustrielle Betriebe, und von diesen gehört nahezu die Hälfte der Metallindustrie des Schwarzwaldes an, die ihren Aufschwung neben der Uhrenindustrie und der Elektrischen Industrie zum großen Teil dem Aufblühen der Fahrrad- und Automobilindustrie zu verdanken hat. Einzelne Achsen- und Federnfabriken führen als Spezialität Federn für den Automobilbau, so eine Achsen- und Federnfabrik in Mannheim und eine größere von dort aus ins Neckartal verlegte Fabrik. Eine Fabrik für Maschinenbau und Automobilluftfedern befindet sich in Konstanz. Eine andere Maschinenfabrik in Karlsruhe mit Hammerwerksabteilung ist bekannt durch ihre Qualitätschmiedestücke für den Automobilbau. Gut eingerichtet insbesondere auch für die Fabrikation von Automobilteilen (Achsen, Kurbelwellen, Steuerungshebel u. dgl.) ist ein dem Bochumer Verein gehöriges Eisen- und Stahlwerk mit Hammerwerk im Einzigtale. Hochwertigen Aluminiumguß für die technische Industrie und für Automobile insbesondere liefert eine Fabrik in Singen a. S., Autotrittleche aus Reinaluminium ein Aluminiumwalzwerk im Bezirk Waldshut, Beschläge für Autos und Motorräder eine Metallhütte in Hornberg und ein Werkzeug- und Metallwerk in Rastatt.

„Fahrradteile- und Fahrraderfasteilefabriken“ bestehen in Mannheim (100 Arbeiter), Singen a. S. (65 Arbeiter) und eine kleinere in St. Georgen auf dem Schwarzwalde. Automobilersfasteile stellt u. a. auch eine Maschinenfabrik (80 Arbeiter) im Bezirk Stausen her.

Durch recht ansehnliche Werke ist ferner die Industrie der Fahrrad- und Automobilbeleuchtung vertreten. Zu den bedeutendsten der hierher gehörigen Werke gehören eine Fahrradlampenfabrik mit 250 Arbeitern im Bezirk Wiesloch und 2 Spezialfabriken für Automobil- und Fahrradbeleuchtung in Mannheim mit 80 bzw. 200 Arbeitern. Die letztere der beiden Mannheimer Fabriken, ein zum Schiele-Bruchsaler Konzern gehöriges Metallwerk, erstellt neben Automobil-, Motor- und Fahrradbeleuchtungen für jede Lichtart auch ganze Garageausrüstungen, Luftpumpen aller Art und sonstige Automobilersfasteile. Die Firma war die erste in Deutschland, die sich mit der fabrikmäßigen Herstellung von Fahrradlaternen für Karbidgas befaßte. Im Betrieb werden auch

Kühler und Zünder angefertigt. Automobil- bzw. Kraftwagenkühler bauen sonst noch 2 Metallwarenfabriken in Triberg, die eine der beiden stellt außerdem Scheinwerfer für Automobilampfen her. Was die Herstellung von Zündapparaten für die Motorrad- und Automobilindustrie anbelangt, so ist eine sehr wichtige Fabrik magnet-elektrischer Zündapparate (Zündlicht-Anlagen für Motorfahräder, Zündungen für Automotoren, elektrische Motoranlasser) mit nahezu 400 Arbeitern in Karlsruhe ansässig.

Fahrradketten und Fahrradglocken in großem Umfange gehen aus Metallwarenfabriken in Billingen (2), Triberg (1) und St. Georgen i. Schw. (1), Gutach, Amt Wolfach (1), sowie aus einer Metallglockengießerei in Böhrenbach, Amt Billingen, hervor; auch eine Maschinenfabrik im Emmendinger Bezirk ist u. a. Herstellerin von Fahrradketten. Dem neuerdings von führenden Firmen der Metallindustrie Mittel- und Süddeutschlands gegründeten Verbands Deutscher Fahrradglockenfabriken gehören 2 von den Schwarzwaldfirmen an. Eine Autopfeifenfabrik — zugleich Werkzeugfabrik — befindet sich in Furtwangen.

Ein metallindustrieller Großbetrieb (260 Arbeiter) des Schiele-Bruchsaler Konzerns in Hornberg, der sich neben der Anfertigung von Laufwerken und Schrauben auch auf die Herstellung von Bedarfsartikeln für die Fahrzeugindustrie verlegt hat, erzeugt als Spezialitäten Auto- und Fahrradventile. Überhaupt bemüht sich der Schiele-Bruchsaler Industrie-Konzern, der aus einer Reihe größerer badischer Werke besteht, in eigenen Konstruktionsbüros auf seinen Spezialgebieten — Fahrrad- und Automobilwesen, sowie Elektrotechnik — Neukonstruktionen herauszubringen, welche die Fabrikation der Konzernwerke befruchten. So ist der Konzern in den letzten Jahren in Autofachkreisen des In- und Auslandes besonders durch einen von ihm herausgebrachten Schwerölvergaser bekannt geworden, der eine wichtige Erfindung auf automobilistischem Gebiete bedeutet. Der Apparat, welcher im Kraftwagenbetrieb die Verwendung des Gasöls als Kraftstoff ermöglicht, wurde von der Reichspost in vielen Hunderten von Postomnibussen und Lastkraftwagen eingebaut. Eine weitere in automobilistischen Kreisen bekannte Neuerscheinung des Konzerns ist ein Wagenheber, mit dessen Hilfe die schwersten Automobile spielend gehoben werden können. Vorwiegend Luftpumpen für Fahrräder, Motorräder und Automobile bilden die Fabrikate eines Rendschäler Werkes mit über 100 Arbeitern. In dem Billinger Werk einer großen Schwarzwälder Uhrenfabrik werden als Spezialitäten u. a. Kontroll- und Registrierapparate für Last- und Geschäftswagen aller Art und für Luxusautomobile usw. gebaut.

Außer den vorstehend besprochenen metallindustriellen Betrieben sind es nur noch vereinzelte Fabriken anderer Gewerbegruppen, die für die Ausrüstung von Fahrrädern und Automobilen mit in Betrachtung zu ziehen sind. Zu den Spezialitäten eines großen Gummiwerkes (300 Arbeiter) im Bezirk Heidelberg gehören u. a. Fahr- und Motorradbereifungen und Pneumatiks (Autobereifungen), ein Lederwerk in Wiesloch stellt Fahrradfüßel und Fahrradtaschen und das Leder zu solchen her. Die Zubereitung von Leder für Karosserie- und Autozwecke erfolgt auch in der Lederabteilung einer Karlsruher Fabrik der Bekleidungsindustrie. Eine Verbedfabrik in Schwellingen stellt Auto-, Boots- und Wagendecken sowie Windschutzscheiben her. Abhebbare Oberbauten für Lastkraftwagen bilden die Erzeugnisse einer Fabrik in Lörrach. Eine Feuerwehrgerätefabrik in Karlsruhe montiert Automobildrehleitern auf Benz- (Waggenau) Gestellen.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß dem Badischen Fahrrad-, Nähmaschinen- und Kraftfahrzeughändler-Verband E. B., Sitz Freiburg, etwa 400 Mitglieder angehören.

3. Beruf und Todesursache in Baden im Jahr 1922.

Daß die Lungenschwindsucht als Todesursache bei der Fabrikarbeiterschaft, und Erkrankungen der Kreislauforgane (Herzschlag, Atherosklerose) am häufigsten bei selbständigen Personen in Handel und Industrie vorkommen, während allgemeine Altersschwäche als charakteristische Todesursache bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung gilt, ist eine oft gemachte Beobachtung. Neuerdings hat das Statistische Landesamt den Versuch gemacht, die Richtigkeit dieser Beobachtung zahlenmäßig durch Entzifferung der ärztlich festgestellten Todesursachen in Verbindung mit der Berufszugehörigkeit der im Jahr 1922 in Baden im Alter von über 16 Jahren gestorbenen Personen nachzuprüfen, und ist dabei zu folgendem Ergebnis gelangt:

Während im Jahr 1922 auf 100 über 16 Jahre alte Gestorbene 13,7 Todesfälle an Tuberkulose aller Art kommen, beträgt dieser Anteil bei den im gleichen Jahr gestorbenen männlichen Fabrikarbeitern 22,2; noch größer ist der Anteil derselben bei den Fabrikarbeiterinnen, von denen rund ein Drittel der Tuberkulose erlegen ist. Ein anderes Bild gewährt die Landwirtschaft! Von 100

selbständigen Landwirten, die im Jahr 1922 gestorben sind, war nur bei 6,4 Tuberkulose als Todesursache angegeben; denselben Prozentsatz weisen auch die gestorbenen Frauen selbständiger Landwirte auf. Etwas größer ist die Verbreitung dieser Seuche bei akademischen Berufen (Ärzten, Professoren, Juristen usw. einschließlich deren im Jahr 1922 verstorbenen Frauen) sowie bei den selbständigen Unternehmern (Kaufleuten, Fabrikanten, einschließlich deren im Jahr 1922 verstorbenen Frauen); bei letzteren beträgt der Anteil der Tuberkulose 12,0, bei ersteren 11,1. Erschreckend hoch ist die Zahl von Krankenpflegerinnen, die im Jahr 1922 der Tuberkulose erlegen sind; von 93 in diesem Jahr gestorbenen Pflegerinnen sind 44, d. i. fast die Hälfte (47,3%) von dieser Seuche hinweggerafft worden. Von 92 im Jahr 1922 gestorbenen Steinhauern sind 36, d. i. rund 40% an Tuberkulose gestorben.

Für den verhältnismäßig günstigen Gesundheitszustand unserer Landwirtschaftstreibenden Bevölkerung spricht neben der geringen Verbreitung der Tuberkulose die weitere Feststellung, daß ein großer Teil der im Jahr 1922 gestorbenen selbständigen Landwirte — rund 22% — an Altersschwäche gestorben ist. In Industrie und Handel scheint diese Todesursache viel seltener zu sein. Bei Fabrikanten (Fabrikdirektoren) beträgt der Anteil der an Altersschwäche gestorbenen männlichen Personen nur 3,3, bei Fabrikarbeitern 6,3, bei selbständigen Kaufleuten (einschließlich Bankiers) 8,0.

Auffallend häufig ist das Vorkommen von Herzschlag, Arteriosklerose und ähnlichen Erkrankungen der Kreislauforgane bei selbständigen Unternehmern in Handel und Industrie. Rund 46% sämtlicher im Jahr 1922 gestorbenen Fabrikanten (Fabrikdirektoren) und rund 32% der selbständigen Kaufleute sind infolge Schlaganfalls, Herzschlags, Arteriosklerose od. dgl. gestorben; bei Landwirten und Fabrikarbeitern ist diese Todesart verhältnismäßig selten; bei ersteren beträgt der Prozentsatz 24, bei letzteren 17; 29 bei den akademischen Berufen (Ärzten, Professoren, Juristen usw.).

Krebskrankungen scheinen nach dem allerdings nur für das Jahr 1922 verarbeiteten Material in allen Bevölkerungskreisen vorzukommen. Von 100 im Jahr 1922 gestorbenen Landwirten (einschließlich deren Frauen) starben an Krebs 12,7, von 100 Fabrikarbeitern und Fabrikarbeiterinnen 12,1; etwas größer ist der Anteil bei Fabrikanten (15,6) während, er bei den akademischen Berufen 11,8 beträgt.

Erkrankungen der Verdauungs-, Harn- und Geschlechtsorgane sowie des Nervensystems mit tödlichem Ausgang sind im Jahr 1922 in auffallend hoher Zahl (25%) bei Angestellten im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe beobachtet worden.

4. Die gewaltsamen Todesfälle in Baden im Jahr 1922.

Im Jahr 1922 sind in Baden insgesamt 31 839 Todesfälle (15 782 männlich und 16 057 weiblich) zu verzeichnen gewesen. Davon entfallen auf die gewaltsamen Todesfälle 1276 (975 männlich und 301 weiblich), d. i. 4,1% der gesamten Todesfälle. Im einzelnen verteilen sich diese gewaltsamen Todesfälle wie folgt: Unglücksfälle 807 (631 männlich und 176 weiblich), Selbstmorde 373 (277 männlich und 96 weiblich), durch Verbrechen und Vergehen 96 (67 männlich und 29 weiblich).

Von den tödlich verlaufenen Unglücksfällen ereigneten sich 239 bei Ausübung des Berufes. Verhältnismäßig groß ist die Zahl der verunglückten Landwirte: Es sind das 84, davon 11 Frauen. Hinzu kommen noch 9 Landwirte, darunter 4 Frauen, die auf dem Felde vom Blitz erschlagen worden sind. Weitans die häufigste Ursache bei diesen tödlich verlaufenen Unglücksfällen ist Sturz in der Scheune (23). Sehr häufig sind Landwirte abgestürzt beim Kirschbrechen und Aufschwingen. Nicht minder zahlreich sind Landwirte mit dem Fuhrwerk verunglückt: es handelt sich hier meistens um Ueberfahrenwerden, auch um Sturz aus Wagen und Schlitten. Sehr viel geringer ist die Zahl der Unglücksfälle, die sich durch Schenwerden von Tieren, durch Hufschlag u. dgl. ereigneten. Eine Anzahl Landwirte ist bei Wald- und Erdarbeiten verunglückt. Dagegen ist die Zahl der landwirtschaftlichen Unglücksfälle, die sich beim Bedienen von Maschinen und Elektromotoren ereigneten, gänzlich unbedeutend. Bei den 96 verunglückten gewerblichen Arbeitern dagegen erscheinen gerade diese Todesfälle am häufigsten: Eine Anzahl Arbeiter wurde durch Startstrom getötet, mehrere gerieten in Transmissionen oder verunglückten sonst bei Maschinenarbeit tödlich. Es sind weiterhin gemeldet tödlich verlaufene Unglücksfälle durch Verbrennen, Verbrühen, Vergiftung und Erstickten. Beim Eisenbahnpersonal gab es 31 tödlich verlaufene Unfälle, davon betrifft einer eine Schrankenwärterin.

Von den 96 Personen, die Verbrechen und Vergehen zum Opfer gefallen sind, sind umgekommen durch Mord 9 (4 männlich und 5 weiblich), durch Raubmord 1 (männlich), Kindesmord und Tötung 25 (12 männlich und 13 weiblich), Abtreibung mit Todesfolge 4 (weiblich), Toischlag 9 (7 männlich und 2 weiblich), Körperverletzung 22 (männlich), fahrlässige Tötung 25 (20 männlich und 5 weiblich). Von der Gesamtzahl der Personen, die Verbrechen und Vergehen zum Opfer gefallen sind, waren unter 20 Jahre alt 42, über 60 Jahre alt waren 8. Verheiratet waren 23 Männer und 4 Frauen. Hingerichtet wurde eine Person (männlich). Über die Selbstmorde, deren Zahl sich nach endgültiger Feststellung um 6 auf 373 erhöht hat, vergleiche Nr. 6 des lfd. Jahrgangs der „Mitteilungen“.

5. Die Zahl der Rechtsanwälte in Baden Anfang 1923.

Am 1. Januar 1923 waren bei den badischen Land- und Amtsgerichten insgesamt 455 Rechtsanwälte zugelassen. Am 1. Januar 1914 betrug die Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte 482, mithin ist heute die Zahl der Rechtsanwälte geringer als vor dem Kriege. Die Abnahme erscheint aber um so größer, wenn man die Entwicklung der Jahre 1901 bis 1914 ins Auge faßt. Während am 1. Januar 1901 224 Rechtsanwälte zugelassen waren, hat sich deren Zahl bis 1914 geradezu verdoppelt. Dabei ist die Bevölkerung Badens keineswegs in demselben Maß gestiegen: 1900—1910 von 1,9 auf 2,1 Millionen. Im einzelnen mag der Rückgang, der natürlich auch ein Ausdruck der Verarmung weitester Kreise ist, aus nachstehender Übersicht über die Verteilung der Rechtsanwälte auf die einzelnen Landgerichtsbezirke ersehen werden:

	Konstanz	Waldshut	Freiburg	Offenburg	Karlsruhe	Mannheim	Heidelberg	Mosbach
1. I. 1914	39	14	76	41	122	109	44	18
1. I. 1923	39	9	63	34	119	113	41	17

Beim Oberlandesgericht waren 1914 19 Rechtsanwälte zugelassen und 1923 20 Rechtsanwälte. (Vgl. auch Justizministerialblatt 1923, S. 46 ff.)

6. Erntevorschätzung der Hackfrüchte in Baden Anfang Oktober 1923.

Nach den Angaben der Saatenstandsberichterstatter kann die diesjährige Kartoffelernte vorläufig auf 8,2 Millionen dz, die Futterrübenenernte auf 8,9 Millionen dz und die Zuckerrübenenernte auf 450 000 dz geschätzt werden. Die entsprechende Schätzung des Jahres 1922 hatte für Kartoffeln 10,8 Millionen dz ergeben, mithin ist in diesem Jahre mit einem Ernteaussfall von 2,6 Millionen dz zu rechnen. Der Hektarertrag für Kartoffeln beträgt ist diesem Jahre 94 dz, gegen 123 im Vorjahre. Die Erntefläche ist ungefähr dieselbe geblieben. Die Futterrübenenernte stellte sich 1922 bei der Vorschätzung auf 10,5 Millionen dz, also ist auch hier in diesem Jahre ein geringes Erträgnis zu verzeichnen. Der Durchschnittshektarertrag ist von 275 auf 231 dz zurückgegangen. Auch hier hat sich die Erntefläche gegenüber dem Vorjahre kaum verändert. Größer ist noch der Ausfall bei der Zuckerrübenenernte, wo 1922 729 000 dz geerntet worden waren. Das Hektarerträgnis ist hier von 296 auf 193 dz zurückgegangen, bei geringer Abnahme der Anbaufläche (ungefähr 100 ha).

7. Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang November 1923.

Die Bitterung war im Oktober ziemlich unbeständig, in der Hauptsache regnerisch und außergewöhnlich warm. Die Bergung der Kartoffelernte sowie die Ernte der Zuckerrüben nahmen ihren Fortgang, so daß die Felder für die da und dort noch rückständige Herbstsaat frei wurden. Die Spätkartoffeln erzielten infolge der mancherorts hinausgeschobenen Ernte da und dort, insbesondere in Südbaden, zum Teil höhere Erträge als man erhofft hatte. Die Knollen sind fast ausnahmslos gesund aus dem Boden gekommen und Meldungen über Kartoffelkrankheiten sind ganz selten. Auch die Rübenenerträge übertreffen in vielen Fällen die Erwartungen. Die feuchtwarme Bitterung hat den Graswuchs auf den Wiesen gefördert, so daß fast überall noch eine ziemlich ergiebige Herbstweide ausgenützt werden kann.

Die frühzeitig untergebrachten Saaten sind bei dem guten Wetter ziemlich gleichmäßig aufgelaufen, haben sich bis jetzt recht günstig entwickelt und zeigen fast ausnahmslos einen kräftigen

Bestand. Auch die späteren Saaten kommen rasch voran. An Schädlingen wird aus mehreren Bezirken zum Teil erheblicher Schneckenfraß, namentlich am jungen Roggen, gemeldet. Auch über Saatkrähen wird verschiedentlich geklagt, während der Mäuseplage anscheinend durch die reichlichen Niederschläge da und dort Halt geboten wird.

Nach den Noten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering, stellen sich die Verhältnisse für das Land im ganzen gegenüber dem Vorjahr wie folgt:

	Winterweizen	Winterpelz	Winterroggen	Wintergemenge	Wintergerste
1923	2,1	2,2	2,3	2,0	2,1
1922	3,2	3,2	2,8	2,8	2,7

8. Die Landesversicherungsanstalt Baden im II. Vierteljahr 1923.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im II. Vierteljahr 1923 im ganzen 6677 Rentengesuche eingereicht worden, und zwar 5460 Invaliden-, 129 Alters-, 616 Witwen- und 472 Waisenrentengesuche. Bewilligt wurden 4612 Renten (3968 Invaliden-, 113 Alters-, 240 Witwen- und 291 Waisenrenten für 642 Waisen); abgelehnt wurden 91 Rentengesuche (70 Invaliden-, 13 Witwen- und 8 Waisenrentengesuche), 490 Rentengesuche wurden anderweit erledigt, während 1483 Rentengesuche (1114 Invaliden-, 211 Witwen- und 158 Waisenrentengesuche) unerledigt geblieben sind.

Auf eingelegte Berufung wurden in höherer Instanz 10 Invaliden- und 1 Witwenrente zuerkannt. In 10 weiteren Fällen wurde der Invalidenrentenanspruch im Lauf des Berufungsverfahrens nachträglich anerkannt.

Bis Ende Juni 1923 sind im ganzen 178 454 Renten bewilligt worden (132 103 Invaliden-, 22 667 Alters-, 4903 Witwen- und 18 781 Waisenrenten für 43 879 Waisen); davon kamen wieder in Wegfall 117 304 Renten (93 348 Invaliden-, 18 499 Alters-, 1282 Witwen- und 4175 Waisenrenten). Aus dem Rentengenuße ausgeschieden sind 16 943 Waisen.

Auf 1. Juli 1923 sind demnach 61 150 Rentenempfänger vorhanden, und zwar 38 755 Invaliden-, 4168 Alters-, 3621 Witwenrentenempfänger und 14 606 Waisenrenten, die sich auf 26 936 Waisen verteilen.

Heilverfahrensanträge sind der Landesversicherungsanstalt im II. Vierteljahr 1923 zugegangen: 864 für Kuren in Lungenheilstätten und 974 für Kuren in Bädern, Kliniken und Krankenhäusern. Hiervon sind genehmigt worden 417 bzw. 576, abgelehnt 179 bzw. 180, während 268 bzw. 218 anderweit erledigt bzw. noch nicht verbeschieden sind. Von 1847 Anträgen auf Beitrag zu künstlichen Gebissen, Kunstgliedern, Bestrafungskosten sind 1255 genehmigt, 257 abgelehnt und 335 noch nicht verbeschieden. Anträge für Kinderfürsorge sind 44 eingegangen. Hiervon wurden 22 genehmigt, 3 abgelehnt und 16 noch nicht verbeschieden.

9. Die Teuerung in Baden im Monat Oktober.

In welchem Umfang sich die Teuerung im Monat Oktober bewegte, zeigt ein Vergleich der Kosten der Lebenshaltung am Anfang und Ende des Monats. Am 1. des Monats haben sich die Kosten der Lebenshaltung ohne Bekleidung um das 41 189 035 fache gegenüber dem Frieden erhöht, während sie sich nach dem Stichtagsresultat vom 29. d. M. auf 12 688 232 043 erhöhte. Innerhalb dieser 4 Wochen hat also die Teuerung um das 307 fache zugenommen.

Seit 1. Oktober wird die badische Indexziffer auch mit Bekleidung berechnet. Bei Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten mit Bekleidung ist die Verteuerung in dem genannten Zeitabschnitt um das 315 fache gestiegen.

Nach dem letzten Stichtagsresultat vom Monat Oktober (29.) betragen die Teuerungszahlen für die Städte Mannheim und Karlsruhe, und zwar getrennt nach den einzelnen Gruppen, wie folgt:

	Mannheim	Karlsruhe	Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt in %	
			Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	1 225 597 950 000	1 006 923 824 000	306,1	155,3
Bekleidung	342 615 384 615	240 923 076 923	63,2	224,8
Heizung und Beleuchtung	205 382 137 500	183 600 000 000	510,8	703,9
Wohnung	41 109 978 125	54 000 000 000	494,2	150,7

Die Reichs- und badische Landesindexziffer stellt sich nach den einzelnen Stichtagsergebnissen wie folgt:

a) Reichsindexziffer.

	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	Steigerung gegenüber der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekl.)
1. Oktober	36 400 000,00	40 400 000,00	44,3
8. "	91 400 000,00	109 100 000,00	170,0
15. "	597 100 000,00	691 900 000,00	534,2
22. "	2 519 400 000,00	3 045 000 000,00	340,0
29. "	12 578 000 000,00	13 671 000 000,00	349,0

b) Badische Landesindexziffer.

	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	Steigerung gegenüber der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekl.)
1. Oktober	41 189 035,52	46 537 200,05	—
8. "	101 634 562,81	120 573 426,35	159,1
15. "	583 623 643,12	706 504 498,05	485,8
22. "	3 862 611 503,95	4 836 805 633,99	584,6
29. "	12 688 232 043,42	14 623 837 055,57	202,3

Die für die einzelnen Stichtage im Monat Oktober für die badischen Erhebungsgemeinden festgestellten Teuerungszahlen betragen wie folgt:

	1. Oktober	8. Oktober	15. Oktober	22. Oktober	29. Oktober
Mannheim	4 418 780 500	12 289 083 912	63 094 955 312	342 307 147 500	1 472 090 065 625
Karlsruhe	4 193 361 000	10 033 080 620	60 870 500 000	419 358 200 000	1 244 523 824 000
Kreisburg	3 466 756 108	9 958 629 119	57 110 654 524	378 845 480 000	1 113 216 587 000
Pforzheim	3 696 449 712	9 371 604 938	49 230 899 610	300 603 879 562	1 236 122 892 769
Heidelberg	4 214 793 780	10 027 875 375	71 310 773 600	287 321 264 000	1 622 700 620 000
Konstanz	3 401 059 920	8 380 145 000	48 719 907 000	350 799 040 000	1 073 558 320 000
Baden	3 843 019 900	10 626 393 000	45 747 719 000	216 542 000 000	1 276 404 668 000
Durlach	3 606 810 400	10 057 352 800	59 969 826 000	535 483 140 000	993 255 890 000
Offenburg	3 848 746 030	11 999 751 500	52 205 226 000	244 014 400 000	1 058 733 968 000
Bruchsal	4 559 493 900	10 567 773 600	63 760 530 000	238 084 400 000	1 471 174 264 000
Strach	3 532 144 505	9 576 679 560	66 635 740 150	223 236 254 000	1 188 187 880 000
Weinheim	3 742 911 185	10 637 645 600	56 586 694 000	456 341 880 000	1 324 897 850 000
Lahr	3 641 821 430	8 257 609 900	48 641 289 000	385 120 244 000	1 108 246 640 000
Billingen	3 270 092 204	6 774 413 600	42 701 130 000	125 385 178 000	1 018 190 505 000
Rastatt	3 102 044 125	9 205 778 200	39 694 134 000	394 676 000 000	1 020 394 601 600
Singen a. D.	2 933 243 800	8 023 396 700	52 666 370 000	376 303 500 000	1 005 814 650 000
Kehl	3 115 579 285	9 141 705 554	56 758 561 850	306 406 524 273	1 239 755 147 863
Hohenheim	3 040 268 500	7 507 310 000	41 555 555 000	135 131 425 000	1 218 257 500 000
Uchern	3 361 733 792	7 025 837 480	46 521 302 000	223 368 892 000	1 042 648 510 000
Waldbach	2 931 891 667	6 178 573 333	31 267 683 415	218 318 312 933	1 266 298 158 334
Neustadt i. Schw.	2 906 695 236	6 771 900 000	53 815 800 000	284 313 800 000	1 011 124 800 000
Rheinfelden	4 871 830 000	12 359 480 100	52 531 280 000	234 923 425 000	1 049 506 400 000
Bertheim	—	5 721 536 200	37 375 366 000	284 340 000 000	1 269 878 100 000
Bell i. B.	2 493 418 000	8 919 362 870	38 634 144 760	197 735 900 000	954 821 327 993
Gernsbach	4 329 400 006	8 522 400 000	48 789 200 000	451 223 605 000	1 215 049 280 000

10. Die Pfründner-, Alters- und Versorgungsheime in Baden.

Nach: c) Krankenanstalten mit Abteilungen für Pfründner und Arme.

(Fortsetzung aus Nr. 4, 5, 6, 7, 8 und 9 der „Statistischen Mitteilungen“ und Schluß.)

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten für Pfründ- ner u. dgl.
Israelitisches Kranken- und Pfründnerhaus in Mannheim	Pfründner	Israelitische Gemeinde Mannheim	26
St. Theresienhaus in Mannheim	Pfründnerinnen	Verein Theresienhaus, e. V., Mannheim	6
Amtsbezirk Müllheim			
Städtisches Hospital in Müllheim	Pfründner	Stadtgemeinde Müllheim	8
Spital in Neuenburg	Pfründner	Stadtgemeinde Neuenburg	4
Amtsbezirk Offenburg			
St. Elisabethenhaus in Appenweier	Pfründner	Katholisch. Kirchenfonds II Appenweier	6
Krankenhaus — Spital — in Durbach	Ortsarme und Pfründner	Gemeinde Durbach	16
Krankenhaus — Spital — in Gengenbach	Pfründner	Spitalfonds — Kirchspiel- gemeinde Gengenbach	19
St. Josefs haus in Urloffen	Ortsarme u. allein stehende Personen	Katholischer Kirchenfonds Urloffen	14
Krankenhaus — Spital — in Zell a. S.	Pfründner	Stadtgemeinde Zell a. S.	14
Amtsbezirk Pfullendorf			
Friedrich-Luisen-Spital-Stiftung in Heiligenberg	Pfründner und Gemeinde- arme	Die Verbandsgemeinden	36
Spital in Pfullendorf	Pfründner u. arme Orts- angehörige	Eine weltliche Stiftung	67
Amtsbezirk Raftatt			
Bürgerhospital in Ruppenheim	Pfründner	Stadtgemeinde Ruppenheim	9
Amtsbezirk Schönau			
Armen-, Pfründner- und Krankenhaus in Todtnau	Arme und Pfründner	Stadtgemeinde Todtnau	14
Amtsbezirk Schopshheim			
Armenhaus, verbunden mit Kranken- haus, in Wehr	Arme und Pfründner	Gemeinde Wehr	21
Amtsbezirk Schwellingen			
Städt. Armen- und Krankenhaus in Schwellingen	Arme und Pfründner	Stadtgemeinde Schwellingen	4
Amtsbezirk Staufeu			
Städtisches Krankenhaus in Heiters- heim	Pfründner	Stadtgemeinde Heitersheim	4
Armen- u. Krankenhaus in Krozingen	Ältere arme Personen	Gemeinde Krozingen	4
Kranken- u. Pfründnerhaus — Spital — in Staufeu	Pfründner	Spitalfonds Staufeu	11

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten für Pfründ- ner u.dgl.
Amtsbezirk Tauberbischofsheim			
Städtisches Krankenhaus in Lauda	Pfründner	Stadtgemeinde Lauda	10
Hospital in Tauberbischofsheim	Arme u. reiche Pfründner	Kurfürstlich Mainzische Stiftung	23
Amtsbezirk Triberg			
Hilfs-Krankenhaus in Furtwangen	Arme und Pfründner	Stadtgemeinde Furtwangen	32
Amtsbezirk Überlingen			
Krankenhaus St. Josef in Markdorf	Pfründner und Ortsarme	Spitalsfonds Markdorf	10
Krankenhaus — ursprünglich Heilig- Geist-Hospital — in Meersburg	Ortsarme und Pfründner	Der Gemeinderat Meers- burg als Stiftungsbehörde	28
Amtsbezirk Billingen			
Gutleuthaus — Leprosorium — in Billingen	Arme	Bereinigte Spital- und Al- mosenfondsstiftungen (Spitalsfonds Billingen)	21
Amtsbezirk Waldkirch			
Städtisches Krankenhaus St. Elisabeth in Elzach	Pfründner und Arme	Stadtgemeinde Elzach	8
St. Nikolaus-Spital in Waldkirch	Pfründner	17 Gemeinden des Amts- bezirks Waldkirch, die ehemals zur Kastell- u. Schwarzenberg-Herr- schaft gehörten	4
Amtsbezirk Waldshut			
Krankenhaus in Tiengen	Arme und Pfründner	Stadtgemeinde Tiengen	20
Städtisches Spital zum heiligen Geist in Waldshut	Pfründner und Ortsarme	Spitalsfonds Waldshut	14
Amtsbezirk Weinheim			
Städtisches Krankenhaus in Weinheim	Pfründner	Stadtgemeinde Weinheim	3
Amtsbezirk Wertheim			
Hospital in Wertheim	Pfründner	Hospital und Choralmojen- fonds Wertheim	12
Amtsbezirk Wolfach			
Städtisches Krankenhaus — Leprosen- und Spitalsfonds — in Haslach	Ortsarme und Pfründner	Stadtgemeinde Haslach	7
Städtisches Spital in Hausach	Ortsarme und Pfründner	Spital- und Gutleuthaus- fonds Hausach	14

Die Heilanstalten für Tuberkulöse und Anstalten zur Unterbringung von tuberkulös Gefährdeten.

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Amtsbezirk Baden Sanatorium Ebersteinburg in Ebersteinburg	Lungenkranke Damen und Kinder	Dr. A. Albert und Dr. R. Albert in Ebersteinburg	65
Amtsbezirk Donaueschingen Heilstätte Hirschhalde in Hochemmingen	Tuberkulosekranke — aufgenommen Lungen-tuberkulose —	Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe	36
Amtsbezirk Heidelberg Krankenhaus Rohrbach der badischen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Rohrbach	Tuberkulosekranke Kriegsbeschädigte	Verein für Genesungsfürsorge Mannheim*)	69
Amtsbezirk Konstanz Heinrich-Hospital und Sanatorium in Arlen	Drüsen- u. Knochentuberkulosekranke Mädchen im Alter von 6—16 Jahren	Verein zum Heinrich-Hospital in Arlen	55
Amtsbezirk Lahr Tuberkulose-Krankenhaus der Schwesternanstalt in Heiligenzell	Tuberkulosekranke Schwestern	Kongregation der barmherzigen Schwestern in Gengenbach	11
Amtsbezirk Mannheim Spital für Lungenkranke — Zweigstelle des Allgemeinen Krankenhauses — in Mannheim	Lungenkranke Erwachsene und Kinder	Stadtgemeinde Mannheim	150
Kinderheim Waldhof in Mannheim-Waldhof	Tuberkulös gefährdete Kinder aller Konfessionen von 2—14 Jahren	Ortsausschuß Mannheim-Waldhof zur Bekämpfung der Tuberkulose	60
Lungenheilstätte Stammberg in Schriesheim	Lungenkranke des weiblichen Mittelstandes u. Kinder	Reichsverfürsorgeanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf	100
Amtsbezirk Mespfrich Kinderheilstätte Heuberg, e. B., Stetten a. L. W.	Knochen- und gelenktuberkulosekranke, auch Skrofulöse Kinder aller Konfessionen im Alter von 6—16 Jahren	Verein Kindererholungsfürsorge Heuberg, e. B., Sitz Karlsruhe	140
Amtsbezirk Müllheim Hilfskrankenheim in Badenweiler	Lungenkranke	Gemeinde Badenweiler	10
Heilstätte Friedrichsheim in Marzell	Lungenkranke männliche Personen	Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe	185
Heilstätte Luiseheim in Marzell	Lungenkranke weibl. Personen u. Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren	Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe	200

*) Zurzeit ist die Anstalt vom Bad. Arbeitsministerium — Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene — pachtweise in Verwaltung genommen.

Name und Sitz der Anstalt (Buchstabenfolge nach Amtsbezirken)	Aufnahme finden	Träger der Anstalt	Zahl der Betten
Versorgungsfrankenhaus — früherer Gar- nisonlazarett — in Müllheim	Schwerkriegsbeschädigte Lungentuberkulöse	Deutsches Reich	47
Sanatorium Oberweiler in Oberweiler	Leicht erkrankte Tuberku- löse aus dem Mittelstand	R. Vogel, praktischer Arzt, Oberweiler	12
Sanatorium Haus Waldeck, G. m. b. H., in Oberweiler	Lungenkranke Erwachsene und Kinder	Sanatorium Haus Waldeck, G. m. b. H., Badenweiler	24
Friedrich-Hilba-Geneesungsheim in Oberweiler	Lungenkranke Männer, Frauen und Kinder	Arbeiterpensionskasse der Reichseisenbahnen in Karlsruhe	100
Amtsbezirk Offenburg			
M. A. v. Rothschild'sche Lungenheilstätte in Nordrach	Lungenkranke Frauen, vorwiegend israelitischer Konfession	Frau Baronin v. Rothschild in Paris	45
Kurhaus Nordrach (Vinde) in Nordrach	Lungenkranke	L. Spitzmüller in Nordrach	30
Kurhaus Stube in Nordrach	Lungenkranke	C. Willmann Bwe. in Nordrach	28
Sanatorium Nordrach in Nordrach	Lungenkranke	C. Spitzmüller in Nordrach	26
Heilstätte Nordrach-Kolonie in Nord- rach-Kolonie	Lungenkranke	Landesversicherungsanstalt Baden	114
Amtsbezirk Säckingen			
Solbad des Frauenvereins in Rhein- felden (Baden)	Tuberkulös bedrohte, stro- fulöse Kinder aller Konfessionen von 6 bis 14 Jahren	Frauenverein in Rhein- felden (Baden)	50
Amtsbezirk St. Blasien			
Sanatorium St. Blasien, G. m. b. H., in St. Blasien	Lungenkranke Erwachsene und Kinder	Sanatorium St. Blasien, G. m. b. H.	101
Sanatorium Wehrwald in Todtmoos	Lungenkranke Erwachsene, Kinder in Begleitung Erwachsener	Sanatorium Wehrwald, G. m. b. H., in Todtmoos	105
Amtsbezirk Sinsheim			
Sonnen- und Solbad-Sanatorium, G. m. b. H., in Rappenu	Lungen-, gelenk-, Knochen- und drüsentuberkulose- kranke und gefährdete Kinder aller Konfessi- onen von 1—14 Jahren und Erwachsene	Sanatorium Solbad Rap- penau, G. m. b. H.	170
KinderSolbad Siloah in Rappenu	Tuberkulös bedrohte, Strofulöse Kinder aller Konfessionen von 3—14 Jahren	Evangelisches Diakonissen- haus in Mannheim	150
Amtsbezirk Villingen			
KinderSolbad Bad Dürrenheim	Knochen- und gelenktuber- kulosekranke Kinder aller Konfessionen von 2—15 Jahren	Badischer Frauenverein in Karlsruhe	180

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 11.

Jahrgang 1923.

Erscheinen monatlich.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Der Einfluß des Krieges und der Nachkriegszeit auf Gewicht und Körpergröße der Schulkinder. 2. Die genossenschaftlichen Getreidelagerhäuser Badens im Jahr 1922. 3. Die badischen Viehbestände am 1. Oktober 1923. 4. Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang Dezember 1923. 5. Die Teuerung in Baden im Monat November.

1. Der Einfluß des Krieges und der Nachkriegszeit auf Gewicht und Körpergröße der Schulkinder.

Einen zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung der Wirkung der Hungerblockade des Krieges und der Nachkriegszeit auf die Schulkinder dürften Untersuchungen über Körpergewicht und Größe ergeben. Den nachstehenden Ausführungen liegen die Messungen der Schulärzte in den Volksschulklassen einer Anzahl badischer Städte zugrunde.

Einleitend sei bemerkt, daß Zahlenmaterial aus der Vorkriegszeit für sämtliche Schulkinder nur aus Mannheim zur Verfügung steht und daher nur die dort gefundenen Mittelwerte zum Vergleich mit den Nachkriegsergebnissen in den andern Städten herangezogen werden konnten. Auf die Veröffentlichung des gesamten auf diese Untersuchungen bezüglichen Materials muß hier verzichtet werden; immerhin dürften die folgenden kurzen Angaben einen Beitrag zur Beurteilung der Kriegsfolgen auf den Ernährungszustand der Schulkinder überhaupt abgeben.

Die im Schuljahr 1922/23 an den Karlsruher Volksschulen durchgeführten Untersuchungen ergaben bezüglich des Gewichts bei den Knaben im Alter von 6—6 $\frac{1}{2}$, 6 $\frac{1}{2}$ —7, 9—9 $\frac{1}{2}$, 9 $\frac{1}{2}$ —10, 13—13 $\frac{1}{2}$ und 13 $\frac{1}{2}$ —14 Jahren folgende Mittelwerte: 20,0; 20,5; 25,5; 26,6; 34,6; 36,4 kg; bei den Mädchen der gleichen Altersstufen 18,8; 19,8; 25,1; 26,0; 36,7; 39,4 kg. Eine in Mannheim im Jahre 1922 erfolgte Untersuchung hatte bei den gleichen Altersklassen folgendes Ergebnis: bei den Knaben 19,8; 20,7; 25,6; 26,5; 35,5; 37,8 kg; bei den Mädchen 19,9; 20,1; 24,9; 25,9; 38,5; 40,0 kg. Aus dem Vergleiche beider Städte ergibt sich, daß die Karlsruher Volksschüler das Durchschnittsgewicht der Mannheimer der gleichen Altersstufen in der überwiegenden Mehrzahl nicht voll erreicht haben.

Die vor dem Krieg (1910 bis 1914) vorgenommenen Wägungen in Mannheim (von Karlsruhe stehen vorkriegszeitliche Feststellungen, welche die gesamte Schülerzahl umfassen, nicht zur Verfügung) wiesen als Durchschnittsgewicht der Knaben der entsprechenden Jahresklassen aus: 20,0; 20,5; 25,5; 26,5; 35,7; 37,4 kg; bei den Mädchen 19,4; 19,9; 25,8; 26,1; 37,0; 38,9 kg. Vergleicht man diese Zahlen mit den in Karlsruhe im Jahre 1922/23 ermittelten, so sieht man, daß an den Karlsruher Volksschulen in diesem Jahre die Knaben der drei untersten Altersstufen das Vorkriegsgewicht der Mannheimer wieder erreicht, die Mädchen der Altersklassen 13 $\frac{1}{2}$ bis 14 Jahre dieses sogar überschritten haben, die übrigen Klassen dagegen noch darunter geblieben sind, während in Mannheim schon eine weitergehende Angleichung im allgemeinen an die Vorkriegszeit stattgefunden hat.

Ein anderes Bild gewähren die an Freiburger Volksschulen in den Jahren 1913 und 1922 vorgenommenen Wägungen, die allerdings nur für sich betrachtet und nicht auch in eine vergleichende Beziehung mit den Schulen in Mannheim und Karlsruhe gesetzt werden können, da sie sich nicht auf die gesamte Schülerzahl erstrecken und auch bezüglich der Altersstufen nicht mit diesen in Einklang zu bringen sind. Aus dem zur Verfügung stehenden Material seien die Schüler im Alter von 7, 10 und 14 Jahren herausgegriffen. Die Durchschnittsgewichte bei den Knaben dieser Altersklassen waren im Jahre 1913 20,6; 26,8; 36,5 kg; im Jahre 1922 20,7; 25,8; 38 kg; bei den Mädchen im Jahre 1913 19,5; 25,4; 38,2 kg; im Jahre 1922 19,9; 25,8; 39,5 kg. Hier stehen also nur die Knaben im Alter von 10 Jahren in der Erreichung des Vorkriegsgewichtes noch zurück.

Die Durchschnittsgrößen der Volksschüler derjenigen Altersstufen, die vorstehend bezüglich des Gewichts aufgeführt sind, in den einzelnen Städten zeigten folgende Bewegung: Die in Karlsruhe im Schuljahr 1922/23 durchgeführte Messung ergab bei den Knaben folgende Größen: 113,7; 114,3; 126,2; 128,8; 143,1; 145,4 cm; bei den Mädchen 110,2; 112,9; 125,7; 127,2; 145,4; 148,1 cm. Etwas höhere Werte ergaben durchschnittlich die im Jahre 1922 in Mannheim vorgenommenen Untersuchungen, nämlich bei den Knaben 112,2; 115,2; 126,6; 128,2; 143,2; 146,2 cm; bei den Mädchen 111,8; 113,7; 125,4; 126,7; 146,2; 148,1 cm. Vergleicht man diese Ergebnisse wieder mit den Messungen in Mannheim vor dem Kriege, so ergibt sich für Karlsruhe, daß die Knaben der ersten, dritten und vierten Altersstufe und die Mädchen der zweiten, vierten und sechsten Altersstufe zwar die für diese Klassen in Mannheim in der Vorkriegszeit ermittelten Größen erreicht und teilweise sogar um ein geringes überschritten haben, im übrigen jedoch die Karlsruher Volksschüler hinter diesen Vorkriegszahlen noch zurückstehen. Die Mannheimer haben dagegen im allgemeinen ihre Friedensgröße wieder erreicht und zum Teil sogar überschritten; denn damals wurden in Mannheim folgende Mittelwerte festgestellt: bei den Knaben 111,8; 114,5; 125,3; 126,7; 144,6; 145,6 cm; bei den Mädchen 111,7; 112,6; 126,3; 126,8; 146,8; 148,1 cm.

In auffallendem Gegensatz hierzu stehen die Ergebnisse der Größenmessungen an den Freiburger Volksschulen. Hier sind von keiner Altersstufe die Vorkriegsgrößen wieder erreicht; im Gegenteil, diese stehen zum Teil hinter den letzteren ganz erheblich zurück. Denn im Jahre 1922 maßen die Freiburger Knaben durchschnittlich nur 115; 128; 145 cm, während die im Jahre 1913 gefundenen Mittelwerte 117; 132,5; 148 cm waren. Ähnlich verhält es sich bei den Mädchen: im Jahre 1922 114; 129; 150 cm, im Jahre 1913 dagegen 117; 132; 151 cm.

Aus dem Ergebnis der in Karlsruhe im Jahre 1922/23 vorgenommenen Untersuchungen verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Repetenten und Hilfschüler aller Jahrestklassen im allgemeinen sowohl in der Größe wie im Gewicht hinter den Nichtrepetenten zurückstehen; es wurden hier Gewichtsabweichungen gegenüber den Normalschülern bis zu 5 kg in den einzelnen Altersstufen festgestellt; die Größendifferenz belief sich bis auf 8,9 cm. Aus Mannheim und Freiburg stehen auf Repetenten und Hilfschüler bezügliche Zahlen nicht zur Verfügung.

Als Gesamtergebnis kann verzeichnet werden, daß bis zum Jahre 1922/23 eine allmähliche Angleichung an die Zahlen der Vorkriegszeit sowohl im Körpergewicht wie in Körpergröße sich vollzogen zu haben scheint. Ob und inwieweit sich dieser Fortschritt bei den jetzigen, infolge der Teuerung wiederum in verstärktem Maße hervortretenden Ernährungsschwierigkeiten aufrechterhalten läßt, werden die kommenden Jahre zeigen. Die Aussichten hierzu sind sehr gering. Nach den Beobachtungen, die beispielsweise an den Karlsruher Volksschulen hinsichtlich des gegenwärtigen Gesundheits- und Ernährungszustandes der Schüler gemacht sind, hat dieser in den letzten Monaten ganz erhebliche Rückschritte gemacht. Unterernährung, Blutarmut, allgemeine Körperschwäche fallen, wie ein Bericht der Karlsruher Schularztstelle ausführt, bei jeder Klassen- (Reihen-) Untersuchung mehr denn je auf. Kinder ohne hinreichendes Schuhwerk, ohne Hemden und sonstiges Unterzeug werden nicht selten angetroffen, ebenso solche mit schmutzigen und verklumpten Kleidern und verwahrloster Haut. Dabei mehren sich die Hautkrankheiten, insbesondere Krätze und Eitergründ, beträchtlich. In der schulärztlichen Sprechstunde häufen sich die Klagen der Eltern darüber, daß die Kinder selbst der oberen Schulklassen zu Hause an Kopfweh und Ohnmachten leiden und schlafbedürftiger als früher seien. Offenbar sind sie den Anstrengungen des Schulunterrichts nicht mehr voll gewachsen.

In den höheren Schulen, die aus Anlaß der Auswahl für die Quäterspeisung besichtigt wurden, sind Körperpflege und Kleidung wohl in einem besseren Zustande als in der Volksschule, der Ernährungszustand aber kaum ein anderer.

2. Die genossenschaftlichen Getreidelagerhäuser Badens im Jahr 1922.

Vor dem Kriege (1912) gab es in Baden 23 Getreidelagerhäuser. Ende 1922 war deren Zahl auf 86 gestiegen; sie hatte sich damit nahezu vervierfacht, der deutlichste Beweis auch für die Fortschritte, die der genossenschaftliche Gedanke in kurzer Zeitpanne bei der bäuerlichen Bevölkerung gemacht hat. Ohne Zweifel hat die Errichtung einer solchen stattlichen Zahl von Lagerhäusern, die dem Getreideabsatz dienen, auch dazu beigetragen, den Getreidebau zu heben. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß den Lagerhäusern eine große Bedeutung für den genossenschaftlichen Absatz anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse und für den Bezug von Saatgut, Futtermitteln,

Kunstdüngern usw. zukommt. Im folgenden soll aber lediglich das „Getreidelagerhaus“ dargestellt werden.

Auf dem Gebiet der Getreideerfassung ist der „Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen“ mit dem Sitz in Karlsruhe bahnbrechend vorangegangen. Mit erheblichen Opfern und Unterstützung des Staates wurde im Jahr 1901 in Mannheim das Getreidebüro der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften gegründet. Diese Stelle führt die Beratung der Getreidelagerhäuser des Genossenschaftsverbandes und den Verkauf des Getreides durch Dem Genossenschaftsverband bzw. dessen Warenzentralgenossenschaft, der „Badischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H. Karlsruhe“ gehören die Lagerhäuser in Mannheim, Mosbach (Filialen in Eberbach und Neckargerach), Bruchsal, Rastatt, Pforzheim, Offenburg, Billingen (Filialen in Lenzkirch und Bonndorf), Haltingen (Filialen in Krozingen, Müllheim, Buggingen und Schliengen), Schopfheim, Hilzingen (Filialen in Singen), Radolfzell und Stodach (Filialen in Mühlfhofen, Fridingen und Pfullendorf), ferner die Lager in Wilferdingen, Karlsruhe-Rheinhafen, Kehl, Unteregglingen und Waldshut, die alle mehr oder weniger das Getreidegeschäft besorgen. Dem Genossenschaftsverband sind weiterhin die folgenden 26 Getreidelagerhäuser, die sämtlich die Rechtsform der e. G. m. b. H. tragen, angeschlossen: Wertheim, Reicholzheim, Zimmern (Amt Tauberbischofsheim), Bogberg, Cubigheim, Rosenberg, Adelsheim, Oberschefflenz, Buchen, Mudau, Weinheim, Schwefzingen, Sinsheim, Medesheim mit Filiale in Wiesloch, Neckarbischofsheim, Helmstadt, Eppingen, Bretten, Dinglingen, Emmendingen, Hüfingen, Engen, Niedöschingen, Stühlingen mit Filiale in Bonndorf, Griesen und Meßkirch. Dazu kommt noch die Klettgauer Mühlengenossenschaft Erzingen.

Der „Badische Bauernverein“ mit dem Sitz in Freiburg ist mit 65 Lagern vertreten, die Zentrallager in Freiburg, das Umschlaglager Rheinau und die Bauernvereinswerke in Rastatt eingerechnet. Von den 65 Lagern gehören ihm 55 eigentümlich oder pachtweise. Ihr Betrieb geht auf Rechnung der Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaft des Badischen Bauernvereins e. G. m. b. H. Bei allen diesen Lagern werden große Getreideumsätze getätigt; für die Verarbeitung, Behandlung und Lagerung von Getreide sind aber speziell eingerichtet die folgenden 32 Lagerhäuser: Gamburg, Sedach, Mosbach, Neckargerach, Eberbach, Flehingen, Elsenz, Bruchsal, Rheinau, Rastatt, Kehl, Dinglingen, Kenzingen, Freiburg, Emdingen, Krozingen, Buggingen, Müllheim, Schönau i. B., Murg, Albrud, Tiengen, Donaueschingen, Stetten a. f. M., Hausen i. Tal, Engen, Gottmadingen, Radolfzell, Meßkirch, Pfullendorf, Überlingen und Markdorf.

Die Verbindung mit dem Bauernverein, aus dem sie ursprünglich hervorgegangen ist, hat die „Zentrale landwirtschaftlicher Lagerhäuser Tauberbischofsheim e. G. m. b. H.“, die den „Verband fränkischer landwirtschaftlicher Genossenschaften“ ins Leben gerufen hat, vor kurzem endgültig gelöst. Zudem hat die Zentrale Tauberbischofsheim, zu der noch eine Reihe gewerblicher Betriebe gehören (vgl. den Aufsatz über Konzerne, Trusts usw. in Nr. 10 der Mitteilungen) zu Anfang des Jahres 1923 ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vollzogen. Der Zweck der Lagerhäuser, für den Absatz von Getreide im Interesse der Landwirte zu arbeiten, soll damit aber nicht geändert werden. Der Zentrale Tauberbischofsheim waren angeschlossen die 11 Lager in Billigheim, Grünsfeld, Kilsheim, Hardthelm, Königshofen, Krauthelm, Osterburken, Tauberbischofsheim, Unterschüpf, Wallbüren und Wittighausen. Von diesen sind allerdings die beiden Lager Billigheim und Kilsheim nicht der Aktiengesellschaft beigetreten, vielmehr haben sie Anschluß an den Badischen Bauernverein in Freiburg gesucht.

Dem Beispiel der Zentrale Tauberbischofsheim sind übrigens auch, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, die beiden älteren Verbände in Karlsruhe und Freiburg gefolgt. Im August 1923 wurde in Karlsruhe unter Mitwirkung des Badischen Genossenschaftsverbandes und dessen Hauptgenossenschaft, des Mollereiverbandes, der Landwirtschaftsbank und des Getreidebüros Mannheim die Badische Landwirtschafts-A.-G. für Ein- und Verkauf gegründet. Auch einige Lagerhäuser beabsichtigen die Umwandlung in die Rechtsform der A.-G., wobei zugleich an den Zusammenschluß mehrerer Lagerhäuser gedacht ist. So haben z. B. sich die Lagerhäuser Reicholzheim und Wertheim zu einer A.-G. zusammengeschlossen und haben gleichzeitig ein enges Einvernehmen mit der ihnen benachbarten Teilbacher Mühle, die in eine A.-G. umgewandelt wurde, hergestellt. Ob diese Entwicklung Fortschritte machen wird, kann heute noch nicht endgültig beurteilt werden; sie wird wie alle ähnlichen Umwandlungen von der Gestaltung unserer Nahrungsverhältnisse abhängig sein. Auch der Badische Bauernverein hat eine ähnliche Entwicklung genommen, insofern, als er einen Gegenseitigkeitsvertrag mit der unter seiner Mitwirkung im Juli 1923 gegründeten „Landwirtschaftlichen Wertungs- und Finanzierungs-A.-G. Freiburg“ abgeschlossen hat.

Unter den badischen Getreidegebieten ist das Land zwischen Neckar und Main mit dem dichtesten Netz von Lagerhäusern überzogen. Von den 27 Lagern, die dort bestehen, zählen neben den 9 oben erwähnten der Zentrale Tauberbischofsheim 11 zum Genossenschaftsverband und 7 zum Bauernverein. Im Kraichgau gibt es 11 Lagerhäuser, in der Rheinebene mit dem Gebirgsrand 17, in der Donauebene deren 6, im Klettgau 7, in der Seegegend und im Hegau bestehen 12. Auf dem hohen Schwarzwald gibt es nur ganz wenige Lagerhäuser — aus begreiflichen Gründen heraus.

In der Hauptsache sind die Arbeitsgebiete der verschiedenen Organisationen getrennt. Bauernverein und Genossenschaftsverband sind allerdings im Ober- und Unterland vertreten. Während aber der Schwerpunkt der Tätigkeit des Genossenschaftsverbands in bezug auf das Getreidegeschäft mehr im Unterland liegt, befindet sich eine größere Zahl von Getreidelagerhäusern des Bauernvereins im Oberland, vor allem in der Seegegend. Nur die Zentrale Tauberbischofsheim beschränkt sich auf eine Landesgegend. Die Fälle, daß 2 Verbände am selben Ort mit Lagerhäusern vertreten sind, sind selten; sie kommen aber immerhin vor; z. B. in Mosbach, Bruchsal, Rastatt, Dinglingen, Engen, Radolfzell, Neßkirch.

3. Die badischen Viehbestände am 1. Oktober 1923.

Auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft war die diesjährige Viehzählung auf den 1. Oktober, zwei Monate früher als sonst üblich, vorgenommen worden. Sie hatte sich nur auf 4 Tiergattungen (Rindvieh, Schweine, Schafe und Ziegen) erstreckt. Die Zählung ergab für das Land im ganzen eine geringe Zunahme der Rindvieh-, Schaf- und Ziegenbestände und eine größere Zunahme des Schweinebestandes. Gegen 1. Dezember 1922 wurden mehr angegeben: 11 308 Stück Rindvieh, 1416 Schafe, 10 720 Ziegen und 56 862 Schweine. Der Gesamtbestand an Rindvieh beträgt jetzt 618 299 Stück. Die Zahl der Schafe beträgt 70 214, die der Ziegen 191 929 und die der Schweine 483 071. Auf die einzelnen Klassen und Altersstufen verteilt, ergibt sich folgendes Bild: die Zahl der Kühe beträgt 350 705, darunter 311 762 Milchkühe; die der Färren, Stiere und Ochsen 37 522. Jungvieh wurde ermittelt 102 306 Stück im Alter von 3 Monaten bis 1 Jahr und 87 536 Stück im Alter von 1 bis 2 Jahren. Die Zahl der Kälber unter 3 Monaten betrug 40 230 Stück. Von den Schweinen waren 1 Jahr und älter 52 342 Stück, $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr alt 158 976 Stück, Läufer (8 Wochen bis noch nicht $\frac{1}{2}$ Jahr alt) wurden 197 107 Stück und Ferkel 74 679 Stück ermittelt. Mutterschweine wurden insgesamt 45 011 und Zuchteber 2929 gezählt. Bei den Ziegen waren unter 1 Jahr alt 39 073, über 1 Jahr alt 152 856, bei den Schafen lauten die entsprechenden Zahlen 22 052 und 48 162. Im einzelnen ist bemerkenswert die Tatsache, daß die Bezirke des Unterlandes fast durchweg eine Zunahme der Rindviehbestände melden, während die Oberländer Bezirke in der Regel den ungefähren Bestand des Vorjahres, ja vielfach sogar eine Abnahme verzeichnen. Die Zunahme der Schweine verteilt sich in ähnlicher Weise auf das Land.

So erfreulich nun der Vergleich zu dem Vorjahre ist, so ungünstig schneidet das Jahr 1923 gegenüber dem Friedensjahre 1913 ab. Es haben allerdings gegenüber diesem Vorkriegsjahre die Ziegen um 45 000 und die Schafe um 29 000 zugenommen; schwerer ins Gewicht aber fällt die Abnahme des Rindviehs um 66 000 Stück und die der Schweine um nahezu 100 000 (97 953). Hätte zudem die Zählung des Jahres 1923 am 1. Dezember stattgefunden, so wäre ohne Zweifel der Rückgang in den Schweinebeständen noch größer. Gerade in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Dezember finden zahlreiche Hauschlachtungen statt, ja es ist anzunehmen, daß sie bei dem Mangel an Futtermitteln und dem geringen Ausfall der Kartoffelernte in diesem Jahre noch häufiger als sonst waren. Noch niedrigere Zahlen ergaben allerdings die Zählungen 1916 und 1917, die sich durch Maßnahmen erklärten, deren Zweckmäßigkeit heute in einem anderen Lichte erscheint. Da aber das Schwein ein raschwüchsiges Tier wie das Großvieh ist, konnte jener Tiefstand verhältnismäßig rasch überwunden werden. Im Gegensatz zu den Tieren mit großem Futterbedarf, die eine Abnahme, und zwar von 9,7% beim Rindvieh und 16,2% bei den Schweinen verzeichnen, haben die anspruchsloseren Ziegen um 31,4% und die Schafe gar um 70% zugenommen. Bei dem Schafbestand ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß württembergische Wanderherden in den Zahlen mitenthalten sind. Württemberg meldet aber ebenfalls eine erhebliche Zunahme der Schafe und sie gilt auf alle Fälle auch für die in Baden beheimateten Schafherden.

Die nachstehende Zahlenübersicht möge die Entwicklung der letzten 10 Jahre veranschaulichen:

	Rindvieh	Schweine	Ziegen	Schafe
1. Dezember 1913	685 000	581 000	147 000	41 000
1. " 1914	717 000	591 000	149 000	44 000
1. " 1915	684 000	413 000	140 000	39 000
1. " 1916	686 000	434 000	155 000	41 000
1. " 1917	662 000	322 000	171 000	46 000
1. " 1918	622 000	292 000	175 000	60 000
1. " 1919	606 000	345 000	175 000	66 000
1. " 1920	626 000	419 000	180 000	80 000
1. " 1921	617 000	468 000	185 000	73 000
1. " 1922	606 000	426 000	181 000	68 000
1. Oktober 1923	619 000	484 000	192 000	75 000

In diesen Zahlen kommt allerdings nur die Menge der Tiere, nicht deren Wert zum Ausdruck. Es muß leider angenommen werden, daß auch hier, mindestens bei Rindvieh und Schweinen, der Friedensstand vielfach nicht wieder erreicht ist.

Vergleicht man die zuletzt ermittelten Tierbestände der einzelnen Amtsbezirke mit den Vorkriegszahlen, so läßt sich beim Rindvieh keine ganz klare Entwicklung aufdecken. Zugenommen hat hier nur der Bezirk Mannheim um den geringen Betrag von 244 Stück. Viele Bezirke dagegen haben um 10 bis 12% abgenommen. Größer ist die Abnahme bei einer Reihe von Schwarzwaldbezirken, z. B. St. Blasien um 1017 Stück = 13%, Wolfach um 2279 Stück = 18%. Auch bei einigen rein bäuerlichen Bezirken des Hügellandes wie Tauberbischofsheim und Überlingen sehen wir eine starke Abnahme, ähnliches aber auch bei einem vorwiegend gewerblichen Bezirk wie Lörrach. Die stärkste Abnahme aber weist der Bezirk Bretten mit 2917 Stück = 24% auf. Sehr viel besser ist der Rückgang beziehungsweise die Zunahme bei den anderen Tieren zu erklären. Während bei den Schweinen in der Regel in den großstädtischen und gewerblichen Bezirken eine geringe Abnahme oder gar Zunahme zu beobachten ist, weisen die rein bäuerlichen Bezirke, vor allem aber auch die Zuchtbezirke, eine starke Abnahme auf. Im Bezirk Karlsruhe z. B. hat die Zahl der Schweine sich von 15 542 auf 12 912 = 2 630 Stück verringert; im ländlichen Bezirk Kehl dagegen von 15 376 auf 9917 Stück = 5459. Im ländlichen Bezirk Bonndorf beträgt die Abnahme 1156, im vorwiegend industriellen Bezirk Wiesloch, dessen Schweinebestand im Jahr 1913 den von Bonndorf noch um 400 übertraf, nur 52. Eine Zunahme verzeichnen die industriellen Bezirke Mannheim (628), Weinheim (462), Pforzheim (261), Heidelberg (202). Auf der andern Seite weisen aber rein bäuerliche Bezirke wie Meßkirch und Buchen eine Abnahme bis zu 25% und mehr auf und ähnlich groß ist der Rückgang in Zuchtbezirken wie Waldkirch, Engen, Emmendingen, Offenburg und Rastatt. Eine Zunahme haben unter den ländlichen Bezirken nur Abelsheim, Vörsberg und Mosbach aufzuweisen.

Vor allem aber erfolgte in den städtischen und gewerblichen Bezirken eine Zunahme der Ziegen. Es wurden mehr ermittelt in den Bezirken Mannheim 3789 Stück, in Karlsruhe 3989, in Pforzheim 3370, in Heidelberg 2709, in Schwetzingen 2458, in Rastatt 2426, in Ettlingen 2148. So entfällt die Zunahme wesentlich auf das stark industrialisierte Unterland; im Oberland sind es auch nur stärker gewerbliche Bezirke, die eine Zunahme aufweisen, z. B. Konstanz 1743, Offenburg 1713, Lörrach 1502, Vörsberg 1462. Bezeichnenderweise hatten dagegen die Ziegen in Gebieten mit einem intensiven Anbau mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung sogar abgenommen: Bretten 433, Sinsheim 407, Eppingen 181, Vörsberg 157, Buchen 151.

Bei den Schafen erfolgte die Zunahme in solchen Bezirken, wo von jeher die Schafhaltung ihren natürlichen Standort hat, im Bauland und auf den Hochflächen im Südosten des Landes. So haben wir in Tauberbischofsheim eine Zunahme von 3217, in Buchen von 2730, in Vörsberg von 1789, in Abelsheim von 1586. Im Oberland entfällt die stärkste Zunahme auf Billingen (2634), Donaueschingen (1653), Meßkirch und Emmendingen je 1229. In Gebieten eines intensiven Anbaues wie Eppingen und Bretten haben die Schafe sogar abgenommen; ähnliches gilt auch von den industriellen Bezirken Mannheim, Weinheim, Wiesloch und Ettlingen.

Untersucht man die heutige Verteilung der Tierbestände auf die einzelnen Bezirke und Landesteile, so ergibt sich für das Rindvieh folgendes Bild: an der Spitze steht Waldshut mit 22 705 Stück, dann folgen Offenburg mit 21 526, Emmendingen mit 20 509 und Donaueschingen mit 20 072. Die Bezirke Freiburg, Engen, Tauberbischofsheim, Überlingen, Buchen, Rastatt, Bruchsal und in dieser Reihe an letzter Stelle Mosbach weisen zwischen 20 000 und 15 000 Stück Rindvieh auf. In 18 Bezirken beträgt der Bestand 15 000 bis 10 000 Stück und in 19 Bezirken

10 000 bis 5000. Unter 5000 Stück bleiben die räumlich kleinen und sehr dicht besiedelten Bezirke Schwellingen (4744), Baden (4563), Weinheim (4157) und Mannheim (3855). In Mannheim kommen auf 100 Einwohner nur 2 Stück Rindvieh, in Karlsruhe 6, in Heidelberg 8, in Pforzheim 10, in Schwellingen 11, in Baden 12, in Durlach und Weinheim 14, in Freiburg 16. An höchster Stelle mit je 97 Stück Rindvieh auf je 100 Einwohner stehen dagegen die bäuerlichen Bezirke Pfullendorf und Bonndorf. Es folgen dann Engen mit 84, Donaueschingen mit 82, Meßkirch mit 80, Stockach mit 77, St. Blasien mit 74. Im Frankenland steht an erster Stelle Bopfingen mit 75, es folgen Adelsheim mit 67, Buchen mit 62, Wertheim mit 61. Verhältnismäßig groß ist der Viehstand in den Bezirken, die große Wiesenflächen aufweisen. Auf 100 ha landwirtschaftliche Fläche kommen in Schopshausen 107 Stück Rindvieh, in Säckingen 106. Im ersten Bezirk verhält sich das Ackerland zur Wiesenfläche wie 6:5, im zweiten wie 5:4. So erklärt sich auch die Ziffer für Wolfach (93 Stück auf 100 ha landwirtschaftliche Fläche) und Donaueschingen (83 auf 100 ha); im ersten Bezirk ist das Verhältnis Acker zu Wiese wie 6:5, im zweiten wie 7:5. Auch Rebbezirke und solche des Handelsgewächsbauens weisen einen hohen Viehstand auf, der zudem um so größer sein kann, je besser das Verhältnis von Ackerland zu Wiese ist. Im Rebbezirk Bühl mit einem Verhältnis von Acker zu Wiese wie 5:4 kommen auf 100 Einwohner 103 Stück Rindvieh, im Tabakbaubezirk Kehl sind es 97 Stück Rindvieh bei einem Verhältnis Acker zu Wiese wie 3:2. Zerplitterter bäuerlicher Grundbesitz oder das Vorwiegen ländlicher Industriearbeiterschaft erklären den hohen Viehstand in Bezirken wie Wertheim, Lörrach, Lahr und Ettlingen. Während in den beiden erstgenannten Bezirken noch genügend Wiesenflächen vorhanden sind, gestaltet sich das Verhältnis in Ettlingen wie 7:2, in Wertheim gar wie 6:1. Durch den nahen Milchabsatz erklärt sich, daß in dem Bezirk Baden 87 Stück Rindvieh auf 100 Einwohner kommen. Wenn aber der Bezirk Stockach eine Ziffer von 85 bei einem ungünstigen Verhältnis Acker zu Wiese wie 7:2 aufweist, so dürfte das ein Beweis für die hohen Leistungen in den Zuchtgebieten des Höhenfleischviehes der Seegegend sein.

Fast durchweg beträgt die Zahl der Milchkuhe in den einzelnen Bezirken etwas mehr als die Hälfte des jeweiligen Rindviehbestandes. Einen höheren Stand weisen Bezirke auf, die vorwiegend auf die Milchlieferung eingestellt sind wie Kehl, Karlsruhe, Heidelberg und Rastatt; darunter bleiben Bezirke wie Waldkirch, Adelsheim, Buchen und Mosbach. In diesen Bezirken tritt neben die Milchviehhaltung die Aufzucht von Mastvieh, ferner dürfte aber auch die größere Zahl der Zuchtstuten zur Erklärung herangezogen werden.

Bei den Schweinebeständen ist die Verteilung derart, daß 19 Bezirke über 10 000 Stück aufweisen und 34 darunter bleiben. Fünf Amtsbezirke weisen sogar mehr als 15 000 Stück auf: Bruchsal 17 680, Offenburg 17 406, Emmendingen 17 213, Buchen 15 358 und Heidelberg 15 106. Es reihen sich an, nach der Größe geordnet: Rastatt, Mannheim, Tauberbischofsheim, Freiburg, Sinsheim, Mosbach, Karlsruhe, Donaueschingen, Waldshut, Überlingen, Lahr, Konstanz, Waldkirch und Schwellingen mit 15 000 bis 10 000 Stück. An letzter Stelle stehen Pfullendorf (4942), Triberg (3891), Neustadt (3708), Säckingen (3631), Baden (3519), Schönau (2907), St. Blasien (2364). Aber von diesen Bezirken schneidet Pfullendorf gar nicht schlecht ab, wenn man die Einwohnerzahl dagegen hält. Es kommen hier 46 Schweine auf 100 Einwohner gegen 21 in Neustadt, 19 in Schönau, 16 in Triberg und Säckingen. Der Bezirk Baden allerdings, in dem die Bäderstadt mit Dos $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung ausmachen, erreicht nur die Ziffer 10. Noch niedriger sind die Ziffern für Karlsruhe und Pforzheim (beide 8) und Mannheim (6). Den höchsten Schweinebestand weisen, verglichen mit den Einwohnerzahlen, folgende Bezirke auf: Bopfingen 59, Adelsheim und Buchen 56, Donaueschingen 49, Wertheim und Tauberbischofsheim 47, Pfullendorf 46, Engen und Stockach 45, Eppingen 44, Waldkirch 43, Meßkirch 42, Bonndorf 41, Mosbach 41, Sinsheim 40. Aus diesen Angaben über die absolute und relative Größe des Schweinebestandes erhellt mit Deutlichkeit, daß es auf der einen Seite vor allem die rein bäuerlichen Bezirke im Norden und Südosten des Landes, von denen auch eine Reihe als Zuchtbezirke zu gelten haben, und auf der andern Seite die Bezirke mit einer ländlichen Industriearbeiterschaft sind, die den höchsten Stand aufweisen; allerdings handelt es sich im ersten Fall mehr um Schweinezucht, im andern mehr um Schweinehaltung.

Bei den Ziegen sind umgekehrt sehr viele rein bäuerliche Bezirke nur mit unbedeutenden Beständen vertreten. An erster Stelle steht hier Heidelberg mit 10 570 und Bruchsal mit 10 465. Es folgen dann die Bezirke Mannheim mit 9496, Schwellingen mit 9333, Karlsruhe mit 8392, Rastatt mit 7657, Pforzheim mit 6930, Sinsheim mit 5727, Konstanz mit 5183, Offenburg mit 5263, Wiesloch mit 5220, Weinheim mit 5113. 18 Amtsbezirke weisen 4000 bis 2000 Stück

auf und 14 Bezirke zwischen 2000 und 1000 Stück. Noch deutlicher ergibt sich aus einem Vergleich der Ziegenbestände mit den Einwohnerzahlen, daß es die städtischen und gewerblichen Bezirke sind, die an der Spitze stehen. In Schwellingen kommen 21 Stück auf 100 Einwohner, in Wiesloch 19, in Sinshheim und Weinheim 17, in Bruchsal und Ettlingen 14. Verhältnismäßig groß ist allerdings auch die Zahl der Ziegen in den bäuerlichen Bezirken Engen (18), Eppingen (14), Überlingen und Stodach (12). In den Zuchtbezirken der rehfarbenen Schwarzwälder Ziege erreichen wir ebenfalls hohe Ziffern: Bonndorf 13, St. Blasien 12, Schönau 10. Bezeichnenderweise verzeichnen auch einige Rebbezirke eine geringe Zahl von Ziegen: Achern 8, Bühl 6, Lörrach 5. Die großstädtischen Bezirke haben ebenfalls niedere Ziffern: Pforzheim 6, Karlsruhe 5, Mannheim 4, Freiburg 3. Damit bleiben die Städte, wie das auch aus den andern Bedingungen der Ziegenhaltung erklärlich ist, noch etwas hinter den entsprechenden Ziffern für die Schweinehaltung zurück. Da die Ziegenmilch keine Handelsware darstellt, ergeben die Verhältnis-ziffern einen gewissen Anhalt für die örtliche Versorgung der Gemeinden mit Milch.

Die Hauptgebiete der Schafzucht sind nach wie vor die Hochflächen im Nordosten und Südosten des Landes, wo es noch große Brachflächen gibt. Hier stellen sich auch immer wieder wandernde Schafherden aus Württemberg ein. In den Bezirken mit natürlicher Weide dagegen, z. B. in Schönau, ist die Schafzucht unbedeutend; auch St. Blasien zählt nur 212 Schafe. Ebenfalls wenig kennen die Gebiete des Handelsgewächsbauens und Gemüsebauens oder die Rebbezirke eine nennenswerte Schafzucht oder Schafhaltung. Aber auch in den Industriearbeiterbezirken tritt das Schaf hinter Ziege und Schwein zurück. Von den 70 214 Schafen entfallen auf den Bezirk Buchen 6333, Adelsheim 5430, Boyberg 4471, Tauberbischofsheim 4164, Mosbach 3739, Wertheim 3233. Im Oberland stehen an der Spitze Freiburg mit 3662, Donaueschingen mit 3641, Billingen mit 3437, Waldkirch mit 2672, Neßkirch mit 2020. In 11 Bezirken wurden 2000—1000 Stück ermittelt, in 9 Bezirken 1000—500, in 16 Bezirken 500—100. 6 Bezirke blieben unter 100 Stück: Achern 97, Bühl 81, Wiesloch 75, Oberkirch 63, Schwellingen 54, Baden 52. Um industrielle Bezirke handelte es sich bei Ettlingen mit 282 Stück, Mannheim 256, Durlach 249, Bruchsal 110. Die gewerblichen Bezirke Pforzheim und Karlsruhe schneiden etwas besser ab (813 und 690). Es sind hier einige Schafherden auf größeren Gütern und geeignete Schafweiden vorhanden. Gering ist, wie vorerwähnt, die Zahl der Schafe in Gebieten intensiven Anbaues. So kennen Bretten nur 232, Neßl 166, Eppingen 105 Schafe und noch niedrigere Ziffern haben Wiesloch, Schwellingen und Baden. Es ist bezeichnend, daß unter den Bezirken, die weniger als 100 Schafe aufweisen, Rebbezirke wie Bühl, Achern und Oberkirch vertreten sind. Im ganzen dürfte wohl angenommen werden, daß Schafzucht und Schafhaltung ihren Höhepunkt erreicht, wenn nicht schon überschritten haben.

Es möge am Schluß noch erwähnt werden, daß sich die Zahl der Haushaltungen, die Rindvieh, Schweine, Ziegen oder Schafe besitzen, am 1. Oktober 1923 auf 241 122 beläuft. Am 1. Dezember 1913 waren 229 705 viehbesitzende Haushaltungen ermittelt worden. Es wäre darnach schon eine Zunahme von 11 417 Haushaltungen zu verzeichnen. Tatsächlich ist aber die Zunahme eine sehr viel größere, da die Zählung des Jahres 1913 auch die Haushaltungen, die Pferde, Geflügel und Bienenstöcke besaßen, einschloß.

4. Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang Dezember 1923.

Die Witterung im November gestattete nicht nur die günstige Restbestellung der Herbstsaaten, sondern es konnten auch die übrigen Feldarbeiten größtenteils beendet werden. Der Stand der Saaten, insbesondere der frühen, ist fast durchweg ein guter. Nur die spät, d. h. erst im November, gesäten sind noch nicht überall aufgelaufen. An diesen Spätsaaten richten mancherorts die in großer Zahl vorhandenen Krähen zum Teil beträchtlichen Schaden an. Die Tauschneden haben in einer großen Anzahl von Bezirken die junge Roggenfaat zum Teil abgefressen, so daß da und dort an manchen Stellen nachgesät werden mußte. Die Mäuseplage nimmt nach und nach etwas ab. Die um Mitte November eingetretene Kälte mit nachfolgendem Schneefall hat den gefräßigen Nagern allerdings schon erheblich zugefügt.

5. Die Teuerung in Baden im Monat November.

Im Monat November haben sich die Kosten für den gesamten Lebensbedarf weiterhin erhöht. Obwohl der Papiermark in der zweiten Monatshälfte gegenüber den früheren fast täglichen Schwankungen eine gewisse Stabilität nicht abgesprochen werden konnte, hatte diese das Steigen der Warenpreise nicht verhindern können. Auch durch die Einführung der Rentenmark war bis jetzt

ein Sinken der Preise nicht zu erreichen, da durch die geringen Überweisungen in den allgemeinen Verkehr die von ihr erwarteten günstigen Rückwirkungen auf die Preisbildung nicht zur Auswirkung gelangen konnten.

Nach dem letzten Stichtagsergebnis vom Monat November (26.) betragen die Teuerungszahlen für die Städte Mannheim und Karlsruhe, und zwar getrennt nach den einzelnen Gruppen, wie folgt:

	Mannheim		Karlsruhe		Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt in %	
					Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	111 585		110 870		83,3	69,9
Bekleidung	28 612		23 215		73,9	86,5
Heizung und Beleuchtung	14 525		16 000		66,7	60,6
Wohnung	2 696		2 800		65,7	273,3

Die Reichs- und badische Landesindexziffer stellt sich nach den einzelnen Stichtagsergebnissen wie folgt:

	a) Reichsindexziffer.		Steigerung gegenüber der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekf.)
	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	
5. November	88,8 Milliarden	98,5 Milliarden	620,5
12. "	210,9 "	218,5 "	121,8
19. "	806 "	831 "	280,3
26. "	1486 "	1535 "	84,7

	b) Badische Landesindexziffer.		Steigerung gegenüber der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekf.)
	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	
5. November	86,4 Milliarden	100,8 Milliarden	604,0
12. "	182,7 "	205,3 "	103,6
19. "	743,8 "	839,3 "	308,8
26. "	1299,1 "	1468,0 "	74,9

Die für die einzelnen Stichtage im Monat November für die badischen Erhebungsgemeinden festgestellten Teuerungszahlen betragen (in Milliarden) wie folgt:

	5. November	12. November	19. November	26. November
Mannheim	8 976	18 411	71 210	128 806
Karlsruhe	9 030	19 333	76 181	129 670
Freiburg	7 407	18 864	62 155	119 312
Pforzheim	8 578	21 247	80 559	139 601
Heidelberg	9 315	17 021	79 976	141 244
Konstanz	7 297	13 659	63 416	113 462
Baden	7 934	17 872	63 139	134 978
Durlach	6 771	16 811	68 896	133 956
Offenburg	7 713	24 144	68 896	131 170
Bruchsal	6 005	18 969	75 893	131 794
Lörrach	8 904	14 130	64 637	105 512
Lahr	6 771	14 084	66 790	128 593
Villingen	5 318	11 975	64 694	111 523
Rastatt	6 076	13 156	66 725	118 341
Singen a. S.	7 094	13 666	54 318	102 208
Kehl	8 572	13 795	65 824	121 154
Hoddenheim	7 021	18 557	87 233	106 191
Achern	—	16 615	60 075	102 823
Baldshut	7 440	14 705	62 855	104 090
Neustadt i. Schw.	5 155	10 609	59 789	100 882
Rheinfelden	9 180	15 857	60 567	112 080
Bertheim	8 267	14 444	57 556	104 652
Bell i. W.	8 093	12 805	59 689	101 645
Gernsbach	7 583	14 132	67 272	110 345

Infolge der Sparmaßnahmen wird das Erscheinen der „Statistischen Mitteilungen“ bis auf weiteres eingestellt.

Karlsruhe i. B., Januar 1924.

Buchdruckerei C. F. Müller.

ein Sinken der Preise nicht zu erreichen, da durch die geringen Überweisungen in den allgemeinen Verkehr die von ihr erwarteten günstigen Rückwirkungen auf die Preisbildung nicht zur Auswirkung gelangen konnten.

Nach dem letzten Stichtagsergebnis vom Monat November (26.) betragen die Teuerungszahlen für die Städte Mannheim und Karlsruhe, und zwar getrennt nach den einzelnen Gruppen, wie folgt:

	Mannheim		Karlsruhe		Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt in %	
	Mannheim	Karlsruhe	Mannheim	Karlsruhe	Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	111 585	110 870	83,3	69,9		
Bekleidung	28 612	23 215	73,9	86,5		
Heizung und Beleuchtung	14 525	16 000	66,7	60,6		
Wohnung	2 696	2 800	65,7	273,3		

Die Reichs- und badische Landesindexziffer stellt sich nach den einzelnen Stichtagsergebnissen wie folgt:

	a) Reichsindexziffer.		Steigerung gegenüber der Normwoche in %
	Lebenshaltung ohne	Lebenshaltung mit	

5. November			
12. "			
19. "			
26. "			
5. November			
12. "			
19. "			
26. "			

Die für die einzeln festgestellten Teuerungszahlen

	Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Pforzheim	Heidelberg	Konstanz	Baden	Durlach	Offenburg	Bruchsal	Lörrach	Lahr	Villingen	Rastatt	Singen a. N.	Kehl	Hockenheim	Achern	Waldbshut	Neustadt i. Schw.	Rheinfelden	Bertheim	Zell i. W.	Gernsbach
			7 407	8 578	9 315	7 297	7 934	6 771	7 713	6 005	8 904	6 771	5 318	6 076	7 094	8 572	7 021	—	7 440	5 155	9 180	8 267	8 093	7 583
			13 864	21 247	17 021	13 659	17 872	16 811	24 144	18 969	14 130	14 084	11 975	13 156	13 666	13 795	18 557	16 615	14 705	10 609	15 857	14 444	12 805	14 132
			62 155	80 559	79 976	63 416	63 139	—	68 896	75 893	64 637	66 790	64 694	66 725	54 318	65 824	87 233	60 075	62 855	59 789	60 567	57 556	59 689	67 272
			119 312	139 601	141 244	113 462	134 978	133 956	131 170	131 794	105 512	128 593	111 523	118 341	102 208	121 154	106 191	102 823	104 090	100 882	112 080	104 652	101 645	110 345

Statistische Mitteilungen

über das Land Baden.

Herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt.

Band XII.

Nr. 12.

Jahrgang 1923.

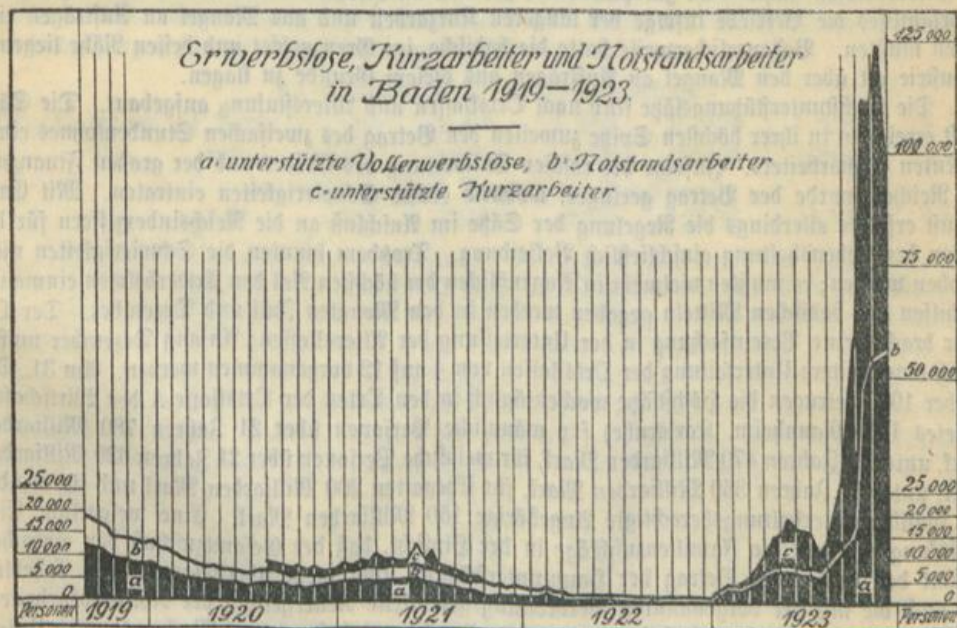
Erscheinen monatlich.

Abdruck mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt: 1. Die Erwerbslosigkeit in Baden im Jahr 1923. 2. Unternehmerverbände in Industrie, Handel und Verkehr Badens. 3. Neugründungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Baden im Jahr 1923. 4. Allmende und Gabholz in Baden. 5. Der badische Obstbau im Jahr 1923. 6. Hopfenbau und Hopfenernte in Baden im Jahr 1923. 7. Der Besuch der badischen Hochschulen im Wintersemester 1923/24. 8. Zunahme der gerichtlichen Verurteilungen jugendlicher Personen in Baden. 9. Die Landesversicherungsanstalt Baden im III. und IV. Vierteljahr 1923. 10. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im III. und IV. Vierteljahr 1923. 11. Die Teuerung in Baden im Monat Dezember.

1. Die Erwerbslosigkeit in Baden im Jahre 1923.

Die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge, die aus dem Artikel 163 Abs. 2 der Reichsverfassung herausgewachsen ist, gewährt den arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 16 Jahre alten Personen, die sich durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden, Unterstützung (unterstützte Erwerbslose). Bedürftige Lage ist nur insoweit anzunehmen, als die Einnahmen des zu Unterstützenden einschließlich der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen derart geringe sind, daß er nicht imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Hat der unterstützte Erwerbslose auch Unterstützungspflichten für Familienangehörige, so werden noch Familienzuschläge gewährt. Um die Arbeitnehmer möglichst lange im Arbeitsverhältnis zu halten, wird bei wesentlich eingeschränkter Arbeitsdauer aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge auf der Basis der Erwerbslosenunterstützung die Kurzarbeiterunterstützung gewährt. Des weiteren werden auch Mittel zur Förderung von Notstandsarbeiten ausgeworfen, um die Einstellung von Notstandsarbeitern zu ermöglichen. Unabhängig von den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wurden die auf Grund des § 91 des Tabaksteuergesetzes erwerbslosen Arbeitnehmer des Tabakgewerbes unterstützt. Ebenfalls besonders betreut wurden die infolge des Ruhrkampfes erwerbslos gewordenen Arbeitnehmer im besetzten Gebiet; ihnen stießen die Mittel durch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu.



Wie aus der bildlichen Darstellung hervorgeht, war die in dem Jahre 1919 einsetzende erhebliche Erwerbslosigkeit wesentlich zurückgebrängt worden. Die ständig sich mehr entwertende Papiermark flog immer mehr in die Wäre, und die Wäre fand den Weg nach dem Ausland. Diese wirtschaftliche Scheinblüte erreichte mit Ende 1922 ihren Höhepunkt und die Erwerbslosigkeit gleichzeitig den niedrigsten Stand der letzten Jahre. Mit Beginn des Jahres 1923 nahm die Erwerbslosigkeit zu, besonders als sich die Auswirkung der Besetzung des Ruhrgebietes bemerkbar machte. Sie wurde noch vermehrt dadurch, daß auch badische Teile (Mannheim, Karlsruhe, Offenburg) in diese Neubesetzung einbezogen wurden unter Lahmlegung des badischen Durchgangs- und Hafenerverkehrs. So kam es, daß die Erwerbslosigkeit mit Ende des Berichtsjahres den höchsten Stand erreichte, den die badische Geschichte überhaupt kennt.

Die außerordentliche Schwankung im Ausmaße der Erwerbslosigkeit brachte ungeheuerere finanzpolitische und verwaltungstechnische Schwierigkeiten mit sich, die auch die Gesetzgebung selbst erheblich belastete und zu Änderungen zwang. Von nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung für die Durchführungsmöglichkeit der Erwerbslosenfürsorge war die Neuordnung des Arbeitsnachweiswesens zu Beginn des Jahres. An Stelle der bisherigen 58 kleineren Arbeitsnachweise wurden 17 große öffentliche Arbeitsnachweise errichtet unter Berücksichtigung der Wirtschaftsgebiete. Bis die Neuordnung sich richtig auswirkte, verstrich einige Zeit. Als jedoch die Erwerbslosigkeit gegen das Ende des ersten Vierteljahres in erheblichem Maße einsetzte, war sie so weit durchgeführt, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise die erforderlichen Arbeiten ohne erhebliche Schwierigkeiten leisten konnten. Das große Ausmaß lag derart belastend auf den Reichs- und Landesfinanzen, daß die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge eine grundsätzliche Änderung erfahren mußte, und zwar durch die Reichsverordnung „über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge“ vom 15. Oktober 1923. Durch sie wird ein Teil der Lasten auf das Wirtschaftsleben selbst übertragen in der Weise, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Beitragsleistungen im Anschluß an die Krankenversicherung Beiträge leisten. Diese Neuregelung entlastete gegen Ende des Berichtsjahres schon in nennenswertem Umfang die Reichs- und Landesfinanzen. Eine wesentliche Einschränkung erfuhr auch die Kurzarbeiterunterstützung dadurch, daß die Basis geändert und der Kreis der Bezugsberechtigten erweitert, jedoch nach kurzer Zeit der Unterstützungsbetrag erheblich gekürzt wurde unter gleichzeitiger Einführung der Bedürftigkeitsprüfung. Überhaupt mußte in der letzten Jahreshälfte wesentlich mehr Wert auf die Bedürftigkeitsprüfung gelegt werden. Das rasche Anwachsen der Erwerbslosenzahlen war für die Ausübung nicht günstig. Allerdings ergab sich, daß das Vorliegen der Bedürftigkeit gegen Jahresende öfters bejaht werden mußte als zu Jahresbeginn, da durch die monatelange Entbehrung große Teile der Arbeiterschaft und des kleinen Bürgertums vollständig verarmten. Die Zahl der Erwerbslosen nahm nicht zuletzt dadurch zu, daß im besetzten Gebiete nach Beendigung des Ruhrkampfes die Betriebe infolge der längeren Kurzarbeit und aus Mangel an Aufträgen einstellen mußten. Bedauerlicherweise hatte die badische, im Grenzgebiet und dessen Nähe liegende Industrie oft über den Mangel an Aufträgen aus diesem Grunde zu klagen.

Die Höchstunterstützungssätze sind nach Ortsklassen und Altersstufung aufgebaut. Die Sätze selbst erreichten in ihrer höchsten Spitze zuweilen den Betrag des zweifachen Stundenlohnes eines gelernten Facharbeiters. Infolge der raschen Entwertung des Geldes und der großen Finanznot des Reiches wurde der Betrag geringer, wodurch ernste Schwierigkeiten eintraten. Mit Ende August erfolgte allerdings die Regelung der Sätze im Anschluß an die Reichsindexziffern für die Kosten der Lebenshaltung einschließlich Bekleidung. Trotzdem konnten die Schwierigkeiten nicht behoben werden; es mußten vielmehr in Augenblicken der höchsten Not den Erwerbslosen einmalige Beihilfen aus badischen Mitteln gegeben werden in den Monaten Juli und Dezember. Der Oktober brachte eine Vereinfachung in der Unterteilung der Altersklassen; Anfang Dezember mußte jedoch eine weitere Unterteilung der Ortsklassen von 4 auf 12 vorgenommen werden. Am 31. Dezember 1923 betragen die Höchstsätze wochentäglich in den Orten der Ortsklasse A des Wirtschaftsgebietes III (Mannheim, Karlsruhe) für männliche Personen über 21 Jahren 780 Milliarden Mark, unter 21 Jahren 470 Milliarden Mark, für weibliche Personen über 21 Jahren 620 Milliarden Mark, unter 21 Jahren 360 Milliarden Mark, für Ehegatten 200 Milliarden Mark und für Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigte Angehörige 150 Milliarden Mark. Eine wesentliche Einschränkung erfuhren die Familienzuschläge in der Hinsicht, daß der Gesamtzuschuß den einfachen (anstatt den doppelten) Betrag der Hauptunterstützung nicht mehr übersteigen darf. Erheblich war auch die mit der vorgenannten Verordnung getroffene Neuregelung der Notstandsarbeiten. Bisher wurden die Notstandsarbeiter aus den Kreisen der mindestens zwei Wochen lang in Unter-

stützung gestandenen Erwerbslosen ausgewählt und bei der Notstandsarbeit zu einem etwas niedrigeren als dem Tariflohn beschäftigt. Die nunmehr vorliegende Neuregelung macht die Auszahlung der Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig, so daß ein großer Teil der bisherigen Notstandsarbeiten auf diese Beschäftigungsmöglichkeit umgestellt werden kann. Ein namhafter Zufluß an Erwerbslosen entstand durch den Wegfall der Sonderunterstützung der Arbeitnehmer des Tabakgewerbes und durch die endgültige Aufgabe des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet.

Die Unterlagen für das Schaubild und für die nachstehenden Ausführungen entstammen den Wochenmeldungen und den 14tägigen Meldungen der öffentlichen Arbeitsnachweise, von denen die letzteren ihrer Zuverlässigkeit nach höher zu bewerten sind. Das hier verarbeitete Material umfaßt naturgemäß nur diejenigen Erwerbslosen, die irgend eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten.

Im allgemeinen nahm die Zahl der Vollerwerbslosen und Kurzarbeiter folgende Entwicklung:

	Vollerwerbslose	Kurz- arbeiter	Tabak- arbeiter	Summe	Auf das 1000 der Bevölkerung
1. 1. 1923	873	25	12658	13556	6,16
15. 12. 1923	65902	49614	—	115516	52,51

Zuschlagsempfänger sind hierbei nicht berücksichtigt. Als Einwohnerzahl ist die 1919 mit 2195580 Einwohnern festgestellte verwendet worden. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen gibt aber noch kein erschöpfendes Bild über die Gesamtarbeitslosigkeit, da alle nichtunterstützten Erwerbslosen in dem verarbeiteten Material nicht enthalten sind, sei es, daß die Bedürftigkeit bei ihnen zu verneinen ist, oder daß die Kurzarbeit noch nicht das für die Unterstützung erforderliche Maß erreicht hat. Die Zahl der durch die Arbeitslosigkeit betroffenen arbeitsfähigen, aber nicht unterstützten Personen ist zurzeit in Baden auf etwa 50—60000 Personen zu schätzen, so daß in Baden etwa an 160—170000 Personen von der Erwerbslosigkeit überhaupt betroffen sind, d. h. etwa 40% aller in Handel, Industrie und Handwerk Beschäftigten, von denen mithin beinahe jeder Zweite unter den nachteiligen Folgen der Erwerbslosigkeit zu leiden hat.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Zahl derjenigen Personen, welche überhaupt Unterstützung erhielten, ergibt:

Am	1. Januar	1. April	1. Juli	1. Okt.	1. Nov.	15. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
	14696	41120	51336	66239	153989	154888	206249	180285.
	Das ergibt auf das Tausend der Bevölkerung							
	6,68	18,69	23,33	30,11	70,00	70,40	93,75	81,95.

Der Höchstbestand der Erwerbslosenunterstützung beziehenden Personen war somit am 1. Dezember erreicht. Der Rückgang vom 1. Dezember bis 15. Dezember 1923 ist auf die Verschärfung der Bedingungen für die Kurzarbeiter zurückzuführen.

An Vollerwerbslosen wurden unterstützt:

Am	1. Januar	1. April	1. Juli	1. Okt.	1. Nov.	15. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
	873	4895	5468	14364	46587	50807	66942	65902,
	das ergibt auf das Tausend der Bevölkerung							
	0,40	2,23	2,49	6,48	21,18	23,09	30,43	29,96.

Die Zunahme der unterstützten Vollerwerbslosen gegen Jahresende hat ihre Ursache einerseits in der Übernahme der nach § 91 des Tabaksteuergesetzes unterstützten Arbeiter, andererseits in der Übernahme der bisher von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden betreuten Erwerbslosen im besetzten Gebiet, sowie in der Auswirkung der immer schärfer einsetzenden allgemeinen Wirtschaftskrise. Ein kleiner Rückgang in der Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen trat in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1923 ein, der seine Hauptursache in dem Rückgang der unterstützten weiblichen Vollerwerbslosen hat, während die Zahl der unterstützten männlichen Erwerbslosen noch zunahm. Die Zahlen vergleichsweise nebeneinandergestellt ergeben:

Am	1. Januar	1. April	1. Juli	1. Okt.	1. Nov.	15. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
männl.	865	4660	5160	13249	40546	44365	58724	60132
weibl.	8	235	308	1115	6041	6442	8218	5760.

Die Ursache des Rückganges der unterstützten weiblichen Erwerbslosen dürfte wohl auf die schärfere Prüfung der Bedürftigkeit mit Jahresende sowie auf die Nachweisung geeigneter hauswirt-

schaftlicher Arbeiten zurückzuführen sein. Die starke Schwankung in der Zahl der unterstützten weiblichen Vollerwerbslosen kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man die Zahl der unterstützten weiblichen Vollerwerbslosen im Prozentverhältnis zur Gesamtzahl der unterstützten Vollerwerbslosen betrachtet. Es betrug

	0,9	4,8	5,6	7,9	13,0	12,6	12,3	8,8%
An Familienzuschlagsempfängern waren vorhanden:	1140	4772	5841	11617	45873	51459	65459	64769.
Kurzarbeiterunterstützung bezogen:	25	1278	9491	24175	61539	52622	73848	49614.
Auf 1000 Einwohner entfallen:	0,01	0,58	4,32	10,98	27,97	23,92	33,57	22,55.

Das Ansteigen im November ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Verordnung für kurze Zeit eine gewisse Erleichterung brachte.

Nach § 91 des Tabaksteuergegesetzes wurden unterstützt:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober
12658	15029	18092	17715	16200	15140	18208	11587	12937	16183.
Auf 1000 Einwohner entfielen mithin:									
5,75		8,05			8,27			7,36.	

Die Erwerbslosigkeit verteilte sich ungleichmäßig auf das Land. So hatte z. B. der Arbeitsnachweisbezirk in Billingen (Amtsbezirke Triberg, Billingen, Donaueschingen) infolge der guten Geschäftslage in der Uhrenindustrie — wobei sicherlich die elektrische Energieversorgung wesentliche Hilfe leistete — nur wenig Erwerbslose, und zwar am:

	1. April	1. Juni	1. Okt.	1. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
	3	—	14	8	131	125
d. h. vom Tausend der Bevölkerung des Arbeitsnachweisbezirktes					1,6	1,5.
An unterstützten Kurzarbeitern waren in diesem Bezirk vorhanden					1291	1330,
auf das Tausend der Bevölkerung					15,5	16,0.

Auch die Erwerbslosigkeit in der Textilindustrie des Wiesentales trat erst Ende Oktober in Erscheinung.

Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen in dem Arbeitsnachweisbezirk Vörrach (Amtsbezirke Müllheim, Vörrach, Schoppsheim, Schönbau, Säckingen) betrug

	68	42	72	620	1327	1522
auf das Tausend der Bevölkerung des Bezirktes	0,5	0,3	0,5	4,8	10,2	11,7.
In demselben Bezirk wurden an Kurzarbeitern unterstützt:	24	36	160	9331	4227	4773,
woraus sich auf das Tausend der Bezirksbevölkerung ergibt:	0,2	0,3	1,2	71,7	32,5	36,7.

Die Pforzheimer Schmutzwarenindustrie hatte eine verhältnismäßig günstige Entwicklung. An Vollerwerbslosen waren im Arbeitsnachweisbezirk Pforzheim vorhanden:

	1. April	1. Juli	1. Okt.	1. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
	184	84	325	1219	1482	1289,
auf das Tausend der Bevölkerung des Arbeitsnachweisbezirktes	1,7	0,8	3,0	11,1	13,5	11,7.
An Kurzarbeitern wurden unterstützt:	—	812	—	3854	1043	580,
auf das Tausend der Bezirksbevölkerung ergibt sich	—	7,4	—	35,0	9,5	5,3.

Am schwersten von der Erwerbslosigkeit betroffen wurde der Arbeitsnachweisbezirk Mannheim, vorwiegend infolge der Besetzung durch die Franzosen. Der größte Teil der Erwerbslosen wurde von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden betreut. Endgültige Statistiken hierüber

liegen nicht vor. Bei Aufgabe des passiven Widerstandes im Monat Oktober wurden sämtliche Erwerbslosen in die Fürsorge des Arbeitsnachweises mitübernommen.

Am 1. November 1923 standen im Arbeitsnachweisbezirk Mannheim insgesamt 26600 Vollerwerbslose und 19900 Kurzarbeiter, zusammen 46500 Personen in Unterstützung, mithin vom Tausend der Bevölkerung 155,0. Die Zahl der Vollerwerbslosen stieg bis zum 1. Dezember auf 27570, während die der Kurzarbeiter auf 18100 sank, so daß auch die Gesamtzahl der Erwerbslosen auf 45670, d. h. auf 152,2 vom Tausend der Bezirksbevölkerung zurückging. Sie nahm jedoch in der ersten Dezemberhälfte wieder etwas zu. Insgesamt standen im Arbeitsnachweisbezirk Mannheim am 15. Dezember 1923 28716 Personen in Unterstützung, d. h. 95,7 vom Tausend der Bezirksbevölkerung. Ob die Arbeitsmarktlage im Bezirk Mannheim weiterhin eine Besserung erfahren wird, läßt sich bei Abfassung des Berichtes nicht übersehen, namentlich mit Rücksicht darauf, daß zahlreiche Kündigungen für Angestellte mit Beginn des neuen Jahres vorliegen.

An zweiter Stelle ist außerordentlich belastet durch die Erwerbslosigkeit der Arbeitsnachweisbezirk Heidelberg (Amtsbezirke Heidelberg, Eberbach, Sinsheim, Wiesloch), und hier wieder vorwiegend die Stadt Heidelberg selbst. An Vollerwerbslosen standen im Arbeitsnachweisbezirk in Unterstützung:

	1. April	1. Juli	1. Okt.	1. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
	592	662	1447	3527	5583	11432,
das ergibt auf das Tausend der Bevölkerung dieses Bezirks	3,0	3,4	7,4	18,1	28,6	58,6.

An unterstützten Kurzarbeitern waren vorhanden:

	229	425	1055	1576	4860	3798,
d. h. auf das Tausend der Bevölkerung des Arbeitsnachweisbezirks	1,2	2,2	5,4	8,1	24,9	19,5.

Die große Schwankung gegen Ende des Berichtsjahres ist auf die Schließung einer Reihe größerer Betriebe gegen Jahresende zurückzuführen. Ähnlich wie in Heidelberg liegen die Verhältnisse in Freiburg.

In nennenswertem Umfang wurde dann noch der Arbeitsnachweisbezirk Karlsruhe (Amtsbezirke Karlsruhe, Durlach, Ettlingen) betroffen, in den auch die Besetzung hereinspielte. Einschließlich der durch die Arbeitgeber versorgten Erwerbslosen waren in diesem Arbeitsnachweisbezirk an Vollerwerbslosen in Unterstützung gestanden:

	1. April	1. Juli	1. Okt.	1. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
	701	1029	2206	4475	7017	7608,
das ergibt auf das Tausend der Bevölkerung des Bezirkes	2,8	4,1	9,0	17,9	28,1	30,4.

An Kurzarbeitern wurden unterstützt:

	427	2973	10579	15875	18004	8900,
mithin auf das Tausend der Bevölkerung des Bezirkes	1,7	11,9	42,3	63,5	72,0	35,6.

Im Arbeitsnachweisbezirk Konstanz (Amtsbezirke Konstanz, Engen, Mespilach, Stodach, Pfullendorf, Überlingen) hatten die Städte Konstanz, Singen und Radolfzell in größerem Maße unter der Erwerbslosigkeit zu leiden. Im Arbeitsnachweisbezirk Konstanz wurden an Vollerwerbslosen unterstützt:

	271	339	597	1014	1687	2099,
auf das Tausend der Bezirksbevölkerung kommen mithin	1,6	2,0	3,5	6,0	9,9	12,3.

An Kurzarbeitern standen in Unterstützung:

	437	551	1013	2162	4312	3123,
das ergibt auf das Tausend der Bezirksbevölkerung	2,6	3,2	6,0	12,7	25,4	18,4.

Die Auswirkung der Erwerbslosigkeit gegen Ende des Jahres zeigt sich am deutlichsten durch ein Gegenüberstellen der Vergleichszahlen auf das Tausend der Bevölkerung.

Arbeitsnachweisbezirk am	Vollerwerbslose			Kurzarbeiter		
	1. Nov.	1. Dez.	15. Dez.	1. Nov.	1. Dez.	15. Dez.
Mannheim	88,7	91,9	75,2	66,3	60,3	20,5
Heidelberg	18,1	28,6	58,6	8,1	24,9	19,5
Karlsruhe	17,9	28,1	30,4	63,5	72,0	35,6
Freiburg	12,5	24,9	27,5	15,9	37,8	31,8
Pforzheim	11,1	13,5	11,7	35,0	9,5	5,3
Lörrach	4,8	10,2	11,7	71,7	32,5	36,7
Konstanz	6,0	9,9	12,3	12,7	25,4	18,4
Billingen	—	1,6	1,5	0,1	15,6	16,0

In den bisherigen Darstellungen sind die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen nicht enthalten. Nach den Wochenmeldungen der Arbeitsnachweise waren Notstandsarbeiter durchschnittlich vorhanden:

im Monat	Januar	April	Juli	Oktober	November	Mitte Dezember
	87	739	1928	1270	1084	1060

Der Rückgang der Zahl der beschäftigten Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten in der zweiten Hälfte des Jahres ist auf den Mangel an Geldmitteln sowie auf geeignete Notstandsarbeiten zurückzuführen. Die meisten Notstandsarbeiter beschäftigte die Stadt Heidelberg beim Ausbau der Schwemmtkanalisation, und zwar durchschnittlich 400—500 Personen.

Insgesamt kamen im Berichtsjahr 91 Maßnahmen nach § 15 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge zur Förderung. Davon entfielen auf Hochbauten 13, auf Gewinnung von Baustoffen 7, auf Kanalisationsarbeiten 19, auf Straßen- und Wegebauten 24, auf Flußbauten 3, auf Bodenverbesserungsarbeiten 16, auf Kraftwerksbauten 5, auf sonstige Arbeiten 2 und auf den Bau von Landarbeiterwohnungen 2 Maßnahmen. Die Durchführung der öffentlichen Notstandsarbeiten hat gegen Ende des Berichtsjahres eine grundsätzliche Änderung dahin erfahren, daß die Beschäftigung der Erwerbslosen bei öffentlichen Notstandsarbeiten künftig eine Fürsorgemaßnahme darstellt und eine Gegenleistung für die Unterstützung. Werden die Erwerbslosen länger als 24 Stunden in der Woche beschäftigt, so können zu den Hauptunterstützungen Zuschläge bis zu 90% gewährt werden. Die Beschäftigung unterstützter Erwerbsloser bedarf jetzt nicht mehr der Zustimmung der Landeszentralbehörden, sondern des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises. Ausnahmen sind nur für große öffentliche Notstandsarbeiten vorgesehen. Von der Möglichkeit unterstützte Erwerbslose bei gemeinnützigen Arbeiten zu beschäftigen, wurde bereits in nennenswertem Umfang im Monat Dezember Gebrauch gemacht. Auch einige kleinere und mittlere Notstandsarbeiten wurden in Angriff genommen, doch liegen zahlenmäßige Unterlagen bei Abfassung des Berichts noch nicht vor.

2. Unternehmerverbände in Industrie, Handel und Verkehr Badens.

Die Zahl der Verbände in Industrie, Handel und Verkehr, die für den Zusammenschluß der Unternehmer in Betracht kommen, beträgt ohne Handwerkerorganisationen, Kartelle, Syndikate und Konventionen über 200 (225). Die in Frage stehenden Verbände bezwecken in der Hauptsache die Förderung gemeinsamer wirtschaftlicher und sozialer Interessen ihres Standes, insbesondere auch die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Von der Gesamtzahl der Verbände sind 45 ausgesprochene Landesverbände oder Landesgruppen von größeren Reichs- und zwischenstaatlichen Verbänden. Verbände, deren Geltungsbereich sich nur über einzelne badische Landesteile (Ober-, Mittel-, Unterbaden, oberes Rhein- und Wiesental, Schwarzwald, Pfalzgau, Handelskammerbezirke usw.) erstreckt, sind 16 ermittelt worden. Mehr örtlicher Natur sind gegen 30 badische Vereinigungen und Verbände, darunter eine ganze Anzahl solcher, deren Wirkungskreis sich auf einen bestimmten Industrieplatz und dessen nächste Umgebung (Mannheim und Umgebung usw.) beschränkt. Badisch-pfälzische und badisch-württembergische Verbände sind es etwa zwei Dutzend. Daneben gibt es noch zahlreiche „süd- und südwestbergische“ Verbände, die teils selbständig, teils als Gau- und Zweigverbände von größeren Reichsverbänden für den Zusammenschluß der badischen Unternehmer in Handel und Industrie von Bedeutung sind. Keine geschlossene Untergruppen im Lande selbst bilden etwa 70 Reichsverbände mit Mitgliedschaften in Baden. Bei 10 Verbänden konnten die Mitgliederzahlen nicht ermittelt werden. Im übrigen haben u. a. 34 von den Verbänden überhaupt je über 50—100, 36 je 101

bis 200, 20 je 201—500, ferner 4 je 501—1000 und 5 mehr als 1000 Mitglieder. Die Reichs- und zwischenstaatlichen Verbände sind nur mit ihren badischen Mitgliedschaften gezählt. Namentlich unter den Reichsverbänden sind viele — etwa 40 — die je höchstens bis zu 20 Mitglieder in Baden haben. Gegen 150 Verbände oder Untergruppen von solchen sind im Lande selbst ansässig, davon haben u. a. an 70 ihren Sitz in der Stadt Mannheim, 35 in Karlsruhe, 14 in Freiburg, je 3 in Lahr, Offenburg und Heidelberg, je 2 in Donaueschingen, Schopfheim, Emmendingen, Baden und Pforzheim. Die meisten Verbände, und zwar etwa 100 in der Industrie und ebensoviele in Handel und Verkehr sind Fachverbände, während die übrigen keiner bestimmten Handels- und Gewerbe-Gruppe zuzurechnen und mehr allgemeine Verbände in Handel und Industrie sind.

Die Unternehmervereinigungen, welche grundsätzlich die Regelung der Fragen des Arbeitsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezwecken, werden gewöhnlich als „Arbeitgeberverbände“ bezeichnet. Diesen zuzurechnen sind eine Anzahl von sonstigen Verbänden (Industriellenvereinigungen usw.), welche gleiche Ziele verfolgen. Soweit ihre gleichgerichteten Bestrebungen sich decken, ist der größte Teil von ihnen zur Gesamtvertretung vereinigt im Bund Badischer Arbeitgeberverbände, Sitz Mannheim. Demselben sind gegen 40 Verbände und Vereinigungen angeschlossen. Die angeschlossenen Verbände sind entweder allgemeine Arbeitgeberverbände, oder sie sind fachberuflich organisiert. Zu den allgemeinen Arbeitgeberverbänden im Bunde gehören: Interessengemeinschaft der Arbeitgeberschaft für den Kreis Konstanz (120 Mitgl.); Industrie- und Gewerbeverband Oberes Rhein- und Wiesental (140); Arbeitgeberverband für Handel und Industrie des Handelskammerbezirks Freiburg (170); Industriellenvereinigung von Lahr und Umgebung (100); A.-Vbd. der Industrie des Handelskammerbezirks Karlsruhe (140); A.-Vbd. von Karlsruhe (30); A.-Vbd. für Pforzheim und Umgebung (550); Allgemeiner A.-Vbd. Mannheim (80); A.-Vbd. der Hafengebiete Mannheim-Ludwigshafen (80 bad. Mitgl.); Arbeitgeberverbände (örtliche) des Einzel- und des Großhandels (557 bezw. 330 Mitgl.) in Mannheim; A.-Vbd. von Schwetzingen und Umgebung; Schutzbund der Unternehmer und selbst. Gewerbetreibender von Heidelberg und Umgebung. Die fachberuflichen Verbände im Bunde sind: Land- und forstwirtschaftlicher A.-Vbd. für den Freistaat Baden, Karlsruhe; Verband Südwestdeutscher Steinindustrie (33 bad. Mitgl.), Mannheim; Verband der badischen Ziegeleibesitzer (100), Offenburg; A.-Vbd. der Südwestdeutschen Kalkindustrie (30 bad. Mitgl.), Bruchsal; Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke mit über 100 bad. Mitgl., Mannheim; Verband der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes und verwandter Industrien (60 bad. Mitgl.), Donaueschingen; A.-Vbd. der Elektroinstallationsfirmen Badens, der Pfalz usw. (30 bad. Mitgl.), Mannheim; A.-Vbd. der Chemischen Industrie, Section VI (50 Mitgl.), Mannheim; Verband Süddeutscher Textilarbeiter, Landesgruppe Baden, mit über 100 Mitgl., Emmendingen; Verband badischer Lumpen-Sortierungsanstalten usw., Karlsruhe, mit etwa 1 Duzend Mitgl.; Landesverband der badischen Kartonnageindustrie, einige 60 Mitgl., Lahr; Badischer Gerberverein, Karlsruhe (50); Verband badischer Lederwarenfabrikanten (14), Karlsruhe; A.-Vbd. der würtbg. und bad. Sägewerksbetriebe im Verein der Holzinteressenten Süddeutschlands (380 bad. Mitgl.), Freiburg; Verband der Holzindustrie in Karlsruhe — früher Südwestdeutscher A.-Vbd. der Holzindustrie in Mannheim — 140 Mitgl.; Verband Südwestdeutscher Bürsten- und Pinselindustrieller in Schopfheim (38 bad. Mitgl.); Verband Oberbad. Brauereien, Freiburg; Mittelbad. Brauereiverband, Karlsruhe; Verband Oberbad. Zigarrenfabrikanten (80), Lahr; Verband Süddeutscher Zigarrenfabrikanten (200 bad. Mitgl.), Mannheim; A.-Vbd. des Bankgewerbes Badens, der Pfalz usw. (30 bad. Mitgl. ohne Fil.), Mannheim; A.-Vbd. des Badisch-pfälz. Transport- und Verkehrsgewerbes (130 bad. Mitgl.), Mannheim.

Mitglieder des Bundes sind auch die Landeszentrale des badischen Einzelhandels und der Zentralverband des deutschen Großhandels — Bezirksgruppe Baden — von denen unter den wirtschaftlichen Verbänden noch die Rede sein wird. Von selbständigen Arbeitgeberverbänden außerhalb des Bundes sind zu nennen: Verband der Metallindustriellen Mittelbadens (45 Mitgl.), Karlsruhe. Ein besonderer Landesverband Baden besteht im Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Derselbe hat seinen Sitz in Freiburg, die Zahl der Mitglieder beträgt über 600; einer der größten Bezirksverbände ist der Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe Mannheim-Ludwigshafen mit 200 bad. Mitgliedern. Der Landesgruppe Baden, Sitz Mannheim, im Beton- und Tiefbauarbeitgeberverband gehören 60 Baufirmen des Landes an. Weitere selbständige Arbeitgeberverbände sind: A.-Vbd. der Werksteinbetriebe des Schwarzwaldes, Bühl; A.-Vbd. der Seifenindustrie für Baden und Rheinpfalz, Mannheim; A.-Vbd. für die Holzindustrie für Mannheim-Ludwigshafen; A.-Vbd. der deutschen Papier-, Pappe-, Zellstoff- und

Holzstoffindustrie, Gruppe Baden (40 Mitgl.), Freiburg; Deutscher Arbeitgeberbund der Schokoladen- und Süßwarenindustrie, Gau Baden (30).

Eine scharfe Grenze zwischen den Arbeitgeberverbänden und den sonstigen Verbänden kann nicht gezogen werden — es gibt auch unter den im Bunde Bad. Arbeitgeberverbände vereinigten solche, welche noch allgemeinere Interessen verfolgen — doch werden die in den nachstehenden Ausführungen behandelten Verbände in der Hauptsache als wirtschaftliche Verbände gelten können. Von diesen sollen zunächst die allgemeinen behandelt werden.

Verschiedene von den wirtschaftlichen Verbänden sind wirtschaftspolitische Verbände. So ist vorwiegend wirtschaftspolitischer Verband der Verband Südwestdeutscher Industrieller (Verband Badischer Industrieller, Sektionen Pfalz, Rheinhessen usw.), Sitz Mannheim. Dem Verband gehören in 13 Bezirksverbänden 1400 direkte und 400 indirekte Mitglieder aus der badischen Industrie an. Als besondere Aufgabe verfolgt der Verband die Hebung des Exports seiner Mitglieder (Exportstelle). Ausschließlich wirtschaftspolitischer Verband ist der Allgem. Fabrikantenverein, Verband Mannheim (100 Mitgl.). Zu den wirtschaftspolitischen Vereinen ist auch der Süddeutsche Exportverein (210 bad. Mitgl.) in Mannheim zu rechnen.

Vom Verband der Südwestdeutschen Industriellen ist seinerzeit unter Mitwirkung des Deutschen Industrieschutzverbandes der Süddeutsche Industrieschutzverband in Mannheim (360 Mitgl.) gegründet worden. Der Verband hatte vorher schon eine Reihe von Jahren als Streit-Entschädigungskasse bestanden. Der Zweck des Verbandes ist, Arbeitseinstellungen in den Betrieben seiner Mitglieder möglichst zu verhindern und die wirtschaftlichen Folgen von unvermeidlichen Arbeitseinstellungen zu mildern, indem er seinen Mitgliedern die dadurch entstehenden Verluste tragen hilft. Von allgemeinen Reichs-Schutzverbänden haben zahlreiche Mitgliedschaften in Baden der Verband der Handelschutz- und Rabattsparevereine Deutschlands — 1200 bad. Mitgl. in 12 Landesvereinen — und der Verband der Vereine Kreditreform, dem im Gauverband Baden, Sitz Freiburg, 3700 Mitglieder aus 10 Vereinen angehören.

Die Vereinigung der Industriellen von Mannheim-Industrie- und Waldhof (85 Mitgl.) in Mannheim bezweckt die Wahrnehmung gemeinsamer örtlicher Interessen der im Vereinsgebiet angesiedelten Geschäftshäuser.

Der Einzelhandel des Landes ist zusammengeschlossen in der im Jahre 1923 gegründeten Landeszentrale des badischen Einzelhandels in Karlsruhe. Der Verband zählt nahezu 8000 Mitglieder in 76 Ortsgruppen und unterhält eine eigene Landeswirtschaftsstelle, eigene Bank- und Treuhandabteilung. Der Großhandel im allgemeinen ist zusammengeschlossen im Zentralverband des deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Baden (280 Mitgl.) in Mannheim. In Karlsruhe, wo insbesondere der Lebensmittelgroßhandel, der Eisen- und Metallgroßhandel und der Großhandel in Textilien eine Rolle spielen, besteht eine besondere Ortsgruppe mit annähernd 100 Mitgliedern.

Gemeinsame Ziele in den wirtschaftlichen Verbandsbestrebungen der Unternehmer finden gegenseitige Unterstützung und Förderung durch die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden in Mannheim.

Neben diesen allgemeinen wirtschaftlichen Verbänden gibt es noch viele fachberufliche Wirtschaftsverbände in den einzelnen Industrie- und Handelsgruppen, von denen im folgenden — unter Ausßerachtlassung der bereits im Zusammenhang mit den Arbeitgeberverbänden aufgezählten Vereinigungen — nur die wichtigsten hervorgehoben werden sollen.

In der Industrie der Steine und Erden kommt außer den bereits aufgeführten Arbeitgeberverbänden als wirtschaftlicher Verband noch die Landesgruppe Baden, Sitz Karlsruhe, im Bunde der deutschen Zementwarenindustrie in Betracht. In der Edelmetallindustrie verdienen noch zwei Verbände Erwähnung: Der Verband der Silberwarenfabriken Deutschlands hat 20 Mitglieder in der Pforzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie; die Größten der Pforzheimer Gold- und Silberwarenindustrie sind Mitglieder im Verbands des Deutschen Edelmetallgewerbes, die Zahl der Mitglieder in Baden beträgt über 100. Etwa ein halbes Hundert Eisengießereien — selbständige Gießereien und Werkgießereien — sind zusammengeschlossen zur Badischen Landesgruppe, Sitz Durlach, im Verein deutscher Eisengießereien. In der Maschinenindustrie sind etwa 30 Fabriken Mitglieder des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten. Die Schwarzwälder Uhren- und Musikwerkindustrie ist außer in dem bereits genannten Arbeitgeberverband der Uhrenindustrie und verwandter Industrien noch in drei Verbänden organisiert: Die Vereinigung der Schwarzwälder Wanduhrenfabrikanten mit 50 bad. Mitgliedern hat ihren Sitz in Furtwangen.

Der Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie (20 bad. Mitgl.) wird neuesten Nachrichten zufolge demnächst seinen Sitz von Berlin nach Donaueschingen verlegen. Der Verband der badischen Musikwerkfabrikanten (10 Mitgl.) ist in Freiburg ansässig. Der Bezirksverein Baden, Sitz Karlsruhe, im Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland hat über 100 Mitglieder. Zum Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie gehören in Baden etwa ein Dutzend Mitgliedsfirmen. In der badischen Textilindustrie ist der größte wirtschaftliche Verband der Landesverband der badischen Textilindustrie, Sitz Emmendingen, mit über 100 Mitgliedern, die fast alle gleichzeitig an die Landesgruppe im Verband Südd. Textilarbeitgeber angegeschlossen sind. Die Baumwoll-, Spinn- und Webereien besitzen außerdem die Mitgliedschaft im Verein Südd. Baumwollindustrieller (30 bad. Mitgl.). In der Chemischen Fabrikindustrie des Landes sind außer dem Arbeitgeberverband Verbände mit wirtschaftlichen Zielen nicht bekannt geworden. Der Landesverein der Apotheker in Baden, Sitz Offenburg, hat über 200 Mitglieder. Zahlreiche Gasfabriken (20) sind Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Gaswerke, während die Elektrizitätswerke des Landes ihre wirtschaftlichen Interessen teils im Verein privater Elektrizitätswerke in Paderborn, teils in der Wirtschaftlichen Vereinigung von Elektrizitätswerken in Berlin vertreten. In der Seifenindustrie besitzt der Verein der Seifenfabrikanten von 1918 zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen an 30 Mitglieder in Baden. Bei der Holzindustrie haben wir bereits verschiedene Arbeitgeberverbände kennen gelernt. Örtliche Interessen vertritt der Verein der Holzindustriellen und Holzhändler von Mannheim und Umgebung. Der Verband der Südwestdeutschen Bürsten- und Pinselindustrie ist bei den Arbeitgeberverbänden genannt. In der Papierindustrie kommt als wirtschaftlicher Verband der Verein der deutschen Papierfabrikanten (30 bad. Mitgl.) in Betracht. In der papierverarbeitenden Industrie besteht neben dem Landesverband der Kartonnageindustrie noch die örtliche Vereinigung der Pforzheimer Etuis- und Kartonnagefabriken (30 Mitgl.). Unter etwa sieben Verbänden in der Bekleidungs- und Reinigungsindustrie, die zusammen aber nur etwa 250 Mitglieder in Baden haben, seien hervorgehoben: Der Verband der Umpfehanstalten für Hüte (20 bad. Mitgl.), der Reichsverband der deutschen Färbereien und Chemischen Waschanstalten (50) und der Landesverband der webstoffverarbeitenden Industrie (40 Mitgl.), Sitz Mannheim. Zahlreich sind die wirtschaftlichen Verbände in der ausgedehnten und vielverzweigten Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Im Zusammenhang mit den aus dem Kriegszustand herausgewachsenen wirtschaftlichen Verhältnissen ist in der Nachkriegszeit die Wirtschaftsstelle der Nahrungsmittelindustrie Badens (60 Mitgl.) mit dem Sitz in Mannheim entstanden. Die vielen kleineren und mittleren Mühlen sind vereinigt im Badischen Müllerbund (600 Mitgl.), Sitz Mosbach, in dem nach dem Kriege die Mittel- und Unterbadische Müllervereinigung aufgegangen sind. Die Rheinischen Großmühlen (Rheinmühlenwerke usw.) sind Mitglieder der Süddeutschen Mühlenvereinigung G. m. b. H. in Mannheim. Etwa 30 badische Firmen, welche die Brauereimälzerei oder die Fabrikation von Malzkaffee betreiben, sind Mitglieder der Vereinigung Südd. Malzfabriken. Nahezu ebensoviel badische Mitglieder haben die Vereinigten Teigwarenfabriken G. m. b. H. in Mannheim. Im Frühjahr 1921 ist als Zusammenschluß der mittleren und kleineren Betriebe mit dem Sitz in Mannheim ein Schutzverband deutscher Teigwarenbetriebe gegründet worden. Die Verbände deutscher Essig- und Senffabrikanten besitzen in Baden zusammen etwa 20 Mitglieder. In der Süßwarenindustrie sind neben dem einschlägigen Arbeitgeberverband noch der Südwestdeutsche Zweigverein, Sitz Mannheim, des Reichsbundes der deutschen Süßwarenindustrie und die Vereinigung der deutschen Zuderwaren- und Schokoladefabrikanten — Zweigverein Südwestdeutschland — mit je 20 badischen Mitgliedern zu erwähnen. Zur Förderung der gemeinsamen Berufsinteressen der badischen Brauindustrie besteht seit dem Jahre 1916 in Karlsruhe die Zentralstelle der bad. Brauindustrie. Mitglieder sind der badische Brauerbund der Klein- und Mittelbrauereien in Karlsruhe mit über 100 Mitgliedern, die Verbände der Oberbadischen und Mittelbadischen Brauereien und der Verband der Brauereien des Pfalzgaues, die drei letzteren mit zusammen etwa 40 Brauereien. Berufsständische Landesorganisationen mit wirtschaftlichen Zielen bestehen auch in der Branntweimbrennerei. Der Landesverband der badischen Edelbranntweimbrennereien mit 80 Mitgliedern hat seinen Sitz in Freiburg. Ein Teil der industriellen Brennereien ist zusammen mit dem Weinhandel organisiert. Der Landesverband der badischen Klein- und Obstbrennereien (10000 Mitgl.), Sitz Karlsruhe, trägt mehr landwirtschaftlichen Charakter und ist deshalb bei den industriellen Verbänden nicht mitgezählt. Auf über 100 beläuft sich auch die Mitgliederzahl des Landesverbandes der badischen Mineralwasserfabrikanten, Sitz Freiburg. Bekannte Verbände in Druckerei und Verlag sind der Deutsche Buchdruckerverein mit 400 und der

Verband der Deutschen Steindrucker mit 40 Mitgliedern in Baden. Dem Verein der südwest-deutschen Zeitungsverleger in Karlsruhe gehören 130 badische Mitglieder an.

Auch das fachberufliche Verbandswesen in Handel und Verkehr des Landes ist stark entwickelt. Der beiden allgemeinen Verbände im Einzel- und Großhandel ist bereits Erwähnung geschehen. Einer der größten Verbände ist der Bund badischer Viehhändlervereinigungen, Sitz Karlsruhe — Verein badischer Viehhändler in Karlsruhe; Badischer Viehzüchter- und Zuchthändlerverein, Sitz Donaueschingen; Unterbad. Viehhändlerverein, Sitz Mannheim — mit 450 Mitgliedern. Nebenbei sei bemerkt, daß in Mannheim ein Verein der Pferdehändler in Baden, Hessen und der Pfalz (67 bad. Mitgl.) seinen Sitz hat. Es folgen als größte Verbände der Badische Fahrrad-, Nähmaschinen- und Kraftfahrzeughändler-Verband in Freiburg mit 400 Mitgliedern, der Verband badischer Kohlenhändler in Karlsruhe mit über 300, der Verband deutscher Schuhwarenhändler (Sitz Berlin) mit 250; Mitglieder des letzteren Verbandes sind der Verein der Schuhwarenhändler von Mittelbaden und der Verband der Schuhwarenhändler von Mannheim und Umgebung. Auch der Zentralverband der deutschen Schuhwarenhändler (Sitz Erfurt) besitzt 70 Mitglieder im Lande. Außerdem besteht noch ein besonderer Verein der badischen Schuhwaren-Großhändler in Mannheim (20 Mitgl.). Sehr zahlreich sind auch die Mitglieder des Badisch-pfälzischen Buchhändlervereins, Sitz Heidelberg (180 bad. Mitgl.); ein kleinerer Verband ist der Verband der Buch- und Zeitschriftenhändler Badens in Karlsruhe (30 Mitgl.). Als weitere Verbände mit großen Mitgliederzahlen sind zu nennen der Reichsverband des Textil-Einzelhandels, Bezirk X (Württemberg und Baden, Sitz Stuttgart) mit 170 badischen Mitgliedern, und die Vereinigung des badischen Weinhandels, Sitz Freiburg, mit etwa ebensoviel. Neben der Landesorganisation der Weinhändler besteht noch ein Verein der Weinhändler und Brauntweimbrenner von Mittelbaden in Karlsruhe mit rund 100 Mitgliedern. Mehr als 100 Mitglieder in Baden hat auch der Reichsverband der deutschen Feinkostkaufleute, nahezu 100 (85) der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser.

Am Karlsruher Plage, wo die Süßwarenindustrie in den letzten Jahren einen starken Aufschwung genommen hat, ist u. a. der Sitz des Gauess Süddeutschland des Reichsverbandes des deutschen Süßwarengroßhandels (20 bad. Mitgl.), desgl. befindet sich in Karlsruhe der Sitz des Landesverbandes der badischen Textilwaren-Großhändler und des Verbandes der Süddeutschen Lederhändler mit je 50 Mitgliedern, des Landesverbandes der badischen Möbel- und Altwaren-händler (150 Mitgl.) sowie des Landesverbandes der Milchhändlergenossenschaften und Vereine Badens und Württembergs (12 bad. Vereine).

In Mannheim, als dem Haupthandelsplatz in Rohrtabak und Tabakfabrikaten, sind neben anderen die Vereine der Rohrtabakvergärer, der Rohrtabakhändler, der Händler mit überseeischem Rohrtabak und der Verein des Spezialhandels mit Tabakfabrikaten (138 Mitgl.) ansässig. Des weiteren ist Mannheim der Sitz noch einer ganzen Reihe von wichtigen Handelsverbänden, deren Wirkungskreis sich weit über den Platz und die Grenzen des Landes hinaus erstreckt. Hier haben ihren Sitz der Verband der Südd. Getreidebörsen und Märkte, der Verein Südd. Mehlhändler (30 bad. Mitgl.), der Zweigverein Baden im Einheitsverband deutscher Kartoffelhändler (50 bad. Mitgl.) und der Verband des badischen Lebensmittelgroßhandels, dem die größten Kolonialwaren- und Lebensmittelgeschäfte des Landes — etwa 30 — angehören. Ebenso ist Mannheim der Sitz des Verbandes der Südd. Raufutterhändler (60 bad. Mitgl.), des Landesverbandes Baden im Verband Vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands (60 Mitgl.) und des Südd. Kohlenwirtschaftsverbandes, zu dessen Mitgliedern 80 badische Kohlenhändler und Industrieverbraucher gehören. Auch als Haupt-Lager- und Umschlagplatz des südd. Handels mit Eisen und Metallen beherbergt Mannheim eine Reihe von einschlägigen Verbänden. Zu nennen sind die Südd. Eisenzentrale (225 bad. Mitgl.), die Südd. Trägerhändlervereinigung (225 bad. Mitgl.), der Südd. Eisengroßhandelsverband (14 bad. Mitgl.), die Südd. Stahlgroßhändlervereinigung und die Südd. Zinkblech-Händlervereinigung (100 bad. Mitgl.); auch zwei Schrotthandelsverbände (100 bzw. 35 Mitgl.) haben in Mannheim ihren Sitz. Da Mannheim auch Hauptplatz des südd. Chemikalien- und Drogenhandels ist, so haben hier ihren Sitz der Südd. Verein des Chemikalien-Großhandels und verwandter Geschäftszweige, sowie der Bezirksverein Baden (125 Mitgl.) des deutschen Drogistenverbands von 1873. Ortliche Organisation ist die Vereinigung selbständiger Mannheimer Detail-Drogisten (31 Mitgl.). Die Bezirks- (Landes-)gruppe Mannheim des Deutschen Möbelsachverbandes zählt 56 badische Mitglieder.

Im Verkehrsweisen kommen neben dem Arbeitgeberverband des Badisch-pfälzischen Transport- und Verkehrsweizens noch eine Anzahl Verbände in Betracht. Ein größerer Landes-

verein ist der Verein der amtlichen Güterbesitzer Badens in Karlsruhe (50 Mitgl.). Zu den an der Rhein- und Neckarschiffahrt interessierten Verbänden gehören der Neckarschiffer-Verein in Eberbach (70 bad. Mitgl.), der Partikulier-Schifferverband „Jus et Justitia“ (240 bad. Mitgl.), der in den letzten Jahren seinen Sitz von Mannheim nach dem Niederrhein verlegt hat, und der Verein zur Wahrung der Schifffahrtsinteressen, Sitz Duisburg, mit über 30 Mitgliedern in Baden. Des weiteren werden allgemeine wasserwirtschaftliche Interessen durch die Landesgruppe Baden, E. B., Sitz Mannheim, im Südwestdeutschen Kanalverein und durch den Badischen Wasserstraßen- und Energiewirtschaftsverband vertreten.

Starke Landesverbände sind auch in der Hotelindustrie und im Gastwirtschaftsgewerbe vorhanden. Der Landesverband der badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe hat seinen Sitz in Baden-Baden (350 Mitgl.), der Verein der Schwarzwälder Gasthofbesitzer (150 bad. Mitgl.) in Badenweiler. Dem Badischen Gastwirterverband in Karlsruhe gehören über 6000 Mitglieder an. Spezialvereine sind der Verein badischer Bahnhofswirte (50 Mitgl.) und der Landesverband der Kaffeehausbesitzer in Baden (60 Mitgl.), beide mit dem Sitz in Karlsruhe.

Anhangsweise sei noch erwähnt, daß die Zahl der badischen Mitglieder im Verein der Lichtspieltheaterbesitzer Badens und der Pfalz, Sitz Karlsruhe, sich auf über 70 beläuft.

3. Neugründungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Baden im Jahr 1923.

Die in den letzten Jahren beobachtete Zunahme von Neugründungen von Aktiengesellschaften hat auch im Jahr 1923 angehalten. Insgesamt wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember ds. Jz. 261 Aktiengesellschaften ins Handelsregister eingetragen, mehr als das Doppelte wie im Vorjahr (117), mehr als das Fünffache wie im Jahr 1921 (52). Von den 261 neugegründeten Gesellschaften haben 233 ihren Sitz in Baden, 28 außerhalb des Landes (darunter eine in Paris).

Bei der Mehrzahl der im Jahr 1923 gegründeten und ins Handelsregister eingetragenen Aktiengesellschaften handelt es sich lediglich um eine Änderung der Rechtsform; nicht weniger als 162 Gesellschaften hatten schon vorher als offene Handelsgesellschaft oder als Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Kommanditgesellschaft bestanden und haben sich im Lauf des Jahres 1923 aus mancherlei Gründen veranlaßt gesehen, die Rechtsform ihres Unternehmens zu ändern. Neuentstanden sind im Berichtsjahr nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts, die durch zahlreiche Rückfragen ergänzt wurden, 99 Unternehmungen, und zwar 33 Fabrikations- und 66 Handelsunternehmungen. Bei sämtlichen 99 Neugründungen handelt es sich um Unternehmungen kleineren und kleinsten Umfangs. Bei den 33 Fabrikationsunternehmungen beträgt die vom Statistischen Landesamt festgestellte Arbeiterzahl insgesamt 183. Nur bei einem Betrieb, einer Gesellschaft für Herstellung von Uhrenbestandteilen, hat die Arbeiterzahl im Zeitpunkt der Gründung 40, bei einer andern Firma, einer Blechwarenfabrik, 30 erreicht; bei den übrigen neugegründeten Unternehmungen bleibt die Arbeiterzahl größtenteils unter 10. Wie verhältnismäßig klein diese neuentstandenen Fabrikationsunternehmungen sind, zeigt sich auch darin, daß das Aktienkapital sämtlicher neuentstandenen Unternehmungen zusammengerechnet nicht einmal 5 Milliarden (4,9) erreicht. Wie im Vorjahr steht unter den Neugründungen die Maschinen- und Metall- einschließlich Elektrische Industrie mit an erster Stelle (17 Unternehmungen). Die Zahl der Neugründungen auf dem Gebiet der Lebensmittelindustrie (Konserven, Teig- und Zuckerwaren u. dgl.) beträgt 7.

Einen verhältnismäßig bescheidenen Umfang zeigen auch die im Jahr 1923 neuentstandenen Handelsunternehmungen, wenigstens im Zeitpunkt ihrer Gründung. Das gesamte Aktienkapital der neugegründeten Handelsunternehmungen beläuft sich, für sämtliche Gesellschaften zusammengerechnet, auf 11,1 Milliarden Mark; darunter befindet sich eine Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 3 Milliarden, eine mit 2 Milliarden und eine mit 1 Milliarde Mark.

Sichtlich der Art der Handelsunternehmungen fällt die große Zahl (10) von Versicherungs- sowie von Treuhand- und Revisionsgesellschaften auf. Banken und Zweigniederlassungen von Banken wurden im Jahr 1923 in Form von Aktiengesellschaften 4 gegründet.

Besonderes Interesse beansprucht noch die Feststellung, daß die vier großen Wirtschaftsverbände, der Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen in Karlsruhe, der Badische Bauernverein in Freiburg, die Landwirtschaftsstelle für das Handwerk sowie die

Landeszentrale des badischen Einzelhandels, beide in Karlsruhe, im Jahr 1923 zur Gründung von Aktiengesellschaften übergegangen sind. Der Genossenschaftsverband der badischen landwirtschaftlichen Vereinigungen sowie die Landeswirtschaftsstelle für das Handwerk haben sich im Berichtsjahr an der Gründung weiterer Aktiengesellschaften (Tochtergesellschaften) beteiligt.

Ein anderes Bild als die Statistik der Aktiengesellschaften zeigt die der Gesellschaften m. b. H. Im Gegensatz zu den Vorjahren hat die Zahl der Neugründungen abgenommen; sie beträgt im Berichtsjahr nur noch 325 (im Vorjahr 450). Von den 325 neugegründeten Gesellschaften m. b. H. sind 138 als tatsächliche Neugründungen anzusehen. Bei den übrigen handelt es sich um Umwandlungen bisher als Einzelfirmen oder offene Handelsgesellschaften bestandener Firmen. Etwa 41% der neugegründeten Gesellschaften m. b. H. entfallen auf die Industrie, der Rest auf den Handel. Bei 179 Neugründungen bleibt das Stammkapital unter 1 Million Mark; bei 88 Gesellschaften bewegt sich dasselbe zwischen 1—10 Millionen, bei 23 zwischen 10—50 Millionen, bei 35 zwischen 50 und mehr Millionen Mark; bei einer Gesellschaft beträgt das Stammkapital 3, bei einer andern 30 Billionen Mark.

4. Allmende und Gabholz in Baden.

Über den Umfang der Allmende in den einzelnen Gemeinden unseres Landes haben im vorigen Jahrhundert drei Erhebungen stattgefunden, und zwar:

im Jahr 1854 anlässlich einer Erhebung des Ministeriums des Innern über die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden,

" " 1874 anlässlich einer Erhebung der landwirtschaftlichen Haushaltungen,

" " 1895 anlässlich der vom Bundesrat angeordneten Berufs- und Betriebszählung. Die Ergebnisse der Erhebungen sind in Heft 9, 37 und 56 der „Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Baden“ veröffentlicht. Im Januar 1923 hat das Ministerium des Innern eine Umfrage über den Bürgergenuß in sämtlichen Gemeinden des Landes nach dem Stand vom 1. Januar 1923 angeordnet und das Statistische Landesamt mit dem Vollzug dieser Erhebung beauftragt. Nachfolgend sollen die wichtigsten Ergebnisse dieser Umfrage in gebrängter Kürze mitgeteilt werden.

Nach dem Stand vom 1. Januar 1923 befinden sich 187368 Personen im Bürgergenuß, darunter 35525 Bürgerwitwen. Bringt man von der Gesamtzahl der bei der letzten Volkszählung (im Jahr 1919) ermittelten Haushaltungen die Zahl der Haushaltungen in den elf größten Städten des Landes, in denen nur in beschränktem Umfang (infolge Eingemeindung) Bürgergenuß vorkommt, in Abzug, so ergibt sich, daß über die Hälfte (57%) aller Haushaltungen des Landes Anteil am Bürgergenuß in Form von Gabholz oder von aufgeteilter Allmende hat.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Allmende in Baden geht daraus hervor, daß aus rund vier Fünftel aller Gemeinden das Vorhandensein von aufgeteilter Allmende gemeldet worden ist. Im Genuß befinden sich nach dem Stand vom 1. Januar 1923 98041 Personen, darunter 19855 Bürgerwitwen. Die Gesamtfläche der aufgeteilten Allmende beträgt für das Land im ganzen 38709 ha, d. i. 7% der landwirtschaftlich genützten Fläche. Der größte Teil (22970 ha) der aufgeteilten Allmende besteht aus Ackerfeld, 14267 ha aus Wiesland, 473 ha aus Rebland, der Rest aus Streuland, Gebüsch, Reutfeld, Odland, Gehölz u. dgl. Innerhalb des Landes ist die Verteilung der Allmende verschieden. Im Amtsbezirk Karlsruhe umfaßt die aufgeteilte Allmende 3235 ha, im Bezirk Bruchsal 3020, Donaueschingen 2906, Offenburg 1899, Weinheim 1631, Rastatt 1754, Emmendingen 1633, Rehl 1372, Lahr 1253, Achern 1200, Billingen 1166, Bühl 1209, mit andern Worten: die Hauptverbreitung der aufgeteilten Allmende findet sich in der Rheinebene von Breisach bis Weinheim sowie auf der Saar. In anderen Landesteilen ist die aufgeteilte Allmende so gut wie unbekannt; im Bezirk Triberg befindet sich überhaupt keine aufgeteilte Allmende; in den Bezirken Fullendorf, Eppingen, Bretten, Buchen, Tauberbischofsheim, Bertheim, Müllheim bleibt die gesamte Allmendenfläche unter 100 ha. Zu den wichtigsten Allmendgemeinden, in denen die aufgeteilte Allmende 300 ha überschreitet, gehören Liedolsheim (691 ha), Altenheim (547), Oberhausen, Amtsbezirk Bruchsal (540), Rheinsheim (525), Weinheim (470), Graben (388), Suttenheim (383), Mörsch (370), Philippsburg (369), Bahlingen (329), Marlen (326), Hemsbach, Amtsbezirk Weinheim (335), Mosbach (321), Laudenbach (318). In 25 weiteren Gemeinden beträgt die Allmendenfläche 200—300 ha. Das Bild von der Bedeutung der Allmende für die einzelnen Gemeinden wird noch deutlicher, wenn man die Allmendenfläche ins Verhältnis zur landwirtschaftlich genützten Fläche der betreffenden Gemeinde

seht. Dabei ergibt sich, daß in Rheinsheim und Wolfach die aufgeteilte Allmende rund 66% der landwirtschaftlich genützten Fläche der Gemeinde ausmacht, in Oberhausen rund 61%, in Rheinhausen 57%, in Karlsdorf 56%, in Liedolsheim 45%, Laudenbach 42%, Neuburgweier 61%, Schatthausen 40,6%.

Die Bedeutung der aufgeteilten Allmende für den einzelnen Genußberechtigten erhellt daraus, daß in 35 Gemeinden der Anteil (das Los) des einzelnen Genußberechtigten 1 oder mehr ha beträgt. In Schönenbach (bei Bonndorf) macht der Umfang eines Loses 2,14 ha Ackerfeld aus, in Obermünstertal (bei Staufen) 2,95 ha, steigt in Reijelsingen (bei Bonndorf) auf 2,96 ha, in Ebnet (bei Bonndorf) sogar auf 8,64 ha Acker- und Wiesfeld in der ersten Genußklasse. In 50 Gemeinden schwankt der Anteil des einzelnen Genußberechtigten zwischen 75 a bis 1 ha, in 106 Gemeinden zwischen 50—75 a, in 182 Gemeinden zwischen 25 bis 50 a. Soweit zuverlässige Angaben vorliegen, sind in rund der Hälfte aller Gemeinden (524) die einzelnen Lose den Bürgern auf Lebenszeit zugeteilt; in den übrigen Fällen auf 6 oder 9 Jahre.

Nach den Mitteilungen der Bürgermeisterämter rückt im allgemeinen die Mehrzahl der Bürger erst in späteren Altersjahren in den Genuß der Allmende ein. Aus 132 Gemeinden wird gemeldet, daß die Bürger beim Einrücken in die geringste Genußklasse bereits das 40. Lebensjahr, aus 89 Gemeinden das 35. Lebensjahr überschritten haben; in 142 Gemeinden bewegt sich das Alter der Gemeindebürger beim Einrücken in die geringste Genußklasse zwischen 30—35 Jahren.

Ergänzend sei noch beigelegt, daß die unaufgeteilte Allmende im Land im ganzen, soweit das Erhebungsmaterial Anspruch auf Genauigkeit erheben kann, 12337 ha umfaßt. Sie verteilt sich auf 272 Gemeinden und kommt in sämtlichen Amtsbezirken, mit Ausnahme von Säckingen, Ettenheim, Mannheim, Schwellingen und Waldkirch vor. Mehr als die Hälfte der unaufgeteilten Allmendfläche entfällt auf den Bezirk Schönau (3658 ha), wo sich in 34 Haupt- und Nebenorten unaufgeteilte Allmende befindet. Der größte Besitz unaufgeteilter Allmende ist aus den Gemeinden Schönenberg (396 ha), aus Uhenfeld (372 ha), Gersbach (307 ha), Pittersdorf (285 ha) und Ichenheim (203 ha) gemeldet. Nach der Kulturart überragt das Weidland mit 7848 ha; auf Ackerland entfallen nur 2401 ha, auf Rebland 29 ha. Über die Art der Nutzung des unaufgeteilten Allmendgutes sind nur von 354 Gemeinden brauchbare Angaben gemacht worden; darnach wird in 173 Gemeinden das Allmendgut verpachtet, in 58 Gemeinden dient es als gemeinsamer Weideauftrieb, in 75 Gemeinden wird die unaufgeteilte Allmende durch die Gemeinde selbst bewirtschaftet, in 48 Gemeinden wird der Ertrag versteigert.

Die Einrichtung des Bürgergabholzes wird aus 1029, d. i. rund drei Viertel aller Gemeinden unseres Landes, gemeldet; Gabholz wird von 157622 Personen, d. i. rund 48% der vorwiegend ländlichen Haushaltungen (nach Abzug der in den 11 größten Städten des Landes ermittelten Haushaltungen) bezogen. Unbekannt ist die Verabreichung von Bürgergabholz im Amtsbezirk St. Blasien; in den Bezirken Triberg, Wolfach und Schwellingen kennen nur zwei Gemeinden diese Einrichtung; umgekehrt gibt es Amtsbezirke (z. B. Ettenheim, Oberkirch, Achern, Baden, Ettlingen, Karlsruhe, Sinsheim, Rosbach, Tauberbischofsheim, Wertheim u. a.), in denen nahezu sämtliche Bezirksgemeinden Gabholz verabreichen. In zwei Drittel aller Gemeinden gelangen die Genußberechtigten schon im Alter von unter 35 Jahren in den Genuß; in 146 Gemeinden müssen sie bis zur Erreichung des 35—40. Lebensjahres, in 142 Gemeinden bis zur Erreichung des 40. Lebensjahres und länger warten.

Art und Umfang der Holzabgabe ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

In 879 Gdn. wird	Brennholz	an 151083 Genußb. i. d. Gesamtmenge von	817912 Ster,
606 " werden	Normalwellen	" 98817 " " " "	5675962 Stück,
67 " " "	Reiswellen	" 11331 " " " "	646067 "
35 " " "	Prügelwellen	" 4670 " " " "	238930 "
24 " " "	Nußholz	" 3591 " " " "	5488 Festm.
11 " " "	Steden	" 2329 " " " "	108296 Stück,
4 " " "	Stangen	" 911 " " " "	1783 "

verabfolgt. In einzelnen Gemeinden findet ganz oder teilweise eine Abfindung gegen Geld statt.

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, steht hinsichtlich der Art des Gabholzes das Brennholz an erster Stelle. Im Durchschnitt des Landes entfallen auf einen Genußberechtigten 6 Ster; in 56 Gemeinden steigt der Umfang auf 20 Ster und mehr, und zwar in 10 Gemeinden auf 50—100 Ster, in 2 Gemeinden auf über 100 Ster.

5. Der badische Obstbau im Jahr 1923.

Wie auf anderen Gebieten der Landwirtschaft hatte der Krieg auch auf dem des Obstbaues Störungen erheblicher Art im Gefolge gehabt; aber gerade unter den Einwirkungen des Krieges auf die Ernährung der Bevölkerung hatte sich das allgemeine Interesse stärker als je dem Obstbau zugewandt. Nicht nur in den Gärten der Städte, sondern auch auf dem Lande wurden neue Bäume angepflanzt, und eine Wanderung in den Obstgegenden des Landes konnte leicht davon überzeugen, daß die öffentliche Fürsorge auf dem Gebiet des Obstbaues segensreich wirkte. Es durfte daher wohl erwartet werden, daß auch in der Statistik eine Zunahme der Obstbäume in die Erscheinung treten würde, waren doch seit der letzten Zählung zehn Jahre vergangen. In Wirklichkeit ergab sich aber bei der Zählung des Jahres 1923, die in Verbindung mit der alljährlich stattfindenden Erhebung der Anbauflächen vorgenommen worden war, ein merkwürdiges Bild. In der Tat meldeten 21 Bezirke eine Zunahme, und zwar waren darunter mit die wichtigsten Obstbaugebiete des Landes. So konnte Heidelberg eine Zunahme von 42%, Lahr 34, Freiburg 28, Weinheim 27, Offenburg 26, Schoppsheim 21, Oberkirch 14, Lörrach 11% melden. Die Zunahme im Bezirk Nehl um 62% dagegen mußte angezweifelt werden; hier lag eine völlig unrichtige Berichterstattung einer Gemeinde vor, die diese ungewöhnliche „Zunahme“ erklärte. Im Gegensatz zu diesen Bezirken behaupteten 32 Amtsbezirke, daß bei ihnen die Zahl der Obstbäume gegenüber dem Jahr 1913 mehr oder minder abgenommen hätte. So meldeten z. B. Vörsberg einen Rückgang von 40%, Buchen von 37, Schweizingen von 34, Bretten von 26, Durlach von 25, Ettenheim von 24, Raftatt von 19 und auch die Bezirke Eberbach, Stodach, Bonndorf, Tauberbischofsheim, Waldshut, Adelsheim, Müllheim, Wertheim, Eppingen, Bühl, Säckingen und Erberg einen Rückgang zwischen 20–10%. Wenn die Bezirke des hohen Schwarzwaldes: Neustadt, St. Blasien, Schönau oder die der Baar (Willingen, Donaueschingen) einen großen Rückgang meldeten, so machte das am Gesamtergebnis des Landes nicht viel aus, um so mehr mußten aber die anderen Bezirke das Gesamtbild entstellen. So ergab denn auch die Zusammenstellung der Bezirksergebnisse für das Land im ganzen gegenüber dem Jahr 1913 eine Abnahme von 0,6%, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß damals eine Reihe von Obstarten, Mirabellen, Pfirsiche, Aprikosen, Mandeln und „Sonstige“ nicht gezählt worden waren, sogar eine Abnahme von 2,8%.

Wenn auf irgend einem Gebiete der Landwirtschaft, das statistisch zu erfassen ist, Irrtümer vorkommen oder falsche Angaben aus Mangel an Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage gemacht werden, so geschieht es auf dem Gebiet der Obstbaustatistik. Die Statistik kann auch nicht erwarten, daß es sich in den Gemeinden, die Zehntausende von Obstbäumen aufweisen, um Einzelzählungen handelt. Aber die Fehler der Schätzungen gleichen sich früher im großen und ganzen aus, und das Gesamtergebnis dürfte als ein annähernd richtiges angesehen werden. Diesmal aber lagen Ursachen besonderer Art vor, und zwar ist es in erster Linie die Steuerfurcht gewesen, die, wie ein Bezirk meldete, „den Blick der Schätzer für die richtige Zahl der Bäume etwas trübte“. Nun die „Baumsteuer“ kam nicht in der befürchteten Weise, aber auf dem Papier verschwanden sehr viele Obstbäume. Wohl sind nun da und dort während des Krieges viele Bäume abgängig geworden, der Sturm hatte in verschiedenen Landesgegenden Schaden angerichtet, im Krieg ist mancher Nußbaum gefällt worden, für den noch kein Ersatz geschaffen war, aber um einen Verlust von einigen Hunderttausend Bäumen konnte es sich keinesfalls handeln. Ein Sachverständiger wies denn auch mit Recht darauf hin, daß bei dieser Erhebung z. B. im Bezirk Ettenheim die Zahl der jungen Bäume im Verhältnis zu früheren Feststellungen unverhältnismäßig groß sei, ein deutlicher Beweis für die Zunahme des Obstbaues. Die Rückfragen ergaben daher auch überall daselbe: Ein Rückgang hatte nirgends stattgefunden, in rauheren Gegenden war meistens der Stand des Jahres 1913 gehalten worden, in günstigeren Lagen war in der Regel eine Zunahme zu verzeichnen. In einzelnen Fällen hat sicherlich eine Abnahme stattgefunden, sie erklärt sich aber auch manchmal dadurch, daß im Jahr 1913 viel zu hohe Zahlen eingesetzt worden waren. Das war z. B. in einigen Odenwaldgemeinden geschehen. In der Regel aber dürften die Zahlen des Jahres 1913 der Wirklichkeit nahekommen, und nicht die zu hohe Angabe der letzten Zählung, sondern lediglich die Steuerfurcht kommt als Erklärung für den „Rückgang“ in Betracht. Einige Gemeinden des Bühlener Bezirks z. B. hatten nur Bruchteile der früheren Bestände angegeben. Unter diesen Umständen mag es beinahe gewagt erscheinen, Zahlenergebnisse zu veröffentlichen. Setzt man aber in den angezweifeltsten Fällen die Friedenszahlen ein, so dürfte man der Wirklichkeit ziemlich nahekommen; eher dürfte es im Lande noch mehr Obstbäume geben, als diese Zahlen angeben, die in der Mehrzahl der Fälle Mindestzahlen bedeuten.

Wir kommen auf diese Weise auf die gewaltige Zahl von mindestens 12 Millionen Obstbäumen, das bedeutet gegenüber dem Jahr 1913 eine Zunahme, die nahe an eine Million Bäume hinreicht. Unter den süddeutschen und rheinischen Ländern, die als die wichtigsten Obstgebiete Deutschlands anzusprechen sind, ist Baden das obstreichste Land mit einer Obstdichte von über 1400 Bäumen auf 1/2 ha landwirtschaftliche Fläche. Nur einige kleine Staaten, wie Hamburg, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar oder Schaumburg-Lippe konnten 1913 — aus diesem Jahr liegen die letzten vergleichbaren Zahlen vor — ähnliche Ziffern melden, aber diese Ziffern bedeuten wegen des geringen Umfanges der in Betracht kommenden Flächen nicht viel. Auch das Nachbarland Württemberg, das wegen seines Obstreichtums bekannt ist, bleibt mit 9,6 Millionen Bäumen für das Jahr 1922 hinter Baden zurück: eine Dichte von 1400 wird in Württemberg nur im Neckarreis erreicht. Das gilt selbst dann, wenn auch für Württemberg angenommen werden müßte, daß die Zahlen zu nieder sind. Immerhin ist dort die Sicherheit der Zahlen sehr viel größer wie bei uns, da Württemberg in Erkenntnis der Bedeutung der Frage nicht allein den Bestand der wichtigsten Obstarten, sondern auch den Obstertrag alljährlich ermittelt. Im Berichtsjahr 1922 beeinträchtigte außerdem die Steuerfurcht die Zählung weit weniger als im Jahr 1923.

Von dem Obstreichtum mancher badischen Gegenden kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß im Seegebiet in den Bezirken Konstanz, Überlingen, Stodach und Engen auf 81000 ha landwirtschaftliche Fläche 1,2 Millionen Obstbäume stehen. Die warme Südwestecke des Landes am Rheinknie von Basel (Bezirke Müllheim, Lörrach und Schopfheim) hat einen Baumbestand von über 800000 Stück auf 37000 ha. In Mittelbaden entfallen auf die Bezirke Rastatt, Baden, Bühl, Achern, Oberkirch, Offenburg und Lahr mit 91000 ha mehr als 2 Millionen Bäume. Die Kraichgaubezirke Bruchsal, Bretten und Durlach mit 48000 ha verfügen über 850000, das Main- und Taubergebiet (Bezirke Wertheim und Tauberbischofsheim) mit 41000 ha über eine halbe Million Bäume. Übertroffen aber werden diese Zahlen durch die Bergstraße, wo auf den Gemarkungen der elf Gemeinden von Laudenbach bis Heidelberg nicht viel weniger als $\frac{3}{4}$ Millionen Bäume stehen. Die 21 Kaiserstuhlgemeinden weisen demgegenüber allerdings nur einen Bestand von 150000 Stück auf; diese Zahl erhält aber ihre volle Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die größte für den Obstbau geeignete Fläche am Kaiserstuhl vom Weinbau eingenommen wird. Dazu sind an der Bergstraße wie am Kaiserstuhl auf manchen Gemarkungen erhebliche Flächen von feuchten Wiesen bedeckt, die für den Obstbau ganz ausscheiden.

Auf das Oberland und Unterland entfallen ungefähr gleichviel Bäume. Unter den Amtsbezirken steht Heidelberg mit 758000 Stück bei weitem an der Spitze; es folgt der Bezirk Pforzheim mit 531000, eine Tatsache, die besonders hoch anzuschlagen ist, da die natürlichen Voraussetzungen des Obstbaus sich hier mit denen an der Bergstraße nicht entfernt messen können. Besonders groß ist der Bestand auch in Offenburg mit 501000 und in Überlingen mit 460000 Stück. Zwischen 400—300000 bleibt der Bestand, der Größe nach geordnet, in Einsheim, Mosbach, Emmendingen, Bühl, Rastatt, Lahr, Achern, Tauberbischofsheim, Bruchsal und Buchen; einen solchen von 300000 bis 200000 weisen auf die Bezirke Durlach, Freiburg, Lörrach, Bretten, Oberkirch, Waldshut, Konstanz, Bogberg, Wertheim, Weinheim, Engen, Müllheim, Schopfheim, Stodach, Baden, Eppingen und Muhl. 200000—100000 Stück wurden gemeldet in den Bezirken Wolfach, Staufen, Karlsruhe, Mannheim, Breisach, Ettlingen, Adelsheim, Waldkirch, Ettenheim, Eberbach, Wiesloch, Schwetzingen und Bonndorf; darunter bleiben nur neun Bezirke, ein deutlicher Beweis dafür, daß weitaus der größte Teil des Landes für den Obstbau geeignet ist. Der Rauheit des Klimas ist es zuzuschreiben, wenn auf dem Heuberg, auf der Baar, vor allem auf den Hochflächen des südlichen Schwarzwaldes Obstbau nur in geringem Maße möglich ist und gepflegt wird. Daneben wird für das Granit- und Gneißgebiet des Schwarzwaldes auf die Kalkarmut der Böden hingewiesen, die dem Obstbau abträglich ist; anderwärts mögen gelegentlich auch für den Obstbau ungünstige Besitzverhältnisse hereinspielen. Im Bezirk Donaueschingen wurden 91000 Stück, in Billingen 54000, in Pfullendorf 81000, in Melskirch 64000 gezählt. Der Schwarzwaldbezirk Säckingen wies noch 82000 Stück auf — Säckingen hat mit einigen Gemeinden noch Anteil am warmen Oberrheintal; in Schönau dagegen gibt es nur 34000, in Neustadt 21000 und in St. Blasien kaum 10000 Obstbäume. Würden die wilden Kirschen nicht so hoch im Gebirge hinaufsteigen, so würde wohl noch nicht einmal diese Zahl erreicht werden.

Geben die genannten absoluten Zahlen die Erntemöglichkeiten an, so wird das Urteil über den Obstreichtum einer Gegend ergänzt durch Angaben über die Baumdichte. Dabei ergibt sich eine große Übereinstimmung mit den vorerwähnten Zahlen, aber auch einige bemerkenswerte Abweichungen. Mit 4900 Bäumen auf 1/2 ha landwirtschaftliche Fläche steht auch hier wieder der Bezirk

Heidelberg an der Spitze. Es folgen Baden mit 3800, Pforzheim und Oberkirch mit 3400 und Achern mit 3000. Zwischen 2000 und 3000 Bäume auf dem Hektar kommen in den Bezirken Weinheim, Bühl, Durlach, Eberbach, Lörrach, Lahr und Offenburg. 29 Bezirke weisen zwischen 1000 bis 2000 auf und drei Bezirke (Waldbhut, Engen und Säckingen) kommen mit über 900 Bäumen jenen nahe. Unter 600 Bäumen bleiben neun Bezirke: Pfullendorf 549, Bonndorf 540, Donau- eschingen 371, Mespelbrunn 346, Schönau 299, Triberg 292, Billingen 276, Neustadt 151, St. Blasien 99.

Unter den badischen Gemeinden steht Heidelberg, vor allem auch durch die Eingemeindung wichtiger obstbautreibender Gemeinden, mit 387000 Bäumen weitaus an der Spitze. Es folgen Pforzheim mit 189000, Offenburg mit 97000, Weinheim mit 95000, Oberjasbach mit 89000. In einigem Abstand kommen dann die Gemeinden Freiburg mit 64000, Baden und Durlach mit 60000, Sinsheim mit 56000, Neuweier 54000, Doss 50000; zwischen 40—50000 Bäumen weisen 13 Gemeinden auf: Mannheim, Ladenburg, Schriesheim, Dossenheim, Mosbach, Karlsruhe, Ettlingen, Bühler- tal, Au bei Freiburg, Lörrach, Überlingen und Markdorf; zwischen 30000—40000 Stück zehn Gemeinden: Hohensachsen, Redargemünd, Weingarten, Eisental, Rappelsweier, Ottersweier, Ulm (A. Oberkirch), Peterstal, Friesenheim, Minseln und Welschingen. Nicht weniger als 60 Gemeinden verfügen über den immerhin noch recht stattlichen Bestand von 20—30000 Bäumen; davon liegen allein 21 im Kraichgau und 13 in der Ortenau, während sich die andern auf die See- gegend, auf Markgräflerland, Breisgau und Kaiserstuhl, Neckartal, Main- und Taubergrund verteilen.

Auf der andern Seite muß die Frage, ob es badische Gemeinden ohne Obstbäume gibt, wohl verneint werden. Zwar haben diesmal einige hochgelegene Gemeinden, wie Kniebis im nördlichen Schwarzwald, oder St. Wilhelm, Bärental, Blaswald, Hinterzarten im Feldberg- gebiet Fehlanzeige erstattet. Da aber diese Meldungen mit den Angaben des Jahres 1913 nicht übereinstimmen, so dürfte angenommen werden, daß es in der Tat keine badische Gemarkung ohne Obstbäume gibt. Allerdings hat praktisch genommen der Obstbau in diesen gegen 1000 m hoch gelegenen Gemeinden keine Bedeutung mehr; insofern ist die Fehlanzeige nicht ganz unzutreffend.

Die 12 Millionen Bäume, die ermittelt worden sind, verteilen sich auf die einzelnen Obst- arten in folgender Weise: Es gibt nahezu $4\frac{1}{2}$ Millionen Apfelmäuer, über $2\frac{1}{2}$ Millionen Birn- bäume, ungefähr $2\frac{1}{2}$ Millionen Zwetschgenbäume, über $1\frac{1}{4}$ Millionen Kirschbäume, über $\frac{1}{2}$ Million Pflaumenbäume, $\frac{1}{3}$ Million Nußbäume. Hinzu kommen noch 125000 Pfirsichbäume, 60000 Mirabellen-, 20000 Aprikosen-, 2000 Mandel- und 50000 sonstige Obstbäume. Unter letzteren spielen wohl die Quitten eine besondere Rolle. Aus dieser Übersicht geht hervor, daß Baden nicht nur über eine große Menge von Obstbäumen, sondern auch über einen Reichtum von Arten ver- fügt, wie ihn wohl unter den deutschen Ländern nur noch das Elsaß und die Pfalz, Teile Hessens, Nassaus und der preussischen Rheinprovinz aufweisen können. Dabei ist gar nicht in den Zahlen enthalten die Edelkastanie, die bei Heidelberg und in den Rebbezirken des Oberlandes ganze Wälder bildet. Für die Günstigkeit des Klimas mag auch die Tatsache sprechen, daß bei einer früheren Zählung in Baden 1200 Maulbeerbäume ermittelt wurden. Zum Vergleich seien auch die Ergebnisse der Zählung 1922 im benachbarten obstreichen Württemberg herangezogen: $5\frac{1}{2}$ Millionen Apfel- bäume, $2\frac{1}{4}$ Millionen Birnbäume, über $1\frac{1}{2}$ Millionen Zwetschgen- und Pflaumenbäume, $\frac{1}{3}$ Mil- lionen Kirschbäume, 50000 Nuß-, 45000 Pfirsich- und 11000 Aprikosenbäume. Württemberg bleibt somit fast überall, wo es sich um empfindlichere Arten handelt, hinter Baden zurück; es übertrifft dieses aber allerdings ganz erheblich in der Zahl der Apfelmäuer.

Zahlenmäßig stehen aber auch in Baden die Apfelmäuer an erster Stelle. Der Anbau ist am stärksten am Gebirgsrand und vor allem auch im Hügelland des Kraichgaus, an Neckar, Tauber und Main. Gegenden mit kalkhaltigen Böden scheinen besonders bevorzugt. Im Süd- osten des Landes ist die Seegegend von besonderer Bedeutung. Die Sicherheit der Ernten unter dem Einfluß des Sees und die vorzügliche Qualität des Obstes geben diesem Gebiet eine besondere Stellung. Es wurden dort in 1 Gemeinde (Markdorf) 30000 Apfelmäuer ermittelt, in 8 Gemeinden 10—20000 Stück, in 18 Gemeinden 5—10000, in rund 70 Gemeinden 2—5000 und in weiteren 40 Gemeinden 1000—2000 Stück. In der Rheinebene dagegen ist die Zahl der Apfelmäuer ver- hältnismäßig gering. Es mag das zum Teil zusammenhängen mit dem allzu hohen Grundwasser- stand der Rheiniederung und dem allzu tiefen Grundwasserstand der sandigen Hardt. Einzelne Gemeinden aber machen rühmliche Ausnahmen, z. B. Liedolsheim, Knielingen, Freistett, Wehl, Ottenheim, Allmannsweier, Kürzell und Weisweil. Sehr viel geringer als im Baulande ist die Zahl der Apfelmäuer im Odenwald, und ganz gering bleibt die Zahl auf den Hochflächen des südlichen und nördlichen Schwarzwaldes, auf der Saar und dem Heuberg. In bezug auf die Baumdichte steht bei den Apfelmäuern Heidelberg mit über 1300 Stück auf 1 ha landwirtschaft-

liche Fläche an der Spitze. Über 1000 erreichen die Bezirke Baden, Pforzheim, Oberkirch und Eberbach. Überlingen kommt nahe an 1000 heran. Für den verhältnismäßig geringen Bestand an Apfelbäumen in der Ebene im Unterland sind Karlsruhe und Schwetzingen mit knapp 300 Bäumen charakteristisch. Die Schwarzwaldbezirke Schönau und Neustadt bleiben unter 100 (92 und 72), St. Blasien weist nur 32 auf. Aus der großen Zahl von Gemeinden, die eine nennenswerte Menge von Apfelbäumen aufweisen, ragen besonders hervor Heidelberg mit 128000 und Pforzheim mit 77000 Stück. Weinheim, Neckargemünd, Mosbach, Baden, Offenburg, Reichenbach (N. Offenburg), Freiburg und Markdorf mit 20—30000 folgen dann in erheblichem Abstand. 10—20000 Apfelbäume gibt es in nachstehenden Gemeinden: Werthim, Hardheim, Giffenheim, Tauberbischofsheim, Glalachsheim, Gerchsheim, Obrigheim, Mannheim, Ladenburg, Schriesheim, Eppingen, Durlach, Ettlingen, Röttlingen, Ersbach, Dös, Sinzheim, Neutweier, Obersasbach, Ulm (N. Oberkirch), Darbach, Steinach, Urloffen, Griesheim, Kehl, Friesenheim, Lahr, Emmendingen, Denzlingen, Malterdingen, Au bei Freiburg, Segau, Müllheim, Minseln, Wehr, Griesen, Engen, Welschingen, Stockach, Ludwigshafen, Überlingen, Fridingen, Ittendorf und Niedheim. In 150 Gemeinden, die sich auf das Frankenland, den Kraichgau, Mittelbaden und die Seegegend in der Hauptsache verteilen, wurden 5—10000 Apfelbäume ermittelt. An 400 Gemeinden in ähnlicher Verteilung über das Land, wobei noch Klettgau und Dinkelberg zu erwähnen sind, wiesen 2—5000 Stück, weitere 250 Gemeinden 1—2000 Stück auf. Alle anderen blieben darunter; Gemeinden ohne Apfelbäume gibt es nur wenige. Aber auch die Zahl der Gemeinden ohne Birn-, Zwetschgen- und Kirschbäume ist gering.

Die Birne weist in ihrer Verbreitung ein ähnliches Bild auf wie der Apfel. Allerdings in der Ebene ist der Birnbaum stellenweise häufiger anzutreffen, so namentlich im Hanauerland und in der Gegend zwischen Heidelberg und Mannheim. Charakteristisch aber ist, daß die Birnen vielfach in höheren Lagen zahlreicher zu finden sind, wie die Äpfel; es handelt sich dann natürlich nur noch um Mostbirnen. Insgesamt aber ergeben sich überall geringere Zahlen, in den meisten Fällen macht in den wichtigsten Obstbaugenden die Zahl der Birnbäume nur etwas mehr als die Hälfte der jeweils ermittelten Äpfel aus. In der Seegegend z. B. wurden 3 Gemeinden (Überlingen, Konstanz, Markdorf) ermittelt, die 10—20000 Birnbäume aufweisen, 12 mit 5—10000 und je einige 40 Gemeinden mit 2—5000 und 1000—2000 Stück. An erster Stelle stehen im ganzen Land wieder die Gemeinden Heidelberg mit 111000 und Pforzheim mit 65000 Stück, Weinheim, Mosbach, Durlach, Offenburg, Lahr und Freiburg folgen mit 20—50000; Ladenburg, Karlsruhe, Ettlingen, Ittersbach, Baden, Dös, Sinzheim, Neutweier, Reichenbach Lörsch und die bereits genannten Gemeinden der Seegegend mit 10000—20000 Stück. 60 Gemeinden, die sich auf das Frankenland, den Kraichgau, Mittelbaden und die Seegegend verteilen, weisen 5—10000 Stück auf; in ähnlicher Verteilung, wobei noch vor allem der Breisgau und der Klettgau zu erwähnen sind, weitere 250 Gemeinden mit 2—5000 Stück.

Nächst Äpfel- und Birnbäumen weisen die Zwetschgenbäume die größte Verbreitung im Lande auf. Dabei ist aber das Unterland sehr viel stärker als das Oberland vertreten. In letzterem spielt das Anbauggebiet der Bühler Frühzwetschge die führende Rolle. Im Unterland sind es Bergstraße und Kraichgau, die den größten Reichtum an Zwetschgenbäumen aufweisen. Demgegenüber tritt die Ebene zurück, allerdings gibt es hier sogar einige Niedergemeinden, die 5—10000 Zwetschgenbäume aufweisen. Schwarzwald und Odenwald, ebenso Heuberg und Westbaar scheiden aus. In der Ostbaar spielt der Anbau von Zwetschgen wenigstens eine beachtliche Rolle. Aber niemals kann sich auf diesem Gebiet des Obstbaues das südöstliche Hügelland, Klettgau, Segau und Seegegend eingeschlossen, auch nur entfernt mit dem Hügelland zwischen Neckar und Main vergleichen. Die Gemeinden mit der größten Zahl von Zwetschgenbäumen finden sich vor allem in der Bühler Gegend, wo Eßental, Bühlerthal, Kappelwinden und Ottersweier zwischen 20- und 30000, Obersasbach sogar 50000 Bäume aufweisen, aber auch Heidelberg und Pforzheim gehören in jene Reihe. 10—20000 Stück werden gemeldet für Freudenberg, Kilsheim, Gerchsheim, Hardheim, Obrigheim, Weinheim, Ladenburg, Schriesheim, Linsenheim, Karlsruhe, Düren und Kieselbrunn, Baden, Sinzheim, Steinbach, Neutweier, Oberrotweil, Wehr und Welschingen. In 60 Gemeinden, vor allem des Unterlandes und Mittelbadens, wurden 5—10000 Stück gemeldet; mindestens 250 Gemeinden weisen 2—5000 und eine ähnliche Zahl von Gemeinden 1000—2000 Stück auf.

Das Verbreitungsgebiet der Pflaume deckt sich vielfach mit dem der Zwetschge, ist aber sehr viel kleiner und noch weniger zusammenhängend. Offenbar spielt hier der Zufall eine große Rolle, von ungenauen Angaben abgesehen. Führend sind oft die Städte wie Mannheim, Heidel-

berg, Pforzheim. Vereinzelt findet sich der Anbau der Pflaume im Hegau, z. B. in Nach, Nenzlingen und Stahringen, im Norden des Landes in Tauberbischofsheim, Königheim, Mosbach und Sulzfeld. Das Hauptgebiet aber bleibt der Gebirgsrand, einige Täler des mittleren Schwarzwalds und die Rheinebene. Dort sind als Gemeinden mit mehr als 5000 Bäumen zu nennen: Doffenheim, Pforzheim, Offenburg, Reichenbach, Oberjasbach, St. Georgen und Au bei Freiburg; mit 2—5000 Bäumen Mannheim, Heidelberg, Weinheim, Schriesheim, Durlach, Karlsruhe, Doss, Kappelwinded, Ottenhöfen, Seebach, Peterstal, Steinach, Welschensteinach, Mühlenbach, Prinzbach, Dinglingen, Schuttertal, Sulz, Kappel a. Rh., Ruff, Grafenhausen, Ettenheim, Denzlingen, Sexau, Ottojshwanden, Freiamt, Prechtal, Biederbach, Föhrental, Freiburg, Hügelheim und Binzen. In weiteren 75 Gemeinden wurden 1000—2000 Stück ermittelt.

Ähnlich zerstreut, aber sehr viel geringer an Ausdehnung ist der Anbau der Mirabelle. Er ist fast ausschließlich auf Ebene und Gebirgsrand beschränkt. Auch im Kraichgau werden da und dort Mirabellen in nennenswertem Umfang gebaut, ganz vereinzelt auch im Hegau. In erster Linie sind zu nennen mit 2—5000 Stück die Gemeinden Offenburg und Lahr. 1000—2000 Stück wurden gezählt in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden, Doss, Oschelbrunn, Oberjasbach, Reichenbach, Eichstetten, Freiburg, Nach und Güttingen. Erwähnenswert sind weiterhin mit 100—500 Stück die Gemeinden Ettlingen, Pforzheim, Kappelrodeck, Feffenbach, Ortenberg, Weisweil, Bödingen, Ballrechten, Auggen, Wehr, Wahlwies und Möggingen. Aus diesen Angaben dürfte auch hervorgehen, daß es vor allen Dingen die Inhaber der städtischen Gartenbetriebe sind, die den Anbau der Mirabelle pflegen.

Von sehr viel größerer Bedeutung, namentlich auch für den Verkauf, ist der Anbau der Kirsche. Die Frühtirschen können naturgemäß nur in den wärmsten Teilen des Landes angebaut werden, am Kaiserstuhl, an der Bergstraße. Die Spätkirschen dagegen haben eine außerordentlich große Verbreitung, und die wilden Kirschen gar gehen weit im Schwarzwald hinauf. Sie wie große Mengen der im mittleren Schwarzwald gebauten Spätkirschen liefern den Ausgangspunkt für die Herstellung des Kirchwassers. In diesem Zusammenhang mag erwähnt werden, daß es in Baden im Jahr 1922 nicht weniger als 27500 Obstbrennereien gab, das sind $\frac{5}{6}$ der Obstbrennereien des ganzen Reichsgebietes. Selten ist der Kirschbaum auf der Baar und dem Heuberg. Auch im Hegau und am See kommt die Kirsche nur auf vereinzelt gemarkungen häufiger vor, und nur klimatisch bevorzugte Plätze am Überlinger See, wie Sippingen oder Überlingen, weisen einen nennenswerten Anbau auf. Im Norden des Landes treten Odenwald, Main- und Taubergegend zurück, im südlichen Bauland aber ist die Kirsche wieder häufiger. In der Ebene ist der Kirschbaum nicht selten, aber er ist dort kein Charakterbaum wie im Hügelgelände. Die große Masse der Kirschbäume des Landes steht an der Bergstraße und im Bruchrain, in der Ortenau und im Kinzigtal, auf den Hügeln bei Lahr, am Kaiserstuhl, im Markgräflerland und Dinkelberg. Verhältnismäßig die größte Zahl von Kirschbäumen dürfte sich im Bezirk Oberkirch finden mit nahezu 1000 Stück auf $\frac{1}{2}$ Hektar landwirtschaftliche Fläche. Im Bezirk Achern werden 700, in Lörrach 450, in Schopfheim und Heidelberg rund 400, in Müllheim 400, in Wolfach 370 erreicht. Den Schluß machen aber nicht, wie bei anderen Obstarten, die Schwarzwaldbezirke St. Blasien und Neustadt, die immerhin noch eine ähnliche Dichte wie die Bezirke Boxberg, Buchen und Tauberbischofsheim aufweisen, sondern Pfullendorf mit 12 und Neßkirch mit 6 Kirschbäumen auf $\frac{1}{4}$ Hektar landwirtschaftliche Fläche. Es wurden angegeben im Jahr 1923 bez. 1913 für den Bezirk Heidelberg 137000, Oberkirch 95000, Offenburg 93000, Lörrach 76000, Achern 74000, Schopfheim 61000, Müllheim 50000, Wolfach 46000, Emmendingen 38000, Durlach und Waldshut 37000, Pforzheim und Breisach 34000, Bruchsal 33000, Bühl 31000, Lahr und Rastatt 30000, Überlingen und Bretten 28000, Weinheim und Freiburg 27000 Kirschbäume. Unter den Gemeinden steht wieder Heidelberg mit 93000 an der Spitze; es folgen erst mit 10—20000 Sasbachwalden, Ulm, Peterstal, Offenburg, Reichenbach und Wehr. 5—10000 Stück haben die Gemeinden Weinheim, Hohensachsen, Schriesheim, Bruchsal, Unteröwisheim, Durlach, Doss, Bühlertal, Lauf, Oberachern, Walldulm, Seebach, Ottenhöfen, Müsbach, Oberkirch, Lammbach, Oppenau, Griesbach, Ebersweier, Oberharmersbach, Gutach (N. Wolfach), Hofweier, Lahr, Ihringen, Au bei Freiburg, Auggen, Wies, Binzen, Weil, Lörrach, Minseln, Sädingen und Wiechs. Auch Sippingen am Überlinger See mit 8000 Stück mag erwähnt werden. Außer dieser Reihe gibt es aber noch manche Gemeinde, die trotz geringeren Baumbestandes besondere Bedeutung hat, z. B. Hohentwetersbach oder Gaiberg; dieses letztere Dorf, auf der Südbabdachung des Königstuhls in 300 m Meereshöhe gelegen, ist bekannt geworden durch eine Spätkirsche, die einen Absatz weit über Baden hinaus hat.

Der Pfirsich deckt sich in seiner Verbreitung fast völlig mit dem des Rebbaues. Oft genug finden sich auch die „Rebbergpfirsiche“, eine kleine gelbe Art, inmitten der Weinberge angepflanzt. An den sonnigen Hängen der Bergstraße von der hessischen bis zur schweizerischen Grenze finden wir den Pfirsich fast lückenlos vertreten; ebenso natürlich auch am Kaiserstuhl. In der Ebene ist er nicht ganz selten, namentlich finden wir ihn im Unterland im Umkreis der Städte. Wo im Oberrheintal und am See der Rebbau noch betrieben wird, ebenso an Main, Tauber und Neckar und am Stromberg, finden wir auch den Pfirsich vertreten. Auf der Gemarkung Weinheim wurden 11 000 Stück, in Heidelberg, Durlach und Ettlingen 5—10 000 Stück ermittelt. Karlsruhe, Pforzheim, Baden, Offenburg und Lahr sind mit 2—5 000 Stück vertreten; mit 1 000—2 000 die Gemeinden Hohensachsen, Schriesheim, Keilingen, Dos, Bühlertal, Kappelwinden, Oberfasbach, Freiburg; mit 500—1 000 Lühelsachsen, Großsachsen, Leutershausen, Neckargemünd, Schwetzingen, Sandhausen, Ruffloch, Rauenberg, Wiesental, Oberhausen, Zeutern, Bruchsal, Sölingen, Ettlingenweiler, Balg, Eifental, Freistett, Kehl, Ohlsbach, Reichenbach, Dinglingen, Ringsheim, Ettenheim, Endingen, Bödingen, Zhringen, Lörrach und Sipplingen. In ungefähr 150 Gemeinden gibt es zwischen 100—1 000 Pfirsichbäume.

Noch anspruchsvoller an das Klima, dementsprechend sehr viel seltener, ist die Aprikose. Hügelraum und Ebene, auch einige warme Schwarzwaldtäler, bilden das Verbreitungsgebiet. Über 1 000 Stück wurden nur in Offenburg und Pforzheim (1 200 bez. 1 020) ermittelt, 500—1 000 in Weinheim, Heidelberg, Durlach, Karlsruhe und Lahr, 2—500 in Mannheim, Leimen, Bruchsal, Baden, Dinglingen, Lörrach, Säckingen, Konstanz und Sipplingen. In weiteren 25 Gemeinden gibt es 100—200 Aprikosenbäume, darunter befinden sich Nebgemeinden wie Durbach, Auggen, Endingen, die Reichenau, aber auch einige Hardtgemeinden wie Graben oder Blankenloch.

Auf klimatische Dasein, die Fröste so gut wie nicht kennen, ist der Anbau der Mandelbäume beschränkt. Im ganzen wurden aber nur 2 200 Stück angegeben. Je 200 Stück finden sich in Hemsbach, Weinheim und Brühl und auffallenderweise je 400 in Hugsweier und Rippenheim, während das sehr viel wärmere Zhringen am Kaiserstuhl mit nur wenigen Exemplaren vertreten, das Klima begünstigte Gengenbach gar nicht erwähnt ist. In Heidelberg gibt es noch 165 Mandelbäume, ungefähr 50 Bäume in Landenbach, Hohensachsen, Großsachsen, Leutershausen und Weingarten. Erwähnt wurde der Anbau noch in weiteren 21 Gemeinden, die an der Bergstraße liegen, am Bruhrain, in Mittelbaden und in der Ebene.

Im Kriege hat gerade der Anbau von Nußbäumen stark gelitten, und auf diesem Gebiete dürfte noch vieles nachzuholen sein, insbesondere deshalb, weil die meisten badischen Landschaften sich für den Anbau des Nußbaums eignen. Ganz gering ist der Nußbaum vertreten nur auf der Saar, dem Heuberg, auf dem hohen Schwarzwald und dem Odenwald. In den warmen Schwarzwaldtälern aber geht er weit hinaus: im Freiamt, im Simonswäldertal, im Kinzigtal und seinen Nebentälern, im Renchtal. Am Bodensee dagegen tritt er zurück; auch im Hegau, im Mettgau und ebenso im Frankenland hat er, von Ausnahmen abgesehen, nur geringe Verbreitung. Das wichtigste Anbauggebiet ist wieder der Gebirgsrand, vor allem aber Marktgräserland und Kaiserstuhl. Auch im Kraichgau gibt es sehr viel Nußbäume, in der Rheinebene vor allem bei Rastatt, im Hanauerland und in der Gegend zwischen Lahr und Kaiserstuhl. Bei der Zählung des Jahres 1913 kamen auf 1 Hektar landwirtschaftliche Fläche im Bezirk Müllheim 198 Nußbäume, in Breisach 147, Ettenheim 142, Lörrach 129, Durlach 104, Weinheim 96; in St. Blasien dagegen nur 1, Melskirch 0,5, Billingen 0,3 und Neustadt 0,1. Weit aus an erster Stelle stehen Marktgräserland, Breisgau und Kaiserstuhl. In Blasingen wurden 10 000, in Auggen 6 000, in Dpfingen 5 000 Nußbäume angegeben, 2—5 000 Stück in den Gemeinden Weinheim, Brühl, Heidelberg, Bad Peterstal, Offenburg, Reichenbach, Lahr, Friesenheim, Bödingen, Zhringen, Breisach, Burkheim, Malterdingen, Mündingen, Wöndringen, Hügelheim, Binzen, Müllheim und Minseln. In 36 Gemeinden in ähnlichen Gegenden wurden 1—2 000 Nußbäume angegeben, und über 80 Gemeinden weisen 500—1 000 Stück auf.

Das Jahr 1923 bedeutet für den badischen Obstbau fast auf allen Gebieten den höchsten bisher erreichten Stand. Eine Ausnahme machen nur Zwetschgen- und Nußbäume, hier ist der Stand vor dem Winter 1879/80, der beinahe eine Katastrophe für alle empfindlichen Bäume bedeutete, noch nicht wieder erreicht. Es ist aber auf der anderen Seite auch anzunehmen, daß der Anbau nicht nur zahlenmäßig zugenommen hat, sondern auch auf die geeignete Sortenwahl größere Sorgfalt verwendet wird. Die Zunahme erstreckt sich auf Kernobst und Steinobst, vornehmlich aber allem Anschein nach auf Apfel, Birnen und Kirschen. Der Ertrag der badischen Obsternte, der ja bekanntlich außerordentlich schwankt, ist mangels geeigneter Unterlagen schwer abzuschätzen.

In guten Jahren dürfte er hinter dem Ertrag des Weinherbstes nicht allzusehr zurückstehen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung ist aber eher größer, und die statistische Erfassung dieses Zweigs der Landwirtschaft und des Gartenbaues wird daher stets eine Notwendigkeit bleiben. Dem badischen Qualitätsobst eröffnet sich nicht nur ein immer größerer innerer Markt, die Nachfrage von andern Ländern, namentlich aus Norddeutschland und der Schweiz, ist meist größer als das Angebot. Belebend auf den einheimischen Obstbau dürfte auch die starke Entwicklung der badischen Obstkonerven- und Marmeladenindustrie wirken. Die große Zunahme der Obstbäume insbesondere in den Gärten der Siedelungen und in den Schrebergärten beweist jedenfalls auf das deutlichste, daß die letzten Entwicklungsmöglichkeiten des badischen Obstbaus noch lange nicht ausgeschöpft sind.

6. Hopfenbau und Hopfenernte in Baden im Jahr 1923.

Auch für das Jahr 1923 ist wieder ein Rückgang in der Hopfenanbaufläche Badens zu beobachten. Betrug diese im Jahr 1922 267 ha, so umfaßt sie im Jahr 1923 nur 212 ha. Um zu kennzeichnen, in welchem Maß die badische Hopfenanbaufläche gegen frühere Jahrzehnte zusammengeschnitten ist, sei daran erinnert, daß im Jahr 1913 noch 1006 ha, im Jahr 1888 sogar 3310 ha mit Hopfen angebaut waren. Dabei bedeutet das Jahr 1888 allerdings auch den Höhepunkt der Entwicklung des badischen Hopfenbaues. Das Schwergewicht der badischen Hopfenkultur liegt auch heute noch im Unterland in den Bezirken Bruchsal, Schwetzingen, Wiesloch und Heidelberg. Dort werden z. B. auf der Gemarkung Kronau 13 ha, Sandhausen 11, Hambrüden 11, Mühlhausen 10, Weiher 9, Keilingen 9, Stettfeld 8 und Walldorf 6 ha mit Hopfen bepflanzt. Die Waldgemarkung Lufshardt weist eine Hopfenfläche von 20,5 ha auf, die sich auf eine Reihe von Gemeinden (Forst, Weiher, Stettfeld, Kronau, Kirrlach, Hambrüden) verteilt. Aber gerade in diesem Unterländer Hopfengebiet ist der Rückgang am allergrößten gewesen und das Ende dieser rückläufigen Entwicklung scheint noch nicht erreicht zu sein. Wenn der Rückgang jetzt stetiger erfolgt, so ist das wohl darin begründet, daß wir es hier mit mehrjährigen Kulturen zu tun haben, in die ein erhebliches Kapital hineingesteckt ist. Sehr viel geringer ist der Rückgang des Hopfenbaues im Seegebiet, wo im Amtsbezirk Überlingen ungefähr ein Viertel der badischen Hopfenfläche liegt. Dort weisen z. B. die Gemeinden Zinnenstaad 20 ha, Ittendorf 13, Hagnau 6, Niedheim 4 ha auf. Dieser Hopfenbezirk ist als ein Ausläufer des großen Hopfengebietes im angrenzenden württembergischen Oberamt Tettmann zu bezeichnen. Der Hopfenbau im württembergischen Oberschwaben nimmt eine Fläche von mehreren Hundert Hektaren ein, und gerade die Anlehnung an diesen Nachbarbezirk verleiht dem Anbau im badischen Seegebiet einen gewissen Bestand. Im Frankenland und in Mittelbaden wird der Hopfen nur vereinzelt gebaut; eine Hopfenfläche von 2 ha wird auf keiner Gemarkung erreicht (Ottenheim 1,7 ha). Im rauhen Gebirge und auf der Baar ist der Hopfenbau naturgemäß ausgeschlossen.

Die diesjährige Hopfenernte ist in Baden infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse recht gering ausgefallen, im allgemeinen aber im Seegebiet besser als im Unterland. Nach den aus 28 Hopfengemeinden mit mindestens 2 ha Anbaufläche vorliegenden endgültigen Ertragserschätzungen berechnet sich die Gesamternte des Landes auf 589 dz, d. h. durchschnittlich 2,8 dz vom Hektar. Damit wurde nur der vierte Teil der vorjährigen Ernte erzielt. Im Unterland ließ auch die Güte vielfach zu wünschen übrig, das Erträgnis des Seegebiets dagegen wird durchgehend als „sehr gut“ bezeichnet. Eine völlige Mißernte meldeten 6 von den Erhebungsgemeinden; davon liegt eine in der Seegegend, die andern im Unterland (3 im Amtsbezirk Heidelberg und je 1 in den Amtsbezirken Schwetzingen und Wiesloch). Vergleichsweise seien die Anbauflächen und Gesamterträge früherer Jahrgänge hier angeführt:

1913	1006 ha	4 450 dz
1914	1 043 "	14 470 "
1921	266 "	1 101 "
1922	267 "	2 537 "

Den Geldwert der diesjährigen Hopfenernte abzuschätzen, ist bei der Verschiedenartigkeit der Gestaltung des Anbaues und Handels und der Preisbildung in den einzelnen Gebieten und Gemeinden sehr schwer. Von Zahlenangaben wird daher Abstand genommen.

7. Der Besuch der badischen Hochschulen im Wintersemester 1923/24.

Die Zahl der Studierenden auf den beiden Landesuniversitäten und der Technischen Hochschule beträgt im Wintersemester 1923/24 insgesamt 7320 (darunter 715 Hörer). Das bedeutet gegenüber dem Sommersemester 1923, wo auf den badischen Hochschulen 8455 Personen studierten, einen Rückgang von 1135, und wir scheinen uns damit den Friedensverhältnissen wieder zu nähern, denn im Sommersemester 1914 betrug die Zahl der Studierenden 7322, im Wintersemester 1913/14 6084. Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, betrifft die Abnahme in stärkerer Weise das Studium auf den Universitäten wie auf der Technischen Hochschule. Unter den Universitäten hat Freiburg einen größeren Rückgang wie Heidelberg zu verzeichnen, was wohl zum Teil mit dem französischen Einbruch und der Erschwerung des Verkehrs zusammenhängen mag.

	Heidelberg	Freiburg	Karlsruhe
Wintersemester 1913/14	2409	2573	1102
Sommersemester 1914	2847	3329	1146
Sommersemester 1923	3056	3358	1941
Wintersemester 1923/24	2857	2830	1633.

Auf die einzelnen Fakultäten verteilen sich die Studierenden der Universität Heidelberg wie folgt: Ev.-theologische Fakultät 82, juristische 632, medizinische 533, philosophische 974, naturwissenschaftlich-mathematische 330. In Freiburg studieren kath. Theologie 277, Rechts- und Staatswissenschaften 917, Medizin 637, Fächer der philosophischen Fakultät 327, Mathematik und Naturwissenschaften 437. Zur Erläuterung dieser Zahlen sei angefügt, daß die Studierenden der Volkswirtschaft in Heidelberg zur philosophischen und in Freiburg zur rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät gehören. An der Technischen Hochschule zählen zur allgemeinen Abteilung 61 Studierende; Architektur studierten 90, das Bauingenieurfach 224, Maschinenbau 471, Elektrotechnik 410 und Chemie 253.

In der Gesamtzahl der Studierenden sind enthalten 830 Frauen, davon sind 619 Studentinnen und 211 Hörerinnen. Auf die einzelnen Hochschulen verteilen sich die Frauen wie folgt: Heidelberg 267 Studentinnen und 85 Hörerinnen, Freiburg 319 und 90, Karlsruhe 33 und 36. Das Frauenstudium ist am stärksten vertreten in der philosophischen, rechts- und staatswissenschaftlichen und medizinischen Fakultät, auf der Technischen Hochschule in der allgemeinen Abteilung und in der für Chemie.

Von den Studierenden sind 2867 Badener, davon 1127 in Heidelberg, 979 in Freiburg und 761 in Karlsruhe. Aus dem übrigen Reichsgebiet stammten 2991. Von diesen entfallen 1238 auf Heidelberg, 1310 auf Freiburg und 443 auf Karlsruhe. Ausländer studieren auf den badischen Hochschulen 747; davon kommen die meisten auf die Technische Hochschule (305); in Freiburg sind es 256, in Heidelberg 168. Unter diesen Ausländern waren aber nicht weniger als 207 Auslandsdeutsche, die sich wie folgt auf die Hochschulen verteilen: Heidelberg 30, Freiburg 97 und Karlsruhe 80.

8. Zunahme der gerichtlichen Verurteilungen jugendlicher Personen in Baden.

Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der gerichtlichen Verurteilungen von Personen im Alter von 12 bis 18 Jahren durch Jugendgerichte (d. i. besondere Abteilungen bei den Amtsgerichten Freiburg, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg und Mannheim) zu. Im Vorkriegsjahr 1913 hat die Zahl der verurteilten Jugendlichen 613 betragen, stieg im Jahr 1921 auf 823, im Jahr 1922 auf 1245 (darunter 1057 männlich und 188 weiblich). Mit Gefängnis wurden im genannten Vorkriegsjahr 353, im Jahr 1921 dagegen 627 bestraft, im Jahr 1922 stieg die Zahl auf 812. Strafaufschub auf Wohlverhalten wurde im Jahr 1922 in 334 Fällen gewährt.

9. Die Landesversicherungsanstalt Baden im III. und IV. Vierteljahr 1923.

Bei der Landesversicherungsanstalt Baden sind im II. Halbjahr 1923 im ganzen 7863 Rentengesuche eingereicht worden, und zwar 5756 Invaliden-, 31 Alters-, 886 Witwen- und 690 Waisenrentengesuche. Bewilligt wurden 4212 Renten (3376 Invaliden-, 31 Alters-, 374 Witwen- und 431 Waisenrenten für 997 Waisen); abgelehnt wurden 174 Rentengesuche (128 Invaliden-, 40 Witwen- und 6 Waisenrentengesuche), 1097 Rentengesuche wurden anderweit erledigt, während 1880 Rentengesuche (1467 Invaliden-, 237 Witwen- und 176 Waisenrentengesuche) unerledigt geblieben sind.

Auf eingelegte Berufung wurden in höherer Instanz 3 Invalidenrenten zuerkannt. In 8 weiteren Fällen wurde der Invaliden- und in 1 Fall der Witwenrentenanspruch im Lauf des Berufungsverfahrens nachträglich anerkannt.

Bis Ende Dezember 1923 sind im ganzen 182 678 Renten bewilligt worden (135 490 Invaliden-, 22 698 Alters-, 5278 Witwen- und 19 212 Waisenrenten für 44 876 Waisen); davon kamen wieder in Wegfall 120 101 Renten (95 201 Invaliden-, 19 291 Alters-, 1403 Witwen- und 4206 Waisenrenten). Aus dem Rentengenuße ausgeschieden sind 16 965 Waisen.

Auf 1. Januar 1924 sind demnach 62 577 Renteneempfänger vorhanden, und zwar 40 289 Invaliden-, 3407 Alters-, 3875 Witwenrenteneempfänger und 15 006 Waisenrenten, die sich auf 27 914 Waisen verteilen.

Heilverfahrensanträge sind der Landesversicherungsanstalt im III. und IV. Vierteljahr 1923 zugegangen: 660 für Kuren in Lungenheilstätten, aus früheren Monaten übernommen 168 Anträge, zusammen 828 Anträge. Für Kuren in Bädern, Kliniken und Krankenhäusern sind 470 Anträge eingegangen, übernommen aus früheren Monaten 189 Anträge, zusammen 659 Anträge. Hiervon sind genehmigt worden 430 bzw. 305, abgelehnt 372 bzw. 346, anderweitig erledigt 26 bzw. 8. Anträge auf Beitrag zu künstlichen Gebissen, Kunstgliedern und Bestrahlungskosten sind 1342 eingegangen, aus früheren Monaten übernommen 160 Anträge, zusammen 1502. Hiervon sind 1135 genehmigt, 367 abgelehnt.

Anträge für Kinderheilverfahren sind eingekommen 158, aus früheren Monaten übernommen 10, zusammen 168 Anträge. Hiervon sind 121 genehmigt und 47 abgelehnt.

10. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im III. und IV. Vierteljahr 1923.

Im III. und IV. Vierteljahr 1923 gelangten beim Genossenschaftsvorstand 2038 Anfälle zur Anzeige, wovon 1836 auf die Landwirtschaft und die mitversicherten Nebenbetriebe und 202 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals entschädigt wurden 843 Fälle; hierunter sind 68 Fälle mit tödlichem Ausgang. Renten wurden für die neu entschädigten Fälle an 865 Verletzte, an 46 Witwen und an 54 Kinder bezahlt.

Im gesamten waren zu Anfang des III. Vierteljahres 1923 23 784 Personen im Rentengenuß, davon schieden im Laufe des III. und IV. Vierteljahres durch Einstellung der Rente 1244 und durch Tod 313 aus.

Unter Berücksichtigung des obigen Zugangs bezogen hiernach auf 1. Januar 1924 = 23 192 Personen Renten.

Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des III. und IV. Vierteljahres Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 94; in 53 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezüge vorgenommen werden.

11. Die Teuerung in Baden im Monat Dezember.

Die im November ds. Js. in Verkehr gelangte Rentenmark hatte eine recht günstige Rückwirkung auf dem Warenmarkt hervorgerufen und insolgedessen einen wesentlichen Preisrückgang zur Folge.

Die bis dahin zu beobachtende Warenknappheit hatte ihr Ende gefunden und die zum Leben notwendigen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände standen dem kaufenden Publikum wieder in reicher Menge zur Verfügung.

Der größte Preisrückgang war in der Woche vom 3. auf 10. Dezember zu beobachten; er betrug 14%.

Trotz der Preisentung haben viele Warenpreise den Friedensstand noch nicht erreicht. Beim Vergleich der Indexziffer für die reinen Lebenshaltungskosten mit der Goldmark ist eine Verringerung der Kaufkraft der Papiermark mit 13 Pfennigen festzustellen, bei den Lebenshaltungskosten mit Bekleidung kommt die Verminderung der Kaufkraft weit schärfer zum Ausdruck, sie beträgt in diesem Fall ein Minus von 28 Pfennigen.

Nach dem letzten Stichtagsergebnis vom Monat Dezember (29.) betragen die Teuerungszahlen für die Städte Mannheim und Karlsruhe, und zwar getrennt nach den einzelnen Gruppen, wie folgt:

	Mannheim	Karlsruhe	Die Abnahme bezw. Zunahme be- trägt gegenüber der Vorwoche in %	
	Milliarden	Milliarden	Mannheim	Karlsruhe
Ernährung	82242	82915	- 1,5	- 2,9
Bekleidung	26646	22531	—	- 1,1
Heizung und Beleuchtung .	13050	14050	—	—
Wohnung	7837	11000	—	+ 96,4.

Die Reichs- und badische Landesindexziffer stellt sich nach den einzelnen Stichtagsergebnissen wie folgt:

a) Reichsindexziffer.

	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	Abnahme gegenüber der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekl.)
	Milliarden	Milliarden	
3. Dezember	1468	1515	- 1,3
10. "	1205	1269	- 16,2
17. "	1094	1163	- 8,4
22. "	1081	1150	- 1,1
29. "	—	1147	- 0,3.

b) Badische Landesindexziffer.

	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung	Abnahme bez. Zunahme gegen- über der Vorwoche in % (Lebenshalt. mit Bekl.)
	Milliarden	Milliarden	
3. Dezember	1360,3	1533,1	+ 4,4
10. "	1170,5	1333,6	- 13,0
17. "	1107,7	1268,0	- 4,9
22. "	1106,6	1264,3	- 2,9
29. "	1122,6	1279,9	+ 1,2.

Die für die einzelnen Stichtage im Monat Dezember für die badischen Erhebungsgemeinden festgestellten Teuerungszahlen betragen (in Milliarden) wie folgt:

	3. Dezember	10. Dezember	17. Dezember	22. Dezember	29. Dezember
Mannheim	132119	115010	106419	104339	103129
Karlsruhe	132839	113930	105492	105039	107965
Freiburg	123467	115641	109438	108691	107451
Pforzheim	133841	107674	104080	99761	99725
Heidelberg	143471	133277	114423	112979	115825
Konstanz	118210	106940	107178	106348	103648
Baden	138516	111277	105693	109150	109005
Durlach	123284	107157	105873	105062	104225
Offenburg	119274	113430	107985	104897	107110
Bruchsal	141822	117404	118282	112805	108542
Lörrach	107460	111422	109097	113272	106247
Lahr	117918	99582	93663	92557	95853
Billingen	124320	112008	113508	107273	110932
Rastatt	107312	96630	91386	96732	104346
Singen a. H.	116180	100650	101477	94717	95255
Kehl	115508	107328	109473	110183	103240
Hodenheim	115450	125005	122207	101398	105717
Achern	114069	90004	96012	94467	91818
Waldbühl	113876	106151	102981	101781	100205
Neustadt i. Schw.	107697	106888	106583	104802	98749
Rheinfelden	138097	133363	101892	107833	103807
Wertheim	116430	102940	99867	86503	86840
Zell i. B.	106100	100802	104646	120250	108895
Gernsbach	129817	115657	86297	94877	94550.

In nachfolgender Zusammenstellung soll eine Übersicht über die Entwicklung der badischen Landesindexziffer während des Jahres 1923 gegeben werden.

	Lebenshaltung ohne Bekleidung	Lebenshaltung mit Bekleidung
10. Januar 1923	765,71	—
24. " "	1253,11	—
7. Februar " "	2145,93	—
21. " "	2411,70	—
7. März " "	2592,56	—
21. " "	2604,67	—
11. April " "	2777,91	—
25. " "	2862,65	—
9. Mai " "	3268,21	—
23. " "	3907,27	—
6. Juni " "	5622,46	—
20. " "	8083,53	—
9. Juli " "	17144,08	—
16. " "	25679,33	—
23. " "	34481,44	—
30. " "	53004,97	—
6. August " "	107297,14	—
13. " "	277207,29	—
20. " "	541591,67	—
27. " "	891018,67	—
3. September " "	1548659,47	—
10. " "	4014444,49	—
17. " "	12938843,77	—
24. " "	25,9 Millionen	—
1. Oktober " "	41,2 "	46,5 Millionen
8. " "	101,6 "	120,6 "
15. " "	583,6 "	706,5 "
22. " "	3862,6 "	4836,8 "
29. " "	12688,2 "	14623,8 "
5. November " "	86,4 Milliarden	100,8 Milliarden
12. " "	1182,7 "	205,3 "
19. " "	743,8 "	839,3 "
26. " "	1299,1 "	1468,0 "
3. Dezember " "	1360,3 "	1533,1 "
10. " "	1170,5 "	1333,6 "
17. " "	1107,7 "	1268,0 "
22. " "	1106,6 "	1264,3 "
29. " "	1122,6 "	1279,9 "



Die Landesindexziffer, die bis Ende des Jahres 1922, gleich wie die Reichsindexziffer, monatlich nur einmal berechnet wurde, ist vom Januar 1923 monatlich zweimal berechnet und bekanntgegeben worden, da durch die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsverhältnisse eine häufigere Feststellung des Fortschreitens der Teuerung notwendig wurde.

Aus den gleichen Gründen wurde mit dem Monat Juli die wöchentliche Berechnung der Landesindexziffer eingeführt.

Während bisher die Landesindexziffer nur die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung umfaßte, wurde mit Beginn des Monats Oktober dazu übergegangen, in die Landesindexziffer auch die Bekleidungskosten einzubeziehen.

Der Höchststand der Teuerung fällt in die Zeit vom 26. November bis 3. Dezember, wo die Indexziffer mit Bekleidung 1533,1 Milliarden erreichte, um in der folgenden Woche einem wesentlichen Rückgang Platz zu machen, da durch die Wirkungen der Rentenmark (seit 21. November 1923 1 Billion Papiermark = 1 Rentenmark) eine allgemeine wirtschaftliche Beruhigung eingetreten ist und den Warenmarkt günstig beeinflusste.

Wie bereits durch die Presse bekanntgegeben, wird mit Rücksicht auf die derzeitigen stabilen Währungsverhältnisse vom 1. Januar ds. Jz. ab die Berechnung und Bekanntgabe der badischen Indexziffer eingestellt.

